



139. Sitzung

am Dienstag, dem 18. September 2018, 13.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 12742

Nachruf auf die ehemaligen Abgeordneten
Dr. Josef Hierl und **Bruno Ponnath** 12742

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten
Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Angelika Schorer, Tobias Reiß, Anton Kreitmair, Ernst Weidenbusch und **Klaus Stöttner** 12742

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf
Vorschlag der SPD-Fraktion
**"Verkehrswende jetzt! ÖPNV in Bayern stärken
und in der Zukunft kostenfrei machen: Bürger
entlasten, Stau bekämpfen, Luft reinhalten."**

Natascha Kohlen (SPD)..... 12742
Eberhard Rotter (CSU)..... 12745
Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER)..... 12747
Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 12748
Dr. Otmar Bernhard (CSU)..... 12750
Florian von Brunn (SPD)..... 12751
Dr. Martin Huber (CSU)..... 12752
Staatsministerin Ilse Aigner..... 12753

Schlussbericht des Untersuchungsausschusses
zur **Untersuchung eines möglichen Fehlverhaltens**
der verantwortlichen bayerischen Behörden,
insbesondere der zuständigen Staatsministerien,
der Staatskanzlei, des damaligen Staatsministers
der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat
Dr. Markus Söder und weiterer politischer
Entscheidungssträgerinnen und Entscheidungs-
träger im Zusammenhang mit dem Verkauf der
GBW-Anteile durch die Bayerische Landesbank
(BayernLB) im April 2013 (Drs. 17/23704)

Alexander König (CSU)..... 12756
Volkmar Halbleib (SPD)..... 12760
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER)..... 12765
Thomas Mütze (GRÜNE)..... 12768
Ernst Weidenbusch (CSU)..... 12772 12776
12776 12777
Christine Kamm (GRÜNE)..... 12776
Harald Güller (SPD)..... 12777
Ruth Waldmann (SPD)..... 12778

**Aufhebung der Immunität eines Mitglieds des
Bayerischen Landtags**

Beschlussempfehlung des
Verfassungsausschusses (Drs. 17/23770)

Beschluss..... 12779

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für saubere Luft in unseren Städten - Diesel-Nachrüstungen auf Hersteller-Kosten

(Drs. 17/23749)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Diesel: Verbraucherschutz statt Konzernschutz

(Drs. 17/23762)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u. a. und Fraktion (CSU)

Automobilland Bayern in die Zukunft führen

(Drs. 17/23763)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Bernhard Roos u. a. und Fraktion (SPD)

Dieselnachrüstung oder Entschädigung: Hersteller jetzt in die Pflicht nehmen!

(Drs. 17/23764)

Ludwig Hartmann (GRÜNE).....	12779
Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER).....	12780
Erwin Huber (CSU).....	12781
Florian von Brunn (SPD).....	12783
Staatssekretär Josef Zellmeier.....	12784 12785
Horst Arnold (SPD).....	12785

Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 17/23749..... 12797

Beschluss zum FW-Dringlichkeitsantrag 17/23762..... 12797

Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/23764..... 12797

Namentliche Abstimmung zum CSU-Dringlichkeitsantrag 17/23763..... 12797

Ergebnis der namentlichen Abstimmung (s. a. Anlage 1)..... 12806

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Ingrid Heckner u. a. und Fraktion (CSU)

Bayern ist Familienland - Bayerisches Familiengeld für alle Familien (Drs. 17/23750)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u. a. und Fraktion (SPD)

Familien direkt im Alltag entlasten - Kindern Teilhabe ermöglichen - Bayern zum Familienland Nr. 1 machen! (Drs. 17/23765)

Tobias Reiß (CSU).....	12786	12788
Kerstin Celina (GRÜNE).....	12788	12792 12795
Doris Rauscher (SPD).....	12788	12796
Eva Gottstein (FREIE WÄHLER).....		12790
Staatsministerin Kerstin Schreyer.....	12793	12796
		12796

Beschluss zum CSU-Dringlichkeitsantrag 17/23750..... 12796

Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/23765..... 12796

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Georg Rosenthal, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion (SPD)

Landtag begrüßt das klare Signal des Europaparlaments an Orbán: EU-Grundwerte müssen eingehalten werden! (Drs. 17/23751)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Dr. Franz Rieger u. a. und Fraktion (CSU)

Für ein gemeinsames Europa - Dialog statt Spaltung (Drs. 17/23766)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Europa (Drs. 17/23767)

Markus Rinderspacher (SPD).....	12797
Alex Dorow (CSU).....	12799 12802
Georg Rosenthal (SPD).....	12801 12802
Katharina Schulze (GRÜNE).....	12802
Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER).....	12803
Staatsminister Georg Eisenreich.....	12804 12805
	12806
Christine Kamm (GRÜNE).....	12805

Erklärung gem. § 133 Abs. 1 BayLTGeschO

Ulrike Gote (GRÜNE)..... 12806

Beschluss zum CSU-Dringlichkeitsantrag 17/23766..... 12806

Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 17/23767..... 12806

Namentliche Abstimmung zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/23751..... 12806

Ergebnis der namentlichen Abstimmung (s. a. Anlage 2)..... 12815

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayerns Eltern nachhaltig entlasten - Kostenfreie Kinderbetreuung endlich auch in Bayern!
(Drs. 17/23752)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u. a. und Fraktion (SPD)
Faire Bildungschancen für alle Kinder: Gebührenfreie Kitas jetzt! (Drs. 17/23768)

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER)... 12807 12808
12809
Ingrid Heckner (CSU)..... 12808
Dr. Simone Strohmayr (SPD)... 12809 12809 12810
Thomas Huber (CSU)..... 12810 12812 12814
Eva Gottstein (FREIE WÄHLER)..... 12813
Christine Kamm (GRÜNE)..... 12814

Beschluss zum FW-Dringlichkeitsantrag 17/23752..... 12815

Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/23768..... 12815

Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u. a. (SPD)
Wohnraum im ländlichen Raum: Förderoffensive Nordostbayern ausweiten (Drs. 17/22241)

Beschlussempfehlung des Innenausschusses
(Drs. 17/23185)

Klaus Adelt (SPD)..... 12815 12818
Manfred Ländner (CSU)..... 12816 12818
Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER).. 12818 12821
Jürgen Mistol (GRÜNE)..... 12819
Staatssekretär Josef Zellmeier. 12820 12821 12822
Martin Schöffel (CSU)..... 12821

Beschluss..... 12822

Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u. a. (SPD)
Alpenschutz statt Ausverkauf: Bergnatur und Kulturlandschaft durch bayerische Biosphären-Initiative schützen - Alpenkonvention endlich umsetzen! (Drs. 17/22422)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
(Drs. 17/23523)

Florian von Brunn (SPD)..... 12822 12826
Eric Beißwenger (CSU)..... 12823
Benno Zierer (FREIE WÄHLER)..... 12824
Thomas Gehring (GRÜNE)..... 12824
Staatsminister Dr. Marcel Huber..... 12825 12827
12827
Tanja Schorer-Dremel (CSU)..... 12827

Beschluss..... 12828

Schluss der Sitzung..... 12828

(Beginn: 13.07 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 139. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Ich darf Sie alle nach der Sommerpause mit auch gelegentlichem Durchschnaufen sehr, sehr herzlich willkommen heißen. Wir gehen jetzt in den Endspurt und haben noch zwei Sitzungswochen mit Ausschuss- und Plenarsitzungen. Wie immer haben Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, darf ich Sie bitten, zweier verstorbener ehemaliger Kollegen zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 13. Juli verstarb in Neumarkt im Alter von 75 Jahren Herr Dr. Josef Hierl. Er gehörte dem Bayerischen Landtag von 1974 bis 1978 an und vertrat für die CSU den Wahlkreis Oberpfalz. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Erlangen arbeitete der Verstorbene als selbstständiger Anwalt. Von 1972 bis 1984 war er Mitglied des Kreistags von Neumarkt in der Oberpfalz. Im Bayerischen Landtag gehörte er den Ausschüssen für Fragen des öffentlichen Dienstes sowie für Sozial- und Gesundheitspolitik an, deren Arbeit er mit großem persönlichem Engagement prägte. Dr. Josef Hierl hat sich um den Parlamentarismus, um seine oberpfälzische Heimat, in der er eine Instanz war, und um ihre Bürgerinnen und Bürger große Verdienste erworben.

Am 2. September verstarb in Traunstein im Alter von 87 Jahren Herr Bruno Ponnath. Er gehörte dem Bayerischen Landtag von 1982 bis 1994 an und vertrat für die CSU den Stimmkreis Tirschenreuth in der Oberpfalz. Von 1970 bis zum Inkrafttreten der Gebietsreform 1972 war er Landrat des Altlandkreises Kemnath. Im neuen Großlandkreis Tirschenreuth hatte er das Amt des stellvertretenden Landrats inne. Nach seinem Einzug in das Landesparlament machte er sich als verlässlicher Anwalt seiner oberpfälzischen Heimat und ihrer Menschen einen Namen. Er vertrat ihre Interessen in den Ausschüssen für Grenzlandfragen, für Landesentwicklung und Umweltfragen sowie für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik. Bruno Ponnath war ein Mann des Ausgleichs, der mit seiner menschlichen Art und seiner persönlichen Ausstrahlung überzeugte. Der Staat hat seine Verdienste mit hohen Auszeichnungen gewürdigt, unter anderem mit der Kommunalen Verdienstmedaille und dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse.

Der Bayerische Landtag trauert mit den Familien der Verstorbenen und wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren. – Ich bedanke mich bei Ihnen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in den zurückliegenden Wochen hatten einige Kolleginnen und Kollegen einen runden oder einen halbrunden Geburtstag. Hier darf ich als Erstem Herrn Kollegen Ludwig Hartmann zu seinem runden Geburtstag am 20. Juli gratulieren. Am 27. Juli feierte Herr Kollege Thomas Gehring, am 12. August Frau Kollegin Angelika Schorer und am 23. August Herr Kollege Tobias Reiß einen runden Geburtstag. Den Kolleginnen und Kollegen einen herzlichen Glückwunsch. Ich wünsche ihnen alles Gute, viel Gesundheit und weiterhin ein gutes Gelingen.

(Allgemeiner Beifall)

Nun darf ich zu halbrunden Geburtstagen gratulieren, als Erstem Herrn Kollegen Anton Kreitmair – er feierte am 14. Juli –; Herr Kollege Ernst Weidenbusch feierte am 19. Juli und Herr Kollege Klaus Stöttner am 11. September Geburtstag. Auch diesen Kollegen einen herzlichen Glückwunsch. Ich wünsche ihnen alles, alles Gute, viel Gesundheit und weiterhin ein erfolgreiches Arbeiten.

(Allgemeiner Beifall)

Nun beginnen wir mit der Tagesordnung.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGesChO auf Vorschlag der SPD-Fraktion
"Verkehrswende jetzt! ÖPNV in Bayern stärken und in der Zukunft kostenfrei machen: Bürger entlasten, Stau bekämpfen, Luft reinhalten."

Ich darf Frau Kollegin Kohnen als erster Rednerin für die SPD-Fraktion das Wort erteilen. Zehn Minuten. – Bitte, Frau Kollegin.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor ein paar Wochen war ich in Maroldsweisach. Für diejenigen unter uns, die diesen Ort nicht kennen: Der Ort hat ein bisschen mehr als 3.000 Einwohner. Er befindet sich im weit nördlich gelegenen Landkreis Haßberge an der thüringischen Grenze. Bei meinem Besuch dort habe ich gesagt: Es darf nicht sein, dass Busse nur morgens und abends fahren. Bei dieser Aussage haben viele genickt, und ein paar fingen zu lachen an. Ich habe gefragt: Warum lachen Sie denn? – Die Antwort war: Die Forderung ist schon richtig, aber in Maroldsweisach gibt es keinen Bus. Es gibt überhaupt keine ÖPNV-Anbin-

dung. Die Menschen im Landkreis Haßberge sind schlichtweg abgeschnitten und völlig abgehängt. Im Landkreis Haßberge gibt es keine Alternative zum Auto.

Schauen wir uns nun den Landkreis München an. Meine Kinder, die jetzt 18 und 21 Jahre alt sind, sind etwa 15 km außerhalb der Großstadt aufgewachsen. Sie haben keinen Führerschein. Sie haben aber auch überhaupt kein Bedürfnis, einen Führerschein zu machen. Ihre Einstellung ist: Wozu denn? – Wir brauchen keinen Führerschein. Ihre Freunde haben auch keinen Führerschein. In München haben bis zu 30 % der jungen Menschen keinen Führerschein. Das Auto ist in München keine Alternative; denn es wird nicht benötigt.

In Bayern existieren also schlichtweg zwei Welten. Für die einen ist der öffentliche Nahverkehr eine Selbstverständlichkeit, und für die anderen ist er praktisch nicht existent. Viele junge Leute ziehen aus dem Landkreis Haßberge weg. Sie verlassen ihre Heimat. Viele von diesen jungen Leuten fragen sich: Finde ich hier alles, was ich zum Leben brauche? – Einen Job, eine Schule am Ort, eine Gesundheitsversorgung und schnelles Internet. Sie fragen sich: Wie komme ich ohne Auto in die nächste Stadt? – Das alles hängt zusammen. Die ländlichen Regionen Bayerns haben nur dann eine Chance, wenn wir dort schnelles Internet schaffen, die Schulen in den Dörfern belassen und die Gesundheitsversorgung flächendeckend einrichten. Das Stichwort sind Pflegestützpunkte. Wir müssen vor allem für die öffentliche Verkehrsanbindung sorgen. Nur dann siedeln sich Unternehmen in den ländlichen Räumen an und schaffen Jobs.

(Beifall bei der SPD)

Die Mobilität ist der entscheidende Faktor für die Zukunftsfähigkeit der ländlichen Regionen. Deshalb fordern wir, die SPD: In jedem Ort Bayerns muss tagsüber mindestens einmal die Stunde ein öffentliches Verkehrsmittel fahren, mindestens! Dieses Ziel, das muss klipp und klar gesagt werden, wurde von der bisherigen Regierung nie ins Auge gefasst. Für die Menschen in Maroldsweisach hat der Ministerpräsident eine Erklärung geliefert, als er kürzlich beim Wahlkampfauftakt in München sagte, Oberbayern sei das Herzstück Bayerns. Ich sage Ihnen aber eines: Die Menschen oben im Landkreis Haßberge ziehen ihre Schlüsse aus so einer Aussage. Das garantiere ich Ihnen. Wir, die SPD, sagen klipp und klar: Jeder Winkel Bayerns ist das Herzstück Bayerns. Vor allen Dingen aber ist jeder Mensch Bayerns das Herzstück Bayerns.

(Beifall bei der SPD)

Wer logisch denken kann, weiß doch, dass eine konsequente Politik für die ländlichen Räume auch den Städten hilft. Die Städte gehen nämlich unter dem Wachstumsdruck in die Knie. Das sehen wir beispielsweise an den Wohnungspreisen, an den Kita-Gebühren und auch am ÖPNV, der inzwischen aus allen Nähten platzt. Die direkten Auswirkungen des schlechten ÖPNV-Angebots wie die schlechte Luftqualität in den Städten sind in aller Munde.

Im Übrigen bekommt der Bundesverkehrsminister beim Thema Dieselgate den Mund nicht auf. Dabei ist es doch klar: Ein Autohersteller, der betrügt, muss dafür sorgen, dass die Autos jetzt wieder in Ordnung gebracht werden.

(Beifall bei der SPD)

Helfen Sie Ihrem Bundesverkehrsminister einmal auf die Beine, damit er endlich ein klares Bekenntnis zu den Verbraucherinnen und Verbrauchern und zur Luftreinhaltung abgibt.

Daraus wird eines klar: Bayern braucht eine Verkehrswende. Wir brauchen sie, um das Klima zu schützen. Wir brauchen sie aber auch, damit Menschen in Bayern nicht mehr täglich im Stau stehen. Wir brauchen sie, um die Menschen unabhängig von ihrem Einkommen und ihrem Gesundheitszustand mobil zu machen. Verkehrswende heißt für uns: Niemand darf abgehängt werden. Die Menschen im Landkreis Haßberge dürfen nicht abgehängt werden. Die Menschen in München dürfen auch nicht abgehängt werden, indem sie sich das Ticket nicht mehr leisten können. Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen dürfen nicht abgehängt werden, indem sie nicht einmal mehr den Einstieg in eine Bahn schaffen. Diese drei Herausforderungen müssen wir angehen.

Erstens. Wir müssen endlich ausreichend in den öffentlichen Nahverkehr investieren. Der Anteil der Ausgaben für den Nahverkehr im Landeshaushalt ist über Jahre hinweg nicht so gestiegen wie der Gesamthaushalt. So geht es nicht. Nur wenn wir beständig investieren und das Angebot verbessern, bringen wir die Menschen endlich dazu, vom Individualverkehr auf den öffentlichen Nahverkehr umzusteigen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist ein großes und zielgerichtetes Investitionsprogramm für den öffentlichen Nahverkehr notwendig. Dazu gehört ein Ausbau der S-Bahn im Großraum München und im Großraum Nürnberg-Fürth-Erlangen. Dazu gehört die Weiterentwicklung der Tram zur Stadt-Umland-Bahn in Augsburg. Dazu gehört aber auch die Elektrifizierung des bayerischen

Bahnnetzes. Bisher ist nur etwa die Hälfte der Strecken elektrifiziert. In unserem Bundesland ist das eigentlich unvorstellbar.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört die dauerhafte Erhöhung der Zuschüsse für Fahrzeuge im Nahverkehr. Der Ministerpräsident hat das in seiner Regierungserklärung versprochen. Im Haushalt findet sich dieses Thema aber nicht. Das funktioniert nicht. Die Anbindung der ländlichen Regionen durch den öffentlichen Personennahverkehr darf nicht an den Landkreisgrenzen haltmachen. Wir brauchen auch einen vernünftigen Takt.

Zweitens. Mobilität ist ein Grundbedürfnis. Wer nicht von A nach B kommt, ist vom gesellschaftlichen Leben abgeschnitten. Öffentlicher Personennahverkehr muss daher bezahlbar sein. Unser Ziel als SPD ist es, den öffentlichen Personennahverkehr kostenfrei zu gestalten. Das wäre der stärkste Hebel bei der Verkehrswende: Einfach einsteigen und losfahren.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Der kostenfreie Nahverkehr lässt sich nicht von heute auf morgen einrichten und organisieren. Das geht nur Schritt für Schritt. Der erste und wichtigste Schritt ist das kostenfreie Bildungsticket für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende.

(Beifall bei der SPD – Dr. Paul Wengert (SPD): Höchste Zeit!)

Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Kostenfreier Nahverkehr ist ein wesentlicher Beitrag zur Bildung für alle. Das gilt sowohl für die berufliche Ausbildung als auch für Studierende. Inzwischen können weder Auszubildende noch Studierende das Unternehmen bzw. den Studienort wirklich frei wählen, weil die Wahl von den nicht mehr zu bezahlenden Wohnpreisen bestimmt wird. Deswegen brauchen wir ein Bildungsticket. Der Zugang zu Bildung muss kostenfrei sein.

(Beifall bei der SPD)

Das sagt übrigens auch das Handwerk. Genau da würde ein Ticket helfen, so Franz Xaver Peteranderl, der Präsident der Handwerkskammer für München und Oberbayern.

Ich komme noch einmal auf die Situation im Landkreis Haßberge zurück. Genau dort würde ein solches Bildungsticket ganz stark greifen. Deswegen brauchen wir es. Es ist spannend, wenn der Ministerpräsident für sich kurz vor der Landtagswahl plötzlich das 365-Euro-Ticket entdeckt. Im Gegensatz zu seinen sonsti-

gen Initiativen vor der Landtagswahl – das ist das Interessante daran – soll dieses nicht noch schnell vor der Landtagswahl eingeführt werden, sondern erst – man höre und staune – im Jahr 2030. Das ist in zwölf Jahren. Es soll nur in den städtischen Regionen eingeführt werden. Genau darum geht es bei dieser Landtagswahl: Bildungsticket mit der SPD jetzt oder erst unter Söders Nach-Nachfolgerin oder Nach-Nachfolger? – Diese Entscheidung muss getroffen werden. Wir sagen klipp und klar: Wir brauchen den Einstieg in den kostenfreien ÖPNV jetzt und nicht irgendwann am Sankt-Nimmerleins-Tag. Dafür stehen wir.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Schließlich müssen wir den Verkehr in Bayern endlich barrierefrei machen. Nah- und Fernverkehr auf der Schiene müssen für alle Bürgerinnen und Bürger nutzbar sein. Die Staatsregierung verspricht das seit Jahren. Aber Tatsache ist, dass nur 40 % der bayerischen Bahnhöfe für Menschen mit Behinderung uneingeschränkt nutzbar sind, 60 % sind es nicht. Das ist für den Lebensalltag eines Menschen mit Einschränkungen nicht erträglich und dient auch nicht unserem Zusammenhalt. In seiner Regierungserklärung zum Amtsantritt hat der momentane Ministerpräsident von Flugtaxi und Hyperloops gesprochen, aber nicht davon, wie Menschen mit Behinderung in unsere Bahnen kommen sollen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, Politik heißt vor allen Dingen, Prioritäten zu setzen. Zuerst sollte das getan werden, was den Alltag der Menschen tatsächlich verbessert. Die verkehrspolitischen Prioritäten der Staatsregierung heißen: Flugtaxi, Hyperloop und dritte Startbahn. Ein Flugtaxi mag eine hübsche Idee sein. Wer von uns stand in Bayern noch nicht im Stau und dachte sich: Jetzt einfach mal abheben? – Stellt man alle technischen und planerischen Fragen aber einmal beiseite, müssen wir uns fragen: Wer könnte ein Flugtaxi nehmen? Der Azubi auf dem Weg zur Ausbildungsstätte? Der alleinerziehende Vater zwischen Wohnung, Kinderkrippe und Arbeit? Die Rentnerin auf dem Weg zum Einkaufen oder zum Arzt? – Das zeigt doch klipp und klar, dass Sie die falschen Prioritäten setzen. Es geht nicht darum, die Geschäftsleute im Flugtaxi zu transportieren. Stattdessen geht es um das tagtägliche Leben der Menschen und darum, was jeder Einzelne als Herzstück Bayerns braucht. Die Menschen brauchen einen kostenfreien öffentlichen Personennahverkehr. Gehen wir endlich die ersten Schritte dorthin mit einem Bildungsticket, mit einem Seniorenticket und mit einem Sozialticket. Das ist der Weg.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion darf ich jetzt Herrn Kollegen Rotter das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Eberhard Rotter (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Spitzenkandidatin und Landesvorsitzende der SPD, ich freue mich, dass Sie sich jetzt auch endlich für die Mobilitätsthemen interessieren.

(Widerspruch bei der SPD – Beifall bei der CSU)

Bisher stand das nicht in Ihrem Fokus. Ich kann das deswegen sagen, weil wir lange genug im Wirtschafts- und Verkehrsausschuss zusammengearbeitet haben. Ich weiß nicht, wie oft Sie schon in Maroldsweisach waren, vielleicht das erste Mal. Es ist nicht unbedingt gut, wenn Sie dann darüber sprechen. Zudem widersprechen Sie sich. Sie sagen, Maroldsweisach würde ein Bildungsticket wesentlich helfen. Vorher haben Sie gesagt, dort gebe es überhaupt kein Angebot. Sollen sich die Menschen das Bildungsticket hinter die Autoscheibe klemmen? – In diesem Punkt sollte man schon konsequent sein.

(Beifall bei der CSU)

Wo es überhaupt keinen Nahverkehr gibt, hilft auch kein Gratis-Nahverkehr.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Von daher ist es wichtig, zunächst einmal den Nahverkehr auszubauen. Ihr Fraktionsvorsitzender hat das zumindest vor einigen Monaten noch gewusst. Es ging um den kostenlosen Nahverkehr. Bei der Darstellung der Standpunkte der Fraktionen in der "Bayerischen Staatszeitung" war von Markus Rinderspacher zu lesen: Ja, aber erst muss der ÖPNV im großen Stil ausgebaut werden.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das war ihr erster Satz! – Natascha Kohnen (SPD): Das war mein erster Satz!)

Dem habe ich mich in meinem Standpunkt angeschlossen. Im Übrigen haben das auch alle weiteren Fraktionen gesagt.

Sie beklagen, dass dies in einigen Landkreisen nicht unbedingt im Fokus steht. Da haben Sie völlig recht. Das kann ich selber bestätigen. Wir wissen, dass nur in 37 von 71 Landkreisen Nahverkehrspläne existieren.

(Florian von Brunn (SPD): Was machen Sie dagegen?)

Aber Sie müssen schon konsequent sein und sagen, dass wir die Gesetze ändern müssten. Künftig sollten dann nicht mehr die Kommunen als Aufgabenträger hierfür zuständig sein. Das müssten wir von München aus machen, weil wir das besser können. – Das wäre die Konsequenz. Ich bin nicht bereit, diese mitzugehen. Das wissen Sie auch. Ich gehe davon aus, dass Sie meinen früheren Äußerungen zugehört haben.

Liebe Frau Kohnen, im Hinblick auf die Elektrifizierung stimme ich Ihnen zu. Das haben wir im Wirtschaftsausschuss immer wieder kritisiert. Wir haben gemeinsam Anträge beschlossen, mit denen auf den Nachholbedarf verwiesen worden ist. Lediglich 49 % der Strecken in Bayern sind elektrifiziert. Auf Bundesebene sind es 60 %. In der Schweiz sind es 100 %.

(Florian von Brunn (SPD): Hinter Italien, hinter Österreich!)

– Herr von Brunn, seien Sie einmal ruhig.

(Beifall bei der CSU)

Das gehört zu Anstand und Haltung. Das wird bei der SPD plakatiert. Seien Sie bitte ruhig und hören Sie einmal zu; dann können wir wieder über Anstand und Haltung reden.

Wir sind uns einig, dass die Elektrifizierung der Strecken stark ausbaufähig ist. Das ist jedoch Sache des Bundes. Zwar stellen Sie im Bund derzeit nicht den Verkehrsminister, aber Sie haben ihn lange gestellt. Während dieser Zeit ist deutlich weniger elektrifiziert worden als in den letzten Jahren. Von daher wäre ich an Ihrer Stelle vorsichtig mit falschen Schuldzuweisungen.

(Margit Wild (SPD): Wer hat den Verkehrsminister in den letzten Jahren gestellt? – Dr. Paul Wengert (SPD): Ihr habt das lange verschlafen!)

Es ist völlig unstrittig, dass wir mehr Elektrifizierung brauchen. An dieser Stelle sollten wir miteinander arbeiten.

Ich freue mich, dass ich im Rahmen der Aktuellen Stunde die Gelegenheit erhalte, in meiner vorletzten Parlamentswoche noch einmal an das Rednerpult zu treten. Ich kann fortsetzen, was wir in der letzten Debatte vor der Sommerpause besprochen haben. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob Sie dort anwesend waren. Wir haben sehr ausführlich darüber gesprochen, und jetzt kann ich noch einmal darlegen, dass wir eine Verkehrsoffensive in Bayern längst eingeläutet haben.

tet haben. Das haben wir nicht erst in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und mit dem Beschluss der Staatsregierung vom 10.07. getan. Wir kämpfen schon seit Jahren dafür, den ÖPNV auszubauen.

(Widerspruch bei der SPD)

Auch aufgrund der Ballungsraum- und Umlandproblematik müssen wir den öffentlichen Nahverkehr ausbauen.

(Margit Wild (SPD): Die Zuschüsse sind permanent gesunken!)

Wir sind für ein bayernweites E-Ticketing und flächendeckende Verbundstrukturen. Das bedeutet: ein Ticket für die gesamte Reisekette. Das baut Barrieren ab im ÖPNV. Aber das alles wird uns nur gemeinsam mit den Leistungserbringern gelingen. Das ist das Entscheidende: nur gemeinsam mit den Leistungserbringern und insbesondere mit den Aufgabenträgern. Es geht um die Ausweitung des Stundentaktes im Schienenpersonennahverkehr. Die Bayerische Eisenbahngesellschaft hat bereits eine Bestandsaufnahme gemacht und wird noch im Laufe dieses Jahres die entsprechenden Priorisierungen vornehmen, und zwar nach Fahrgastzahlen, nach Netzwirksamkeit und selbstverständlich auch nach den Kosten; denn manchmal müsste dafür gehörig Infrastruktur ausgebaut werden.

(Florian von Brunn (SPD): Das wäre mal eine Sache!)

Wir sind für den Aufbau und Ausbau eines landesweit bedeutsamen Netzes von Buslinien zur Ergänzung im SPNV, weil die Schienenstrecken zentral auf München zulaufen und die Querverbindungen fehlen. Wir erhoffen uns davon eine Entlastung der Züge von denjenigen Fahrgästen, die München nicht als Ziel haben, sondern über München hinaus weiterfahren bzw. zurückfahren müssen.

Frau Kohnen, wir werden flexible Mobilitätsangebote verstärkt fördern, und zwar in jedem Landkreis, überall dort, wo es beantragt wird. Das wird einen wesentlichen Teil der 100 Millionen Euro ausmachen, die wir zusätzlich im zweiten Nachtragshaushalt beschlossen haben. Es scheint Ihnen auch entgangen zu sein, dass wir entsprechend mehr Geld zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Verpflichtungsermächtigung!)

Das muss noch einmal deutlich gesagt werden. Diese flexiblen Angebote können die schwach besiedelten

Landkreise in den Bereichen in Anspruch nehmen, in denen sich ein großer und regelmäßig verkehrender Bus nicht lohnt.

Wir werden die Fahrzeugförderung dauerhaft verstärken. Wir haben 30 Millionen Euro im zweiten Nachtragshaushalt zusätzlich, und auch das wird entsprechend fortgesetzt werden. Das betrifft Busse, das betrifft U-Bahnen, und das betrifft natürlich auch Straßenbahnen.

Jetzt kommt etwas ganz Entscheidendes: Wir wollen das Bayerische GVFG fortführen. Das ist für ÖPNV und Kommunalstraßen unverzichtbar. Das heißt, wir brauchen eine dauerhafte Folgeregelung für die wegfallenden Entflechtungsmittel. Wir haben als CSU-Fraktion vor zwei Jahren einen entsprechenden Antrag eingebracht, dem Sie auch zugestimmt haben. Das werden die kommenden Parlamentarier bei den Haushaltsberatungen dann selbstverständlich auch zu berücksichtigen haben.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir schreiben die Erfolgsgeschichte des Schienenpersonennahverkehrs fort.

(Florian von Brunn (SPD): Welche Erfolgsgeschichte?)

Seit der Regionalisierung haben die Angebote im Bahnverkehr um 50 % zugenommen, und wir haben 75 % mehr Fahrgäste. Das zeigt, dass das Ganze ein Erfolgsmodell ist. Es wird zunehmend eng in den Zügen. Das können alle bestätigen, die regelmäßig Bahn fahren. Ich gehöre dazu. Die Appelle zum Umstieg fruchten. Verstärkte Angebote werden genutzt. Natürlich wollen die Bürger nicht länger im Stau stehen oder mit Parkplatzsuche wertvolle Zeit vergeuden, wobei der Erfolg der Suche ohnehin nicht immer gewährleistet ist.

Wir haben also eine starke Zunahme der Fahrgäste im ÖPNV, in den Zügen im Zulauf auf die Ballungsräume und insbesondere in der S-Bahn München. Beim Start 1972 waren es 250.000 Fahrgäste täglich, jetzt sind es 840.000, und das im Wesentlichen auf demselben Schienennetz. Daher ist der entsprechende Ausbau natürlich dringend geboten. Die S-Bahn darf nicht an ihrem eigenen Erfolg ersticken. Aus diesem Grund benötigen wir als Basis die zweite Stammstrecke und darüber hinaus selbstverständlich die zahlreichen netzergänzenden Maßnahmen, die Ausbaumaßnahmen zum Bahnknoten München. Hierfür ist eine gemeinsame Anstrengung nötig, primär der Bahn, aber natürlich auch des Bundes, des Freistaates und der Landeshauptstadt.

Zur Kostenfreiheit im ÖPNV. Das klingt natürlich nach einer guten Idee, aber Qualität muss Vorrang haben: Bahnhöfe und Haltestellen modernisieren, Takte verdichten, neue Linien einführen, Signaltechnik und Streckenführung verbessern, Fahrzeugparke erweitern, Busse und Bahnen umrüsten auf schadstoffarme Fahrzeuge.

(Florian von Brunn (SPD): Warum haben Sie das in 61 Jahren noch nicht gemacht?)

Die Kunden erwarten ein attraktives Fahrtangebot, die Kunden erwarten einen ÖPNV, der sie zuverlässig, bequem und pünktlich ans Ziel bringt. Trotz hoher Zuschüsse kann auf Fahrgeldeinnahmen ohne einen vollständigen Ausgleich nicht verzichtet werden. Gegen eine Verbilligung der Tickets, zum Beispiel ein 365-Euro-Ticket, das es in Wien bereits gibt, das es in meinem österreichischen Nachbarland Vorarlberg gibt, ist weiß Gott nichts einzuwenden. Aber eine geldwerte Leistung braucht auch nicht völlig gratis angeboten werden, weil man, wie gesagt, die zusätzlichen Mittel zunächst für die Qualitätsverbesserung verwenden muss.

(Beifall bei der CSU)

Die Leute nehmen den ÖPNV gerne in Anspruch, aber ein entsprechendes Angebot muss auch im ländlichen Raum vorhanden sein. Da stimme ich Ihnen zu. Aber da sind die Aufgabenträger zuerst gefordert. Wenn diese die entsprechenden Anträge stellen, dann werden die seitens der Staatsregierung auch kräftig unterstützt. Ich freue mich, dass die jetzige Verkehrsministerin da ist, dass der vormalige Verkehrsminister da ist, und darf mich bei beiden ganz herzlich bedanken. Was in den vergangenen Jahren hier an weiteren Verbesserungen gekommen ist, ist ganz wesentlich auch auf diese beiden Personen zurückzuführen.

(Florian von Brunn (SPD): Wieso sagen Sie das? Sie wollen doch gar nichts mehr werden!)

Ich darf mich aber auch bedanken für die im Wesentlichen wirklich gute und sachbezogene Zusammenarbeit, die wir fraktionsübergreifend als Verkehrspolitikern in den vergangenen Jahren hier gepflegt haben. Herr Kollege Mistol, das gilt auch für den Wohnungsbau. Ich glaube, ich habe Ihren Blick richtig gedeutet. Ich kann nur sagen, es geht alle an. Führen Sie es gemeinsam fort. Dann werden wir das große Ziel erreichen, den ÖPNV noch weiter auszubauen. Ohne das wird es nicht gehen, wir brauchen diesen verbesserten ÖPNV, im Ballungsraum, aber auch im ländlichen Raum. Miteinander werden wir das schaffen. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herr Kollege Glauber. Bitte schön, Herr Kollege.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Als Gemeinderat und als Kreisrat staunt man über die Debatte, die wir heute führen. Man hört nur super Forderungen, Superlative in den Zahlen. Es ist ja schön, wenn man den kostenfreien ÖPNV fordert. Das betrifft natürlich vorwiegend die Metropolen. Ich komme aus einem Landkreis, der mittlerweile schon Verdichtungsraum zur Metropole ist, aber ein kostenfreier ÖPNV ist dort undenkbar, weil die Busse gar nicht fahren würden. Wir investieren als Landkreis sehr viel eigenes Geld, das wir als Gemeinden gerne über die Kreisumlage bezahlen und freudig an den Landkreis Forchheim überweisen, weil der Bund und der Freistaat sich aus ihrer Verantwortung stehlen.

Die SPD spricht hier davon, wie leistungsstark der ÖPNV sein könnte. Aber es war doch die rot-grüne Regierung, die in Berlin 2003 begonnen hat, die Finanzierung des ÖPNV nach § 45 zu reduzieren, und zwar in einem Maße, das uns heute noch in den Landkreisen wehtut. Im Jahr 2003 haben Sie in Berlin damit begonnen, die Länder unterzufinanzieren.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Was ist passiert? – Heute ist es so, dass sich der Bund mit 25 Millionen rausgezogen hat. Was hat der Freistaat aus den 25 Millionen gemacht? – 40 Millionen. Die CSU-Regierung hat noch mal 15 Millionen draufgelegt und überlässt alles den Landkreisen. Das geht so nicht. Das tolerieren wir als FREIE WÄHLER nicht. Wir brauchen hier nicht über kostenfreien ÖPNV zu diskutieren, wenn hier die Verantwortung nicht übernommen wird und man sich Jahr für Jahr aus der Verantwortung stiehlt.

Lassen Sie mich die Zahlen vorlesen. Wir sind 2008 gewählt worden. Davor gab es 61 Millionen Euro an ÖPNV-Zuweisungen. 2008 waren es 50,2 Millionen, 2009 50,4 Millionen, 2010 50,6 Millionen, 2011 50,5 Millionen. So geht das bis 2017. Und dann spricht der Kollege Rotter davon, wie kraftvoll hier investiert wurde. Liebe Kolleginnen und Kollegen, hören Sie zu: In der Zeit hat der Freistaat Bayern 40 % mehr Geld eingenommen. Und Sie haben es geschafft, dem ÖPNV keinen Euro mehr zu geben. Damit übertragen Sie die Aufgaben den Landkreisen und den Gemeinden. Sich hier hinzustellen und zu sagen, wie kraftvoll man Verkehrspolitik macht, ist mehr als lächerlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das lasse ich so nicht stehen, und das geht so auch nicht durch. Man arbeitet sich an den Zahlen ab. Jetzt ist ein Haushaltsjahr, und jetzt werden auf einmal 400 Millionen draufgepackt. Das ist ja klar. Es geht um eine Wahl. Und vor der Wahl möchte man sich draußen schön sehen lassen und dies auch verkünden.

Lieber Herr Kollege Eberhard Rotter, ich schätze Sie, ich schätze dich sehr. Wir haben in der Debatte im Wirtschaftsausschuss in den letzten zehn Jahren immer gerungen. Aber wenn man das 400-Millionen-Programm anschaut, um was geht es denn? – Um die Förderung von Tram- und U-Bahn-Fahrzeugen. Es geht um Elektrobusse, um Flottenförderung. Es geht um ein kostenfreies Ticket für den MVV. Ich möchte einmal wissen: Wo bleibt denn da der ländliche Raum? Wo bleibt denn da eine Leistungsverdichtung im ländlichen Raum? Wo bleibt denn da überhaupt ein Angebot?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn man hier in Rekordhaushaltsjahren eine solche Debatte führt, dann, bitte schön, auch mit dem Engagement von Rekordhaushaltsjahren, um die Gemeinden und den ÖPNV so zu stärken, wie sie es verdient haben.

Nun zur Luftreinhaltung. Wir werden später bei den Dringlichkeitsanträgen wieder darüber diskutieren – darauf freue ich mich –, ob die SPD jetzt endlich ihre Meinung ändert. Sie wollen doch die Fahrzeughersteller auch nicht in die Verantwortung nehmen.

(Natascha Kohlen (SPD): Das stimmt doch gar nicht!)

– Bis jetzt war es zumindest so.

(Florian von Brunn (SPD): Herr Glauber, auf welchem Planeten leben Sie eigentlich?)

Ich freue mich auf die Debatte über den Dringlichkeitsantrag. Vielleicht ist es ja heute anders, und wir nehmen die Fahrzeughersteller jetzt in die Pflicht. Die Staatsregierung hat es bisher nicht getan, und Berlin hat es auch nicht getan.

(Florian von Brunn (SPD): Lesen Sie Zeitung, Herr Kollege?)

Ich wäre froh, würden wir hier im Haus die Fahrzeughersteller endlich in die Pflicht nehmen; denn sie sind dafür zuständig und niemand anders. Wer im Datenblatt etwas anderes ausweist als festgestellt, muss auch die Verantwortung dafür übernehmen.

(Florian von Brunn (SPD): Das war eine glatte Falschaussage!)

Wir als FREIE WÄHLER fordern eine ordentliche Finanzierung des ÖPNV.

Sie stehen auch für die Stammstrecke, Kollege von Brunn. Wer für die Stammstrecke steht, hat den Landkreisen und Gemeinden 500 Millionen vorenthalten.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist totaler Quatsch!)

Sie sind mit der Staatsregierung dafür verantwortlich, dass wir 500 Millionen auf einem Konto angespart haben und nicht den Kreisen und nicht den Gemeinden für den ÖPNV geben. Ich sage Ihnen auch ganz genau, warum: weil wir für den Bund 1,5 Milliarden vorfinanzieren. Verkehrsminister Dobrindt ist nach Bayern gekommen, hat mit dem Ministerpräsidenten einen Vertrag unterschrieben, ohne einen Euro in der Tasche, zulasten unserer Landkreise, zulasten unserer Gemeinden, zulasten des ländlichen Raums. Wer solche Verträge unterschreibt und damit die ÖPNV-Mittel bindet – 1,5 Milliarden des Bundes finanzieren wir vor –, der braucht in diesem Hause nicht zu sagen, er hebe die Hand für den ländlichen Raum. Der Bund hätte kommen und die 1,5 Milliarden mitbringen müssen, nichts anderes.

(Florian von Brunn (SPD): Kein einziger vernünftiger Vorschlag zur Verkehrspolitik von Ihnen!)

Noch einmal: Keine Augenwischerei! Die Zahlen besagen eines ganz klar: Sie haben über Jahre hinweg kein Augenmerk auf Gemeinden und Landkreise gelegt und haben nur die Metropolen gefördert. Das lassen wir als FREIE WÄHLER nicht durchgehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Kein einziger Vorschlag! Null Substanz! Eine Bankrotterklärung Ihrer Verkehrspolitik!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Herr Kollege von Brunn, wenn ich richtig lese, stehen Sie auch noch auf der Rednerliste. Vielleicht ist jetzt, was Zwischenrufe angeht, etwas Zurückhaltung möglich. – Vielen Dank. – Jetzt darf ich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrn Kollegen Hartmann bitten. Bitte sehr, Herr Kollege.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank an die SPD-Fraktion, dieses wichtige Thema heute zu setzen, ein klassisches Landesthema, bei dem wir in Bayern wirklich einiges besser machen müssen.

Die einzige Gemeinsamkeit der Reden war, dass man herausgehört hat, dass sich jeder bewusst ist, dass Mobilität ein menschliches Grundbedürfnis ist, dem man in ganz Bayern gerecht werden muss.

Herr Kollege Rotter, ich schätze Sie wirklich. Sie haben Ihr Nachbarland Vorarlberg angesprochen. Vorarlberg macht doch genau das vor, was wir hier in Bayern brauchen: Dort gibt es seit 2014 ein 365-Euro-Ticket, ein verlässliches Bus- und Bahnangebot für die ländliche Region. Dort zeigt man doch, wie es geht, und sagt ganz deutlich: Erst das Angebot schaffen, dann kommt die Nachfrage, dann kommt meist noch der Wunsch der Menschen nach einem Ausbau des Angebots. Diesbezüglich ist hier in Bayern in den letzten Jahren gar nichts passiert. Das ist wirklich ein Armutszeugnis.

Sie denken Mobilität noch immer nur vom Auto und nicht von den Bedürfnissen der Menschen in unserem Land her.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE wollen eine Mobilitätsgarantie für ganz Bayern, das heißt ein Bus- und Bahnangebot in wirklich jeder Ortschaft von fünf Uhr in der Frühe bis Mitternacht und an jedem Werktag. Das wäre ein Angebot, auf das sich die Menschen verlassen könnten, ein Bus- und Bahnangebot auch für die Ortschaften – Natascha Kohlen hat es angesprochen –, in denen der Schulbus das einzige öffentliche Verkehrsmittel ist. In den Sommerferien fährt der Schulbus gar nicht. Das heißt, dass die älteren Menschen in diesen Ortschaften im wahrsten Sinne des Wortes festsitzen, wenn sie nicht mehr Auto fahren können oder wollen. Insoweit müssen wir endlich ein Angebot schaffen, und zwar im ganzen Land. Von Lindau bis Hof muss das mit einer Mobilitätsgarantie abgedeckt werden, auf die sich die Menschen in Bayern verlassen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Rotter hat es angesprochen: Nur 37 Landkreise haben Nahverkehrspläne vorgelegt. Wir haben ganz konkret beantragt, dass das alle Landkreise tun müssen. Wir müssen durchaus einmal den Mut haben, etwas verbindlich vorzugeben. Wir können uns nicht darauf ausruhen, dass es in manchen Regionen funktioniert. Anderswo funktioniert es gar nicht. Wir müssen doch das ganze Land im Blick haben. Da muss man ein bisschen mehr Mut haben, entschlossen sein, wenn man den ÖNPV, das Bus- und Bahnangebot im ganzen Land, voranbringen möchte.

Nun zum Thema Elektrifizierung. Ich konnte gar nicht glauben, was Sie dazu gesagt haben. Soweit ich weiß, fahren Sie häufig so wie ich die Strecke München – Lindau. Wie lange wurde über die Elektrifizierung der Bahnstrecke Lindau – Zürich diskutiert!

(Markus Rinderspacher (SPD): Fast 40 Jahre!)

– Fast 40 Jahre. Danke, Herr Kollege. Dann gab es ein Angebot aus der Schweiz zur Vorfinanzierung, weil der Freistaat trotz des vielen Geldes nicht in der Lage ist, ein bisschen Druck aufzubauen, damit es vorangeht. Und dann wurde in Bayern gebremst. Jetzt gerade wird gebaut. Das hätte man deutlich schneller haben können. 51 % der Bahnstrecken in Bayern sind elektrifiziert. Das zeigt, dass in den letzten Jahren gar nichts geleistet wurde. Das muss sich dringend ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zusammenfassend kann man sagen: Es gibt zwei Bereiche, die Ballungsgebiete und die ländlichen Regionen. Die Ballungsgebiete haben sicherlich andere Herausforderungen als die ländlichen Regionen, was ein neues Mobilitätskonzept angeht. Aber für beide gilt: Wir brauchen eine Mobilitätspolitik der langen Linien. Es hilft gar nichts, Einzelmaßnahmen hinauszuposaunen. Ein Gesamtkonzept brauchen wir.

Sie kündigen an, bis zum Jahr 2030 in den Ballungsgebieten ein 365-Euro-Ticket einzuführen. Vorarlberg als ländliche Region hat es dann bereits 16 Jahre. Das, was Vorarlberg in Österreich kann, muss doch Bayern auch locker schaffen können.

Ich möchte noch einen Punkt zu den Großstädten ansprechen, der mir persönlich ganz wichtig ist, weil dies zur Ehrlichkeit der Debatte gehört. Sie haben völlig recht, die Zahlen zeigen, dass immer mehr Menschen S-Bahnen, U-Bahnen und das Bussystem in den Ballungsgebieten nutzen. Das ist richtig, das entlastet die Straßen, sorgt für saubere Luft. Es ist genau richtig, dass das gemacht wird, und das muss man ausbauen. Aber in den Ballungsräumen ist der Raum begrenzt. Dort sind faktisch die Straßen der letzte Raum. Deshalb müssen wir so ehrlich sein und feststellen: Wenn wir Busangebote ausbauen wollen, muss der Verkehrsteilnehmer, der gerade am meisten Fläche braucht, das eine oder andere abgeben. Ich sage es einmal ganz konkret. Fahren Sie einmal von Salzburg mit dem Auto nach München hinein. Sie fahren praktisch auf einer zweispurigen Straße bis zum Isartor. Das muss der Vergangenheit angehören. Dorthin gehören eine Busspur, eine Fahrradspur, um den Rad-, den Fußgänger- und den Busverkehr in den Städten wirklich voranzubringen. Ein Busangebot

bringt gar nichts, wenn der Bus im Stau steht; denn dann wird er auch nicht genutzt.

(Zuruf von der CSU)

Das heißt für uns: In den nachverdichteten Gebieten, im Innenbereich der Städte, müssen die Autofahrer Platz freigeben für den umweltfreundlichen Rad- und Fußgängerverkehr und für das Bussystem.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Dr. Bernhard das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist heute der Tag der Abschiedsreden!)

Dr. Otmar Bernhard (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, wir sind uns doch alle in dem Ziel einig, den ÖPNV auszubauen. Darüber, dass dies dringend notwendig ist, haben wir doch keinen Streit. Aber zu sagen: "Das machen wir gleich alles kostenfrei", klingt natürlich stark nach: "Freibier für alle!"

(Florian von Brunn (SPD): In der Frage sind Sie ja Experten! – Natascha Kohnen (SPD): Schrittweise!)

Sie wissen doch selbst auch, dass das nicht möglich ist.

Der Ministerpräsident hat zwar den Vorschlag des 365-Euro-Tickets gemacht,

(Markus Rinderspacher (SPD): Das war nicht sein Vorschlag!)

aber um einem so gewaltigen Finanzbedarf gerecht zu werden, braucht man natürlich eine Zeitschiene. Das ist nicht gleich überall möglich, sondern dabei konzentriert man sich halt zunächst auf die Räume, in denen die Verkehrsprobleme besonders virulent sind. Ich denke, dass das auch richtig ist.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Es gibt halt keine Goldesel, Kolleginnen und Kollegen, sodass man sagen könnte, das geht alles gleich morgen. Wir können jetzt nicht ganz Bayern auf Nulltarif umstellen.

(Florian von Brunn (SPD): Man sieht ja, wie Sie das in München anpacken! – Zuruf von den GRÜNEN)

– Zu München kommen wir gleich, Herr Kollege, und dann werden Sie sich wundern. Ich sage nur: Wir können nicht ganz Bayern auf Nulltarif umstellen und sagen: ÖPNV, Kita, Kindergarten, Hochschule kostenlos, "Strabs" weg usw. Das geht nicht, das muss uns allen klar sein.

Damit komme ich zu München. Sie wissen, dass wir das Konzept "Bahnausbau Region München" haben. Dieses Konzept verfolgen wir seit vielen Jahren und bringen es immer weiter voran. Ich sage Ihnen gleich, was da alles passiert. "Verkehrswende" klingt so, als ob da nichts passieren würde. Ich sehe hier die GRÜNEN sitzen. Wir sind uns doch einig, dass bei den allermeisten Projekten, wenn ich mal von der Stammstrecke absehe, Konsens herrscht. Die Frage ist nur, wie wir diese Projekte voranbringen. Der Herr Ministerpräsident hat etwas zur S-Bahn-Finanzierung gesagt. Sie kritisieren, dass Bayern eine Vorfinanzierung leistet. Hätte der Freistaat Bayern das nicht getan, wäre nichts passiert.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Für die Elektrifizierung gibt es kein Geld!)

Bei dieser Frage müssen wir uns über einen Beitrag des Bundes unterhalten.

Über die Ring-S-Bahn wird in München schon seit ewigen Zeiten diskutiert. Wir müssen schauen, dass wir hier vorankommen. Ich werde nachher noch darauf eingehen, was Rot-Grün in München beim U-Bahn-Ausbau verbrochen hat.

Der Ministerpräsident hat darauf hingewiesen, dass die Stadt München merkwürdigerweise den Anspruch aufgegeben hat, Radlhauptstadt Europas zu sein, obwohl wir Radwege auf verschiedene Weise finanzieren.

Der Erdinger Ringschluss wird demnächst eingeweiht. Am Flughafen ist der Spatenstich für den Weiterbau nach Erding erfolgt. Über die Verkehrsführung in Erding wurde Einigung erzielt. Die Sendlinger Spange soll ausgebaut werden.

(Florian von Brunn (SPD): Soll!)

Die Machbarkeitsstudie zur S4 wird erstellt. Ich möchte nicht alles aufzählen. Ich sage Ihnen nur, dass da jede Menge passiert.

Jetzt werde ich darstellen, was Sie in München gemacht haben. Da muss ich erst einmal schauen, wieviel Zeit ich noch habe; sie ist schon knapp. Sie haben den U-Bahn-Ausbau ruiniert. Den gab es nicht mehr. Es gibt ihn erst wieder, seit der Kooperationsvertrag geschlossen wurde. Jetzt werden wieder U-

Bahnen geplant. Den Ausbau der U5 nach Pasing haben Sie jahrelang verhindert, bis Sie Angst vor den Wählern bekommen haben. Kurz vor der Wahl haben Sie seinerzeit gesagt: Jetzt sind wir auch dafür.

(Florian von Brunn (SPD): Herr Dr. Bernhard, Sie wissen, dass es ein bisschen anders ist!)

Dann haben Sie in München einen Straßenbahnfetischismus gepflegt. Wir sind nicht gegen Straßenbahnen. Sie wollten jedoch mit der Brechstange eine Straßenbahn in die Fürstenrieder Straße bauen. Das wird etwa 100 Millionen Euro kosten, weil dazu ein Tunnel nötig ist. Das ist völlig unsinnig. In den Bürgerversammlungen haben die Leute gesagt: Wir wollen das nicht. Erstaunlich war, dass die Bürgermeister danach dieses Projekt immer noch mehr gewollt haben.

Ich muss darauf zurückkommen: Sie haben damals den Transrapid verhindert.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Den haben wir verhindert!)

– Ja, ja. – Der Transrapid würde heute zum Flughafen fahren. Wir hätten dafür eine Milliarde Euro zusätzlich außerhalb des GVFG erhalten. Ich habe nicht mehr viel Zeit, aber ich möchte an Sie appellieren: Ich glaube, das größte Defizit besteht darin, dass das GVFG nicht ausreichend ausgestattet ist. Ich glaube, wir sollten in Berlin gemeinsam darauf hinwirken, dass dafür wesentlich mehr Geld zur Verfügung gestellt wird. Der Bund verfügt über sehr viel überschüssiges Geld. Wenn wir nicht mehr Geld bekommen, können wir Projekte, die vernünftigerweise geplant und gefordert werden, nicht finanzieren. Daran hapert es. Der Freistaat leistet zu diesen Projekten seinen Beitrag.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Wer regiert denn? – Ihr!)

Wir finanzieren diese Projekte. Wir brauchen aber wesentlich mehr Geld, also eine Investitionsinitiative für den ÖPNV, die im Wesentlichen vom Bund getragen werden muss. Wir als Land können die Lasten allein nicht tragen. Dafür sollten wir gemeinsam kämpfen, statt eine Verkehrswende zu fordern, die es wirklich nicht braucht.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt spricht Herr Kollege von Brunn für die SPD-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, wir brauchen in Bayern eine Verkehrswende hin zu einem

umweltfreundlichen und sozialen Verkehr. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Nur so können wir das Klima schützen; denn Bayern verfehlt insbesondere beim Verkehr seine Klimaziele. Nur so können wir die Gesundheit der Menschen schützen, die unter Lärm und Abgasen leiden, insbesondere in den Städten. Nur so können wir für Menschen, die nicht Auto fahren können, mehr Teilhabe an der Mobilität verwirklichen.

Verkehrswende heißt, starker Ausbau des öffentlichen Verkehrs, also das Gegenteil von dem, was diese Staatsregierung seit Jahren tut. Die CSU trägt seit vielen Jahren die Verantwortung für die Verkehrspolitik, auf Bundesebene mit den Verkehrsministern Ramsauer, Dobrindt und Scheuer, auf Landesebene mit Herrn Herrmann und Frau Aigner. Meine Damen und Herren von der CSU, plötzlich, kurz vor der Landtagswahl haben Sie die Förderung des öffentlichen Verkehrs entdeckt. Jetzt wollen Sie ganz viel tun und versprechen das Blaue vom Himmel herunter. Ganz ehrlich: Damit verkaufen Sie die Menschen für dumm. Hier passt die Redensart: Abends wird der Faule fleißig. Manche Ihrer Versprechen sind wenig glaubwürdig, vor allem die Versprechen, die erst im Jahr 2030 verwirklicht werden sollen, also lange nach der selbstbeschränkten Amtszeit des derzeitigen Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der SPD)

Zum Stichwort 365-Euro-Ticket. Wie sollen wir Ihnen das glauben? Wir haben erst im Januar im Landtag einen Antrag auf Einführung eines 365-Euro-Tickets für Schülerinnen und Schüler gestellt. Dieser Antrag wurde von Ihnen abgelehnt. Wer wirklich wissen will, wie es um die Verkehrspolitik im Freistaat Bayern bestellt ist, muss nur nach München schauen, wo die Gerichte Sie immer wieder zum Handeln verurteilen müssen, Stichwort Stickoxid. In München lässt ein Gericht Beugehaft gegen Mitglieder dieser Staatsregierung prüfen, weil sie nicht in der Lage und willens sind, die Probleme wirklich anzupacken.

Sehen wir uns einmal die Münchner S-Bahn an. Die Zuständigkeit ist hier klar verteilt. Die S-Bahn heißt S-Bahn, weil Herr Stoiber, Herr Seehofer und jetzt Herr Söder für die ganze Misere dort verantwortlich sind. Die Münchner S-Bahn hat enorme Kapazitätsprobleme und ist in den Stoßzeiten rammelvoll. Sie wissen das seit Jahren. Die Münchner S-Bahn quält ihre Fahrgäste mit ständigen Ausfällen und Verspätungen. Eine Schnellbahn ist das nicht, eher eine Söder-Bahn. Der von Ihnen seit Jahren versprochene S-Bahn-Ausbau dümpelt vor sich hin. Kaum eine Maßnahme wurde umgesetzt, viele Maßnahmen befinden sich seit gefühlten Ewigkeiten in der Planung und werden

nicht umgesetzt. Sorgen Sie endlich dafür, dass der Ausbau der Münchner S-Bahn funktioniert und dass die S-Bahn zuverlässig und fahrgastfreundlich wird.

Beschleunigen Sie Ihre Planungen. Ihre Ministerinnen und Minister sitzen hier doch am Drücker. Frau Aigner, ich würde von Ihnen gerne wissen, wann endlich die Planungen für den von Herrn Söder versprochenen S-Bahn-Ring beginnen. Vielleicht können Sie uns das heute sagen. Wann geht es los? Wir brauchen in München kurzfristige Maßnahmen wie den Einsatz von Langzügen, Investitionen in die Betriebszuverlässigkeit, härtere Strafzahlungen bei Ausfällen und Verspätungen und vor allem eine Beschleunigung der Ausbaumaßnahmen. Was wir gar nicht brauchen, sind ständig neue Maßnahmenpakete, Punktepläne und Sofortprogramme, die dann gar nicht oder nicht rechtzeitig umgesetzt werden.

Sie schieben die Schuld immer auf die Bahn, aber Sie tragen auf allen politischen Ebenen die Verantwortung, auf der Bundesebene und auf der Landesebene. Das ist ein Dauerversagen der CSU-Verkehrspolitik zulasten der Fahrgäste, zulasten der Umwelt und zulasten derer, die gesundheitlich unter Abgasen und Lärm leiden.

(Beifall bei der SPD)

Packen Sie endlich den Ausbau der S-Bahn in Nürnberg an! Unterstützen Sie Augsburg und Regensburg beim Ausbau einer Stadt-Umland-Bahn! Unterstützen Sie auch die anderen Städte und Gemeinden Bayerns beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Herr Dr. Bernhard, natürlich gehört auch der Einsatz für eine deutliche Erhöhung der Mittel für den Regionalverkehr dazu. Aber wer stellt den Bundesverkehrsminister? Wichtig ist aber auch eine echte Förderung bei der Fahrzeuganschaffung, und zwar nicht nur mit Lippenbekenntnissen und Verpflichtungsermächtigungen. Dies gilt auch für die Förderung von bezahlbaren Tickets und für den Einstieg in den kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr, den unsere Spitzenkandidatin gerade skizziert hat.

Diese Themen sollten Sie jetzt in München, Nürnberg und Augsburg ernsthaft anpacken und nicht am Sankt-Nimmerleins-Tag. Dies wäre allemal besser als fragwürdige politische Ankündigungen vor der Wahl und besser als eine rückwärtsgewandte Lobbypolitik für das Auto, die Ihr überkommenes Markenzeichen ist. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die CSU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Dr. Martin Huber das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ohne Zweifel ist saubere Luft eine unserer wichtigsten Lebensgrundlagen. Deswegen müssen wir die Luft in Stadt und Land reinhalten, damit die Menschen die besten Lebensbedingungen vorfinden. Dafür steht Bayern, und dafür steht die CSU.

Im Juli 2017 hat das Kabinett bereits ein umfassendes Maßnahmenpaket für saubere Luft in den Innenstädten auf den Weg gebracht. Wir wollen die Flottenwerte der Diesel-Pkw verbessern, alternative Antriebe fördern, die Ladeinfrastruktur für E-Mobilität weiter ausbauen, den ÖPNV voranbringen und Radwege ausbauen. Unsere Haltung dabei ist klar: Pauschale Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in Großstädten lehnen wir ab, und dazu stehen wir; denn Dieselfahrverbote sind unsozial und familienfeindlich, und sie gefährden Handwerk und Mittelstand. Deshalb sage ich auch ganz klar an die Adresse von SPD und GRÜNEN: Wenn Sie gegen unsere Handwerksbetriebe Politik machen wollen, dann schreiben Sie das auch in die entsprechenden Anträge hinein.

(Horst Arnold (SPD): Was sagen Sie zum Urteil des Verwaltungsgerichtshofs?)

Wenn Sie den Bürgerinnen und Bürgern zuhören würden, würden Sie bei solchen Anträgen auch vorsichtiger agieren. In mein Büro kommen Handwerker zur Bürgersprechstunde, die verunsichert sind. Sie haben teilweise Existenzängste, weil sie nicht wissen, ob sie mit dem gerade gekauften Dieselfahrzeug, in das sie viel Geld investiert haben, noch fahren dürfen oder nicht.

(Florian von Brunn (SPD): Weil sie wissen, wer bei Ihnen der Verkehrsminister ist!)

Deshalb brauchen wir keine Verbote und keine weitere Verunsicherung der Menschen, sondern vernünftige und realitätsnahe Lösungen. Wir brauchen ein Mobilitätskonzept, das die Luftqualität auch an verkehrsreichen Straßen in den Innenstädten besser macht. Das ist unter anderem durch den verstärkten Einsatz neuester Dieseltechnologie möglich. Zudem sollen auch die Diesel-Pkw nach Euro-5-Norm durch Software-Lösungen ertüchtigt werden. Für mich ist dabei aber auch klar: Das kann nicht auf Kosten der Verbraucher und der Handwerker geschehen. Kaufanreize für modernste Dieselfahrzeuge und die Kostenneutralität für Kunden, die ein Software-Update durchführen lassen, haben dabei oberste Priorität.

Ich möchte auch die Anstrengungen im Bereich der Elektromobilität besonders hervorheben. Die staatliche Förderung des Aufbaus der Ladeinfrastruktur soll aufgestockt werden. Synthetische Kraftstoffe sollen weiterentwickelt werden. Mit den großen Städten in Bayern wurde über ein Förderprogramm zur Flottenumstellung städtischer Nutzfahrzeuge gesprochen. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe der Staatsregierung und des Bayerischen Städtetages ist bereits eingerichtet, um Lösungen für rechtliche Instrumentarien für die Städte zu finden. Auch die E-Mobilität muss einen entscheidenden Schritt vorankommen.

Ein weiteres Ziel ist es, das Fahrrad verstärkt als Verkehrsmittel zu etablieren. Wir wollen deshalb den Anteil der Wege für Radfahrer an den Verkehrswegen auf 20 % steigern. Die Voraussetzung dafür ist ein bayernweites Radverkehrsnetz. Die Planung dieses Netzes ist Teil des Radverkehrsprogramms Bayern 2025, das bereits letztes Jahr im Ministerrat beschlossen wurde. Dafür investiert der Freistaat Bayern in den Jahren 2015 bis 2019 über 200 Millionen Euro. Besonders in den Ballungsräumen München und Nürnberg brauchen wir schnelle und effektive Radschnellverbindungen. Daneben gibt es auch eine verbesserte Förderung von Fahrradabstellanlagen an Haltestellen des öffentlichen Personennahverkehrs. Die verschiedenen Verkehrsarten müssen Hand in Hand gehen.

Wenn wir über den Verkehr neu nachdenken wollen, müssen wir auch weiterhin Mobilität ermöglichen und nicht verbieten. Die Menschen werden trotz eines besseren ÖPNV und trotz des besten Radwegenetzes nicht voll auf den Individualverkehr verzichten wollen. Deswegen gehen wir mit Maß und Ziel voran und bringen die Maßnahmen, die wirken sollen, auf den Weg. Das ist der entscheidende Unterschied zu den GRÜNEN. Wir erlassen keine Verbote, sondern setzen Anreize, damit die Grenzwerte für Stickstoffdioxid in unseren Städten eingehalten werden. Wir sind entschlossen, die Verbesserung der Luftqualität auch mit Landesmitteln kraftvoll zu unterstützen. Fahrverbote auf einigen Straßen führen zu Ausweichverkehr in echte Wohnstraßen. Das kann niemand wollen. Nehmen wir als Beispiel Hamburg. Dort wurde im Mai an zwei Straßen ein Fahrverbot für ältere Diesel-Pkw eingeführt mit dem Ergebnis, dass die Grenzwerte weiterhin überschritten werden und dass der Ausweichverkehr für leicht erhöhte Werte auf anderen Straßen sorgt.

(Beifall bei der CSU)

Hinzu kommt ein weiteres Paradoxon: Am Hamburger Hafen sind die Werte zehnmal so hoch wie an den am meisten belasteten Straßen in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Wir setzen in Bayern auf Zukunftstechnologien. Wir setzen uns für das Forschungs- und Anwendungszentrum für innovative Kraftstoffe in Straubing ein.

(Beifall des Abgeordneten Hans Ritt (CSU))

Wir setzen uns für den Pakt zur Zukunft der Fahrzeugindustrie in Bayern ein, der im Juni mit der Wirtschaft geschlossen worden ist. Ziel ist es, dass Bayern auch in Zukunft Premiumstandort für die Technologie- und Innovationsführer im Fahrzeugbau bleibt. Wir müssen besonders die alternativen Antriebstechnologien voranbringen. Ich denke an die Forschung in Bayreuth oder an den Energie Campus Nürnberg. Mit allen diesen breit gefächerten Maßnahmen werden die Grenzwerte eingehalten.

Meine Damen, meine Herren, das Programm der GRÜNEN ist mit dem Titel "Umweltpolitik muss radikal sein" überschrieben. Wir brauchen nicht mehr Radikalität im Parlament, wir brauchen vernünftige und realitätsnahe Lösungen. Dafür steht die CSU, und dafür steht Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Aigner ums Wort gebeten. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wohnen, Bau und Verkehr): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes sei es mir gestattet, zwei Kollegen, die über Jahrzehnte auch in der Verkehrspolitik tätig waren und die heute die voraussichtlich letzte Rede in diesem Haus gehalten haben, für ihr Engagement zu danken. Sie haben sich für das Land insgesamt engagiert. Lieber Eberhard, lieber Otmar, stellvertretend für alle, die in diesen letzten zwei Sitzungswochen zum letzten Mal in diesem Haus sind: ein herzliches Dankeschön für euer Engagement!

(Allgemeiner Beifall)

Ich glaube schon, dass uns dieses Engagement insgesamt eint. Ich würde ungern einen Gegensatz zwischen Stadt und Land zulassen. Wir müssen beides berücksichtigen. Wir haben bestimmte und unterschiedliche Aufgaben. Der Kollege Huber hat gerade die Luftreinhaltung angesprochen. Diese ist schwerpunktmäßig in der Landeshauptstadt München voranzutreiben. In den anderen Städten ist die Schadstoffbelastung der Luft deutlich abnehmend. Deshalb ist ganz klar, wo die Schwerpunkte bei der Luftreinhaltung zu setzen sind, nämlich in den Städten, und dabei ganz besonders in München.

(Florian von Brunn (SPD): Nürnberg, Augsburg, Regensburg?)

Dieses Problem wollen wir gemeinsam lösen. Ich hoffe, dass wir es gemeinsam lösen wollen, weil wir eine Alternative zu Fahrverboten, die alle im ganzen Land treffen, bieten wollen. Das ist die Grundsatzfrage.

Wir müssen in den Schienenpersonennahverkehr und in den öffentlichen Personennahverkehr investieren. Als Beispiel nehme ich den Schienenpersonennahverkehr. Der Freistaat Bayern investiert jedes Jahr 1,25 Milliarden Euro in den Schienenpersonennahverkehr.

(Florian von Brunn (SPD): Und wie viel investieren Sie in den Straßenverkehr?)

– Das kann ich Ihnen sagen. In den Staatsstraßenbau investieren wir ungefähr 500 Millionen. Gut, dass Sie gefragt haben, Herr von Brunn.

(Florian von Brunn (SPD): Für die Staatsstraßen?)

– Ja, in die Staatsstraßen. Dafür ist der Freistaat Bayern zuständig. Der Freistaat Bayern ist für die Bestellung des Schienenpersonennahverkehrs und für die Staatsstraßen zuständig. Ein Vielfaches von dem, was wir für die Straßen ausgeben, investieren wir in den Schienenpersonennahverkehr. Das bedauern übrigens viele Kollegen aus allen Fraktionen, die dann bei mir anfragen, warum ihre Straße nicht sofort verbessert werden kann. Trotzdem geben wir ein Vielfaches für den Schienenpersonennahverkehr aus.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Wie viele Züge fahren denn?)

Wir investieren auch in den öffentlichen Personennahverkehr. Dabei möchte ich aber die Aufgabenverteilung klarstellen. Aufgabenträger sind diejenigen, die die Fahrleistungen in den Landkreisen bestellen. Dazu werden Verkehrsgutachten in Auftrag gegeben. Bei den Bestellungen gibt es aber sehr große Unterschiede. Die Spannbreite geht von ganz wenig bis ganz viel. Bemerkenswert ist, dass mein Stimmkreis, der seit viereinhalb Jahren von einem GRÜNEN-Landrat regiert wird, an der letzten Stelle steht. Das muss man auch dazusagen.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Hört, hört! Sehr interessant!)

Für die Landkreise, die ganz viel bestellen, haben wir die Förderung auch dank der Unterstützung durch meine Fraktion jetzt um 50 % aufgestockt. Diese Mit-

tel verwenden wir, um einen Schritt weiter zu kommen und bessere Verbundstrukturen zu schaffen. Damit wollen wir Anreize für die Nutzer einer Verbundstruktur schaffen. Der nach der Fläche größte Verbund ist übrigens nicht der MVV, wie viele meinen, sondern der VGN, der Nürnberger Verkehrsverbund. Die Förderung dieser Verbünde zeigt Wirkung. Die Kommunen, die noch nicht dabei sind, haben bei uns schon angeklopft und wollen in die Verbünde hineinkommen. Genau das ist das richtige Ziel. Wir wollen im gesamten Land Verbundstrukturen auf den Weg bringen. Deshalb ist die Prioritätensetzung für mich die wichtigste Aufgabe, wie auch Frau Kohnen festgestellt hat.

Man kann jetzt im Wahlkampf sagen: Wir wollen ein kostenloses Ticket. – Das kann man sagen. Aber ich sage Ihnen, dass wir das Geld besser investieren, um eine bessere Flächendeckung zu erreichen, und zwar im ganzen Land. Nicht die Frage des Ticketpreises ist entscheidend, sondern die Frage, ob die Strukturen überhaupt vorhanden sind. Deshalb ist für uns das Angebot ganz wesentlich, gerade in den ländlichen Räumen.

Herr Glauber, Sie sagen, alles würde nur nach München gehen. Die 100 Millionen, die wir im Nachtragshaushalt für den öffentlichen Personennahverkehr zusätzlich bekommen haben, gehen ganz überwiegend in die ländlichen Regionen, weil Tangentialbusverkehre in Gegenden, wo es keine Schienen gibt, in keiner Stadt liegen, sondern sie führen quer durch das Land. Es gibt sie in allen Landesteilen. Wir haben uns auf den Weg gemacht, diese Verkehre dort zu unterstützen.

Die Unterstützung von SmartBussen betrifft auch die ländlichen Regionen. Mit Verlaub: Die SmartBusse fahren nicht in den Städten, sondern in den ländlichen Regionen, genauso wie die Bürgerbusse.

Das gilt auch für die Busförderung. Frau Kohnen sagt, für die Busse wäre kein Cent ausgegeben worden. Liebe Frau Kohnen, da kann ich Sie einfach nur korrigieren. Das ist schlicht falsch. Wir haben in diesem Jahr allen Anträgen zur Umrüstung von Bussen auf Barrierefreiheit und Emissionsfreiheit, denen in diesem Jahr entsprochen werden kann, zugestimmt. Das betraf 1.000 Busse. Wenn das nicht ein mächtiges Programm zur Steigerung der Busförderung und zu einer besseren Förderung geringer Emissionen ist, dann weiß ich auch nicht mehr weiter. Ihre Behauptung dazu ist schlicht falsch.

(Beifall bei der CSU)

Der nächste Punkt betrifft die Aussage, wir hätten eine falsche Prioritätensetzung betrieben, indem wir in Flugtaxi investieren. Liebe Frau Kohnen, ich glaube,

beides gehört zusammen. Wenn wir es versäumen, auf eine Zukunftstechnologie zu setzen, mit der zufälligerweise auch noch eine bayerische Firma arbeitet, müssten wir uns in vier, fünf Jahren vorwerfen lassen, dass wir die Entwicklung verschlafen haben. Sie wären die Ersten, die sagen: Die Arbeitsplätze sind nicht in Bayern entstanden.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU):
Genau so ist es!)

Ich kann Ihnen nur sagen – auch das betrifft wieder die ländlichen Räume –: Natürlich wird das nicht dazu dienen, dass jemand sozusagen mit der S-Bahn von einer Station zur anderen zum Arzt fährt. Aber es kann für die ländlichen Räume sogar eine der größten Chancen sein. Denken Sie daran, was geschieht, wenn das Konzept aufgeht. Nach den Berechnungen kann man für 20 Cent pro Kilometer fahren, wenn das Konzept einmal richtig läuft. Das gilt auch für Fahrten in entlegene Regionen, wo auch immer man hinfährt, nicht immer nur sternförmig auf die Städte zu, sondern quer durch die gesamten Regionen. Wenn diese Berechnungen stimmen, ist das für ein Flächenland wie Bayern eine der Zukunftschancen. Ich weiß nicht, warum man auf solche Zukunftsvisionen so herabschaut. Das ist jetzt noch nicht Realität; aber wir müssen beides tun, damit wir auch in Zukunft noch die Arbeitsplätze haben und die Steuern einnehmen, damit wir wieder in sämtliche Strukturen investieren können. Das ist der Kreislauf.

(Beifall bei der CSU)

Zum nächsten Punkt: Ja, Elektrifizierung ist für mich auch ein wichtiges Thema, keine Frage. Aber, liebe Frau Kohnen, ich bitte Sie, dass Sie vielleicht mit dem Bundesfinanzminister Scholz sprechen. Andi Scheuer hat einiges beantragt, gerade zum Bahnbau. Er hat sich erst vor Kurzem bei mir beklagt, auch zum barrierefreien Ausbau, und gesagt, er hat inzwischen seinen Etat vom Bundesfinanzminister zusammengestrichen bekommen.

(Hans Herold (CSU): Aha! Sehr interessant!)

Vielleicht können Sie bei diesem Thema auch einmal helfen. Das wäre durchaus sinnvoll. Für die Barrierefreiheit ist nämlich der Bund zuständig.

(Beifall bei der CSU)

Ebenso ist der Bund für die Elektrifizierung zuständig. Das wissen Sie auch. Trotzdem werden wir hier nicht stehen bleiben. Trotzdem haben wir unter meinem Vorgänger – lieber Joachim Herrmann – die Strategie BESS auf den Weg gebracht. Wo können wir zum Beispiel neue Modellprojekte auf den Weg bringen? –

Morgen bin ich bei der InnoTrans, um mir alle Möglichkeiten von Wasserstoff-Hybrid bis Akku-Hybrid anzuschauen. Das könnte vielleicht gerade für die ländlichen Regionen durchaus eine Option sein, um schneller zur Elektrifizierung zu kommen; denn zu der Frage der Kosten kommt hinzu, dass man natürlich erst einmal bauen muss. Deswegen sollten wir hier beides tun und nichts unversucht lassen.

Last but not least komme ich zu dem viel zitierten 365-Euro-Ticket. Ich sage einen herzlichen Dank dem Ministerpräsidenten, dass er jetzt in dieser Richtung vorangehen will.

(Florian von Brunn (SPD): Aha! Warum haben Sie es dann im Januar abgelehnt?)

Wir werden gemeinsam mit Oberbürgermeister Reiter und den acht betroffenen Verbundlandkreisen auch über das weitere Vorgehen beraten. Das wird wahrscheinlich nicht so schnell, nicht von heute auf morgen, gehen, aber wir sind durchaus dazu bereit. Ich glaube auch, das ist im Sinne der Luftreinhaltung ein deutliches Zeichen, wie wir vorankommen können. Meine Damen und Herren, das werden wir auf den Weg bringen.

Wir werden auch die Entwicklung der Infrastruktur weiter auf den Weg bringen. Otmar Bernhard hat zu Recht darauf hingewiesen, wie viel mit dem 28-Maßnahmen-Paket investiert wird, die wir gemeinsam mit der Bahn in Bayern realisieren. Da ist einiges auf der Schiene, im wahrsten Sinne des Wortes.

Immer wieder wird von den GRÜNEN die zweite Stammstrecke infrage gestellt. Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn man eine Kapazitätsausweitung der S-Bahn will – Herr von Brunn, da haben Sie vollkommen recht –, wird das nur mit einer zusätzlichen Stammstrecke gehen, gerne auch mit weiteren Nordringen. Wir werden dazu eine Studie in Auftrag geben. Dazu haben wir schon eine europaweite Ausschreibung gemacht. Wir werden alles brauchen; denn mit einer Infrastruktur von 1972 werden wir das auf Dauer nicht bewerkstelligen können.

Ich glaube, wir müssen weiter investieren. Ich habe meinen Beitrag dazu geleistet, im Nachtragshaushalt einen Anschlag zu geben. Auch mein Vorgänger Joachim Herrmann hat hier einiges auf den Weg gebracht. Gemeinsam mit dem Bund – nur so geht es letztendlich – werden wir ein Gesamtkonzept für einen ausgeglichenen Schienenpersonennahverkehr, aber auch für den öffentlichen Personennahverkehr auf den Weg bringen. Ich bedanke mich herzlich, wenn Sie mich dabei auch in der Zukunft unterstützen werden.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Schlussbericht des Untersuchungsausschusses zur Untersuchung eines möglichen Fehlverhaltens der verantwortlichen bayerischen Behörden, insbesondere der zuständigen Staatsministerien, der Staatskanzlei, des damaligen Staatsministers der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat Dr. Markus Söder und weiterer politischer Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger im Zusammenhang mit dem Verkauf der GBW-Anteile durch die Bayerische Landesbank (BayernLB) im April 2013 (Drs. 17/23704)

Hierzu wurde im Ältestenrat eine Gesamtredezeit der Fraktionen von 96 Minuten vereinbart. Der Vorsitzende erhält zusätzlich zehn Minuten Redezeit für allgemeine Ausführungen zu dem Untersuchungsausschuss. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die Verteilung ist also: CSU 32 Minuten, SPD 24 Minuten, FREIE WÄHLER und GRÜNE je 20 Minuten und die Staatsregierung 32 Minuten.

Ich eröffne die Aussprache und darf als erstem Redner dem Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses – er ist schon bereit –, Herrn Kollegen Alexander König, das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Alexander König (CSU): Hochverehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der vierte Untersuchungsausschuss der Wahlperiode, der aus meiner Sicht überflüssigste Untersuchungsausschuss, an den ich mich überhaupt erinnern kann, der am 26. April hier beschlossen wurde und an diesem Tag gleich seine Arbeit aufnahm, hat nach 14 Sitzungen, der Auswertung umfangreicher Akten und der Einvernahme von 40 Zeugen vor einer Woche mit den Stimmen der CSU-Fraktion seinen Schlussbericht beschlossen. Die Opposition hat einen Minderheitenbericht vorgelegt. Der formelle Teil wurde einstimmig beschlossen.

Ich danke allen, die freiwillig oder vielleicht auch unfreiwillig an diesem Untersuchungsausschuss mitgewirkt haben, insbesondere den Mitarbeitern der Fraktionen, der Staatsregierung und des Landtagsamts, den Stenografen und nicht zuletzt der Frau Präsidentin, welche bemüht war, durch Sachleistungen den Ausschuss bei Laune zu halten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, überflüssig war der Ausschuss, weil er nicht wirklich neue Erkenntnisse erbrachte und weil er ein für den Steuerzahler teures und untaugliches Wahlkampfmittelchen der Opposition war.

(Beifall bei der CSU)

Sämtliche von den Damen und Herren der Opposition mitunter bis an die Grenze der böswilligen Verleumdung erhobenen Falschbehauptungen konnten im Rahmen der Beweisaufnahme widerlegt werden.

Ich komme zur ersten Falschbehauptung. Sie, Herr Kollege Halbleib, behaupten – Zitat –, die BayernLB sei nicht durch Vorgaben der EU dazu verpflichtet gewesen, die GBW-Anteile zu verkaufen – Zitatende. Prof. Dr. Bauer behauptete am 19. Juni dieses Jahres – Zitat –, es sei unwahr, dass die BayernLB die GBW auf Druck Brüssels habe verkaufen müssen – Zitatende. Diese Behauptungen sind falsch. Stattdessen hat die Beweisaufnahme ergeben, dass der Verkauf der GBW-Anteile zwingend erforderlich war.

Erstens. Der Beihilfebescheid der EU-Kommission schreibt einen – Zitat – vollständigen und bestmöglichen – Zitatende – Verkauf der Anteile an der GBW AG ausdrücklich vor.

Zweitens. Sogar der Kollege Mütze räumt in der 12. Sitzung ein – Zitat –: "Dass die GBW zu verkaufen war, ist, denke ich – wir haben jetzt lange genug zusammengesessen – unstreitig." – Zitatende.

Auch Sie, Herr Kollege Streibl, räumen in einer Pressemitteilung vom 20. Juni 2018 und damit nur einen Tag nach Ihnen, Herr Prof. Dr. Bauer, ein, dass die GBW-Anteile verkauft werden mussten. Wörtlich teilten Sie mit – Zitat –: "Als klar war, dass die GBW verkauft werden musste" usw. – Zitatende.

Vor allem dieser dritte Punkt sagt im Grunde alles. Am 19. Juni behaupteten Sie von den FREIEN WÄHLERN, per Pressemitteilung, es sei – Zitat – unwahr, dass die BayernLB die GBW auf Druck Brüssels habe verkaufen müssen – Zitatende. Nur einen Tag später verkünden Sie dann – Zitat –, die GBW habe verkauft werden müssen – Zitatende. Die völlig unterschiedlichen Aussagen im 24-Stunden-Takt lassen tief blicken, Kolleginnen und Kollegen.

Zweite Falschbehauptung: Die Opposition behauptet in ihrem Minderheitenbericht – Zitat –, es habe keine Bemühungen der Staatsregierung gegeben, die GBW AG nicht auf die Verkaufsliste zu setzen. – Auch diese Behauptung ist falsch. Die Beweisaufnahme hat ergeben, dass von bayerischer Seite sehr wohl An-

strengungen unternommen wurden, einen Verkauf der Anteile der BayernLB an der GBW AG zu vermeiden.

Der Zeuge Kaiser vom Bundeswirtschaftsministerium hat im Untersuchungsausschuss betreffend den Beginn des Jahres 2009 Folgendes ausgesagt:

... hat der Freistaat Bayern zu Beginn noch versucht, im Umstrukturierungsplan – das waren die ersten Entwürfe, die es gab, die noch ohne GBW waren – versucht, der Kommission – wie gesagt, immer natürlich über die Bundesregierung – das schmackhaft zu machen. Aber da war dann relativ klar – relativ schnell klar auch –, dass das nicht reicht. Das war damals eine Liste von über 50 Kompensationen. ...

Dort war im ersten Entwurf die GBW nicht enthalten, sondern [es war] eine Liste von, ich glaube, 54 oder 56, ... Kompensationsmaßnahmen, die die Bayern im Rahmen des Entwurfes des Umstrukturierungsplanes der Kommission angeboten haben.

Das Ding kam postwendend zurück mit dem Hinweis: Das reicht nicht!

Im Minderheitenbericht kein Wort zu der entsprechenden Aussage des Zeugen Kaiser. Wahrhaftigkeit – Frau Kohnen ist leider gerade gegangen –, Anstand und Ernsthaftigkeit sehen anders aus.

(Beifall bei der CSU)

Dritte Falschbehauptung: Vor allem Sie, Herr Kollege Aiwanger, den ich gerade nicht sehe, und Sie, Herr Kollege Prof. Dr. Bauer, behaupten, es habe – Zitat – die Möglichkeit gegeben, vor dem Beihilfebeschluss der EU-Kommission die GBW-Anteile exklusiv zu verkaufen, also auch an Kommunen oder den Freistaat selbst, doch das bayerische Finanzministerium sei in der entscheidenden Phase vorschnell auf das von der EU-Kommission geforderte Bieterverfahren eingeschwenkt. Auch die Erstellung von Wertgutachten habe die Staatsregierung abgelehnt.

Auch diese Behauptungen, meine Herren, sind falsch. Die Beweisaufnahme hat ergeben, dass die EU-Kommission einen Exklusivverkauf der GBW-Anteile auf der Basis eines Wertgutachtens trotz intensiver Anstrengungen der Staatsregierung untersagt hat. Völlig daneben ist dabei Ihr Vorwurf, das Finanzministerium sei – Zitat – vorschnell auf das von der EU-Kommission geforderte Bieterverfahren eingeschwenkt.

Die Beweisaufnahme hat das Gegenteil ergeben. Die Wahrheit ist: Der damalige Staatsminister Dr. Söder hat sich bei der EU-Kommission persönlich massiv

dafür eingesetzt, dass ein Verkauf der GBW-Anteile nicht im Rahmen eines an Wettbewerbsgrundsätzen orientierten Bieterverfahrens erfolgen muss, sondern auf Wertgutachtenbasis erfolgen kann.

So ist er bereits am 28. November 2011 – damit nur gut drei Wochen nach seinem Amtsantritt als bayerischer Finanzminister – nach Brüssel zur EU-Kommission gereist und hat sich dort für einen Exklusivverkauf an die Kommunen auf Basis eines Wertgutachtens eingesetzt. Die Kommission hat jedoch letztlich trotz dieser und weiterer Anstrengungen Bayerns auf dem angeordneten Bieterverfahren bestanden und dies im Beihilfebescheid angeordnet. Ein Verkauf auf Wertgutachtenbasis schied damit aus.

Der Zeuge Dr. von Bonin von der Kanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer, der damals an den Verhandlungen mit der EU-Kommission als Vertreter der BayernLB teilgenommen hat, sagte am 19. Juni im Ausschuss – Zitat –:

Ich erinnere mich daran, dass die Frage der Veräußerung durch Wertgutachten diskutiert worden ist und meines Erachtens auch einmal Eingang gefunden hat in eine Fassung, die an die Kommission geschickt worden ist. Das ist aber

– von der Kommission –

gestrichen worden. ...

Die Kommission hat auf einem Veräußerungsverfahren, Tender

– Anmerkung von mir: also einem Bieterverfahren –

bestanden.

Die Kommission hat gesagt:

"Wir wollen kein Wertgutachten, sondern wir wollen ein offenes Bieterverfahren", womit sich die Frage der Exklusivität erledigt hatte – durch Aussage der Kommission.

Dass Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, angesichts dieser eindeutigen Aussage dem Zeugen Dr. von Bonin auf Seite 22 Ihres Minderheitenberichtes in verzerrender Weise in den Mund legen – Zitat – "ein Verkauf auf Grundlage eines Wertgutachtens sei möglich und deswegen auch vertretbar" gewesen, ist schon ein starkes Stück; denn der Zeuge hat im Zeugenstand unter Wahrheitspflicht genau das Gegenteil gesagt.

Vierte Falschbehauptung: Die Opposition behauptet in ihrem Minderheitenbericht – Zitat – "Der Freistaat Bayern hätte die GBW erwerben können." Es habe

weder ein direktes noch ein indirektes Verbot der EU gegeben. Auch diese Behauptung ist falsch. Die Beweisaufnahme hat eindeutig ergeben, dass die EU-Kommission einen Erwerb der GBW-Anteile der BayernLB durch den Freistaat Bayern faktisch verboten hat.

Aus der Fußnote 12 des Beihilfebescheids ergibt sich eindeutig, dass bei einem solchen Erwerb ein neues Beihilfeverfahren gedroht hätte. Ein solches neues Beihilfeverfahren wäre mit unkalkulierbaren Risiken verbunden gewesen, im schlimmsten Fall hätte die Abwicklung der BayernLB mit unabsehbaren Folgen für die Steuerzahler, die Sparkassen, die Kommunen und eine Vielzahl von Arbeitsplätzen gedroht.

Der Zeuge Kaiser aus dem Bundeswirtschaftsministerium hat am 19. Juni zu einer etwaigen Beteiligung des Freistaats Bayern am Bieterverfahren Folgendes ausgesagt:

Und insofern war es ganz klar, dass diese Möglichkeit – faktisch jedenfalls –, mit einem eigentlich nicht vertretbaren hohen Risiko verbunden ist.

Zu der konkreten Formulierung der Fußnote 12 hat der Zeuge Kaiser erklärt – Zitat –:

Und wenn man den beihilferechtlich üblichen Sprech der Kommission etwas kennt und wenn man die diplomatischen Floskeln abzieht, dann weiß man: Das ist aus Sicht der Kommission ein klares Stoppschild, wenn eine solche Formulierung gewählt wird. Dann weiß man: Wenn die Kommission damit droht, dann ist schon Vorsicht geboten.

Der Zeuge Dr. von Bonin hat zu der Frage, ob der Freistaat sich hätte am Bieterverfahren beteiligen können, Folgendes erklärt – Zitat –:

Die Kommission wollte ganz klar nicht, dass der Freistaat die Wohnungen kauft, sondern die Kommission wollte, dass die Wohnungen in einem offenen Bieterverfahren verkauft werden – – und die Teilnahme des Freistaates an einem solchen Bieterverfahren beihilferechtliche Risiken birgt und deswegen von der Kommission nicht gewünscht war.

Die Frage, ob die Fußnote 12 der finalen Beihilfeentscheidung der EU-Kommission bedeutet, dass die EU-Kommission einen Erwerb durch den Freistaat Bayern nicht hinnehmen wird, bejahte der Zeuge Dr. von Bonin ausdrücklich.

Dies alles lassen Sie unter den Tisch fallen und verbreiten weiter munter die Mär, Bayern hätte die Anteile an der GBW AG selbst erwerben können. Auch Ihre Gegenargumente, die wir hier wahrscheinlich gleich hören werden, helfen nicht weiter. Wir haben von Ihnen bis gestern die zwei immer gleichlautenden untauglichen Argumente gehört: einmal das Memo Dr. Schütze von der Kanzlei Clifford Chance bzw. seine Zeugenaussage und zum anderen verschiedene Schreiben der EU-Kommission.

Seit gestern begründen Sie Ihre Falschbehauptung zusätzlich noch mit einem Auftragsgutachten, das Sie von der SPD bestellt haben. Ich sage es Ihnen ganz deutlich: Keines dieser Scheinargumente ändert etwas daran, dass Ihre Behauptung von einer vermeintlichen Kaufmöglichkeit des Freistaats eine Falschbehauptung ist.

Zunächst zu dem Auftragsgutachten vom 23. August, das Sie gestern präsentiert haben. Eine Woche nach dem Beschluss des Schlussberichts im Untersuchungsausschuss präsentieren Sie ein vermeintlich entscheidendes Rechtsgutachten mit Datum vom 23. August 2018, das schon drei Wochen alt ist. So entscheidend kann das Gutachten nicht gewesen sein, sonst hätten Sie es getrost dem Untersuchungsausschuss während seiner Beratungen vorlegen können, damit er sich damit auseinandersetzt, Herr Kollege Halbleib.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Auch mit der Unabhängigkeit Ihres Gutachtens ist es nicht weit her, denn Ihr Auftragsgutachten ist von Ihnen bestellt und bezahlt; wenn Sie wirklich ein unabhängiges Gutachten gewollt hätten, hätten Sie, Herr Kollege Halbleib, im Untersuchungsausschuss einfach einen Beweisantrag auf Einholung eines unabhängigen Sachverständigengutachtens stellen können.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Das haben Sie nicht getan. Damit ist im Grunde genommen alles gesagt.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Auch inhaltlich ändert das Gutachten nichts. Zu den Gefahren für das ursprüngliche Beihilfeverfahren schweigt das Gutachten. Hören Sie einfach noch einmal den Zeugen Dr. von Bonin; anders als der Ersteller Ihres Gutachtens war dieser bei den Verhandlungen mit der EU-Kommission dabei. Er hat im

Ausschuss zu den Gefahren eines Rechtsstreits mit der Kommission Folgendes ausgesagt – Zitat –:

Die Kommission sitzt deswegen am längeren Hebel, weil es für die Bank, die in der Krise ist, essenziell erforderlich ist, die Beihilfe genehmigt zu bekommen. Denn wenn die Bank die Beihilfe nicht genehmigt bekommt, die Kommission eine Negativentscheidung mit Rückforderungsanordnung trifft, dann verliert die Bank sofort – und zwar auch dann, wenn Sie oder die Bundesrepublik Deutschland gegen eine solche Negativentscheidung klagen – den Vorteil der zugewendeten Beihilfe. Und da diese Beihilfen ja meistens kapitalquotenstützenden Charakter hatten, würde eine Negativentscheidung der Kommission unmittelbar zum Verfall der Kapitalquoten und letztlich zur Insolvenz der Bank führen.

Auf einen Rechtsstreit mit der EU-Kommission wäre es, wenn man Ihr Gutachten zugrunde legt, hinausgelaufen. Der Zeuge Dr. von Bonin, der anders als Ihr Gutachter dabei war – wie ich schon sagte –, hat eindeutig bejaht, dass die Kommission einen Erwerb durch den Freistaat nicht hinnehmen wird. Bei einem solchen Rechtsstreit hätte nach Aussage dieses Zeugen die Insolvenz der Landesbank gedroht.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die praktische Wirklichkeit der damaligen Verhandlungen mit der EU-Kommission. Die theoretischen Ausführungen eines nachträglich gestellten Auftragsgutachtens ändern daran nichts.

Auch das von Ihnen immer wieder zitierte Memo von Dr. Schütze von Clifford Chance und die Stellungnahme der EU-Kommission helfen Ihnen diesbezüglich nicht weiter. Das Memo enthält keinerlei Begründung, etwa eine Gerichtsentscheidung, für die angedeutete Möglichkeit eines Erwerbs durch den Freistaat. Zweitens hat der Zeuge Dr. von Bonin zu dem Memo sehr eindeutig ausgesagt, dass die Kommission – Zitat – "schon vorher gesagt hatte, dass sie kein Wertgutachten will, und darauf würde es letztlich hier hinauslaufen." – Zitatende. Auch die Aussagen der EU-Kommission stützen Ihre Falschbehauptungen nicht. Die Kommission hat zwar mehrfach mitgeteilt, dass der Freistaat Bayern an einem Bieterverfahren hätte teilnehmen können, gleichzeitig hat die Kommission aber auch immer ausdrücklich vor den Risiken gewarnt. Bildlich ausgedrückt ist es etwa so, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie wenn Sie im 10. Stock eines Hauses zu jemandem sagen: Es ist nicht verboten, vom Balkon zu springen. –

(Thomas Mütze (GRÜNE): Vom 1. Stock!)

Er wird nicht springen. Entsprechend hat sich der Freistaat Bayern am Bieterverfahren auch nicht beteiligt.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Er hatte kein Interesse!)

Zu Ihrer fünften Falschbehauptung: Sie behaupten in Ihrem Minderheitenbericht – Zitat –: "... erscheint die ‚Sozialcharta‘ als reines Placebo, um Mieter und Öffentlichkeit zu beruhigen." Die EU-Kommission habe hierzu keine weiteren Vorgaben gemacht. Und weiteres Zitat: "Die für die Sozialcharta maßgebliche Fußnote 11 bezieht sich eindeutig auf alle Transaktionen betreffend Sozialwohnungen, unabhängig von etwaigen Beihilfeverfahren." – Zitatende. – Auch diese Behauptungen sind falsch. Stattdessen hat die Beweisaufnahme eindeutig ergeben, dass die Sozialcharta nur aufgrund umfassender Anstrengungen des Freistaats vereinbart werden konnte und dass die Sozialcharta bis an die Grenze des nach den Vorgaben der EU-Kommission rechtlich Zulässigen ging. Nach den eindeutigen Vorgaben der Kommission in Fußnote 11 des Beihilfebescheids durfte der Käufer der Anteile der BayernLB an der GBW AG neben den geltenden sozialen Leitlinien der GBW Gruppe ausdrücklich nur zur Einhaltung solcher – Zitat – "zusätzlicher sozialer Vorgaben, die in vergleichbaren Transaktionen Anwendung gefunden haben" – Zitatende – verpflichtet werden. Bei vergleichbaren Transaktionen handelt es sich ausschließlich um solche, die ebenfalls Gegenstand eines EU-Beihilfeverfahrens waren.

Zeuge von Bonin hat im Ausschuss zu den von der Kommission gesetzten rechtlichen Grenzen der Sozialcharta Folgendes ausgesagt – Zitat –: "Für die Kommission war Baden-Württemberg die Blaupause, weil die Kommission sagte: Das, was dort gemacht wurde, ist im Markt schon mal gemacht worden und ist deswegen marktüblich." Die Position der Kommission war, sofern sich das, was mit den Bietern vereinbart wird, im Rahmen dessen hält, was bei der Landesbank Baden-Württemberg-Transaktion vereinbart worden ist, ist es marktüblich. Eindeutig meint der Beihilfebescheid mit diesen vergleichbaren Transaktionen somit ausschließlich solche, die ebenfalls Gegenstand eines EU-Beihilfeverfahrens waren.

Aber damit nicht genug, Frau Kohnen hat am vergangenen Mittwoch in der "Kontrovers-Wahlarena" im Bayerischen Fernsehen zu den angeblich zu schwachen sozialen Kriterien beim Verkauf der GBW-Anteile Folgendes gesagt – Zitat –: Man hätte den Kommunen einfach nur gute Konditionen bieten müssen, dann wären die Wohnungen in öffentlicher Hand geblieben. Hätte man die richtigen Bedingungen gestellt, dann hätten die Kommunen kaufen können. – Zitatende.

de. Frau Kohnen suggeriert damit, man hätte dem Bieterverfahren mehr Mieterschutz zugrunde legen können, dann hätten die Kommunen gekauft. Das ist, verehrte Kolleginnen und Kollegen, eine dreiste Falschbehauptung;

(Beifall bei der CSU)

denn die EU-Kommission hat es eben nicht erlaubt, dem Bieterverfahren mehr Mieterschutz zugrunde zu legen. Ich möchte hierzu Ihren Parteigenossen Nils Schmid von der SPD zitieren. Er war von 2011 bis 2016 Finanzminister in Baden-Württemberg. Er hat den ebenfalls von der EU-Kommission angeordneten Verkauf der Wohnungsgesellschaft der Landesbank Baden-Württemberg durchgeführt. Auch hier gab es einen Beihilfebescheid der EU-Kommission. Auch hier musste die Wohnungsgesellschaft nach Vorgabe der EU-Kommission zum bestmöglichen Preis verkauft werden. Auch hier ging der Zuschlag an die PATRIZIA. Auch hier unterlag ein kommunales Bieterkonsortium der PATRIZIA im Bieterverfahren. Alles lief also parallel zum Verkauf der GBW-Anteile bei uns. Parteigenosse Nils Schmid

(Florian von Brunn (SPD): Minister Schmid!)

hat am 09. Oktober 2013 im baden-württembergischen Landtag Folgendes gesagt – Zitat –: "Damit ist klar: In der konkreten Entscheidungssituation war die LBBW gehalten, den Zuschlag demjenigen zu geben, der ihn auch bekommen hat, also der PATRIZIA und nicht dem kommunalen Konsortium. Die Fragen des Mieterschutzes durften dabei keine Rolle spielen. Das ist die klare Aussage." – Zitatende. Ich wiederhole, nicht wir, sondern Ihr SPD-Parteikollege hat im baden-württembergischen Landtag erklärt – Zitat –: "Die Fragen des Mieterschutzes durften beim Zuschlag keine Rolle spielen." – Zitatende. In Richtung der dortigen Landtagsopposition ergänzte Nils Schmid von der SPD – Zitat –: "Deshalb bitte ich Sie: Hören Sie auf, mit Geschichtsklitterung." – Zitatende.

(Hans Herold (CSU): Hört, hört!)

Ich rufe auch Ihnen, Kolleginnen und Kollegen von der Opposition und namentlich der SPD und Frau Kohnen, zu: Hören auch Sie bitte damit auf, hier weiterhin schlichtweg die Unwahrheit zu verbreiten!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Nach alledem, Kolleginnen und Kollegen, ist völlig klar: Der Untersuchungsausschuss war auch deshalb überflüssig, weil die Opposition von Beginn bis zum Ende nicht die Absicht hatte, die Wahrheit zu erkunden. Vielmehr ging es offensichtlich ausschließlich um

ein billiges Wahlkampfmanöver. Anders kann ich mir all diese Zitate überhaupt nicht erklären.

(Beifall bei der CSU)

Anstatt den Mietern, die sich trotz der vereinbarten Sozialcharta Sorgen machen, wie es mit ihren Wohnungen weitergeht, reinen Wein einzuschenken, wird diesen seitens der Opposition weiter Sand in die Augen gestreut und falscherweise behauptet, der Freistaat hätte die Wohnungen einfach kaufen können. Oder die Kommunen hätten sie einfach kaufen können, oder es hätte überhaupt irgendwie anders gehen können. Die verschiedenen Versionen haben wir gehört. Dieses ständige Verbreiten der Unwahrheit wider besseres eigenes Wissen hilft aber den Mieterinnen und Mietern nicht. Es ist unredlich, mit falschen Tatsachenbehauptungen Wähler einzufangen zu wollen.

(Beifall bei der CSU)

Und ich sage noch dazu: Die Leute wissen ganz genau, dass es sich bei Ihren krampfhaften Falschbehauptungen um ein drittklassiges Schauspiel der Wählertäuschung handelt.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Durch Lügen über zurückliegende, nicht mehr änderbare Vorgänge werden auch keine Wohnungen geschaffen. Auch das wissen die Menschen.

Am Ende ist das Ergebnis des Untersuchungsausschusses: Die Opposition hat mit der Einsetzung des Untersuchungsausschusses nach mehr als fünf Jahren, nach unzähligen Landtagsdebatten und nach einer Landtagswahl, erst nach dem Verkauf der GBW-Anteile durch die BayernLB im Jahr 2013 im Rahmen des EU-Beihilfeverfahrens untauglich versucht, die Staatsregierung und insbesondere Ministerpräsident Dr. Markus Söder mit unberechtigten Vorwürfen zu überziehen. Nach Durchführung der Beweisaufnahme im Untersuchungsausschuss steht fest – ich darf diesen Bericht allen zum Lesen empfehlen, er liest sich übrigens sehr flüssig –: Sämtliche Vorwürfe der Opposition sind haltlos.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Halbleib das Wort. Bitte schön.

Volkmar Halbleib (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zu den Ergebnissen dieses Untersuchungsausschusses komme und bevor ich Herrn Kollegen König eine entsprechende Antwort gebe, gilt es Dank zu sagen. Wir

bedanken uns ausdrücklich beim Landtagsamt für die hervorragende Unterstützung, bei den Beauftragten der Staatsregierung und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen, die den Untersuchungsausschuss begleitet haben; Dank auch den Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss, Dank auch Ihnen, Herr Kollege König. Sie haben es als Ausschussvorsitzender zumindest ab und zu geschafft, Herrn Kollegen Weidenbusch zu bremsen und zumindest zeitweise wieder auf den Weg eines gepflegten parlamentarischen Umgangs zurückzuführen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Dafür herzlichen Dank.

(Unruhe bei der CSU)

Ich sage auch Danke für das Interesse der Berichterstatter,

(Beifall bei der SPD)

die die Bedeutung des GBW-Verkaufs für die Mieter, die Wohnungspolitik und die politische Kultur im Freistaat Bayern in ihrer Berichterstattung deutlich gemacht haben. Von den Medien war durchaus kritisch hinterfragt worden, ob der Untersuchungsausschuss gerechtfertigt war. Heute ist klar, und die Vorwärtsverteidigung von Herrn Kollegen König macht das erst recht deutlich: Der GBW-Untersuchungsausschuss war wichtig. Er war notwendig, und er war ein Erfolg.

(Beifall bei der SPD)

Er war das nicht für die Opposition, aber für die Aufklärung, für die Wahrheit und für die wirklichen Gründe der Privatisierung der GBW-Wohnungen in diesem Freistaat Bayern.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben weit mehr herausgefunden und feststellen können, als selbst wir am Anfang erwarten konnten. Herr Kollege König, davon ist im Mehrheitsbericht natürlich nichts zu lesen. Ihre Devise scheint das Motto "Angriff ist die beste Verteidigung" zu sein. Wir behaupten einfach mal das Gegenteil. Ihre Behauptung ist vielleicht politisch verständlich; denn die CSU wäre wahrscheinlich überfordert, wenn sie selbst die politischen Märchen von Markus Söder, der Staatsregierung und der CSU-Fraktion entlarven müsste. Es reicht uns aus, dass die politischen Legenden, die die CSU bis in diese Plenardebatte hinein weiterhin pflegt, mit den Ergebnissen des Untersuchungsausschusses als das entlarvt werden konnten, was sie sind: Nebelkerzen, falsche Schuldzuweisungen und

Desinformation der Bevölkerung. Nach diesem Untersuchungsausschuss steht mehr denn je fest: Sie haben die GBW ohne Not privatisiert und über 80.000 Mieterinnen und Mieter in 33.000 Wohnungen ohne Not, ohne rechtlichen Zwang und ohne EU-Vorgaben den brutalen Mechanismen des freien Marktes ausgesetzt.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Sie haben jahrelang Märchen vorgetragen. Sie, Herr Dr. Söder, und Ihre CSU behaupten bis heute wider besseres Wissen, die EU habe eine Übernahme der GBW-Wohnungen durch den Freistaat Bayern verboten. Das ist im Untersuchungsausschuss im Gegensatz zur Darstellung des Kollegen König zusammengefallen wie das sprichwörtliche Kartenhaus.

(Alexander König (CSU): Das war kein Kartenhaus, sondern trat offen zutage, Herr Kollege!)

Ihnen fehlt offensichtlich auch heute noch der politische Sinn dafür, wenigstens jetzt einzugestehen, was außerhalb der CSU, der Staatsregierung und der Bank jeder weiß: Es war eine politische Fehlentscheidung, die GBW-Wohnungen zu privatisieren und nicht in der Hand des Freistaats zu halten.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Sie in der Staatsregierung und in der CSU und auch Sie persönlich, Herr Dr. Söder, hatten nie ein Interesse, die GBW-Wohnungen in staatliche Hand zu übernehmen.

(Alexander König (CSU): Das ist überhaupt nicht wahr!)

Ihnen fehlten nicht die rechtlichen Möglichkeiten, sondern Ihnen fehlte der politische Wille zum Kauf der Wohnungen. Hören Sie endlich auf, anderen die Schuld für Ihre katastrophalen Fehlentscheidungen zu geben und nutzen Sie die heutige Debatte, sich zumindest heute bei den Mieterinnen und Mietern und bei der bayerischen Öffentlichkeit für diese Fehlentscheidungen zu entschuldigen!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Staatsregierung hat eine Übernahme der GBW AG und der Wohnungen immer abgelehnt. Sie hat auch gegenüber der EU-Kommission zu keinem Zeitpunkt des Verfahrens irgendwie – schriftlich, telefonisch oder mündlich – zum Ausdruck gebracht, dass der Freistaat Bayern die GBW-Wohnungen erwerben will. Das ist unstrittig.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Nein!)

Aus allen Vermerken und allen Zeugeneinvernahmen, insbesondere der Zeugen aus dem Finanzministerium, wird klar: Der Staatsregierung waren die Renditeerwartungen zu niedrig. Finanzminister Söder sollte nicht finanzpolitischer Ansprechpartner für Mieterinnen und Mieter sein. Man war der Meinung, Private sollten sich um den Wohnungsbau kümmern, wenn dies die Kommunen nicht tun würden. Ihre Zauberworte unter der damaligen schwarz-gelben Landesregierung hießen "Privatisierung" und "schlanker Staat". Der damalige Wirtschaftsminister Zeil hat im Untersuchungsausschuss eindeutig bestätigt, dass es eine politische Entscheidung war, die GBW nicht zu erwerben. Zitat:

Es war ja letztlich natürlich auch eine ordnungspolitische Frage, ob jetzt der Freistaat da hineinsteigen soll, und die haben die Koalitionsfraktionen und die Staatsregierung so beantwortet, wie sie sie beantwortet haben.

Alle Vermerke für Herrn Söder aus seinem damaligen Finanzministerium zeigen, dass Sie und die Staatsregierung die Übernahme der GBW gescheut haben wie der Teufel das Weihwasser, und zwar ganz jenseits des Beihilfeverfahrens und der EU. Der Kollege Pschierer, heute Wirtschaftsminister, damals Staatssekretär in Ihrem Finanzministerium, Herr Dr. Söder, hat das am 2. Februar 2012 deutlich vor Abschluss des Beihilfeverfahrens, deutlich vor dem Beihilfebescheid und lange vor der Beihilfeentscheidung hier im Plenum von diesem Rednerpult aus ausgeführt. Eine Kostprobe, liebe Kolleginnen und Kollegen. Kollege Pschierer, wörtlich zitiert:

Schauen Sie mal

– in unsere Richtung –

in die Bayerische Verfassung, schauen Sie mal in das Haushaltsrecht. Wir können und dürfen das gar nicht. ... Zum Thema Verbieten: Als Erstes verbietet das Haushaltsrecht des Freistaats Bayern einen Kauf. Wenn der Zweck auch durch andere Mittel erfüllt werden kann, dürfen wir nicht kaufen ... Auch Ihnen sollte der Begriff "Subsidiarität" etwas sagen. Der Freistaat Bayern

– so Kollege Pschierer –

hat nicht die Aufgabe, Mietwohnungen zu erwerben und zu verwalten. Überlegen Sie sich das einmal: Der bayerische Finanzminister ist Vermieter für 33.000 Wohnungen. Das ist Aufgabe städtischer Wohnungsbaugenossenschaften oder der Privatwirtschaft. ... Auch wenn Sie es nicht gerne

hören wollen: Es wäre völlig verrückt, wenn der Freistaat Bayern 33.000 Wohnungen kauft.

So Ihr Staatssekretär, Herr Dr. Söder, weil Sie nicht da sein konnten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Markus Rinderspacher (SPD): Hört, hört!)

Merken Sie etwas? – Von einem Verbot durch die EU ist überhaupt nicht die Rede. Diese Ausführungen hat Staatssekretär Pschierer drei Tage nach Ihrer Aussage, Herr Dr. Söder, gemacht, dass die EU einen Kauf angeblich verbiete. Ihre Aussage war damals Fake News.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Pschierers Aussage hier im Plenum war entlarvend ehrlich. Es wäre völlig verrückt – Zitat –, wenn der Freistaat Bayern 33.000 Wohnungen kauft. Das war Ihre Handlungsmaxime. Da ging es nicht um die EU-Kommission und deren Vorgaben. Sie wollten keine Verantwortung für die Mieterinnen und Mieter übernehmen. Das steht fest.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Das zieht sich wie ein roter Faden durch das ganze Beihilfeverfahren von der ersten Umstrukturierungsliste an, wo die Staatsregierung ohne Not zugestimmt hat, dass die GBW AG auf die Liste kommt. Dazu gehört auch schon, dass die GBW AG 2007 mit Zustimmung der Staatsregierung, mit Zustimmung des zuständigen CSU-Finanzministers auf die Verkaufsliste der BayernLB gesetzt worden ist und ein Verkaufsverfahren eingeleitet wurde. Das gehört doch dazu. 2009 hat man wohl die Chance gesehen, den Plan von 2007 umzusetzen und dann dafür der EU die Schuld in die Schuhe zu schieben. Das Beihilfeverfahren – das darf an dieser Stelle noch einmal erwähnt werden; darauf muss man immer hinweisen – ist nur deshalb notwendig geworden, weil Sie Ihrer Verantwortung für die Bank nicht gerecht geworden sind. Aber wir können feststellen, dass die EU-Kommission von Ihnen aus München, von der CSU-Fraktion, nur die Botschaft bekommen hat: Um Gottes Willen, wir wollen keine Verantwortung für die Mieterinnen und Mieter übernehmen. – Das ist die Wahrheit dieses Untersuchungsausschusses.

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): Herr Kollege Halbleib, das habe ich doch vorhin vorgelesen!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es gab keine ernsthaften Initiativen der Staatsregierung, insbesondere keinen persönlichen Einsatz des damaligen Ministerpräsidenten Horst Seehofer oder auch von dessen Finanzminister, dem jetzigen Ministerpräsidenten Dr. Söder, die GBW in staatlicher Hand zu halten. Sie haben auch während des Beihilfeverfahrens keinen der Vorschläge, wie man die GBW in staatlicher Hand halten könnte, verfolgt; man kann auch sagen, Sie haben solche Vorschläge im Sande verlaufen lassen. Das gilt zum einen für den Vorschlag der Bank, die GBW-Wohnungen als Beihilferückzahlung in Form des Sachwertes zu übernehmen. Das wurde nicht weiterverfolgt und ist im Sande verlaufen. Das gilt für die Initiativen Ihrer eigenen Bundestagsabgeordneten. Ich nenne den Herrn Bundestagsvizepräsidenten Singhammer. Auch die haben Sie nicht aufgegriffen. Anders als Sie, Herr Söder, hat sich Kollege Singhammer immerhin an Kommissar Almunia gewandt, um eine Lösung zu finden. Sie hingegen – auch das hat der Untersuchungsausschuss gezeigt – hielten das nicht für nötig, weil das – so Ihre Begründung – nichts bringe. Auch der jetzige Bundesinnenminister und damalige Ministerpräsident Seehofer hat sich erst nach dem Verkauf der GBW AG erstmals mit Kommissar Almunia getroffen. Da war natürlich alles bereits zu spät. Bei sonstigen Initiativen des Ministerpräsidenten in einem wichtigen wohnungs- und sozialpolitischen Kernbereich haben wir komplette Fehlanzeige, und zwar über drei Jahre hinweg. Ministerpräsident Seehofer hat auf meine Fragen nach einem Telefonat, einem Treffen oder einem Schreiben an die EU-Kommission in Sachen GBW AG gesagt, er könne sich an keine einzige Initiative erinnern.

(Heiterkeit bei der SPD – Markus Rinderspacher (SPD): Hört, hört!)

Zitat aus dem Protokoll:

Also, ich kann mich jetzt nicht an eine solche Initiative erinnern, schon gar nicht persönlich.

Das müsste Ihnen in der CSU die Schamröte ins Gesicht treiben. Es geht um rund 80.000 Mieter in Bayern, und es gibt keinen Einsatz Ihres Ministerpräsidenten und keinen adäquaten Einsatz Ihres heutigen Ministerpräsidenten Söder. Wenn es aber um CSU-Symbolpolitik wie die Pkw-Maut geht, dann stehen Sie in Brüssel andauernd auf der Matte. Wenn es darum geht, Ihren Kumpel Viktor Orbán zu unterstützen, dann ziehen Sie alle Register, aber nicht, wenn es um 80.000 Mieterinnen und Mieter in diesem Freistaat geht. Das kann doch nicht wahr sein!

(Markus Rinderspacher (SPD): Hört, hört! – Beifall bei der SPD, Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Auch für eine Übernahme der GBW durch die Kommunen haben Sie sich nicht mit der erforderlichen Ernsthaftigkeit eingesetzt. Ende November 2011 gab es ein mit der Generaldirektion thematisiertes exklusives Verfahren. Sie haben das leider – das war auch der Gegenstand im Untersuchungsausschuss und dann das Ergebnis – auf politischer Ebene nicht mehr weiterverfolgt. Es gab keine ausdrückliche politische Initiative von Ihnen, obwohl sie dringend notwendig und geboten gewesen wäre. Aufgrund der politisch mit Ihnen abgestimmten Rahmenbedingungen des Ausschreibungsverfahrens waren die Kommunen im Bieterverfahren von Anfang an benachteiligt. Sie hatten überhaupt nicht die Möglichkeit, wie ein Privatinvestor zu agieren. Eine kommunalfreundliche, mieterfreundliche und sachgerechte Gestaltung des Bieterverfahrens, beispielsweise durch Festsetzung eines vernünftigen Mieterschutzstandards – hier war nicht die EU-Kommission das Problem, sondern die Bank und natürlich auch die Staatsregierung –, erfolgte nicht. Es ist letztlich nicht überraschend, dass das Kommunalkonsortium nicht zum Zuge kam.

Denn einen weiteren erheblichen Nachteil im Vergleich zu einem privaten Investor muss man auch thematisieren: Kommunen können keine Gesellschaften zum Zweck des Steuersparens gründen. Kommunen dürfen Gesellschaften nur gründen, wenn es dafür einen legitimen Zweck gibt – anders als bei dem Konsortium um die Betriebs AG, die dagegen umfangreiche Steuersparmodelle nutzte, unter anderem auch durch ein Geflecht aus Firmen in Luxemburg, das es ermöglicht, Gewinne, die in Deutschland und Bayern erwirtschaftet werden, zu niedrigerer Besteuerung nach Luxemburg zu bringen. Diese Steuerersparnisse konnten die Kommunen natürlich nicht einpreisen. Ebenso wenig konnten sie aufgrund ihres sozialen und öffentlichen Auftrages ständige Mietsteigerungen und gewinnbringende Verkäufe wie die PATRIZIA und die Konsorten um die PATRIZIA preisbildend berücksichtigen.

Es gehört auch zum Skandal, Herr Ministerpräsident, dass der Unterschied zwischen dem Angebot der PATRIZIA und dem kommunalen Angebot nicht nur durch die Mieterinnen und Mieter über einen nicht vorhandenen Mieterschutz bezahlt wurde, sondern auch durch die bayerischen und deutschen Steuerzahler und Steuerzahlerinnen. Es ist der Skandal im Skandal, dass über Steuerersparnisse unter Federführung und Aufsicht des Finanzministers ein Verkauf durchgesetzt wurde, der über Steuersparmodelle letztendlich nicht nur die Mieterinnen und Mieter, sondern

auch die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen schädigt.

(Beifall bei der SPD)

Da werden wir auch weiter nicht lockerlassen. Das wird restlos aufgeklärt, und da sind wir auch noch nicht am Ende, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend: Der Freistaat Bayern hätte selbstverständlich die GBW erwerben können. Es gab, anders als von Ihnen behauptet – und das wissen Sie auch –, weder ein direktes noch ein indirektes Verbot. Sie haben am 30. Januar 2012, lange vor Abschluss des Beihilfeverfahrens, die Unwahrheit gesagt. Die Aussage damals, dass die EU-Kommission einen Kauf durch den Freistaat Bayern verbietet, ist blanker Unsinn. Wir wussten das immer, und Sie wussten das auch. Aber Sie haben in der Öffentlichkeit immer das Gegenteil behauptet. Und jetzt ist mir klar – und auch dem Untersuchungsausschuss müsste es klar gewesen sein –, dass Sie wissentlich die Unwahrheit gesagt haben. Es gibt selbstverständlich kein Verbot der EU-Kommission, dass der Freistaat Bayern die GBW und die GBW-Wohnungen erwirbt. Das ist ein politisches Märchen, um vom eigenen Versagen abzulenken, und es wurde aufgedeckt.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt unstrittig für die lange Zeit vor dem Beihilfebeschluss. Es gilt aber eben auch für die Zeit nach dem Beihilfebeschluss, und das ist wichtig. Allein wenn man den Beschluss liest, findet man: Von einem Verbot ist keine Rede. Im Übrigen, Herr König, haben die eigenen Leute des Finanzministers die von Ihnen zitierte Fußnote in den Bescheid hineinformuliert, so dass die EU-Kommission sogar noch relativierend umformulieren musste. Das zeigt gerade, dass der Erwerb nicht verboten war. Wenn ein Beweis noch notwendig gewesen wäre,

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

hätte schon die Tatsache genügt, dass der eigene Rechtsberater des Finanzministers, des heutigen Ministerpräsidenten glasklar zum Ausdruck gebracht hat, dass ein Erwerb der GBW-Wohnungen durch den Freistaat Bayern auch noch nach dem Beihilfebescheid möglich gewesen wäre. Das war Ihr eigener Rechtsberater. Das war weder die Opposition oder sonst jemand, sondern Ihr eigener Rechtsberater hat das zum Ausdruck gebracht.

(Beifall bei der SPD)

Und dieses Memorandum lag auch vor. Herr Söder hat behauptet, dass er es nicht kennt. Das soll glauben, wer will. Für uns steht fest, dass Sie in der Öffentlichkeit genau das Gegenteil von dem gesagt haben, was Ihre eigenen Rechtsberater erklären. Prof. Koenig, ein Experte im europäischen Wettbewerbsrecht, hat das ebenfalls bestätigt, aber in Übereinstimmung mit dem Rechtsberater der Staatsregierung. Wenn Sie ohne Rücksicht auf Verluste so wie heute auch wieder wider besseres Gewissen das Gegenteil behaupten, ist das schier unglaublich. Hören Sie doch bitte endlich auf mit dem Märchen, die EU habe Ihnen irgendetwas verboten. Sie bewegen sich damit nach wie vor auf Donald Trump'schem Niveau. Hören Sie damit auf, damit die Europafeindlichkeit zu befördern.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wie war es in Baden-Württemberg?)

Sie befördern doch die Europafeindlichkeit in typischem CSU-Muster,

(Thomas Kreuzer (CSU): Was sagt Nils Schmid dazu?)

wenn Sie entgegen allen Fakten die EU für die eigenen politischen Fehlentscheidungen verantwortlich machen.

(Beifall bei der SPD)

In ihrem Abschlussbericht widmet die CSU einen ganzen Abschnitt der EU mit nichts anderem als europafeindlichen Angriffen auf die EU-Kommission. Sie fördern damit die Politikverdrossenheit in diesem Land und zündeln gegen Europa. Einen Ministerpräsidenten, der falsche Politik macht und mit dem Finger auf andere zeigt, brauchen wir in Bayern definitiv nicht.

(Beifall bei der SPD)

Zur Sozialcharta wird meine Kollegin Waldmann noch etwas sagen. Auch da gibt es natürlich Fake News. Die Sozialcharta XXL beschreibt das Gegenteil von dem, was die Mieterinnen und Mieter heute bei der GBW AG erleben – das Gegenteil. Die Sozialcharta ist besonders niedrig gehalten, und der Mieterschutz ist schlichtweg lächerlich, so traurig das ist. Sie haben die Menschen im Regen stehen lassen. Die Mieterinnen und Mieter sind heute den Kräften des Marktes überlassen. Das sind Mieter, die sich auf den Staat als Vermieter verlassen haben und jetzt sehen, dass dieser Staat, ihr Staat, ihre Wohnungen zum Spekulationsobjekt für Finanzinvestoren gemacht hat. Das ist der Sachverhalt, der bei der GBW leider zu bekunden ist. Sie haben die Wohnungen der GBW AG für die Mieterinnen und Mieter zum Spekulationsobjekt für Fi-

nanzinvestoren gemacht. Ich glaube, es wäre an der Zeit, dass Sie hier auch einmal ein Wort der Entschuldigung sagen.

(Beifall bei der SPD – Thomas Kreuzer (CSU): Unglaublich! – Weitere Zurufe von der CSU)

Die CSU legt den gleichen Zynismus an den Tag, wenn sie behauptet: Was wollen Sie denn überhaupt? Die Wohnungen der GBW AG sind ja noch da.

(Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Das ist zugleich Zynismus und wohnungspolitische Ahnungslosigkeit. Denn die Tausenden von Mietwohnungen, die jährlich aus der Bindung fallen, sind auch noch da. Nur kann sie sich leider kein Normalverdiener mehr leisten. Das ist das Problem, das Sie geschaffen haben.

(Beifall bei der SPD)

Leider kann die Gründung der BayernHeim im Jahr 2018, wenige Monate vor der Landtagswahl, diesen massiven wohnungspolitischen Fehler nicht korrigieren. Unabhängig hiervon zeigt sich aber, dass der Freistaat Bayern besser damals schon direkte Verantwortung für die Wohnungen übernommen hätte, und er hätte es auch machen sollen. Dass die Absicht, eine Wohnungsbaugesellschaft zu gründen und selbst in die Wohnungsfürsorge zu gehen, nicht bereits bei der GBW AG im Jahr 2012 handlungsleitend war, bleibt eine dauerhafte schmerzliche Wunde in der Wohnungsfürsorge des Freistaats Bayern, und dafür sind Sie verantwortlich. Sie sehen hoffentlich selbst, dass die Gründung Ihrer BayernHeim leider unglaublich ist. Wenn ich alles zusammenzähle, brauchen wir 26 Jahre, bis wir so viele Wohnungen, wie wir jetzt verkauft haben, im offenen Markt wieder erstellt haben. Sie haben mit der Privatisierung der GBW AG die Mietwohnungen Spekulanten ausgesetzt und damit den größten sozialpolitischen Fehler der letzten Jahrzehnte begangen. Stehen Sie endlich dazu und entschuldigen Sie sich bei den Mieterinnen und Mietern und bei der bayerischen Bevölkerung!

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Jetzt hat für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Kollege Prof. Bauer das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich dem bereits mehrfach ausgesprochenen Dank an die Mitar-

beiterinnen und Mitarbeiter des Landtagsamtes, die an der Durchführung des Untersuchungsausschusses beteiligt waren, an den Vorsitzenden Herrn König und den stellvertretenden Vorsitzenden anschließen. Herzlichen Dank für die Bemühungen.

Viele betroffene GBW-Mieter haben sich in den letzten Jahren in meiner Bürgersprechstunde immer wieder an mich gewandt und mir ihr Leid geklagt. Sie sprachen von Mieterhöhungen, Mieterhöhungen und Mieterhöhungen. Im Übrigen fand die erste Mieterhöhung bereits sechs Wochen nach der Landtagswahl 2013 statt. So viel zur Sozialcharta XXL. Ich werde darauf später zurückkommen. Im Gegensatz zur CSU-Fraktion sind wir, die FREIEN WÄHLER, sehr dankbar und zufrieden damit, dass wir den Verkauf der GBW AG fünf Jahre nach deren Privatisierung im Rahmen eines Untersuchungsausschusses aufgerollt haben. Wir haben damit die Fakten sorgfältig festgestellt. Die Arbeit ist uns nicht immer leicht gemacht worden. Das lag an der Aktenführung. Auf diesen Punkt werde ich später noch eingehen.

Eine zentrale Frage, die die GBW-Mieter in den letzten fünf Jahren immer wieder bewegt hat, konnten wir im Rahmen des Untersuchungsausschusses eindeutig klären: Die Privatisierung der GBW war tatsächlich nicht alternativlos. Nach gründlichem Aktenstudium und zahlreichen Sitzungen – Herr König hat das ja schon ausgeführt – wissen wir, dass es Alternativen gab. Die GBW-Wohnungen hätten ganz klar in staatlichem bzw. kommunalem Besitz gehalten werden können. Auch wenn uns der damalige Finanzminister und jetzige Ministerpräsident Markus Söder öffentlich immer etwas anderes weismachen will: Es gab eine Reihe von rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten, die GBW AG in öffentlicher Hand zu halten. Das ist das wesentliche und zentrale Ergebnis des Untersuchungsausschusses zum GBW-Debakel.

Ich komme nun zu den einzelnen Möglichkeiten. Zum einen hätte der Freistaat die GBW AG selbst erwerben können. Zum anderen hätte die GBW exklusiv an ein kommunales Konsortium veräußert werden können. Die damalige Staatsregierung hatte vier Handlungsmöglichkeiten, um die Privatisierung der GBW AG und den damit verbundenen Leidensweg für viele Mieterinnen und Mieter abzuwenden.

Erstens. Es gab die Möglichkeit einer exklusiven Veräußerung vor dem Beihilfebeschluss an den Freistaat. Das ist der entscheidende Unterschied: vor dem Beihilfebeschluss. Zweitens. Es gab die Möglichkeit einer exklusiven Veräußerung vor dem Beihilfebeschluss an die Kommunen. Das ist die zweite Variante. Drittens. Es gab die Möglichkeit einer exklusiven Veräußerung an den Freistaat, die mit mehr Nachdruck in den Bei-

hilfeschluss hätte hineinverhandelt werden können und müssen. Viertens. Es gab die Möglichkeit einer exklusiven Veräußerung an die Kommunen, die ebenfalls mit mehr Nachdruck in den Beihilfeschluss hätte hineinverhandelt werden können. Jedoch hat die Staatsregierung keine dieser Handlungsmöglichkeiten genutzt, weil ihr ganz einfach der entscheidende politische Wille fehlte. Ich frage mich nur, warum. – Mir ist kein Grund eingefallen. Ich kenne keinen.

(Ingrid Heckner (CSU): Deswegen!)

Stattdessen wurden immer wieder zum Teil faden-scheinige Argumente ins Feld geführt. Der Öffentlichkeit wurde gebetsmühlenartig präsentiert, weshalb ein Halten der GBW in öffentlicher Hand nicht möglich sei.

Ich komme nun zu den einzelnen Fakten. Erstens. Das Märchen vom haushaltsrechtlichen Verbot. Ich möchte ergänzen, was vorhin bereits gesagt worden ist. Die Staatsregierung hat immer nur Argumente gegen eine Übernahme der GBW durch den Freistaat vorgebracht. Zum einen wurde als strategischer Grund angeführt, dass der bayerische Finanzminister dann Vermieter von 33.000 Wohnungen werden würde. Hierzu möchte ich anmerken, dass ein solches Argument für betroffene GBW-Mieter ein Schlag ins Gesicht ist. BayernHeim ist das Stichwort. Zum anderen wurde als wirtschaftlicher Grund die zu geringe Rendite der GBW angeführt. Als fiskalischer Grund wurden die fehlenden Einnahmen für den Staatshaushalt angeführt. Auch wurde angeführt, dass ein späterer Verkauf der GBW am öffentlichen Druck scheitern würde. Nennt man so etwas politisches Duckmäusertum? – Weiterhin wurde angeführt, dass der Wohnungsbau kein wichtiges Staatsinteresse im Sinne der Bayerischen Haushaltsordnung sei. An dieser Stelle frage ich mich: Wieso besitzt der Freistaat sieben Spielkasinos in Bayern? In denen kann man beispielsweise Roulette oder Blackjack spielen. Werden hier wichtige Staatsinteressen verfolgt? Ich möchte die Spitzenjuristen fragen: Was ist da los? – Letztendlich behaupteten die Bayerische Staatsregierung und die CSU, dass die Übernahme der GBW durch den Freistaat nicht mit dem Haushaltsrecht vereinbar sei.

So erklärte der damalige Staatssekretär Franz Josef Pschierer in der Plenarsitzung am 02.02.2012 – das ist bereits vorhin erwähnt worden –:

Schauen Sie mal in die Bayerische Verfassung, schauen Sie mal in das Haushaltsrecht. Wir können und dürfen das gar nicht.

Das steht im Protokoll der 94. Plenarsitzung vom 02.02.2012.

Heute wissen wir, dass all diese Argumente in keiner Weise überzeugen. Die Argumente waren nur vorgeschoben, weil das wichtigste Staatsinteresse im Sinne des Artikels 65 Absatz 1 Nummer 1 der Bayerischen Haushaltsordnung einer politischen Wertung unterliegt und in der Praxis nie eine Rolle gespielt hat bzw. keine Rolle spielt. Die politischen Akteure der CSU und FDP haben entschieden, dass ein Erhalt der GBW-Wohnungen in Staatsbesitz nicht im Interesse des Freistaates liegt. Die Vorschrift hätte durch die regierungstragende Mehrheit im Landtag jederzeit geändert werden können. Dieser Vorschlag kam jedoch nie, auch nicht von Herrn Pschierer. Ich frage nur: Warum?

Dass die im Zeitverlauf des Beihilfeverfahrens vorge-tragenen haushaltsrechtlichen Argumente gegen einen Erwerb der GBW AG durch den Freistaat vorgeschoben waren, zeigen auch folgende Beispiele: Der Freistaat Bayern war am 31. Dezember 2016 unmittelbar an 50 Unternehmen in privater Rechtsform und an 17 Unternehmen in sonstigen Rechtsformen beteiligt. Das waren beispielsweise das Siedlungswerk Nürnberg, Spielbanken – die habe ich schon erwähnt –, die Bayerische Staatsbrauerei, Flughäfen, die Bayerischen Landeskraftwerke usw. Der Freistaat ist überall dort beteiligt. Bei zahlreichen Unternehmen ließe sich die Frage stellen, ob ein herausragendes unmittelbares Interesse des Freistaates vorliegt wie bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für sozial schwache Bürgerinnen und Bürger des Freistaates. Zu den Behauptungen steht auch die vom Ministerpräsidenten Markus Söder nunmehr gegründete staatliche Wohnungsbaugesellschaft BayernHeim in deutlichem Widerspruch. Warum muss nun plötzlich eine bayerische Wohnungsbaugesellschaft neu gegründet werden? Ist das eine verspätete Einsicht, ein Bekenntnis oder ein Offenbarungseid? Ist man vielleicht zu der Einsicht gekommen, dass man bei den GBW-Wohnungen einen großen Fehler gemacht hat?

Zweitens. Das Märchen vom beihilferechtlichen Verbot durch die Kommission. Ein weiteres Märchen, das vom jetzigen Ministerpräsidenten Markus Söder und der CSU erzählt wird, ist, dass ein Erwerb durch den Freistaat vonseiten der Kommission verboten worden ist. Diese Aussage wurde dadurch abgeschwächt, dass von einem faktischen Verbot gesprochen wurde. Ich bin kein Jurist. Ich weiß nicht, was ein faktisches Verbot sein soll. Das erschließt sich mir nicht. Der Erwerb der GBW AG durch den Freistaat auf Grundlage von Wertgutachten – "Wertgutachten", das ist das entscheidende Stichwort – wäre innerhalb oder außerhalb eines Bieterverfahrens jederzeit möglich gewesen. Zu keinem Zeitpunkt hat es ein irgendwie geartetes Verbot seitens der EU-Kommission gegeben. Auch hat es kein faktisches Verbot gegeben. Das

gab es niemals. Das haben mehrere Zeugen in ihren Aussagen formuliert.

Das Memorandum des damaligen Rechtsberaters des Freistaates, also des eigenen Rechtsberaters des Freistaates, Dr. Joachim Schütze von der Kanzlei Clifford Chance, das im Finanzministerium angeblich niemand gekannt haben will, kam zu dem Ergebnis, dass der Freistaat sogar gegen die PATRIZIA hätte mitbieten können. Ein möglicher Beihilfevorwurf hätte mittels unabhängiger Gutachten ausgeräumt werden können, so wie beim Fall der Umstrukturierung der polnischen Fluggesellschaft LOT im Jahre 2012. Es gibt vergleichbare Fälle. Ich skizziere kurz die Sachlage: Hier kaufte die staatliche TF Silesia die Anteile, die LOT an Eurolot hielt, im Rahmen eines Bieterverfahrens. Der Verkaufspreis basierte auf einer zuvor vorgenommenen unabhängigen Bewertung, was die Kommission nicht beanstandet hat. Ich verweise hierzu auf den Beschluss der EU-Kommission 2015/119 vom 29.07.2014. Sie können dort alle Einzelheiten nachlesen. Das Besondere ist, dass es wie bei der GBW ein Verfahren im Beihilfeverfahren gab. Das ist der vergleichbare Aspekt. Hierfür müssen wir nicht nach Baden-Württemberg schauen.

Drittens. Das Märchen vom Schwarzen Peter an den Landtag. Die Bayerische Staatsregierung arbeitete offensichtlich auch indirekt auf die bewusste Einschränkung ihrer Handlungsmöglichkeiten hin. Der Schwarze Peter sollte schließlich dem Landtag zugeschoben werden, in dem die CSU/FDP-Mehrheit am 02. Februar 2012 einen Antrag auf Drucksache 16/11153 beschließen ließ, in dem der entscheidende letzte Satz lautete:

Eine Übernahme der Anteile durch den Freistaat schließt der Landtag aus.

Das haben Sie mit Ihrer damaligen Mehrheit beschlossen. Das war eine eindeutige Handlung gegen die 80.000 sozial schwachen Mieter in Bayern. Das war ein weiteres, bequemes Argument, welches ins Feld geführt werden konnte, um als Freistaat die GBW AG nicht übernehmen zu müssen.

Viertens. Die Staatsregierung hat Chancen verstreichen lassen. Das Zeitfenster für den exklusiven Erwerb vor dem Beihilfebeschluss war zu eng. Erste Prüfungen mit Blick auf eine exklusive Veräußerung sowohl an den Freistaat als auch an die Kommunen wurden im damaligen federführenden Staatsministerium der Finanzen lange Zeit verschlafen und nicht umgesetzt. Als die EU-Kommission schließlich ihre grundsätzliche Bereitschaft für eine exklusive Veräußerung an die Kommunen signalisierte, war das Zeitfenster bis zum Beihilfebeschluss im Juli 2012 dafür

schon sehr begrenzt. Die Bildung eines Konsortiums auf Seiten der Kommunen – das haben die Zeugen bestätigt –, die Erstellung der notwendigen Wertgutachten sowie finale Verkaufspreisverhandlungen samt Abschluss der Transaktionen wären aufgrund des engen Zeitfensters schwerlich durchführbar gewesen. Man hat einfach mutwillig viel Zeit verspielt und viel Zeit versäumt.

Fünftens. Untätigkeit statt Verhandlungswille. In den Verhandlungen mit der EU-Kommission ließ es die Staatsregierung bis März 2012 unversucht, zum weiterhin auf Arbeitsebene bestehenden Dissens zwischen dem zuständigen Referat im Staatsministerium der Finanzen und dem zuständigen Case Manager bei der EU-Kommission, Herrn Dr. Lienemeyer, noch einmal im Rahmen eines Spitzengesprächs auf höchster politischer Ebene zu verhandeln – Söder-Almunia oder Seehofer-Almunia oder beide.

Zwischenfazit: Wie Sie sehen, wäre ein Halten der GBW AG in öffentlicher Hand sehr wohl möglich gewesen. Die Privatisierung der GBW AG war damit nicht – wie von der Staatsregierung und dem jetzigen Ministerpräsidenten stets gepredigt – alternativlos. Es bestanden sehr wohl konkrete Möglichkeiten, um die GBW AG in öffentlicher Hand zu halten und den GBW-Mieterinnen und GBW-Mietern ihren langen Leidensweg mit Mieterhöhungen zu ersparen. Fakt ist vielmehr, dass die Staatsregierung ein entsprechendes Vorgehen damals kategorisch ablehnte.

Sechstens. Die Sozialcharta hat keinerlei Mehrwert gegenüber den ohnehin bestehenden gesetzlichen Regelungen. Auch die von Ministerpräsident Dr. Markus Söder und von der Staatsregierung immer wieder hochgepriesene Sozialcharta, mit der eigentlich ein optimaler Mieterschutz der GBW-Mieterinnen und GBW-Mieter sichergestellt werden sollte, ist nichts als heiße Luft. Das muss ich hier leider feststellen. Den GBW-Mieterinnen und GBW-Mietern wird hierdurch nicht ansatzweise ein besserer Mieterschutz gewährt. Das befand auch jüngst das Amtsgericht München in seinem Urteil vom 9. August 2018 – somit ganz aktuell. Dazu zitiere ich das Aktenzeichen 472 C 8559/18, Randnummer 45:

Auch wenn man die Form der rechtlichen Ausgestaltung der sog. Sozialcharta vor dem Hintergrund, dass sich die Klägerin aus kaum mehr nachvollziehbaren Gründen nicht an diese gebunden fühlt und offenbar einen denkbaren Folgerechtsstreit der Streitverkündeten gegen die Klägerin geradezu provoziert, als wenig geglückt bezeichnen muss, ändert dies nichts an der rechtlichen Wirkung von Ziffer 2.4.1 und 2.4.2, die lediglich inter partes besteht.

Ich denke, dem ist nichts weiter hinzuzufügen. Damit wird deutlich, dass die Sozialcharta nicht einmal das Papier wert ist, auf dem sie steht. Die GBW-Mieterinnen und GBW-Mieter hat Ministerpräsident Markus Söder damit arg gebeutelt zurückgelassen. Ich erinnere nur an den Zeugen Thyroff und an die Expertenanhörung, die wir im Juli 2018 dankenswerterweise im Bayerischen Landtag durchgeführt haben. Der Deutsche Mieterbund und andere kamen zu dem gleichen Ergebnis.

Siebtens. Unvollständige Aktenführung. Zum Schluss meiner Ausführungen möchte ich noch ein paar generelle kritische Anmerkungen zur Arbeitsweise insbesondere der Ministerialbürokratie machen. Herr Staatsminister Herrmann kennt das. Jetzt ist er leider nicht mehr da. Er kennt das vom Untersuchungsausschuss Modellbau – wie er so schön heißt. Ich sage immer: "Haderthauer-Ausschuss". Da hatten wir mit der Aktenführung auch gewisse Probleme. Ich muss auch hier wieder feststellen, dass der vonseiten der Staatsregierung zur Verfügung gestellte Aktenbestand nicht vollständig war. So sind Anweisungen seitens der Amtsspitze unvollständig dokumentiert. Ich vergleiche das noch einmal mit dem Untersuchungsausschuss Modellbau. Zentrale Aktenstücke, wie beispielsweise Patientenakten, fehlen nach wie vor. Der zentrale Ordner des in der Forensik therapierten Herrn S. fehlt. Die gesamte Aufzeichnung, die gesamte Akte fehlt nach wie vor.

Hier beim GBW-Untersuchungsausschuss scheint es offensichtlich genauso zu sein. Es lässt sich auch in einigen Fällen nicht nachvollziehen, wer von wichtigen Dokumenten oder rechtlichen Stellungnahmen Kenntnis genommen hat. Ergebnisse und Inhalte von Telefonaten wurden nur sehr unsauber dokumentiert. Insbesondere die Kommunikation von der Ministerebene zur Arbeitsebene ist kaum nachvollziehbar. Hier ein Beispiel: Am 23. März 2012 schwenkte die Arbeitsebene im Finanzministerium gegenüber der Arbeitsebene der EU-Kommission innerhalb von viereinhalb Stunden auf das Bieterverfahren ein. Das war die entscheidende Wendung in diesem ganzen Verfahren. Zuvor bekräftigte der zuständige Case Manager in Brüssel, einen exklusiven Verkauf an die Kommunen hielt er für nicht durchführbar. Zwar fand laut Akten in dieser entscheidenden Phase von viereinhalb Stunden noch eine Telefonkonferenz statt, es gibt aber keinerlei Aufzeichnungen über Teilnehmer, Inhalte und Ergebnisse dieser Telefonkonferenz. Das ist einfach nicht hinnehmbar. Hier lässt sich das für die Aufklärung wichtige Geschehen für uns nicht mehr rekonstruieren. Das ist kein sorgfältiges staatliches Handeln in der Aktenführung.

Das alles lässt uns FREIE WÄHLER zu der Schlussfolgerung kommen, dass die seitens der Ministerien gelieferten Akten teils unvollständig dem Untersuchungsausschuss übergeben worden sind. Hierdurch wurde die Aufklärungsarbeit des Untersuchungsausschusses erheblich erschwert bzw. teils unmöglich gemacht. Die Akten – das war schon im mehrfach erwähnten Untersuchungsausschuss Modellbau der Fall – waren auch nicht paginiert, wie es bei Gericht üblich ist. Erst dann kann man nämlich die Lücken erkennen. Mit dieser Loseblattsammlung – das sage ich jetzt einmal – kann man überhaupt keine Lücken feststellen. Man kann das auch nicht chronologisch verfolgen.

Nun komme ich zum Schlussfazit. Durch meine Ausführungen ist mehr als deutlich geworden, dass die Privatisierung der GBW AG nicht alternativlos war. Es hätte durchaus Möglichkeiten gegeben, die GBW in öffentlicher Hand zu halten. Der Staatsregierung fehlte allerdings der entscheidende politische Wille. Die Folge dieses mangelhaften Willens müssen nun die betroffenen GBW-Mieterinnen und GBW-Mieter ausbaden, für die die neu gegründete staatliche Wohnungsbaugesellschaft BayernHeim wohl Hohn und Spott sein dürfte. Den versprochenen Mieterschutz gewährleistet die hochgepriesene Sozialcharta XXL nicht ansatzweise. Die CSU/FDP-Staatsregierung und an vorderster Stelle der damalige Finanzminister Markus Söder haben damit eine der größten politischen Fehlentscheidungen in der Geschichte unseres Freistaates zu verantworten. Das ist eine Schande für das soziale Gesicht Bayerns.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Ingrid Heckner (CSU): Das ist unglaublich, was man hier alles sagt!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Prof. Bauer. – Als Nächster hat Herr Kollege Mütze für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte sehr.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach 14 intensiven Sitzungen ist der vierte Untersuchungsausschuss in dieser Legislaturperiode beendet. Man beachte den Titel – kein Name. Die CSU hatte so viel Angst vor diesem Thema, dass man kurzerhand die Geschäftsordnung geändert hat. Künftig sollen Untersuchungsausschüsse nur noch nummeriert werden. Für uns und für die Öffentlichkeit bleibt aber klar: Dieser Untersuchungsausschuss heißt "UA GBW". Da helfen auch keine Geschäftsordnungstricks.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Sie kennen den wahren Grund!)

Wir haben viele Tausend Seiten Akten aus dem Finanzministerium, dem Wirtschaftsministerium, der Staatskanzlei und der BayernLB sichten können. Wir haben 41 Zeugen direkt befragt. Dazu kamen die schriftlichen Aussagen der EU-Kommission. Es war einer der schnellsten, wenn nicht der schnellste Untersuchungsausschuss in den letzten Jahrzehnten in Bayern. Der Zeitdruck war hoch, aber es hat sich gelohnt. Warum, da komme ich gleich drauf.

Es hat nicht alles perfekt funktioniert in diesem Ausschuss. Das lag aber nicht am Landtagsamt. Das sage ich gleich. Der Untersuchungsausschuss hat fast ausschließlich Zeugen vonseiten der BayernLB, der Staatsregierung, der Anwälte und der Bundesregierung gehört. Dass diese Zeugen ihre damaligen Entscheidungen verteidigen und ihre Sprachregelung von damals aufrechterhalten würden, war eigentlich nicht anders zu erwarten. Der Ausschuss konnte leider nicht erreichen, dass auch die Vertreter der anderen Seite am Verhandlungstisch, die Vertreter der EU-Kommission, vor dem Ausschuss erschienen sind. Die Zeugenaussagen ergeben daher ein etwas einseitiges Bild.

Zweitens haben wir den Eindruck, dass die Akten, die wir bekommen haben, nicht ganz vollständig sind. Insbesondere der E-Mail-Verkehr ist lückenhaft. Besonders merkwürdig wird es bei dem berühmten Memorandum, das niemand kennen oder gesehen haben wollte, genau dieses Memorandum, das den Weg aufgezeigt hätte, wie der Freistaat die GBW-Aktien hätte kaufen können.

Drittens. Ein Vertreter der Mehrheitsfraktion hat seine vornehmste Aufgabe im Ausschuss darin gefunden, Vertreter der Opposition, vor allen Dingen den Vertreter der SPD, bei Fragen zu unterbrechen oder sie lautstark zu beschimpfen. Das ging so lange, bis es selbst dem Ausschussvorsitzenden zu viel wurde. Das war eigentlich überflüssig. Daneben hat die CSU immer wieder versucht, die EU unglaublich zu machen, wenn ihr deren Aussagen und Stellungnahmen nicht in die Argumentation passten. Das war durchsichtig und billig.

Kommen wir dazu, warum sich der Untersuchungsausschuss gelohnt hat. Wir können feststellen, dass die Behauptung, dass allein die EU für den Verkauf der GBW verantwortlich sei, falsch ist. BayernLB und Staatsministerium der Finanzen haben sich im Beihilfeverfahren sehr früh auf die Abgabe der GBW festgelegt und später wenig bis gar nichts unternommen, dies wieder rückgängig zu machen. Ich erinnere daran – Kollege Halbleib hat darauf hingewiesen –, Herr Seehofer war, als die Entscheidung gefallen war,

das erste Mal in Brüssel. Mehr ist dazu nicht zu sagen.

Die CSU behauptet, dass die GBW verkauft werden musste, und zitiert sogar mich in ihrem Abschlussbericht. Diese Aussage ist auch richtig zitiert. Allerdings stimmt diese Aussage nur für die Zeit nach dem Beihilfeverfahren. Die Frage war doch: An wen wird verkauft? An die Kommunen, die die Wohnungen für den Mietmarkt im Bereich bezahlbaren Wohnraums hätten retten können? Oder an den Staat, der den Großteil der Wohnungen schon einmal besessen hatte? Oder, die schlechteste Lösung für Mieterinnen und Mieter, an Dritte, die in erster Linie Kapital gewinnbringend anlegen wollen, wie man es jetzt landauf, landab auch in den Zeitungen lesen kann?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, während des Beihilfeverfahrens hat die Staatsregierung zu keinem Zeitpunkt deutlich gemacht, dass sie eine Übernahme der GBW AG in Staatsbesitz anstrebt. Das prägte das gesamte EU-Verfahren. Der politische Wille dazu war nicht da. Das geht aus den Akten des Finanzministeriums und aus den Zeugenaussagen hervor. Ein konsequenter Einsatz seitens der Staatsregierung, namentlich von Finanzminister Söder und Ministerpräsident Seehofer, für die exklusive Übernahme durch den Freistaat oder die Kommunen war schlicht nicht vorhanden.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN, der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Ergebnis ist: Die Wohnungen sind weg. Die CSU schreibt in ihrem Schlussbericht, dass die GBW-Wohnungen nach dem Verkauf nicht weg seien. Die sind nicht weg? – Klar sind die Wohnungen weg. Sie sind weg vom Markt für Sozialwohnungen, weg von einem Anbieter der öffentlichen Hand, der sich in erster Linie um die Versorgung mit Wohnraum kümmert und nicht um den Gewinn der Anteilseigner. Hat irgendein Vertreter Deutschlands, der Staatsregierung irgendwann einmal der EU-Kommission gegenüber laut und deutlich darauf hingewiesen, dass es sich bei den GBW-Wohnungen nicht um irgendeinen Wohnungsbestand handelt, der zufällig einer Bank im Beihilfeverfahren gehört, sondern um Wohnungen, die indirekt im Staatsbesitz waren? – Nein, wir haben weder von den Zeugen noch in den Akten irgendeinen Hinweis darauf bekommen.

Es gab in den Akten Hinweise auf die sozialpolitische Bedeutung der GBW, aber dieses wichtige Argument ist bei der EU-Kommission offensichtlich nicht angekommen. Eine kleine Anekdote dazu: Der Zeuge Prof. Gaßner berichtete dem Ausschuss, dass er

nach Brüssel gefahren sei, um auf die sozialpolitische Bedeutung hinzuweisen. Für die EU-Beamten war das völlig neu. Offensichtlich hat sie vor Prof. Gaßner niemand darauf hingewiesen. Ob das was gebracht hätte, lässt sich hinterher schwer sagen, aber die Staatsregierung hätte es zumindest versuchen können. Hat sie aber nicht. Vielleicht wollte sie auch nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN, der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Die Beihilfegeschichte hat auch eine Vorgeschichte. Diese Vorgeschichte macht etwas klarer, warum es so glatt gelaufen ist und der Widerstand in der Staatsregierung gegen diesen Verkauf nicht mehr da war. Die BayernLB hatte schon 2007 überlegt, sich von der GBW zu trennen. Die GBW war ein ungeliebtes Kind der BayernLB. Sie hatte zu wenig Rendite. Was sollte eine Bank mit Wohnungen? – Sie wurden ihr aufgedrückt von der Staatsregierung, und deswegen wollte man diese schon 2007 loswerden. Zwar hat damals Finanzminister Faltlhauser auf die sozialpolitische Dimension hingewiesen. Der Verwaltungsrat, in dem damals die halbe Staatsregierung saß, hat einer Prüfung des Verkaufs aber trotzdem zugestimmt.

Dass es damals nicht dazu gekommen ist, war nicht der CSU geschuldet, die im Verwaltungsrat gesagt hat, wir wollen das jetzt nicht, sondern einfach der schlechten Marktlage für Immobiliengesellschaften. Das ist kein Vorwurf an die Bank. Ich habe es schon gesagt: Die Bank hat nach der LWS-Pleite 1999 die Wohnungen übernehmen müssen. Das war eine Altlast aus der Zeit des Ministerpräsidenten Stoiber. 2008, eine neue Lage, eine CSU/FDP-Regierung, die im Koalitionsvertrag feststellt, dass die BayernLB privatisiert werden sollte. Dazu kam es nicht, weil es gar keine Käufer für die damals marode Bank gegeben hätte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CSU versucht regelmäßig, die Verantwortung für den Verkauf überhaupt und für den Verkauf auf dem freien Markt auf die EU zu schieben. Aber: Sowohl die Aktenlage als auch die schriftlichen Aussagen der EU und auch die Entscheidung der EU aus dem Jahr 2012 geben das nicht her. Die BayernLB musste ihre Bilanz halbieren und dazu Beteiligungen verkaufen. Das war das Ziel des Beihilfeverfahrens. Die Frage war, welche Beteiligungen verkauft werden und an wen.

Die GBW wurde von Anfang an aktiv auf die Liste der zu verkaufenden Beteiligungen gesetzt. Bereits mit dem ersten Schreiben an die EU-Kommission im Dezember 2008 hat das Staatsministerium der Finanzen zahlreiche Vorschläge zur Veränderung der BayernLB gemacht. Da stand drin: Trennung von langfristig nicht

profitablen Aktivitäten, deutliche Redimensionierung, Einstellung nicht kundenbezogener Geschäfte.

Gleichzeitig wurde aber auf die große Bedeutung der Bankbeteiligung hingewiesen, besonders die an der Deutschen Kreditbank. Die DKB, eine Direktbank für Privatkunden und Geschäftsbank für Unternehmen und Kommunen, musste als Cashcow bei der Bank bleiben, um jeden Preis. Deswegen wurde im April 2009 zur Vorbereitung des Umstrukturierungsplans der BayernLB der Verkauf der GBW als akzeptabel eingestuft. Die GBW sollte als Nicht-Kern-Aktivität qualifiziert werden und damit eine Abgabe bis 2013 zugestanden werden. Damit kam die GBW erstmals auf die Liste der zu veräußernden Beteiligungen.

Auch aus der Antwort der Europäischen Kommission auf Fragen des Untersuchungsausschusses geht eindeutig hervor, dass die BayernLB ihre Absicht, die Anteile an der GBW zu verkaufen, im Beihilfeverfahren aktiv weiterverfolgt hat. Ich zitiere:

Die Absicht der BayernLB, die GBW-Anteile zu verkaufen, wurde der Kommission bereits Ende April 2009 mitgeteilt.

Das heißt, bevor der Informationsaustausch zwischen der BayernLB und der Kommission zu dem Plan überhaupt begonnen hatte. Auch im Verwaltungsrat wurde nach Aussagen des Zeugen Hans Schaidinger das Behalten der Wohnungen der GBW gar nicht diskutiert. Es ging nur noch um das Ob, nie um das Wie. Es wurde überlegt, welches Verfahren gewählt werden muss, damit die EU-Kommission einen Haken setzt.

Im Zeitraum 2009/2010 gab es im Finanzministerium unter Finanzminister Fahrenschon zumindest auf dem Papier verspätete Bemühungen, den Verkauf der GBW AG unter Vorbehalt zu stellen. Das hat man dokumentiert, indem die GBW in Klammern gesetzt wurde. Das Staatsministerium wollte gegenüber der EU den Verkauf der GBW offenhalten. Wollte. Das Ganze sollte in Endverhandlungen auf politischer Ebene noch einmal zur Disposition gestellt werden. Es gibt keine Akte, es gibt nichts, was darauf hinweist, dass auf politischer Ebene eine der handelnden Personen das nur einmal mit der EU verhandelt hätte.

Der Druck, der aufgrund des Beihilfeverfahrens sowohl auf der Bank als auch auf dem Freistaat lastete, konnte durch die damals beteiligten Zeugen durchaus nachvollziehbar dargelegt werden. Dass die EU-Kommission aber ganz konkret – ich erinnere mich an den Satz des Herrn Finanzministers damals hier im Landtag – den Verkauf der GBW von sich aus verlangt habe, konnte keiner dieser Zeugen bestätigen.

Der Zeuge Zoller, BayernLB, antwortet auf die Frage, ob die EU-Kommission von sich aus in irgendeiner Form konkret den Verkauf der GBW AG verlangt habe, wie folgt:

Ein Schreiben kenne ich nicht, das könnte ich also formal nicht mit Ja beantworten. Nein.

Auch die Aussagen der anderen Zeugen bringen zum Ausdruck, dass es nicht konkret um die GBW AG gegangen sei. Die Kommission habe im Verfahren nie konkret gesagt: Das will ich, das will ich, das will ich!

Leider ist es uns nicht gelungen, die Beamten der EU-Kommission direkt zu befragen. Die EU-Kommission teilte dem Untersuchungsausschuss ihre Position mit, wonach die Abgabe der GBW eine aktive Entscheidung der Bank bzw. der Bundesrepublik war.

Es gibt das Schreiben des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, des Herrn Almunia, aus dem Dezember 2013 an Horst Seehofer, mit dem er sehr deutlich die Schuldzuweisung des Freistaats an die EU-Kommission zurückweist. Die CSU hatte damals das Verhalten der Kommission als nicht fair und sachgerecht bezeichnet und die damalige Ministerin Merk mehr Professionalität und Verantwortung angemahnt. Almunia schreibt – ich zitiere –:

Erlauben Sie mir die Fakten klarzustellen, um zu verdeutlichen, wessen Aussagen nun eigentlich "nicht fair und sachgerecht" waren und wer zu "mehr Professionalität und Verantwortung" aufgefordert werden sollte. Zuallererst möchte ich in Erinnerung rufen, dass die BayernLB einen sehr hohen Betrag an Steuergeldern erhalten hat in Form einer Kapitalzuführung von 10 Mrd. EUR, eines Risikoschirms von 4,8 Mrd. EUR und in Form von Liquiditätsgarantien. Der Umstrukturierungsplan ... zielt darauf ab, die Rentabilität der BayernLB sicherzustellen, damit künftig keine Steuergelder mehr benötigt werden. Die Umstrukturierungsentscheidung in Sachen BayernLB enthält sowohl Auflagen ... als auch Zusagen ... Die Auflagen der Kommission beziehen sich ausschließlich auf den Rückzahlungsplan; sämtliche weiteren Maßnahmen, einschließlich der Beteiligungsveräußerungen inklusive der Veräußerung der Anteile an der Wohnungsgesellschaft GBW-AG, wurden von der Bank/Deutschland zugesagt. Was schließlich den Verkauf der GBW-AG selbst betrifft, hat die Kommission lediglich darauf hingewiesen, dass der Verkauf nicht zu neuen Beihilfen führen darf, beispielsweise durch ein überhöhtes Angebot seitens der öffentlichen Hand.

Fakt ist doch, dass die BayernLB die Abgabe der GBW AG bereits im Umstrukturierungsplan auf

Seite 47 zugesagt hat. Beihilferechtlich fällt die Zusage daher in einen Zeitraum vor Einleitung des förmlichen Prüfungsverfahrens und daher ins Vorprüfungsverfahren. Die EU-Kommission ist im Vorprüfungsverfahren gar nicht befugt, Auflagen und Bedingungen zu verhängen oder dem Mitgliedstaat oder dem Beihilfeempfänger verbindliche Vorgaben zu machen.

Man wollte die GBW loswerden. Man wollte die Bank, was ja nicht ehrenrührig ist, retten, man wollte vor allen Dingen die DKB bei der Bank retten und hat dafür die GBW aufgegeben. Es wäre schön gewesen, wenn auch diese Wahrheit einmal ausgesprochen worden wäre, wenn man sich nachträglich für diese falsche Entscheidung entschuldigt hätte, aber das war nicht zu erwarten, genauso wenig wie zu erwarten war, dass gesagt würde: Der simple Satz "Der Kauf durch den Staat im Bieterverfahren war verboten", ist falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die EU sagt dazu etwas ganz anderes. Die EU sagt – ich zitiere –:

Der Verkauf an den Freistaat Bayern wird in der Entscheidung nicht zwingend ausgeschlossen. Wie aus Fn 12 des Zusagenkatalogs hervorgeht, hat die Bundesrepublik lediglich zugesagt, dass die Anteile an der GBW AG im Rahmen eines an Wettbewerbsgrundsätzen orientierten Bieterverfahrens veräußert werden. Hier käme auch der Freistaat Bayern als Käufer in Betracht.

Da kommt der Zeuge Schütze wieder ins Spiel, der im Ausschuss einen wunderbaren Auftritt, der uns in Erinnerung geblieben ist, hatte, indem er als Beihilferichter, der sich tagtäglich nur damit beschäftigt, ganz klar gesagt hat, es hätte über zwei unabhängige Gutachten einen Weg gegeben. Dann hätte man auch als Freistaat ein Angebot abgeben können. Dass man das nicht wollte, steht auf einem anderen Blatt.

Dass die CSU im Untersuchungsausschuss die Stellungnahme der EU an jeder Stelle als unqualifiziert, politisch motiviert oder sogar als Falschaussage darstellt, ist ein starkes Stück und hat auch mit den Fakten wenig zu tun. Oder wie ist die Bemerkung im Schlussbericht zu verstehen, dass schriftliche Aussagen im Gegensatz zu Falschaussagen von Zeugen im Ausschuss nicht strafbewehrt sind? Heißt das, die EU lügt in ihrer schriftlichen Stellungnahme? Wenn Sie das meinen sollten, wäre das äußerst billig und hätte mit sachlicher Aufklärung rein gar nichts zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Ich möchte noch einiges zum Verwaltungsrat und dessen Handeln sagen. Seit 2008, nach Hypo Alpe Adria und ABS-Papieren, hätte man ja gehofft, dass sich das Verhalten des Verwaltungsrats hinsichtlich der Aufsicht verändert, aber auch dazu haben die Zeugen nichts gesagt. Sie haben gesagt, dass man das, was die Bank vorgetragen hat, geglaubt hat und dass man auch keine eigene Aktivität in dem Zusammenhang zur Überprüfung entwickelt hätte. Das sagten zum Beispiel Herr Schaidinger und Herr Zeil. – Also auch der Verwaltungsrat hat kräftig weiter abgenickt.

Für uns in der Opposition hat dieser Ausschuss sehr wohl etwas gebracht. Ich habe es am Anfang gesagt und möchte es noch einmal zusammenfassen, weil ich denke, das muss dem, was der Ausschussvorsitzende, bei dem ich mich noch einmal bedanken möchte, gesagt hat, entgegengesetzt werden: Der Freistaat Bayern hätte die GBW erwerben können.

Erstens. Es gab nie, wie vom heutigen Ministerpräsidenten Söder behauptet, irgendein Verbot der EU.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Der Beihilfeberater Schütze hat den Weg vorgezeichnet.

Zweitens. Finanzminister Söder hat sich damals – das ist den Aktenvermerken zu entnehmen – aus politischen Gründen gegen den Erwerb der GBW entschieden. Man hat ihm aufgeschrieben, die Renditeerwartungen seien zu niedrig, man solle nicht Ansprechpartner für Mieterinnen und Mieter sein und Private, nicht der Staat, sollten sich um den Wohnungsbau kümmern.

Drittens. Die BayernLB hat aus eigener Initiative von Anfang an vorgeschlagen, die GBW zu verkaufen. Es gab keine Bemühungen der Staatsregierung, sie von der Verkaufsliste wieder herunterzunehmen oder in irgendeiner Form aktiv zu werden, um den Verkauf zu vermeiden.

Viertens. Finanzminister Söder hat sich nicht ernsthaft für den Erwerb durch ein kommunales Konsortium eingesetzt. Die Kommunen hatten aus steuer- und kommunalrechtlichen Gründen von Anfang an wenig Chancen auf einen Zuschlag, aber ein richtiges Engagement war auch nicht zu entdecken.

Fünftens. Die Staatsregierung hat Möglichkeiten, die GBW zu retten, nicht ergriffen, weil der Verkauf an Dritte das Ziel war. Auch während des Beihilfeverfahrens wäre eine Übertragung auf den Freistaat oder die Kommunen möglich gewesen, was die CSU abgelehnt hat. Es gab keine ernsthaften Initiativen der

Staatsregierung und insbesondere keinen persönlichen Einsatz weder des damaligen Ministerpräsidenten Seehofer noch von dessen Finanzminister, die GBW in öffentlicher Hand zu halten.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Sechstens. Die Sozialcharta XXL der GBW wirkt nicht. Ein effektiver Mieterschutz ist nicht ansatzweise gewährleistet. Sie können jeden Tag in den Zeitungen nachlesen, was mit GBW-Wohnungen jetzt passiert, was mit GBW-Mieterinnen und Mietern passiert. Mieterschutz sieht anders aus, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Mein letzter Satz, Herr Präsident. – Im Lichte dieser Erkenntnisse ist die jetzt vom Ministerpräsidenten so groß angekündigte Gründung der BayernHeim umso mehr ein reines Kaschieren massiver wohnungspolitischer Fehler in der Vergangenheit. Finanzminister Söder war damals doch der Meinung, das Halten von Wohnungen durch den Freistaat sei weder zulässig noch sinnvoll. Das soll sich nun geändert haben?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dazu ist alles gesagt. Ich bedanke mich recht herzlich für die viele Arbeit, die in der Verwaltung, vom Landtagsamt und auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen, geleistet wurde. Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Das war meine letzte Rede an diesem Pult. Ich bedanke mich bei den Kolleginnen und Kollegen für Widerworte, Beifall, für alles, was so passiert ist.

(Volkmar Halbleib (SPD): Nicken und Kopfschütteln!)

Danke schön, und Ihnen politisch und auch sonst alles Gute!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): Bravo!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Mütze. Sollte das Ihre letzte Rede im Plenum gewesen sein, wünsche ich Ihnen von meiner Seite alles Gute für die weitere Zukunft. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Weidenbusch für die CSU-Fraktion. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Anlass für den Untersuchungsausschuss war – dabei sollten wir gar nicht weit ausei-

inander sein – die Tatsache, dass am Ende 80.000 Mieter in 33.000 Wohnungen betroffen waren. Es ist bei Weitem nicht so, dass all diese Mieter in all diesen Wohnungen ein Problem haben, aber es bleibt trotzdem auch Tatsache, dass ein Teil der Mieter Probleme hat, weil Mieten in einem weit stärkeren Ausmaß erhöht werden, als das vorher bei der GBW der Fall war.

Wir haben zu diesem Thema im Juli im Haushaltsausschuss eine Anhörung durchgeführt. Dabei haben wir erfahren, woran das liegt. Das liegt im Wesentlichen an der Energieeinsparverordnung, was uns alle sehr überrascht hat. Der Geschäftsführer der GBW hat genauso wie der Geschäftsführer des Mieterbunds Nürnberg und der Vertreter der Nürnberger Wohnungsbaugesellschaft erklärt: Wenn man eine Wohnanlage saniert, dann muss dies nach der Energieeinsparverordnung vollständig geschehen. Die dann umzulegenden Kosten machen diese enormen Mieterhöhungen überhaupt erst möglich, weil diese nämlich durch die gesetzliche Mietpreisbremse bzw. die vorher schon vorhandene Maximalerhöhung nicht erfasst sind.

Das ging so weit, dass in diesem Ausschuss auf die Frage, woher der Unterschied in Nürnberg komme, der Geschäftsführer der GBW gesagt hat: Wir haben halt diese Anlage saniert. Es hat einen Haufen Kosten gegeben, insbesondere deshalb, weil wir auch die asbestverseuchten Außenplatten heruntergenommen und ersetzt haben. Der Geschäftsführer der städtischen Wohnungsbaugesellschaft in Nürnberg hat ganz offen gesagt, die Asbestplatten seien dort gelassen worden, damit sie nicht ausgetauscht werden müssen und damit die Mieten nicht erhöht werden müssen. Das ist ein Teil des Problems, der mit der GBW gar nichts zu tun hat, um den wir uns aber kümmern müssten. Dazu wäre der Landtag aufgefordert. Das habe ich im Juli mitgenommen.

Dann gibt es einen zweiten Teil. Das sind die Wohnungen in großstädtischen Bereichen, zum Beispiel in München, gar nicht vornehmlich in Nürnberg. Dort hat die GBW ihre Möglichkeiten der Mieterhöhung, sprich die gesetzlich zulässigen 15 Prozent in drei Jahren, ausgeschöpft. Sie hat das genauso wie die städtische Wohnungsbaugesellschaft in München am Karl-Marx-Ring 28 – 52 getan. Das waren ehemals GBW-Wohnungen. Die Stadt München hat diese Wohnungen mit ihrer städtischen Wohnungsbaugesellschaft gekauft. Sie macht dort genau dasselbe wie die GBW: Sie nutzt die Verdichtungsmöglichkeiten, und sie nutzt die Möglichkeiten zur Mieterhöhung. Die dortigen Bürgerinitiativen gehen gegen die kommunale Wohnungsbaugesellschaft der Stadt München genauso vor wie

gegen die GBW – nach meiner Meinung völlig zu Recht.

In diesem Zusammenhang haben wir auch gehört, dass der Geschäftsführer der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft der Stadt München als Einziger nicht bereit war, Zahlen bekannt zu geben, welche Mieterhöhungen denn die kommunale Wohnungsbaugesellschaft der Stadt München in den letzten fünf Jahren umgesetzt hat. Dazu muss ich Ihnen schon einmal etwas sagen: Die Stadt Nürnberg hat gesagt, bei uns war das so viel, und die GBW hat gesagt, bei uns war das mehr. Und dann sagt der Chef der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft der Stadt München im Untersuchungsausschuss: Das ist ein Geschäftsgeheimnis. Diese Frage beantworte ich nicht. Dann müssen Sie das schon einmal bewerten, mit was wir es da in München zu tun haben.

(Beifall bei der CSU)

Das alles ist lediglich eine Auseinandersetzung auf dem Rücken der Mieter, die diesen Menschen nichts nutzt. Ich komme jetzt zu der Frage, die für diese Mieter wirklich relevant ist. Diese Frage lautet: Wer ist daran schuld? Wer ist denn daran eigentlich schuld? – Dieser Kausalprozess, wer daran schuld ist, beginnt im Jahr 2003, als in der Auseinandersetzung vor dem Europäischen Gerichtshof mit der Stadtsparkasse Köln die Sparkassen und Landesbanken nicht verstanden haben, dass ihr Geschäftsmodell eigentlich nur die Gewährträgerhaftung war und gar nicht ihre eigene Leistung, sodass in der Folge der Verzicht auf die Gewährträgerhaftung mit dem Grandfathering bis 2015 dazu geführt hat, dass sie schnell festgestellt haben, dass sie nicht mehr automatisch Geld verdienen, und sich Alternativen gesucht haben.

In diesem Zusammenhang hat der Vorstand der BayernLB – dieser Vorwurf ist korrekt – mit der Unterstützung des Aufsichtsrats, der zur Hälfte aus Mitgliedern der Staatsregierung und zur Hälfte aus Mitgliedern der bayerischen Sparkassen bestanden hat, beschlossen, in strukturierte Papiere wie ABS und CBS einzusteigen. Sie haben das alles schon einmal gehört. Nachdem versucht wurde, das Ganze im Jahr 2007 und Anfang 2008 zu verschleiern, hat das dazu geführt, dass wir im Oktober 2008 festgestellt haben, dass wir einen Bedarf an direkter Unterstützung des Freistaates in Höhe von 10 Milliarden Euro haben. 4,8 Milliarden Euro entfielen auf Übernahmen von Garantien und weitere 3 Milliarden Euro auf Liquiditätszusagen. Dann ging der Prozess los; denn eine solche Zahlung ist EU-rechtlich beihilferelevant.

Wenn wir die Frage, warum es diesen Untersuchungsausschuss gibt, einmal auf den Anfang zurück-

führen, dann gibt es ihn, weil die Europäische Union gesagt hat: Eine Bank, die 10 Milliarden Euro vom Freistaat Bayern bekommt, plus 4,8 Milliarden Euro Gewährleistung plus 3 Milliarden Euro Liquiditätszusage ist gegenüber anderen Banken auf dem Markt im Vorteil; diese Bank müssen wir jetzt benachteiligen. Das ist die Grundidee der GD Wettbewerb bei der EU. Wer eine Beihilfe bekommt, muss benachteiligt werden, damit der ursprüngliche Wettbewerb wiederhergestellt wird.

Dann hat die EU gesagt: Liebe BayernLB – – Eigentlich hat die EU gesagt: Liebe Bundesrepublik Deutschland; denn mit Bayern oder einer Bank redet sie gar nicht. Das ist unter ihrer Würde. Sie hat also gesagt: Lieber Bundesfinanzminister, lieber Bundeswirtschaftsminister, fordert einmal die BayernLB auf, sie soll uns sagen, wie sie die Bilanzsumme von 400 Milliarden Euro im Jahr auf 200 Milliarden Euro zurückführen will, wie sie die Risk-Weighted Assets, also die risikobewerteten Teile ihres Geschäfts, stark reduzieren will und wie sie sich auf das Kerngeschäft reduzieren will. Damit fingen die Probleme für die Mieter der GBW an, weil die Europäische Kommission klipp und klar festgestellt hat, dass günstiges Vermieten von Wohnraum nicht zum Kerngeschäft einer Bank gehört. Darum ist die GBW auf der Liste der Unternehmungen gelandet, von denen sich die BayernLB zu trennen hat.

Wenn Sie sagen, darüber hätte man doch reden können, darüber hätte man doch verhandeln können, sage ich: Auf dieser Liste standen die Beteiligungen an der Landesbank Saar, an der Landesbank Luxemburg und an der HGAA, bei der wir froh waren, dass wir sie losgeworden sind. Die BayernLB musste also sogar die Beteiligungen an anderen Banken abgeben. Wollen Sie da der Europäischen Union sagen: Banken gehören nicht zum Kerngeschäft, aber eine Wohnungsbaugesellschaft schon? Da ist die Forderung, man hätte härter verhandeln und sich durchsetzen müssen, ein bisschen weltfremd.

Damit stand fest – und das hat der Ausschuss übereinstimmend festgestellt: Die Anteile an der GBW mussten von der BayernLB verkauft werden. Nun stellt sich die Frage, wie. Drei Möglichkeiten: Übernahme durch den Freistaat Bayern, exklusiver Verkauf an Kommunen, diskriminierungsfreies Bieterverfahren.

Ich würde sagen, es ist nicht ganz falsch, was meine Vorredner von der Opposition hier zur Meinung der bayerischen Staatsverwaltung dargestellt haben, diese Vermerke, die hier zitiert sind: Wir werden doch in Gottes Namen nicht diese Wohnungen direkt übernehmen wollen; denn dann kommen die Mieter immer

zu uns, wenn ihnen etwas nicht passt. Wenn wir selber kaufen, bekommt die Bank weniger als vielleicht auf dem Markt, und dann bekommen wir weniger von unserer Rückzahlung zurück. – Das war der Tenor dieser Vermerke. Es mag sein, dass meine Fraktion das nicht unbedingt so sieht, aber ich hätte die auch so verstanden. Als dann Markus Söder Finanzminister wurde, ist auch nicht wirklich viel passiert in der Richtung.

Heute ist aber viel zu kurz gekommen, dass Sie aus diesen Vermerken ganz genau wissen, dass Markus Söder gesagt hat, diese Meinung des Finanzministeriums, diese Meinung der Beteiligungsabteilung, diese Meinung des zuständigen Referats teilt er nicht. Sie müssten wissen, dass er in der Woche danach nach Brüssel gefahren ist, um zu sagen, er möchte nicht, dass das an Private verschertelt wird. Wir haben in dem Ausschuss doch über Wochen die Zeugen befragt. Sie als Opposition haben doch vielen Zeugen diese E-Mail vorgehalten, in der der Herr Lienemeyer als Case Manager geschrieben hat: Die Zusage meines Chefs, dass ihr das machen dürft, hat keinen Bestand mehr, das hat sich erledigt, wir machen ein Bieterverfahren. Sie haben doch jeden Zeugen gefragt, wie denn das kam. Da können Sie doch jetzt nicht bestreiten, dass es diese Zusage gegenüber Markus Söder ursprünglich gab.

(Alexander König (CSU): So ist es!)

Das ist die Wahrheit. Der Markus war sofort dort, hat dafür gekämpft, hat die Zusage bekommen, und danach hat sie die Europäische Union zurückgenommen.

Dann haben wir die Idee der Übernahme durch Bayern beerdigen müssen, weil in der Mail von Herrn Lienemeyer, der zuständiger Case Manager ist, eindeutig steht: Es geht nicht. Dann kam die Frage nach dem exklusiven Verkauf. Sie wissen ganz genau, dass die Kommunen beim Ministerpräsidenten und beim Finanzminister eingeladen waren und dass man besprochen hat, wie man denn diesen exklusiven Verkauf organisieren kann, und dass man darüber gesprochen hat, wie man das machen könnte.

Dann hat sich Folgendes herausgestellt: Als Bedingung für die geleisteten Beihilfen wurde der BayernLB mit Abschluss des Beihilfeverfahrens im Juli 2012 von der EU der Verkauf des Aktienanteils an der GBW AG zur Verschlinkung des Geschäftsmodells auferlegt. Demnach muss sich die BayernLB in einem diskriminierungsfreien und transparenten Bieterverfahren bis zum Ende des Jahres 2013 vollständig von ihrem rund 92-prozentigen Anteil an der GBW AG trennen.

Das, glaube ich, ist die Antwort auf die beiden Fragen dieses Untersuchungsausschusses. Die Antwort steht im Mehrheitsbericht des Untersuchungsausschusses. Aber diese Antwort, die ich Ihnen gerade vorgelesen habe, stammt von Christian Ude. Sie stammt nämlich aus der Sitzungsvorlage Nummer 08-14/V11830 vom April 2014. Sie ist gezeichnet von Christian Ude als Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München, von Herrn Dr. Wolowicz als Kämmerer der Landeshauptstadt München und Frau Prof. Dr. Merk als Stadtbaurätin. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Als Bedingung für die geleisteten Beihilfen – ich kürze ab – wurde der Verkauf des Aktienanteils auferlegt. Demnach muss sich die BayernLB in einem diskriminierungsfreien und transparenten Bieterverfahren vollständig trennen. Damit war dann eigentlich alles gesagt.

(Horst Arnold (SPD): Täuschungsbedingt!)

– Ob der Herr Ude Ihnen so dankbar ist, wenn Sie ihm hier bescheinigen, dass er so leicht zu täuschen ist, wo er doch so ein Experte und so ein hervorragender Jurist – jedenfalls nach eigener Anschauung – ist, Herr Arnold, da fragen Sie ihn einmal. Ich hoffe, Sie haben seine Telefonnummer.

Tatsache ist, dass dann ein diskriminierungsfreies Bieterverfahren durchgeführt wurde, bei dem ich mir auch gewünscht hätte, dass die Kommunen zum Zuge kommen. Bitte beantworten Sie einmal für sich die Frage, was denn der Freistaat Bayern davon hätte, dass statt der Kommunen die PATRIZIA zum Zuge kommt. Was wäre denn der Vorteil? Für uns wäre es das Allerbeste gewesen, wenn die Kommunen das hätten kaufen können, wir dasselbe Geld bekommen und danach die Wohnungen den Kommunen gehören, die damit verantwortungsbewusst umgehen. Deswegen haben wir das in aller Härte verfolgt. Es ging nur nicht.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Rechtsaufsicht! Fachaufsicht!)

Daraus – das muss ich Ihnen ehrlich sagen – wird deutlich, worum es uns ging. Warum hätten wir denn diese Verhandlungsrunden organisiert? Warum hätten wir denn die kommunalen Konsortien organisiert? Warum hätte denn das Innenministerium unter Hintanstellung rechtlicher Bedenken bescheinigt, dass das zulässig ist, wenn wir es nicht gewollt hätten? Das ist doch geradezu lächerlich.

Dann kommt das Thema Steuern. Die Mitglieder des Haushaltsausschusses haben in geheimer Sitzung alle Beteiligten der Pearl AcquiCo Eins und der Pearl AcquiCo Zwei offengelegt bekommen. Es sind ausschließlich Pensionskassen, Versicherer und Spar-

kassen. Damit ist auch klar, dass es ganz egal ist, ob die in Luxemburg ein Konstrukt wählen, weil Ihnen der Herr Eisgruber auf Ihre Frage, Herr Halbleib, der zuständige Chef der Abteilung im Staatsministerium der Finanzen, Thomas Eisgruber, gesagt hat: Alles das, was da in Luxemburg vereinnahmt wird, wird dann den Anteilen zugewiesen, die diese Firmen haben, und zwar in ihrem jeweiligen Sitzland. Das ist Deutschland, Österreich und in einem Fall die Schweiz. Alle müssen sie, wenn sie steuerpflichtig sind, versteuern.

(Volkmar Halbleib (SPD): Warum haben Sie es denn dann gemacht?)

Herr Eisgruber hat Ihnen darüber hinaus aber auch noch gesagt, dass das für die Sparkassen, die Versicherer und die Pensionskassen so gar nicht zutrifft, weshalb es gar kein Steuermodell geben kann; denn jemand, der keine Steuern zahlen muss, kann auch durch ein Modell keine Steuern sparen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Warum haben Sie es denn dann gemacht?)

Insofern hat man dann die ganz normale Gestaltung, die bei allen Immobilienerwerben dieser Größenordnung mittlerweile in Europa üblich ist, über Luxemburg gemacht. Auch das wurde Ihnen im Ausschuss gesagt.

Was habe ich mir jetzt noch aufgeschrieben? – Die EnEV hatte ich schon. Die EU: Irgendjemand hat hier gesagt, das, was die CSU hier erzählt, diskreditiert die EU. Das ist überhaupt nicht notwendig; denn so, wie sich die EU in diesem Verfahren benommen hat, macht sie das schön brav selber. Wir haben der EU dieselben Fragen geschickt wie allen anderen, und die EU hat dem Zeugen Almunia die Aussagegenehmigung verweigert. Sie hat seiner Nachfolgerin die Aussagegenehmigung verweigert. Sie hat der Frau Kroes die Aussagegenehmigung verweigert. Sie hat dem Herrn Lienemeyer die Aussagegenehmigung verweigert. Sie hat dem Herrn Koopman die Aussagegenehmigung verweigert. Sie hat einfach jedem Mitarbeiter die Aussagegenehmigung verweigert, sodass wir keinen einzigen Mitarbeiter befragen konnten.

Dann tun Sie hier so, als hätte die EU unsere Fragen beantwortet. Die EU hat keine einzige Frage dieses Ausschusses beantwortet. Sie hat ein Schreiben geschickt und geschrieben: Eure Fragen gefallen uns nicht, wir haben andere, die haben wir hier einmal aufgeschrieben, und danach kommen unsere Antworten. Da wundern Sie sich, dass wir diesen Zeugen keine Bedeutung beimessen, sondern sagen: Das ist doch mehr als verwunderlich, dass schon die Fragen nicht beantwortet werden, geschweige denn eine Aus-

sagegenehmigung kommt. Da muss ich Ihnen ehrlich sagen: Das finde ich schon nicht in Ordnung. Da richtet sich die EU aber selber. Da brauchen wir nichts mehr dazutun.

(Beifall bei der CSU)

Vor diesem Hintergrund muss ich sagen: Es gab bei diesem Untersuchungsausschuss den Spruch "Außer Spesen nichts gewesen". Ich würde den nicht unterschreiben. Ich habe echt viel über die EU gelernt und über das, was ich an dem Wahltag, an dem nächstes Jahr das Europäische Parlament gewählt wird, tun werde, und darüber, dass wir einmal mit ganz anderem Selbstbewusstsein auftreten müssen, wenn wir unsere Dinge durchsetzen wollen.

Zum Schluss möchte ich wirklich alle miteinander bitten: Lasst uns daran arbeiten, dass eine sicherlich sinnvolle Regelung in der Energieeinsparverordnung nicht zum Nachteil von so vielen Mietern führt. – Vielen herzlichen Dank. Zwei Minuten zwanzig.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Einen kleinen Moment, Herr Weidenbusch. Wir haben eine Zwischenbemerkung von Frau Kamm, und dann hat die SPD noch eine Zwischenbemerkung angemeldet. Zunächst Frau Kamm, bitte.

Ernst Weidenbusch (CSU): Aber meine Zeit betrifft das nicht.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Sind Sie jetzt fertig, oder sind Sie noch nicht fertig?

Ernst Weidenbusch (CSU): Doch, bitte.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Weidenbusch, Sie haben tapfer Krokodilstränen vergossen, indem Sie gesagt haben, Sie hätten sich gewünscht, dass die Kommunen diese GBW-Wohnungen so sozialverträglich weiter bewirtschaften, wie die kommunalen Wohnungsgesellschaften es tun.

In der Tat hat sich die Welt für die Mieterinnen und Mieter mit dem Verkauf vollkommen verändert. Die GBW-Wohnungen wurden in der Tat bisher so bewirtschaftet, wie die kommunalen Wohnungsunternehmen oder die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen es tun. Nun werden sie ganz anders bewirtschaftet. Die Mieten werden wesentlich mehr erhöht, und zwar nicht nur wegen der Energieeinsparverordnung, sondern zum Teil auch deswegen, weil in erheblichem Umfang Umwandlungen in Eigentum stattfinden. Das ist ein Problem. Durch Ihre Politik und die schwache Sozialcharta ist eine viel zu hohe Quote

an Eigentumsumwandlungen ermöglicht worden. Zum Teil werden die Wohnungen für horrendes Geld an andere verschleudert. Es ist auch nicht tröstlich, dass das Konstrukt in Luxemburg, auch wenn es vielleicht nicht der Steuervermeidung dient, auf alle Fälle nach der Beobachtung der jetzigen Situation erheblich der Gewinnmaximierung dient.

Wir haben damals, weiß Gott, sehr viele Anträge gestellt, um eine andere Form der Sicherung der Rechte der Mieter zu suchen. Beispielsweise hätte es die Möglichkeit einer Systemausschreibung gegeben. Das haben Sie nicht gemacht. Wir haben Ihnen damals schon gesagt, dass Ihre Sozialklausel überhaupt nicht ausreicht, um die Rechte der Mieter zu schützen. Sie haben das einfach weggewischt. Die Situation, in der sich die GBW-Mieterinnen und GBW-Mieter jetzt befinden, ist die Folge der damaligen Beschlüsse der CSU-Fraktion, der Mehrheit im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ernst Weidenbusch (CSU): Frau Kollegin Kamm, eine Folge der Beschlüsse der Mehrheit der CSU im Bayerischen Landtag ist hier gar nichts, weil der Landtag leider gar nicht dazu befragt wurde und keine Chance hatte, überhaupt einzugreifen.

Ansonsten möchte ich Ihnen sagen – –

(Christine Kamm (GRÜNE): Wir haben über die Sozialklausel debattiert, über Systemausschreibungen debattiert!)

– Bitte machen Sie mir den Vorwurf nicht persönlich; denn es gibt hier herinnen nur zwei Personen, die in diesem Verfahren konkrete Vorschläge gemacht haben, was man machen soll: Die eine ist die Kollegin Waldmann – das möchte ich ausdrücklich sagen –, die mehrfach schriftlich eingebracht hat, was da passieren soll. Und der Vorschlag für eine funktionierende Sozialcharta, über den jetzt immer gesagt wird, der sei nicht umgesetzt, ist mein Vorschlag. Der Mieterverein München und der Mieterverein Nürnberg haben völlig unzureichende Vorschläge gemacht, die mordsproblematisch sind. Der Vorschlag, der wirklich weitgehend war, der war mein eigener, und den hat man in Europa nicht durchsetzen können – leider. Den hat man nicht durchsetzen können, weil die Europäische Union sich einfach darauf berufen hat, dass der Verkauf der LBBW-Wohnungen in Baden-Württemberg die Blaupause ist.

Das möchte ich hier auch mal sagen: Der Kollege von der SPD, der in Baden-Württemberg verkauft hat, der kann genauso wenig was dafür. Der hatte genauso wenig eine Chance. Dem hat der Herr Lienemeyer

hundertprozentig genauso wie unseren Leuten gesagt: Entweder ihr macht das jetzt, oder ich mach euch platt, genauso wie die LBBW. – Das ist der Ton, der in Brüssel gegenüber Bundesländern herrscht.

Wir haben alles versucht. Die "Süddeutsche Zeitung" hat es ja beschrieben. Freundlicherweise hat jemand dem Herrn Ott alle Unterlagen aus dem Untersuchungsausschuss zur Verfügung gestellt, damit er sich diejenigen aussuchen kann, die zu seiner politischen Meinung passen. Er hat aber beschrieben, dass das alles von mir ist und dass es nicht umgesetzt werden konnte. Also sagen Sie mir bitte nicht, ich hätte nicht gewusst, was ich für die Mieter Gutes tun sollte. Es ging einfach nicht.

(Christine Kamm (GRÜNE): Sie haben alle unsere Anträge dazu abgelehnt!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Keine Zwiesprache! – So weit zu dieser Zwischenbemerkung. Jetzt kommt noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Güller.

Harald Güller (SPD): Herr Kollege Weidenbusch, erstens können Sie sich sicher sein, dass wir diese Steuerkonstruktion noch genauer anschauen werden. Wir beide haben uns die Unterlagen im Geheim-Raum angeschaut. Irgendeinen Grund wird eine Konstruktion, die derart kompliziert ist und für die speziell Firmen, die es vorher nicht gegeben hat, gegründet worden sind, in steuerlicher Hinsicht haben. Wie gesagt, für diese Frage ist hier nicht der richtige Ort; aber darum wird man sich sicherlich noch kümmern.

Ich wollte mich hier aber kurz mit einer Nebelkerze beschäftigen, die Sie geworfen haben.

(Ernst Weidenbusch (CSU): "Nebelkerze"?)

Sie betrifft das Thema EnEV und Mietsteigerungen; Sie haben sehr ausführlich aus der Anhörung des Haushaltsausschusses zitiert. Nur um es hier klarzumachen: Die Hauptäußerungen zum Thema Mietsteigerungen und EnEV sind von der Sachverständigen Frau Esser von der GdW, Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, gekommen. Herr Thyroff hat dann allerdings gesagt, dass es gute Wege gibt, diese EnEV auszuhebeln. Ich glaube, wir beide sind uns zumindest einig, dass die EnEV in ihrer heutigen Form für den sozial gebundenen Wohnungsbau schädlich ist.

Aber zur Wahrheit gehört halt auch dazu, dass die Sachverständigen Geiler, Thyroff und der Herr Heisler vom Bündnis Bezahlbare Wohnen – DMB: Herr Geiler, Deutscher Mieterbund Nürnberg und Umgebung, Thyroff von der Wohnungsbaugesellschaft Nürnberg –

explizit Beispiele genannt haben, bei denen erkennbar war, dass es seit dem Verkauf der Wohnungen der Mieterinnen und Mieter durch die Bayerische Staatsregierung zu maximalen Erhöhungen bei den Hausmeisterkosten, bei Versicherungskosten und insgesamt bei den Betriebskosten gekommen ist. Um in dieser kurzen Zeit nur ein Beispiel zu zitieren: Herr Geiler spricht auf Seite 24 des Protokolls vom 17.07. von einigen Objekten, bei denen es innerhalb von sechzehn Jahren vier Mieterhöhungen gegeben hat, die insgesamt 31 % Steigerung gebracht haben. Seit die Wohnungen verkauft worden sind, gab es innerhalb von vier Jahren nochmals vier Mieterhöhungen. Allein diese vier Mieterhöhungen haben fast 20 % Erhöhung gebracht.

Das zeigt doch, was Sie an dieser Stelle durch das Werfen einer Nebelkerze versucht haben. Sie befassen sich mit einem Problem, mit der EnEV; ich stimme zu, daran können wir gemeinsam arbeiten; aber Sie negieren das Ergebnis der Anhörungen des Haushaltsausschusses, nämlich: Es gab eklatante Mieterhöhungen. Das ist durch die Sachverständigenanhörungen nachgewiesen. Es gab eklatante Mieterhöhungen in den letzten vier Jahren, nachdem die GBW verkauft worden ist. Das ist der Skandal, um den es heute geht; es geht nicht um die EnEV.

(Beifall bei der SPD)

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Kollege Güller, Sie haben jetzt selber zitiert: vier Mieterhöhungen und 20 % seit dem Kauf. Sie wissen, dass bei 15 % die gesetzliche Grenze ist. Das heißt, die restlichen 5 % können nicht aus fremdbestimmten Mieterhöhungen kommen, sondern es muss entweder die EnEV oder eine sonstige Sonderregelung die Ursache sein; sonst geht es ja nicht.

(Harald Güller (SPD): Bei den Betriebskosten!)

Bei dem Betriebskostenthema hat der Herr Geiler sehr schnell – ich habe das Protokoll nicht mitgenommen, aber das wissen Sie ja – einräumen müssen, dass er zwar einen dicken Ordner dabei hatte, um Eindruck zu schinden, in dem aber leider nichts drin war.

Und dann wollen wir uns jetzt, weil viele nicht dabei waren, damit befassen, was der Herr Heisler von der Initiative gesagt hat. Der Herr Heisler hat gesagt: Bei allen Projekten der GBW in München ist er zum Geschäftsführer gegangen oder zuerst mal zu dem, bei dem er gewohnt hat, und hat mit dem besprochen, was sich denn der jeweilige Mieter leisten kann. Dann hat die GBW bei den Mietern, die es sich nicht leisten können, auf die Erhöhung verzichtet und hat Sanierungsmaßnahmen bei den Mietern, die es sich nicht leisten können, nicht durchgeführt und bei anderen

eben schon. Und danach hat der Herr Heisler in Übereinstimmung mit dem Geschäftsführer der GBW auch gesagt, dass sie dieses Modell auch in anderen Münchner Standorten übernommen haben und sie es dort genauso machen. Und der Geschäftsführer der GBW hat auch angeboten, dass das für jeden Mieter bei allen anderen Dingen, die in München neu sind, gilt.

Bitte verstehen Sie es jetzt nicht als Vorwurf, denn ich meine es nicht als Vorwurf; aber tragisch ist natürlich schon, dass die Münchner kommunale Wohnungsgesellschaft genau das nicht machen kann, weil die Rechnungsprüfung der Landeshauptstadt München dann verpflichtet ist, das zu beanstanden. Ich weiß genau, der Dieter Reiter wie der Seppi Schmid würden natürlich auch gern auf solche Erhöhungen verzichten; aber das geht einfach nicht. Und das Rechnungsprüfungsamt der Landeshauptstadt München schreibt das auch nicht gern da hinein. Aber dann müssen wir miteinander handeln. Wir sind ja der Gesetzgeber. Vielleicht müssen wir nicht hier, aber in Berlin, da stellen wir alle doch auch Abgeordnete, mal daran arbeiten, solche Mängel zu beseitigen, und dürfen nicht so tun, als wenn diese systembedingten Mängel irgendetwas damit zu tun hätten, was bei dem von der EU vorgeschriebenen Verkauf der GBW passiert ist. Aber 20 % sind viel zu viel; da sind wir uns einig.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Weidenbusch. – Die nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Waldmann für die SPD-Fraktion. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus! Es geht heute um die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses. Dazu muss ich sagen: Das erste wichtige Ergebnis ist, dass so etwas nie wieder vorkommen darf.

(Beifall bei der SPD)

Es dürfen keine Wohnungen aus gemeinnützigem öffentlichen Bestand mehr an private Investoren verkauft werden.

Das zweite wichtige Ergebnis ist: Es geht heute nicht nur um die Vergangenheitsbewältigung, sondern es geht um die Mieterinnen und Mieter, die heute den Schwierigkeiten ausgesetzt sind. Denn es passiert genau das, was wir befürchten haben und wovor wir von Anfang an gewarnt haben: die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Die Wohnungen sind teilweise weiterverkauft worden und werden am Markt

als heiße Ware mit den bekannten Folgen für die Mieterinnen und Mieter gehandelt. Es werden – wir haben es gerade gehört – wertsteigernde Maßnahmen vorgenommen, und es gibt zahlreiche Mieterhöhungen. Am Ende zahlen immer die Mieterinnen und Mieter die Zeche. Den Gewinn streicht aber ein mehr oder weniger undurchsichtiges Konsortium ein.

Die Mieterinnen und Mieter wissen oft nicht mehr, mit wem sie es eigentlich zu tun haben. Inzwischen zeigt sich, dass auch GBW-Investoren von diesen sogenannten Tax Rulings und Steuersparmodellen via Luxemburg profitieren. Solche Möglichkeiten haben übrigens die Mieterinnen und Mieter nicht, um ihre Steuern über Luxemburg zu drücken. Es geht also auch um den Mieterschutz.

Wir haben in der Anhörung im Haushaltsausschuss, bei der ich dabei war, etwas über die sogenannte Sozialcharta gehört. Diese sogenannte Sozialcharta XXL ist von allen Experten des Mieterschutzes in der Luft zerrissen worden. So viel Einmütigkeit habe ich selten erlebt. Es gibt darüber hinaus inzwischen ein Gerichtsurteil vom 9. August 2018, das belegt, dass die Sozialcharta keinen wirksamen Schutz über die gesetzlichen Regelungen hinaus darstellt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Das gilt besonders für die Wohnungen, die mit einkommensorientierter Förderung unterlegt sind.

(Zuruf des Abgeordneten Ernst Weidenbusch (CSU))

Das Gericht kam im Rahmen des Urteils zu dem Ergebnis, dass die Sozialcharta der BayernLB und der GBW AG für die Mieterinnen und Mieter keinen Drittschutz bietet, das heißt, dass sich die Mieterinnen und Mieter nicht darauf berufen können. Das Gericht legt die Charta ausdrücklich so aus, dass das von den Beteiligten auch so beabsichtigt war. Damit sind die Mieterhöhungen rechtmäßig, und zwar auch für die mit öffentlich-rechtlichen Baudarlehen geförderten GBW-Wohnungen, in denen einkommensschwache Mieterinnen und Mieter wohnen.

Die Mieterinnen und Mieter können sich nicht auf Vereinbarungen zwischen dem Verkäufer und dem Käufer berufen. Das heißt, dass – egal, wie die Sozialcharta im Detail ausgestaltet war; diesbezüglich sind wir weiterhin kritisch – von Anfang an kein wirksamer Schutz durch diese von der Staatsregierung, von Herrn Söder, aufgelegte sogenannte XXL-Charta bestehen konnte. Damit liegt natürlich auch eine entsprechende Verantwortung bei der Staatsregierung.

Deswegen bin ich der festen Überzeugung, dass hier eine Entschuldigung, die schon gefordert wurde, nicht ausreicht, sondern dass die Staatsregierung gemeinsam mit der Landesbank einen Entschädigungs- und Ausgleichsfonds für die Mieterinnen und Mieter für einkommensorientierte geförderte GBW-Wohnungen auflegen und

(Beifall bei der SPD)

über entsprechende Vorbereitungsmaßnahmen umgehend berichten soll. Einen entsprechenden Antrag habe ich hierzu eingereicht. Damit sollen Mieterhöhungen ausgeglichen werden, denen die Mieterinnen und Mieter deshalb ausgesetzt sind, weil diese Charta ihnen von Anfang an keinen Schutz bieten konnte.

Zum Schluss noch eines: Wir reden hier über diese Mieterhöhungen, die aus dem Weiterverkauf resultieren. Es ist kein Naturgesetz, dass ein Vermieter oder ein Immobilienkonsortium immerzu den Rahmen ausschöpfen, immer an den Rand des Möglichen gehen muss und alle Mieterhöhungen gemacht werden müssen. Es ist kein Naturgesetz.

Nehmen Sie bitte Ihren Einfluss gegenüber der heutigen GBW wahr – immerhin beschäftigt diese mit Günther Beckstein als Ombudsmann einen früheren Ministerpräsidenten –, gehen Sie auf diese zu und versuchen Sie, diese einzubremsen. Sie müssen von ihren Maximalforderungen runter, sonst ist es nicht sinnvoll, entsprechende Ausgleichsforderungen zu stellen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Waldmann. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen und der Tagesordnungspunkt 2 beendet.

Wir kommen jetzt zu einer Immunitätsangelegenheit. Ich rufe im Einvernehmen aller Fraktionen die mit Schreiben vom 5. Juli 2018 beantragte Aufhebung der Immunität eines Mitglieds des Bayerischen Landtags auf.

Aufhebung der Immunität eines Mitglieds des Bayerischen Landtags

Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat in seiner heutigen Sitzung den Antrag beraten und einstimmig die Aufhebung der Immunität befürwortet.

Eine Aussprache findet hierzu nicht statt. Wir kommen damit zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Verfassung,

Recht und Parlamentsfragen auf Drucksache 17/23770 zustimmen will, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist sehr zögerlich. Darf ich davon ausgehen, dass es die CSU-Fraktion ist, die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Kollege Felbinger (fraktionslos)? – Dann sehe ich keine Gegenstimmen. Es gibt auch keine Stimmenthaltungen. Damit ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses einstimmig angenommen worden.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für saubere Luft in unseren Städten - Diesel-Nachrüstungen auf Hersteller-Kosten
(Drs. 17/23749)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Diesel: Verbraucherschutz statt Konzernschutz
(Drs. 17/23762)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u. a. und Fraktion (CSU)
Automobilland Bayern in die Zukunft führen
(Drs. 17/23763)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Bernhard Roos u. a. und Fraktion (SPD)
Dieselnachrüstung oder Entschädigung: Hersteller jetzt in die Pflicht nehmen!
(Drs. 17/23764)

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit diesem Thema haben wir uns schon des Öfteren in diesem Hohen Haus befasst. Es ist aber erstaunlich, dass diese CSU-Regierung seit

über drei Jahren, nachdem seinerzeit die Manipulationsvorwürfe herausgekommen sind, überhaupt nichts getan hat, um für saubere Luft in den Städten zu sorgen.

Die CSU-Regierung ist ihrer Fürsorgepflicht nicht nachgekommen. Sie haben sich bei diesem Thema von den Autoherstellern im wahrsten Sinne des Wortes wie an einem Nasenring durch die Arena führen lassen. Sie haben es sich nie eingestanden und haben die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht in Schutz genommen, die in dem Glauben, sich ein sauberes Auto zu kaufen, auf den Diesel gesetzt haben, damit diese endlich entschädigt werden. Das heißt für uns: Nachrüstung der Hardware auf Kosten der Autobauer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diesbezüglich bitte ich, sich an die Jahre 2008/2009 mit der Wirtschafts- und Finanzkrise zu erinnern. Damals wurde den Autobauern, weil in wirtschaftlich schwierigerer Zeit als heute unterwegs, vom Staat unter die Arme gegriffen, und zwar zum einen mit einer Abwrackprämie – sie hat die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler damals 5 Milliarden Euro gekostet –, und zum anderen wurden die Firmen bei der Kurzarbeit unterstützt. Das geschah deshalb, um nach der Krise wieder voll da zu sein und am Markt bestehen zu können. Die gleichen Unternehmen haben damals die Verbraucherinnen und Verbraucher, die sich ein Dieselauto gekauft haben, mit diesen Autos betrogen. Das Mindeste, was wir jetzt erwarten können, ist doch, dass die Autokonzerne auf eigene Kosten für die Nachrüstung aufkommen. Das fordern wir mit unserem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Gerichtsurteilen wird immer wieder auf das drohende Fahrverbot hingewiesen. Wenn es wirklich zu einem Fahrverbot per Gerichtsurteil kommt, dann genau deshalb, weil Sie drei Jahre nichts getan haben. Dafür ist diese CSU-Regierung verantwortlich, die sich drei Jahre vor ihrer Verantwortung weggeduckt hat und nichts für die saubere Luft in den Städten tut und auch nichts dafür, dass die Autos endlich sauberer werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht bei diesem Thema zum einen um die saubere Luft in den Städten, es geht aber auch darum, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher betrogen worden sind und jetzt entschädigt werden müssen. Letztendlich geht es auch um die Zukunft des Automobilstandortes Bayern. Das erwähnen Sie in Ihren Anträgen auch immer wieder. Es ist doch unstrittig:

Das saubere Auto der Zukunft wird zwar gebaut, die Frage ist aber, wo es gebaut wird. Wir GRÜNE wollen, dass es bei uns in Bayern gebaut wird. Deshalb brauchen wir wirklich eine andere Politik in diesem Bereich. Der erste Schritt wäre, die bestehenden Dieselfahrzeuge mit der Hardware nachzurüsten.

Am Schluss bleibt mir nur zu sagen: Auch wir, der Freistaat Bayern, die Ministerien, haben Autos im Glauben gekauft, saubere Autos zu kaufen. Herr Innenminister, Sie wissen das genauso gut wie ich. Wir haben beispielsweise viele Polizeifahrzeuge. Es ist deshalb doch das Mindeste, auch im Interesse der vom Staat selbst beschafften Fahrzeuge, sich endlich deutlich dafür einzusetzen, dass die technisch mögliche Hardware-Nachrüstung kommt. Sie muss von denen bezahlt werden, die dieses Schlamassel verursacht haben, und das sind die Autobauer und nicht die Verbraucherinnen und Verbraucher.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Hartmann. – Die nächste Wortmeldung: Herr Kollege Glauber von den FREIEN WÄHLERN. Bitte sehr.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER hat seit dem Jahr 2015 immer wieder eingefordert, und das habe ich heute Mittag schon einmal ausgeführt, den Verbraucher in den Mittelpunkt zu rücken. Es geht hier um Verbraucherschutz und nicht um den Schutz der Konzerne. Ich vermisse nach wie vor seitens der Staatsregierung, aber auch seitens der Bundesregierung, dass man den Verbraucher, den Käufer in den Mittelpunkt rückt und nicht die Automobilindustrie. Die Verbraucher haben die Fahrzeuge nämlich in gutem Glauben gekauft. Im Datenblatt wurde ein Emissionswert versprochen, der nicht eingehalten wird, Kolleginnen und Kollegen. Deshalb gibt es für uns FREIE WÄHLER kein Vertun. Wer solche Autos verkauft und auf den Markt bringt, der hat dafür auch geradzustehen.

Komischerweise zeigt sich ein völlig unterschiedliches Bild bei den Automobilkonzernen. Ein großer deutscher Automobilkonzern ging in Amerika nämlich mit den Verbrauchern vollkommen anders um. Hören Sie sich an, wie man dort mit der Krise und dem Thema umgegangen ist: Man hatte Sorge vor langen Klagenwegen und vor drakonischen Strafen. Deshalb hat man sich mit den Käufern der Fahrzeuge geeinigt. 7,5 Milliarden, 7.500 Millionen wurden an die Käufer in Amerika zurückgezahlt. Wissen Sie, welcher Betrag das ist? – Das sind 22.000 Euro pro Fahrzeug. In

Amerika wurde jeder Käufer mit 22.000 Euro durch Kraftfahrzeugkonzerne entschädigt. Was aber machen wir hier in Deutschland? – Wir diskutieren nur Software-Lösungen. Das ist eine ganz schlanke Lösung für die Automobilindustrie, aber das ist sie nicht für den Verbraucher, nicht für unsere Umwelt. Wir sprechen hier von Reduktionen von 20 % durch die Softwarelösung. Würden wir aber über einen SCR-Kat die Emissionen reduzieren, dann wäre ein Einbaupreis von 1.500 bis 3.500 Euro die Regel. Danach hätten wir aber 75 % weniger Schadstoffe am Auspuff. Das haben sowohl der TÜV als auch der ADAC nachgewiesen. Es wurde auch vom Kraftfahrzeugverband nachgewiesen, dass diese Lösungen vorhanden, marktfähig und einbaubar sind.

Was aber haben wir gemacht? – Sowohl Verkehrsminister Dobrindt als auch Verkehrsminister Scheuer haben sich auf die Seite der Autokonzerne gestellt, nicht auf die Seite der Verbraucher. Jetzt drohen am Horizont auch Fahrverbote in Bayern, die es in anderen Bundesländern bereits gibt. Sie, die Staatsregierung, lassen die Verbraucher aber im Regen stehen. Sie reden immer noch dem Verkehrsminister nach dem Mund. Ich würde mir wünschen, dass Sie den vielen Verbraucherinnen und Verbrauchern – wir sprechen über Millionen in Deutschland – das Wort reden würden, nicht den Autokonzernen, die ein Rekordjahr nach dem anderen einfahren. Die Bürgerinnen und Bürger, die diese Autos gekauft haben, haben es verdient, dass wir, die Politik und Sie, die Staatsregierung, an ihrer Seite stehen. Wir, die FREIEN WÄHLER, tun das seit drei Jahren. Wir fordern ganz klar, Hardware-Nachrüstungen, die machbar und technisch nicht kompliziert sind, sofort einzubauen, und zwar auf Kosten der Autokonzerne. Wir fordern ein klares Bekenntnis zu unseren Verbrauchern und ein Nein zu Fahrverboten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Klaus Adelt (SPD))

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. – Nächste Wortmeldung: Kollege Erwin Huber. Bitte schön.

Erwin Huber (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mit den Punkten beginnen, in denen wir uns einig sind. Erstens. Wir alle wollen eine bessere und sauberere Luft in den Städten. Zweitens. Wir wollen, jedenfalls die Mehrheit in diesem Hause hier, keine Fahrverbote. Das Beispiel Hamburg hat gezeigt, dass Fahrverbote eigentlich wenig bringen. Wenn man dort über 500 Meter einer Schnellstraße ein Fahrverbot verhängt, dann fahren die Autofahrer zwei Kilometer durch Wohngebiete. Angesichts des-

sen möchte ich doch wissen, wo hier der Zugewinn an Gesundheit ist. Das ist doch eher schädlich als vorteilhaft.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb sage ich, wir wollen keine Urteilsschelte betreiben, vor allem nicht als Politiker, aber ich wundere mich schon, dass die Verwaltungsgerichte in Deutschland so auf Fahrverbote fixiert sind und diese durch die Gerichte vollziehen wollen. Ich glaube, es gibt bessere Lösungen als Fahrverbote.

Drittens. Ich glaube, dass wir uns einig sind: Wir wollen auch in Zukunft eine gute Automobilwirtschaft in Bayern. Die Automobile aus Bayern sind auch im Hinblick auf die Umweltwirkungen Vorbild in der ganzen Welt. Das gilt übrigens auch für die Dieseltechnologie. Der Diesel hat wesentlich dazu beigetragen, dass wir gerade beim Klimaschutz besser geworden sind. Beim CO₂ ist der Diesel nämlich wesentlich besser als der Benziner. Wenn ich einen heutigen Diesel der Euronorm 6 nehme, dann habe ich doch im Grunde eine Emission für den einzelnen Fahrgast, die auf der Höhe des ÖPNV liegt. Das gilt vor allem, wenn man die Busse sieht, die unterwegs sind. Deshalb sage ich auch ein Ja zu dieser Technologie in der Zukunft.

Viertens. Ich glaube, wir sind uns völlig einig darin, dass wir die Manipulation an den Dieselfahrzeugen uneingeschränkt verurteilen. Da müssen selbstverständlich auch die entsprechenden strafrechtlichen und zivilrechtlichen Konsequenzen gezogen werden. Das ist auch alles im Gange. Wir unterstützen die Justiz bei der Klärung. Herr Kollege Glauber, der Hinweis auf Amerika bedeutet nicht, dass nicht auch bei uns in gleicher Weise etwas erfolgt. Das Rechtssystem in Deutschland ist aber ein anderes als das in Amerika. Selbstverständlich sollen die Käufer, die in dieser Weise getäuscht worden sind, auch in Deutschland entsprechende Entschädigungen bekommen. Das sind also die vier Punkte, bei denen wir uns einig sind.

Gelegentlich wird, heute zwar nicht so sehr, aber bei der Diskussion draußen, der Eindruck erweckt, es wäre überhaupt nichts passiert, überhaupt nichts geschehen. Gemessen an den Emissionswerten, die von der Europäischen Kommission festgelegt werden, ist der zulässige Emissionswert von 1992 bis heute pro Kilometer Dieselfahrzeug um 98 % zurückgegangen. Um 98 %! – Das heißt, ein Fahrzeug, das heute in Verkehr gebracht wird, reduziert den NO_x-Ausstoß gegenüber dem von 1992 um 98 %.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Das ist nur Theorie, nicht die gängige Praxis! – Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

– Ja, okay. Auf den Einwand von Ihnen, Herr Hartmann, habe ich schon gewartet.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian Magerl (GRÜNE))

– Ja, Herr Magerl, Sie können mich nicht austricksen, ich weiß alles.

(Lachen bei den GRÜNEN – Allgemeine Heiterkeit)

– Ich sage einmal: fast. Gut, das ist in der Tat der Prüfwert auf dem Prüfstand. Aber genau deshalb wird das im Jahr 2020/2021 umgestellt. Dann zählt eben nicht mehr der Wert auf dem Prüfstand, sondern das, was tatsächlich im Verkehr gefahren wird. Das bedeutet eine deutliche Reduzierung. Allein die Euronorm 6 ist um etwa 80 % besser als die Euronorm 5. Man sieht also, der Weg der Emissionsreduzierung ist richtig, der Wert sinkt, und eigentlich geht man mit riesigen Schritten voran.

Nun ergibt sich die Frage: Was tun wir in der jetzigen Situation? – Die Anträge der GRÜNEN und die nachgezogenen Dringlichkeitsanträge konzentrieren die Frage auf die Hardware-Nachrüstung.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Doch, schauen Sie sich doch den Antrag der GRÜNEN an. Da steht drin, die einzige Möglichkeit heute sei die Hardware-Nachrüstung. Ich helfe Ihnen gerne beim Lesen, Herr Kollege.

(Florian von Brunn (SPD): Das kann ich selbst!)

Das bezweifle ich aber, meine Damen und Herren. 8,6 Millionen Dieselfahrzeuge sind in Deutschland angemeldet. Davon sind gut drei Millionen Euronorm 4, die überhaupt nicht nachgerüstet werden können. Das ist übrigens bei Fachleuten völlig unbestritten. Bei Euronorm 5 haben wir etwa fünf Millionen Fahrzeuge. Man geht heute davon aus, dass davon etwa zwei Millionen mit Hardware-Nachrüstungen versehen werden können – zwei Millionen von acht Millionen Dieselfahrzeugen.

Darin allein die Rettung zu sehen, verehrte Kollegen von den GRÜNEN, ist – das sage ich Ihnen – zu kurz gesprungen. Wir brauchen deutlich mehr: ein breiteres Angebot, besseren ÖPNV.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Das haben wir doch vorherhin diskutiert!)

Die Landeshauptstadt München ist leider an der Spitze der Städte mit Belastungen durch NO_x. Was hat denn die Stadt München getan? – Die Omnibusse, die in München verkehren, sind fast ausnahmslos sehr belastende Dieselfahrzeuge.

(Zurufe von der CSU: Hört, hört!)

Nun kann man sagen: Es ist halt schwierig. Aber wenn sich nicht einmal die reichste Stadt Deutschlands eine Umrüstung leisten kann, dann frage ich mich, warum dann andere Städte dies können. Ich nenne Ihnen ein Gegenbeispiel: Augsburg hat im ÖPNV nur erdgasbetriebene Omnibusse. Herr Kollege Hintersberger, stimmt doch! Jetzt lobe ich einmal Augsburg. Da müssten Sie eigentlich in die Höhe springen und jubeln!

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Das heißt, es gibt eine ganze Fülle von Möglichkeiten.

Ich sage: Die Reduzierung auf die Hardware-Nachrüstung löst das Problem nicht. Sie wäre ein Beitrag. Wir schließen das auch nicht aus. Dazu werden die Verhandlungen geführt. Der Bundesverkehrsminister verhandelt mit der Automobilwirtschaft. Ich persönlich glaube, dass eine Prämie zum Umstieg von einem alten Dieselfahrzeug auf ein neues Dieselfahrzeug am allermeisten bringt. Diese Prämien müssten attraktiv und besser sein, obwohl immerhin schon 200.000 Autofahrer umgestiegen sind

(Thomas Gehring (GRÜNE): Wer zahlt die Prämien?)

und bei 3,2 Millionen Autos die Software nachgerüstet worden ist. So wenig ist nicht passiert.

Dennoch bin ich der Meinung, wir müssen das Thema in der gesamten Breite angehen. Mein Vorwurf an die Oppositionsparteien lautet, dass sie eine Blickverengung auf die Hardware-Nachrüstung vornehmen. Ich meine, wir müssten das Thema in der Breite angehen. Ich schließe auch Hardware-Nachrüstungen nicht aus.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Dann können Sie ja zustimmen!)

Wir haben aber rechtlich möglicherweise keine Handhabe, dies der Automobilwirtschaft zu oktroyieren. Es muss verhandelt werden. Ich meine, es sollte in die Richtung verhandelt werden, dass die bestmögliche

Lösung für die Menschen in den Städten herauskommt. Das muss unser Ziel sein, meine Damen und Herren.

Ich kann zum Abschluss nicht auf die folgende Aussage verzichten: Was die GRÜNEN in Sachen Verkehrspolitik machen, ist mehr als ein Schlingerkurs. Wer in München die zweite Stammstrecke ablehnt, ein wesentliches und das größte Nahverkehrsprojekt in ganz Deutschland, hat aus meiner Sicht die Glaubwürdigkeit in der Verkehrspolitik verloren.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Vermerken Sie bitte schön: Beifall aus der SPD für den Huber; denn das ist ein ganz seltenes Ereignis. Das würde ich gern festhalten.

(Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD) – Florian von Brunn (SPD): Das ist der Abschlussbeifall!)

CSU und SPD verbindet in dieser Beziehung sicherlich weiterhin, dass wir die autofeindliche Haltung der GRÜNEN mit Tempolimit und Fahrverboten nicht für zukunftsfähig halten.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Seid ihr schon in Koalitionsverhandlungen mit der SPD? – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Wenn die GRÜNEN jetzt sagen, im Jahr 2030 soll auf den Verbrennungsmotor völlig verzichtet werden, dann muss ich sagen, ist das Wolkenkuckucksheim, das sind Illusionen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Nein, das ist Zukunft!)

Wir wollen eine realistische Verbesserung und nicht Illusionen. Ich bitte Sie also, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Huber. – Nächster Redner ist der Kollege von Brunn. Bitte schön, Herr von Brunn.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin – Thomas Gehring (GRÜNE): Jetzt schauen wir mal, wer dir applaudiert!)

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Dieselskandal haben wir ein Problem in Deutschland, das seit Jahren nicht gelöst wird. Dieses Pro-

blem hat zwei Aspekte. Erstens geht es um die Gesundheit von Hunderttausenden von Menschen, weil die Grenzwerte für Stickoxid in über 40 deutschen Städten überschritten werden.

(Christine Kamm (GRÜNE): So ist es!)

Zweitens geht es um Verbraucherschutz, um Hunderttausende von Bürgerinnen und Bürgern, die sich in Deutschland einen Diesel gekauft haben in dem Glauben, ein sparsames Auto zu bekommen, das weniger CO₂ ausstößt als ein Benziner. Der Staat hat das sogar gefördert. Niemand hätte geglaubt, dass hier in einem bis dato unvorstellbaren Maße manipuliert und betrogen wurde, und das von der Autoindustrie. Niemand hätte geglaubt, dass die Abgaswerte und Verbrauchszahlen zahlreicher Fahrzeuge das Papier nicht wert sind, auf das sie gedruckt sind.

Aber es war nicht nur die Automobilindustrie, die versagt hat. Leider haben auch die verantwortlichen Verkehrspolitiker versagt. Ich möchte jetzt nicht auf die Politiker der CDU wie Herrn Wissmann und Herrn von Klaeden eingehen, die direkt in die Autoindustrie hinübergewechselt sind. Ich beschränke mich auf die Verkehrsminister der CSU, Herrn Ramsauer, Herrn Dobrindt und Herrn Scheuer. Herr Ramsauer und Herr Dobrindt haben es zusammen mit den ihnen unterstellten Aufsichtsbehörden versäumt, die Autohersteller angemessen zu kontrollieren. Genauso schlimm ist: Herr Dobrindt und Herr Scheuer blockieren seit Jahren, dass Autohersteller den Schaden, den sie in Deutschland angerichtet haben, wiedergutmachen und die Fahrzeuge so nachrüsten, dass die Schadstoffgrenzwerte eingehalten werden. Auch Staatsminister Marcel Huber hat im Frühjahr dieses Jahres hier im Landtag eine Hardware-Nachrüstung abgelehnt. Insofern sitzen sie alle in diesem Boot. Der Dieselskandal ist damit auch ein CSU-Skandal. So viel steht fest.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Für den Verbraucherschutz sorgen wir. Es waren wir, es war die SPD, die die Musterfeststellungsklage in der Großen Koalition durchgesetzt hat. Die CSU wollte das zuerst nicht. Sie haben es in der letzten Legislaturperiode sogar blockiert. Aber jetzt haben wir sie endlich. Im Moment bereiten der Verbraucherzentrale Bundesverband und der ADAC die Sammelklage gegen den VW-Konzern vor. Ich sage: Gut so.

(Beifall bei der SPD)

Das Problem ist nur: Was ist mit den Besitzern von Euro-4- und Euro-5-Dieselfahrzeugen, die nicht das spezifische Modell fahren, um das es in der Sammelklage geht?

Gerade hat das Bundesverkehrsministerium eingeräumt, dass von Fahrverboten allein in deutschen Städten rund 1,3 Millionen Fahrzeuge betroffen sein könnten. Da sind die gesamten Pendlerinnen und Pendler, die in diese Städte hineinfahren, noch gar nicht mitgezählt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, warum sollten eigentlich die betroffenen Autobesitzer die Dummen sein? Warum müssen sie die Suppe auslöfeln, die ihnen andere eingebrockt haben? Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist doch ganz klar: Es gilt das Verursacherprinzip.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt, die Schadensverursacher, also die Autohersteller, müssen für die von ihnen verursachten Schäden aufkommen. Konkret kann das nur heißen: Wo ein Software-Update nicht ausreicht, um die Stickoxidgrenzwerte einzuhalten, muss die Hardware mit dem so genannten SCR-Katalysator nachgerüstet werden, und zwar auf Kosten der Autohersteller, nicht der Kunden. Der ADAC hat diese Nachrüstung getestet und hält sie für möglich. Wir wissen natürlich auch, dass es viele technische Faktoren gibt, die berücksichtigt werden müssen, und dass es komplexe Anforderungen bei der Typzulassung gibt. Aber auch das kann – mit Verlaub – nicht das Problem der Kunden sein. Es ist das Problem der Hersteller, die für diesen Schlamassel verantwortlich sind.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich sind aus unserer Sicht auch andere Formen der Einigung mit Kunden denkbar. Der Verbraucherzentrale Bundesverband fordert zum Beispiel eine Umtauschprämie mit einem Rückkauf alter Diesel mit einem deutlichen Aufschlag auf den Zeitwert. Das wäre natürlich auch in Ordnung. Es kann und darf aber nicht sein, dass die Geschädigten die Zeche für diesen Skandal, für diesen Schwindel zahlen.

Kurz vor der Landtagswahl in Hessen hat die dortige schwarz-grüne Koalition unter Volker Bouffier von der CDU dieses Thema entdeckt. Auch die CDU-Generalsekretärin deutet ein Umdenken in ihrer Partei an. Allein die CSU, allein Herr Scheuer, will sich nach Medienberichten nur technische Gedanken machen. Technische Gedanken, liebe Kolleginnen und Kollegen, reichen nicht aus; Herr Scheuer lehnt nach wie vor eine Hardware-Nachrüstung auf Kosten der Hersteller ab. Das ist falsch. Das ist eine Politik auf dem Rücken der Betroffenen, auf dem Rücken der Bevölkerung in den betroffenen Städten. Die Hersteller müssen jetzt für Hardware-Nachrüstungen, für eine Umtauschprämie oder eine andere Form der Entschädigung in die Pflicht genommen werden. Nur so errei-

chen wir die beiden wesentlichen Ziele, dass die Luft in unseren Städten wieder sauberer wird und dass die betroffenen Dieselbesitzer zu ihrem Recht kommen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege von Brunn. – Für die Staatsregierung erteile ich Staatssekretär Zellmeier das Wort. Bitte schön, Herr Zellmeier.

Staatssekretär Josef Zellmeier (Wohnen, Bau und Verkehr): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Fünf bayerische Städte sind von den Überschreitungen des NO₂-Wertes betroffen: München, Nürnberg, Augsburg, Regensburg und Würzburg. Ihnen gilt also unsere Aufmerksamkeit. Wir freuen uns nicht – das sage ich ganz deutlich –, dass es Diesel Fahrverbote geben soll. Das ist der falsche Weg. Wir müssen sie vermeiden.

Wir müssen festhalten: Die Werte werden besser. Die Luft war noch nie so sauber wie heute. Trotzdem müssen wir natürlich die Grenzwerte, die ja sehr streng sind, einhalten und tun dafür auch alles. 2016 hatten wir in Deutschland 90 Städte mit Grenzwertüberschreitung. 2017 waren es noch 65.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): 65 zu viel!)

– Herr Kollege, Sie haben recht. Natürlich sind 65 zu viel. Aber wie bei vielen Dingen auf dieser Welt geht es nicht auf einmal. Wir arbeiten ganz gezielt und konzentriert in die richtige Richtung. Und da helfen uns keine Schaufensteranträge.

(Beifall bei der CSU)

Da helfen uns keine Schaufensteranträge, wie sie von Ihrer Seite kommen. Die Maßnahmen, die wir eingeleitet haben, wirken. Hinzu kommt, dass die älteren Dieselmotoren, zum Beispiel Euronorm 4 – das sind 3,1 Millionen Fahrzeuge in Deutschland –, nach und nach auslaufen und von den Straßen verschwinden.

Dennoch verunsichert natürlich die Debatte die Menschen in unserem Land. Das Ziel unserer Anstrengungen ist deshalb klar: Durch unsere Maßnahmen zur Luftreinhaltung wollen wir pauschale Verkehrsverbote vermeiden. Wir haben dazu ein eigenes Paket aufgelegt. Wir wollen die Mobilität der Menschen im Land erhalten und zugleich die Gesundheit als oberstes Gut schützen.

Unser Maßnahmenpaket zur Luftreinhaltung ist wichtig und wichtig. Es umfasst 404 Millionen Euro für den Zeitraum 2018 bis 2022. Die Kommunen können über

den gesamten Zeitraum Anträge stellen, und sie tun es auch: heuer 9,25 Millionen Euro, die komplett mit Projekten hinterlegt sind. Die ersten Maßnahmen werden auch bereits umgesetzt.

In München haben wir ein Modellprojekt mit einem zusätzlichen Gratismonat beim Neukauf eines MVV-Jahresabos gestartet. Das Ergebnis stimmt; Sie wissen es. Die Zahl der Neuabonnenten hat sich verdoppelt. Außerdem ist in München bereits die City-Ringbuslinie gestartet; weitere Expressbusse sind in Planung. Wir wollen damit erreichen, dass der Verkehr nicht nur auf das Zentrum ausgerichtet ist. Daneben verbessern wir das Angebot für die Bürgerinnen und Bürger durch zusätzliche Straßenbahnen und U-Bahnen, durch Taktverdichtungen und durch emissionsarme Busse.

Auch der Bund hat ein "Sofortprogramm Saubere Luft" aufgelegt. Beim Bundesverkehrsministerium gibt es eine Lotsenstelle für die Kommunen. Die Verfahren für die Förderung von Elektrobussen sind bereits angelaufen. Die Kommunen können auch Anträge auf die Förderung der Nachrüstung von Dieselnestern stellen. Sie sehen, es passiert sehr, sehr viel. In den Städten mit geringer Überschreitung des Grenzwertes werden wir durch unser Maßnahmenpaket zur Einhaltung der Emissionsgrenzwerte schon bald Erfolg haben und die Werte unterschreiten. Auch in München werden die Werte durch unsere Maßnahmen sinken. Verkehrsverbote und Fahrverbote sind dann unverhältnismäßig und dürfen nicht mehr verhängt werden. Und genau das ist unser Ziel.

Natürlich geht nicht alles auf einmal; das wissen Sie. Aber zusammengenommen haben wir einen wirkungsvollen Instrumentenkasten für die Reinhaltung der Luft in Bayern. Ich will klipp und klar sagen: Wir sollten unseren wirtschaftlichen Erfolgsgaranten, nämlich die Automobilindustrie, nicht zusätzlich beschädigen. Lassen Sie uns die Stärken des Freistaates Bayern nicht zerreden. Bayern ist Automobilland und wird es und soll es auch bleiben. Wir müssen Lösungen finden, die nicht den Autofahrer enteignen und nicht eine Deindustrialisierung einleiten. Wir wollen den Umstieg fördern. Umstiegsangebote und Umrüstungen, soweit sie technisch und wirtschaftlich möglich und sinnvoll sind, sind das richtige Mittel. Und wir sollten Busse und kommunale Fahrzeuge sauberer machen, und genau das tun wir auch.

Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer hat ein Konzept zur Verringerung der Abgasemissionen von Altfahrzeugen angekündigt und sieht dabei auch die Automobilindustrie in der Pflicht. Laut Bundesminister Scheuer müssen alle Optionen aus technischer, rechtlicher und finanzieller Sicht geprüft werden. Das ist

auch der richtige Weg, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es bringt uns doch nichts, Dinge zu fordern, die sich nicht umsetzen lassen und nicht sinnvoll sind. Also offen alle Optionen prüfen und das Richtige entscheiden.

Die Bundesregierung hat eine schnelle Entscheidung angekündigt. Die Luft muss noch sauberer werden, ohne die Bürger in ihrer Bewegungsfreiheit einzuschränken. Wir rechnen fest mit einer schnellen Entscheidung der Bundesregierung in den kommenden Wochen. Deshalb geht der CSU-Antrag in die richtige Richtung; das ist die richtige Zielsetzung. Die anderen Anträge sind aus unserer Sicht abzulehnen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Staatssekretär, bitte bleiben Sie noch am Pult. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Arnold. Bitte schön, Herr Arnold.

Horst Arnold (SPD): Herr Staatssekretär Zellmeier, Sie haben davon gesprochen, die Stärken des Freistaats auszuspielen. Ich gehe davon aus, eine Stärke des Freistaats ist der Rechtsstaat. Sie sagen in diesem Zusammenhang, es sei das Richtige zu entscheiden. Wir haben ein Urteil, das vom VGH im Februar 2017 bestätigt worden ist und das die Staatsregierung verpflichtet, den Luftreinhalteplan zu ergänzen. Diesbezüglich sind bekanntlich schon ein Zwangsgeld und ein weiteres Zwangsgeld erhoben worden. Wie gedenkt denn die Staatsregierung mit derartigen Entscheidungen umzugehen, sich an die Gerichtsentscheidung zu halten und das umzusetzen? Oder will man weiterhin Gerichtsentscheidungen des Freistaates Bayern ignorieren und Zwangsgelder, immerhin Steuergelder, dafür zahlen, dass man sich nicht rechtsstaatlich verhält? Das würde mich erstens einmal interessieren. Dann wäre ganz entscheidend, ob es tatsächlich dazu kommt, dass Sie zu einem anderen Ergebnis kommen.

Staatssekretär Josef Zellmeier (Wohnen, Bau und Verkehr): Herr Kollege Arnold, die neue Staatsregierung unter Ministerpräsident Markus Söder hat gerade in dem Bereich, den Sie ansprechen, wirklich Meilensteine gesetzt.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist gar nichts! – Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

– Lassen Sie mich ausreden. Die Mittel, die wir verwenden, sind ja wirkungsvoll, und wir haben sie gerade in den letzten Monaten massiv verstärkt. Sie kennen doch die Zahlen. Sie wissen, welche Mittel wir im Nachtragshaushalt bereitgestellt haben, um den Umstieg der Menschen zu fördern, um die Luftreinhaltung zu verbessern und um all das zu tun, was Sie sagen. Wir werden in Kürze Erfolge erzielen. Aus meiner

Sicht sind damit die Vorgaben der Gerichte erfüllt. Wir handeln in bewährter Weise, indem wir das, was bisher schon Erfolg hat, fortsetzen und intensivieren. Wir haben heute schon weniger Städte, die betroffen sind, und Sie werden sehen, dass wir im nächsten Jahr noch weniger haben werden. Genau das ist der richtige Weg.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatssekretär. Ich erfahre gerade, dass die CSU-Fraktion für ihren Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Die Frist ist natürlich nicht erfüllt. Wir werden also die Abstimmung jetzt nicht durchführen, sondern erst den nächsten Dringlichkeitsantrag behandeln.

Ebenfalls zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Ingrid Heckner u. a. und Fraktion (CSU)
Bayern ist Familienland - Bayerisches Familiengeld für alle Familien (Drs. 17/23750)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u. a. und Fraktion (SPD)
Familien direkt im Alltag entlasten - Kindern Teilhabe ermöglichen - Bayern zum Familienland Nr. 1 machen! (Drs. 17/23765)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Herr Kollege Reiß. Bitte schön, Herr Reiß.

Tobias Reiß (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Vielen Dank, Frau Präsidentin. Frau Präsidentin, liebe Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit dem 3. September wird das Bayerische Familiengeld ausbezahlt, im April in der Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten angekündigt, zum 1. August in Kraft getreten und jetzt im September für circa 240.000 Kinder erfolgreich gestartet. Das beweist, die Politik in Bayern ist handlungsfähig und setzt die richtigen Schwerpunkte. Entscheidend dabei ist für mich: Das Familiengeld gibt den Familien echte Wahlfreiheit. Familien können selbst entscheiden, was sie mit dem Geld für ihre Kinder und das Familienleben tun wollen.

Wir als CSU wollen im Gegensatz zu GRÜNEN und SPD den Familien nichts vorschreiben. Wir wollen den Familien kein Familien- und Betreuungsmodell aufzwingen; wir wollen ihnen eigenen Spielraum geben. Eltern wissen am besten selbst, was für ihre Familien am besten ist.

Die vom SPD-Bundessozialminister Hubertus Heil per Weisung an die Bundesagentur für Arbeit durchgesetzte Anrechnung des Bayerischen Familiengeldes auf die Grundsicherung für Arbeitsuchende läuft diesem Zweck völlig zuwider und ist im höchsten Maße unsozial.

(Beifall bei der CSU)

Der Bundesminister für Arbeit und Soziales sorgt mit dieser Weisung dafür, dass gerade die einkommensschwächsten Familien nicht vom Familiengeld profitieren werden. Hier darf es aber keine Ideologie und keine Parteipolitik geben. Hier geht es um das Wohl von einkommensschwächeren Familien, die unserer besonderen Unterstützung bedürfen.

Klar ist auch, dass beim Familiengeld und beim Landespflegegeld nicht mit zweierlei Maß gemessen werden darf. Beim Landespflegegeld hat das Bundessozialministerium seine ursprüngliche Haltung inzwischen aufgegeben und geht nun von der Nichtanrechnung des Landespflegegeldes auf Leistungen der Grundsicherung aus. Beim Familiengeld muss das Gleiche gelten. In Artikel 1 des Familiengeldgesetzes ist das Familiengeld als Weiterentwicklung des Landeserziehungsgeldes definiert. Bei diesem wurde auch keine Anrechnung vorgenommen. Mit dem Familiengeld sollen Eltern, unabhängig vom gewählten Lebensmodell der Familie, eine besondere Anerkennung ihrer Erziehungsleistung erhalten. Mit dem Gesetz sollen frühe Erziehung, Bildung und Gesundheit gefördert werden. Im Gesetz heißt es unmissverständlich, völlig klar und konsequent: Das Familiengeld dient damit nicht der Existenzsicherung. Es soll auf existenzsichernde Sozialleistungen nicht angerechnet werden. Das Familiengeld verfolgt einen anderen Zweck als Hartz IV. Es geht klar über die bloße Existenzsicherung hinaus. Vielleicht kann einer der SPD-Kollegen diesen Gesetzestext mit nach Berlin nehmen und ihn dem Bundessozialminister vorlegen.

Das Gesetz hat eine klare Zweckbestimmung und ein klar definiertes Ziel: Alle Eltern, vor allem Eltern mit wenig oder gar keinem Einkommen, sollen zusätzlichen Spielraum für die frühe Förderung ihrer Kinder bekommen. Deshalb haben die Rechtsexperten der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit und auch die Staatsregierung das Bayerische Familiengeld in vollem Umfang als anrechnungsfrei eingeordnet. Dennoch hat der Bundesminister für Arbeit und Soziales am 10. August völlig überraschend die Weisung herausgegeben, dass die Bundesagentur das Familiengeld auf Hartz IV anrechnen muss. Das lehnen wir ab und stellen uns auf die Seite der betroffenen Familien.

(Beifall bei der CSU)

Wir stehen damit nicht alleine. Wir stehen beispielsweise Seite an Seite mit dem Landes-Caritasverband Bayern. Dieser fordert schnelle Rechtssicherheit und fordert dazu auf, im Sinne derjenigen zu entscheiden, die das Geld am dringendsten brauchen. Die Caritas fordert das Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf, Hartz IV-Bezieher diese Leistung nicht auf die Grundsicherung anzurechnen. Vielmehr solle der Bund dankbar sein, dass die Staatsregierung Familien mit kleinen Kindern stärker unter die Arme greifen wolle.

(Beifall bei der CSU)

Auch der Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt in Bayern, unser ehemaliger Kollege Prof. Dr. Beyer, fordert eine rechtssichere Lösung, die eine sozialpolitisch katastrophale Anrechnung auf Hartz-IV-Leistungen verhindert, so Thomas Beyer, unser ehemaliger Kollege und jetziger Vorsitzender der AWO in Bayern. Die SPD fordert ständig Unterstützung für sozial Schwache, bessere Leistungen gerade für Kinder aus einkommensschwächeren Familien, mehr Bildungsgerechtigkeit und mehr Gerechtigkeit überhaupt. Jetzt, da die SPD einmal etwas für die einkommensschwächsten Familien tun könnte, tut sie das Gegenteil. Sie sind verantwortlich dafür, dass gerade die einkommensschwächsten Familien nicht vom Bayerischen Familiengeld profitieren können.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie sind dafür verantwortlich! – Dr. Simone Strohmayr (SPD): So was Verlogenes!)

Das ist in höchstem Maße unsozial. Wenn Sie noch den Anspruch hätten, Volkspartei zu sein, würden Sie Familien, die unserer besonderen Unterstützung bedürfen, nicht das Familiengeld verweigern. Das gebietet schon der Respekt vor den Menschen, für die wir Verantwortung tragen.

(Margit Wild (SPD): Sie kennen die Gesetze doch auch! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Ich kenne die Gesetze. Die Gesetze lassen Ausnahmen zu.

(Margit Wild (SPD): Wissentlich haben Sie es gemacht!)

Respekt heißt vor allem Wahlfreiheit, was Sie vermischen lassen. Diese haben wir im Dreiklang immer im Blick. Ich habe Ihre Anträge angeschaut. Wir stehen erstens für flächendeckenden Ausbau, bedarfsgerecht und im Einklang mit den Kommunen und den Trägern. Kein anderes Bundesland investiert so viele Landes-

mittel in den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren wie Bayern.

(Beifall bei der CSU – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Stimmt doch gar nicht! Warum fehlen dann 50.000 Plätze?)

Im laufenden Förderzeitraum, also seit 2008, wurden für den Kitausbau in Bayern Bewilligungsmittel in Höhe von über 1,6 Milliarden Euro eingesetzt. Davon wurden knapp 700 Millionen Euro vom Bund und über 900 Millionen Euro Landesmittel eingesetzt.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Weil das Defizit so groß war! So eine Lachnummer!)

Bis 2020 schaffen wir 30.000 neue Plätze. Wir setzen uns für eine Abdeckung der Ferien- und Randzeiten ein.

Zweitens. Die Qualität. Bayerns Kommunen stehen hervorragende Förderkonditionen für die Kinderbetreuung zur Verfügung. Die Landesmittel für die Betriebskostenförderung erreichen allein im Jahr 2018 knapp 1,7 Milliarden Euro. Davon sind fast 500 Millionen Euro für die Unter-Dreijährigen. Für das vierte bis sechste Lebensjahr starten wir eine Qualitätsoffensive für alle Kindertageseinrichtungen. Statt nur auf Gebührenfreiheit zu setzen, steigern wir lieber die Qualität der Betreuung.

Drittens. Das Familiengeld als echte Komponente der Wahlfreiheit. Beim Familiengeld darf nicht zulasten der Menschen mit zweierlei Maß gemessen werden.

(Beifall bei der CSU)

Wie bereits ausgeführt, haben Rechtsexperten der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit wie die Bayerische Staatsregierung das Familiengeld in vollem Umfang als anrechnungsfrei eingeordnet. Wir fordern Bundesminister Heil auf, die im Sozialrecht bestehenden Ausnahmeregelungen anzuwenden, und bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU)

Das Bayerische Familiengeld ist entgegen der Annahme im Antrag der SPD rechtssicher ausgestaltet. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Reiß. – Die Kollegin Celina hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Frau Celina.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege! Es wird bereits mit zweierlei Maß gemessen. Sie haben auf die Bundesagentur für Arbeit hingewiesen. Fakt ist aber, dass Sie mit dem zuständigen Bundesministerium keinen direkten Kontakt hatten und es zuvor nicht abgesprochen hatten. Sie warten den Rechtsstreit nun entspannt ab. Dieser kann zwei bis drei Jahre dauern, wie wir aus den Medien erfahren haben. In dieser Zeit haben die Optionskommunen ausbezahlt, entgegen geltendem Recht, so wie es der Bundesminister sagt. Wenn die Optionskommunen in dieser Zeit zu Unrecht auszahlen, wird sich eine sehr hohe Geldmasse ansammeln, die Sie an den Bund zurückzahlen müssen. Wenn Sie den Rechtsstreit verlieren, werden Sie den Optionskommunen dann das Geld, das Sie an den Bund zurückzahlen müssen, auch zurückzahlen?

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Simone Strohmayr (SPD): (SPD): Genau!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Herr Reiß.

Tobias Reiß (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Das Entscheidende ist, dass wir zu einer schnellen Einigung kommen. Das hat auch unsere Ministerin bereits gefordert. Dann wird auch dieser Berg nicht auflaufen. Es gibt auch die Anhörung im anderen Verfahren. Dafür gibt es Fristen bis Anfang Oktober. Im Laufe des Oktobers wird es sicherlich Entscheidungen geben. Es geht nicht um die Frage, ob es ein lang dauerndes Gerichtsverfahren geben wird. Es geht darum, dass wir zeitnah Rechtssicherheit für die Familien schaffen, dann kann auch der Berg an Rückzahlungsverpflichtungen, den Sie in den Raum stellen, nicht auflaufen. Wir gehen davon aus, dass das Familiengeld in Bayern rechtskonform ist und nicht auf Hartz IV anzurechnen ist.

(Beifall bei der CSU – Kerstin Celina (GRÜNE): Also, Sie übernehmen es nicht?)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Reiß. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Rauscher. Bitte schön, Frau Rauscher.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Reiß, Sie haben das Gesetz handwerklich wirklich schlecht gemacht.

(Tobias Reiß (CSU): Das können Sie beurteilen?)

Das möchte ich gleich zu Beginn erwähnen. Sie hatten eine schlechte Kommunikation und Verunsicherung auf allen Seiten. Jetzt schieben Sie dem Bund auch noch den Schwarzen Peter zu. Sie machen das

auf Kosten der finanziell schwächeren Familien in unserem Land. Dieses Bild zeigt die Staatsregierung im Umgang mit der Familienpolitik. Verstehen Sie mich nicht falsch: Wir freuen uns, wenn Familien in unserem Land Unterstützung bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Aber Sie gehen mit einer unausgewogenen Familienleistung an die Öffentlichkeit und wussten und wissen sehr genau, dass der Vorstoß rechtlich heikel und noch dazu mit dem Bund nicht abgestimmt war. Aber Sie dachten sich: Versuchen kann man es ja mal. Ganz offensichtlich – das ist mein Eindruck – haben Sie den Streit mit der Bundesebene dadurch provoziert. Jetzt geben Sie den anderen die Schuld. So leicht können Sie sich nicht vom Acker machen.

(Beifall bei der SPD)

Aus meiner und unserer Sicht ist das eine wirklich unanständige Vorgehensweise. Das ist all den Familien gegenüber unanständig, die sich auf diese Unterstützung des Staates verlassen und jetzt tatsächlich in der Luft hängen. Es ist auch unanständig, weil Sie den Familien immer noch keine Rechtssicherheit darüber geben können, wer nach derzeitiger Gesetzeslage am Ende das Geld behalten darf und wer es im schlimmsten Fall nicht erhält oder sogar zurückzahlen muss. Damit führen Sie im schlimmsten Fall Familien in die Überschuldung. Es ist auch deshalb unanständig, weil Sie als CSU auf Landes- und auf Bundesebene immer wieder dafür gesorgt haben, dass auch Leistungen für Kinder auf Sozialleistungen angerechnet werden müssen – als Anreiz und Motivation. Denken Sie an Herrn Seehofers Äußerungen und die Debatten im Sozialausschuss, dem Sie damals im März noch nicht angehörten. Denken Sie einmal daran, wie sehr immer wieder auf den fehlenden Anreiz und die fehlende Motivation verwiesen wurde, wenn Hartz-IV-Familien staatliche Leistungen für Kinder erhalten sollten.

Es ist auch deshalb unanständig, weil Sie sich seit Ankündigung Ihres Familiengeldes im April offensichtlich auch nicht wirklich Mühe gegeben haben, als Teil der Bundesregierung in Berlin über Änderungen der geltenden Gesetze zu diskutieren. Sie haben genau gewusst, dass es diese Fallstricke gibt. Wir haben es Ihnen gesagt. Das Bundessozialministerium hat es Ihnen bereits im April mitgeteilt. Soll sich ein Bundesminister über geltende Gesetze hinwegsetzen? – Diese Frage möchte ich Ihnen einmal stellen. Muten Sie uns wirklich zu, uns über Gesetze hinwegzusetzen?

Frau Ministerin, Sie forderten heute vor der Presse einen sachlichen Austausch mit sachlichen Argumen-

ten. Noch eine Woche vorher mussten wir uns aber den Vorwurf der Polemik gefallen lassen, weil wir eine zügige rechtssichere Lösung gefordert haben. Wo war da Ihr sachlich geforderter politischer Stil?

Selbiger fehlt im Übrigen bei Zitaten aus der CSU-Landtagsfraktion, die jetzt verkürzt in Ihrem Antrag stehen, weil es dem strategischen Scharmützel Ihres Wahlkampfes dient. Was Sie und die Ihren in den vergangenen Wochen betrieben haben, ist aus unserer Sicht Populismus. Auch der Ministerpräsident und Sie, Herr Reiß, haben mit Ihrer Rhetorik geschadet. Sie sagten, die SPD sei nicht für die Ärmsten da und es wäre unsozial, wie wir uns verhielten. Das ist doch reinster Quatsch. Das wissen Sie auch.

(Beifall bei der SPD)

Sie wissen, dass Änderungen von gesetzlichen Vorgaben ins parlamentarische Verfahren müssen. Beim Pflegegeld sind es andere Voraussetzungen. Das wissen Sie auch. Ich fordere Sie auf, sich auf Bundesebene konstruktiv daran zu beteiligen. Setzen Sie sich mit uns dafür ein, dass alle Leistungen, die Kindern zugutekommen, nicht auf Hartz IV angerechnet werden. An uns liegt es nicht. Wir wollen die Familien stützen, die finanziell echt zu kämpfen haben.

(Beifall bei der SPD)

Doch im Moment haben wir den Salat. Sie beklagen ein Dilemma, an dem genau Sie schuld sind. Da brauchen Sie sich wirklich nicht zu wundern, wenn die Menschen in unserem Land das Vertrauen in die Politik verlieren. Sie schieben dem Bundessozialministerium die Schuld in die Schuhe. Das ist das Schlimmste daran.

Kolleginnen und Kollegen, hören Sie auf, den Bund dafür verantwortlich zu machen, dass Sie auf Landesebene Ihre Hausaufgaben nicht ordentlich gemacht haben. Die Arme der SPD waren und sind sowohl auf Landesebene als auch auf Bundesebene weit ausgestreckt für eine wirklich gute gemeinsame Familienpolitik. Wir sind uns darin einig, dass Familien mehr Unterstützung für sich und ihre Kinder brauchen. 250 Euro im Monat sind viel Geld, das Familien den Alltag erleichtert. Das allein reicht aber nicht. Aus unserer Sicht braucht es einen größeren Wurf, damit wirklich alle Familien, vor allem die bedürftigen Familien, profitieren. Die Familien benötigen eine direkte und nachhaltige Unterstützung sowie eine Entlastung im Alltag statt nicht abgestimmter Schnellschüsse.

Das bedeutet – das haben wir in unserem Antrag formuliert – den wirklichen Ausbau der Kindertagesbetreuung inklusive einer Qualitätsoffensive, einer Verbesserung für das pädagogische Personal sowie

einer Beitragsfreiheit von Anfang an. Das wäre übrigens günstiger als das Familiengeld, das Sie eingeführt haben. Diese Bemerkung mache ich nur am Rande. Die Familien brauchen auch eine echte Entlastung bei den Kosten für Unterrichtsmaterial und den Schulwegkosten. Sie sollten bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit einer Finanzierung der Randzeiten unterstützt werden. Sie wissen ganz genau, dass die Finanzierung der Randzeiten in den Kitas nicht dargestellt ist. Die Finanzierung geht nicht über neun Stunden hinaus.

(Beifall bei der SPD)

Die Träger und Einrichtungen haben zu kämpfen. Wir müssen die Kinderarmut abschaffen. In Bayern leben 245.000 Kinder, die von Armut bedroht sind. Dass das Familiengeld kein wirklich wirksames Instrument gegen Kinderarmut ist, haben unter anderem die Wohlfahrtsverbände belegt. Es ist fast heuchlerisch, jetzt den Messias für die Familien zu spielen. Ihre Partei ist es doch, die den Ärmsten bisher nichts vergönnt hat. Nicht einmal die kostenfreie Kita können Sie unterstützen.

(Widerspruch bei der CSU)

– Für die Ärmsten schon. Sie denken jedoch nicht an diejenigen, die an der Grenze stehen. Die bekommen die Wirtschaftliche Jugendhilfe, das ist schon klar. Sie wissen genau, dass es genug Familien gibt, die mit dem vorhandenen Geld zu kämpfen haben. Im Fall einer kostenfreien Kita hätten die Familien Monat für Monat deutlich mehr im Geldbeutel, unabhängig von der Anzahl der Kinder.

(Beifall bei der SPD)

Es würde nicht nach dem dritten Lebensjahr enden.

Wir haben in unserem Antrag Maßnahmen genannt. Heute bitten wir Sie, diese zu unterstützen. Sie wissen sehr gut, dass die Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur eine vorläufige und keine abschließende Einschätzung des Gesetzes vorgenommen hat, weil hierzu kein Rechtsgutachten erstellt worden ist. Das ist eine Äußerung unter Vorbehalt. Deswegen bleibe ich dabei: Es war ein Schnellschuss. Es ist populistisch, auf die Bundesebene zu schimpfen. Hören Sie damit auf. Machen Sie sich auf den Weg, und suchen Sie mit uns gemeinsam auf Bundesebene nach einer guten Lösung für die Ärmsten – so sagen Sie es – in unserem Land. Dann wäre allen geholfen.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Rauscher. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gottstein. Bitte schön, Frau Gottstein.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns liegen zwei Anträge von der CSU und der SPD zum Familiengeldgesetz vor. Wir müssen in diesem Zusammenhang über zwei Punkte reden. Erstens ist das Gesetz der falsche familienpolitische Ansatz. Zweitens ist es dilettantisch, bürokratisch und widersprüchlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Drittens erhöht das Gesetz die CSU-Verdrossenheit. Damit könnte man leben. Aber das Gesetz erhöht auch die Politikverdrossenheit. Das trifft uns alle. Damit können wir nicht leben.

Ich komme zum Antrag. Sie finden Mundart gut – ich auch. Deswegen verstehen Sie mich bestimmt, wenn ich sage: Dieser Antrag ist hinterfotzig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es ist der familienpolitische Ansatz.

(Zuruf des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

– Ich habe vom CSU-Antrag gesprochen. Das wissen Sie genau. Stellen Sie sich nicht dümmer, als hier irgendjemand ist.

(Unruhe)

Ich habe das ganz neutral formuliert. Das war absolut würdigend, weil ich den Kollegen schätze.

(Tobias Reiß (CSU): Umgekehrt ist es schwieriger!)

– Das haben Sie gesagt. Das fasse ich aber nicht als Beleidigung auf.

(Erwin Huber (CSU): Seien Sie nicht so verbissen!)

– Herr Huber, ich lächle Sie immer an.

Warum ist die Wahlfreiheit nicht gegeben? – Wir reden von 250 Euro im Monat. Sie tun so, als wäre das jetzt die große Lösung und die Frau, die Familie könnte sich jetzt entscheiden. Die Alleinerziehende kann sich nicht entscheiden; sie kann mit 250 Euro nichts anfangen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

Die Frau, die Teilzeit arbeitet und eingeteilt ist für die Abendkasse, kann sich auch nicht entscheiden. Für 250 Euro bekommt sie niemanden, der ihr Kind in den Randzeiten betreut. Sie braucht einen Kindergarten, der Randzeiten abdeckt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

Der Frau, die – was ja inzwischen auch in einem CSU-Land erlaubt ist – Karriere machen will, helfen die 250 Euro auch nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN – Heiterkeit bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Letztendlich ist es für Geringverdiener ein Tropfen auf den heißen Stein. Jetzt geht es um die Hartz-IV-Empfänger, und das haben Sie vorher nicht geklärt, wenn es Ihnen wirklich um die Wahlfreiheit geht. In einem weiteren Satz steht, dass sie eine gesonderte Anerkennung der Erziehungsleistung wollen, und das will jeder hier. Ich habe vier Kinder, ich weiß, was es heißt, zu erziehen. Das ist eine Leistung, die gerade von den Herren der Schöpfung oft zu gering geachtet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wenn Sie das wollen, dann machen Sie doch einen Rentenfonds. Ich schlage das nicht zum ersten Mal vor. Machen Sie einen Rentenfonds, zahlen Sie diese 7.000 Euro für zwei Jahre in den Rentenfonds, und die Frau hat eine echte Anerkennung ihrer Erziehungsleistung und fällt nicht in Altersarmut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

Aber – wenn ich mir das als Nebenbemerkung gestatten darf – Sie schaffen ja nicht einmal die drei Rentepunkte für alle Mütter, obwohl Sie das versprochen haben. Sie bleiben bei zweieinhalb Rentepunkten ärmlich hängen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der CSU)

Das Gesetz ist dilettantisch, das Gesetz ist bürokratisch. Das Gesetz ist dilettantisch, die Kollegin Rauscher hat es erklärt. Sie haben es nicht geschafft, die Angelegenheit im Vorfeld zu klären. Ich bin keine Juristin, aber, entschuldigen Sie, oft ist der gesunde Menschenverstand dem auch vorzuziehen. Sie sagen, dieses Gesetz enthält eine klare Zweckbestimmung: das Kind fördern, Gesundheit fördern, qualitativ

diese frühe Zeit gestalten. Das ist eine klare Zweckbestimmung.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wissen Sie, das ist genauso klar, als wenn Sie sagen würden: Kind, du gehst jetzt in die Schule, du bekommst zwei Euro, und dafür kaufst du dir eine Butterbreze. Das ist zweckgebunden. Ob das Kind sich die Butterbreze kauft oder die sauren Lutscher oder was es gibt, das haben Sie nicht unter Kontrolle. Genau so ist es bei diesem Gesetz, und deswegen ist es nicht zweckgebunden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Das Gesetz ist bürokratisch. Wenn Sie Ihr eigenes Gesetz ernst nehmen, müssen Sie überprüfen, ob diese Familie mit ihrem Kind in einem Haushalt lebt und das Kind selbst erzieht. Ich wünsche Ihnen viel Spaß dabei, das zu überprüfen.

Das Gesetz ist widersprüchlich. Auch das hat die Kollegin Rauscher vorhin gesagt. Sie selber haben dafür gesorgt, dass solche Leistungen bundesweit angerechnet werden. Und jetzt wollen Sie in Bayern die Ausnahme. Das ist nicht rechtsstaatlich. Das ist Klientelwirtschaft, und das geht eben auch nicht. Wir leben in einem Rechtsstaat, dann müssen Sie Ihre eigenen Vorschriften auch bitte einhalten.

(Beifall der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Das Gesetz ist auch widersprüchlich – ich zitiere Ihren Fraktionsvorsitzenden vom 09. August:

Deutschland muss jetzt endlich handeln und die explodierenden Zahlungen von Kindergeld für im Ausland lebende Kinder eindämmen.

Da hat er recht. Aber Sie schaffen jetzt einen weiteren Tatbestand, bei dem sehr wohl auch die Kinder im Ausland das Geld bekommen, und nicht nach dem Lebensstandard im Ausland, sondern nach unserem Lebensstandard. Das sind doch Widersprüche.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wie wollen Sie das dem Bürger erklären, dass das noch einigermaßen nachvollziehbar ist? Letztendlich fördern Sie die Politikverdrossenheit durch das Gezanke, das Sie jetzt wieder anstimmen, indem Sie sagen: Die böse SPD in Berlin hat Schuld. Wissen Sie, was Sie damit erreichen? – Dass der Bürger nicht mehr daran glaubt, dass er gut regiert wird, dass der

Bürger kein Vertrauen mehr in die Politik hat. Sie verunsichern dadurch. Sie polarisieren.

(Unruhe)

Ich finde die Kollegen sehr nett, die in der zweiten Reihe dauernd quatschen. Das macht man eigentlich nicht. Wir sind am Ende der Legislaturperiode.

(Widerspruch des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

– Lieber Herr Kollege, ich rede nicht von Zwischenrufen, die die Geschäftsordnung vorsieht, ich rede von einem Geratsche mit einem sonoren Männerbass. Das stört den, der vorne redet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie vermitteln, dass es um Macht geht und dass es nicht um die Sache geht, dann haben eben die Bürger inzwischen uns alle als Politiker satt, dann treiben wir sie an die Ränder. Das wollen wir alle nicht. Das sollten Sie sich vielleicht mal überlegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Deswegen ist dieser Antrag hinterfotzig, weil Sie jeden, der gegen diesen Antrag stimmt, in die Ecke stellen und sagen: Ihr habt kein Herz für die Kinder, die es wirklich brauchen. Das ist unmöglich von Ihnen. Es geht um den Ansatz, es geht um Rechtssicherheit. Darum haben Sie sich nicht gekümmert. Machen Sie bitte Ihre Hausaufgabe in Berlin. Polarisieren Sie nicht dauernd, verunsichern Sie nicht dauernd. Wir müssen es alle büßen, weil keiner mehr richtig an uns und unser Tun für die Bevölkerung glaubt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Wir werden deshalb den Mut haben, Ihren Antrag abzulehnen. Wir glauben, dass man den Familien helfen muss, aber nicht auf diese hinterfotzige Art, die in dem Fall nicht hilft.

(Widerspruch bei der CSU – Unruhe)

Das ist so. Sie sorgen für Rechtsunsicherheit. Sie sagen den Leuten: Zehn Leute bekommen es bei zehn Arbeitsagenturen und die anderen 60 nicht. Das ist nicht seriös, und das wissen Sie selber.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Antrag der SPD enthält ganz viele richtige Weichenstellungen. Aber wir enthalten uns – das habe ich der Kollegin gesagt – wegen des einen Punktes mit

der Grundsicherung. Für die Grundsicherung haben wir FREIEN WÄHLER uns bisher nicht ausgesprochen, machen das auch nicht, und deswegen enthalten wir uns. Alle anderen Punkte – das möchte ich ausdrücklich sagen –, Rahmenbedingungen usw., sind in unserem Sinne. Darüber werden wir heute auch noch reden, dass der richtige Ansatz die richtigen Rahmenbedingungen sind: Ich habe einen Kita-platz, und ich kann ihn zahlen bzw. der Freistaat zahlt ihn.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Gottstein. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Celina. Bitte schön, Frau Celina.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, Eva, für die Rede, die gezeigt hat, wie sehr die CSU-Kollegen sich verrannt haben mit ihren Wahlkampfgeschenk-Gesetzen, die sie mit heißer Nadel produziert haben und in die sie lauter Löcher gemacht haben. Heute setzen Sie dieser Familiengeld-Posse, die den ganzen Sommer über immer neue, irrwitzige Nachrichten lieferte, mit Ihrem Dringlichkeitsantrag noch eines drauf. Der Antrag zeigt erneut, dass Sie schlicht und einfach nicht fähig sind einzusehen, welche fatalen Fehler Sie bei der Vorbereitung gemacht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Aber die Menschen lassen sich nicht einfach mit Geld ködern, so wie Sie sich das in der CSU vorstellen. Sie wollen keine Luftschlösser versprochen bekommen, sondern sie wollen Verlässlichkeit und saubere Arbeit. Genau das haben Sie mit Ihren Wahlkampfgeschenk-Schnellschüssen eben nicht geliefert. Im Gegenteil, Sie haben es gründlich verbockert,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und zwar nicht nur beim Familiengeld, sondern auch beim Landespflegegeld. Der Mist, den Sie angezettelt haben, und vor allen Dingen die Art, wie Sie damit umgehen, diese unglaubliche Rechthaberei, statt Lösungen zu suchen, das geht zulasten von so vielen Bürgern; das geht zulasten derjenigen, die eben kein Familiengeld bekommen. Das geht zulasten der Mitarbeiter in den Job-Centern, die abziehen müssen; das geht zulasten der Richter in den Gerichten, die nach der Widerspruchsfrist die eingereichten Klagen bearbeiten müssen.

Freuen können sich höchstens die Rechtsanwälte. Aber die kämen in unserem Land auch ohne diese Extraaufträge zurecht. Die werden nämlich in den

nächsten Monaten viele Klagen einreichen, weil bei den Familien das Familiengeld schneller wieder abgezogen wird, als es auf ihrem Konto eingegangen ist. Sie als CSU-Fraktion, Sie als Staatsregierung wussten, wo die Probleme bei der Anrechnung lagen. Sie haben sie bewusst ignoriert und gegen alle Warnungen, die Ihnen aus den zuständigen Ministerien mit Sicherheit vorlagen, einen nicht mit der Bundesregierung abgestimmten Wahlkampfgesetzentwurf durchgezogen. Sie haben wie ein trotziges kleines Kind ein Familiengeldgesetz geschrieben, ohne überhaupt direkt mit dem für die Anrechnung zuständigen Bundesministerium zu sprechen, weil Sie genau wussten, wie die Reaktion sein würde, wie die Reaktion des SPD-Ministers aufgrund der Gesetze, die Sie selbst gemeinsam mit der SPD und der FDP beschlossen haben, sein muss. Sie von der CSU haben nämlich gemeinsam mit der SPD und auch mit der FDP schon im Jahr 2011 bei der damaligen Hartz-IV-Gesetzesänderung beschlossen, dass die Erziehungsleistung von Hartz-IV-Empfängern nichts wert ist. Seit Ihrer gemeinsamen Reform wird das Elterngeld als Einkommen auf Hartz IV angerechnet. Vorher, in den Jahren 2007 bis 2010, blieb der Sockelbeitrag von 300 Euro anrechnungsfrei.

Beim Betreuungsgeld haben Sie im Jahr 2016 erneut gemeinsam beschlossen, dass die Erziehungsleistung der Hartz-IV-Empfängerfamilien nichts wert ist. Hartz-IV-Empfängerfamilien werden auch vom Kindergeld ausgeschlossen.

Vor diesem Hintergrund habe ich mir, als Sie das Familiengeldgesetz in den Bayerischen Landtag eingebracht haben, nicht einmal im Traum vorstellen können, dass Sie einen derartigen Gesetzestext vorstellen, ohne ihn mit Ihren Kollegen in der Bundesregierung abzusprechen. Das ist so maßlos arrogant, das musste scheitern. Die Quittung dafür werden Sie am 14. Oktober bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was war der Grund für Ihre Selbstherrlichkeit und Arroganz? – Sie wussten, dass ein Teil der Wähler, die der AfD zugeneigt sind, genau jene sind, die jeden Monat um ihre Existenz kämpfen, die mit kleinen Kindern von wenig Geld leben, in Städten mit hohen Mieten, die seit Jahren finanziell andere an sich vorbeiziehen sehen und kaum Perspektiven haben. Diese Bürger und Bürgerinnen wollten Sie zur CSU zurückholen, weg von der AfD und weg von der SPD. Sie haben gepokert, dass der zuständige Bundesminister von der SPD Ihre vage Zweckbestimmung im Gesetz akzeptiert, obwohl Sie wussten, dass das Geld dem allgemeinen Haushaltseinkommen zufließt und deswegen angerechnet werden muss.

Sie haben gepokert, dass bei der SPD angesichts der Wahlumfragen genauso die nackte Angst grassiert wie bei Ihnen von der CSU und dass sie sich deshalb jetzt nicht oder jedenfalls noch nicht wehrt. Aber es hat Ihnen nichts genutzt. Sie haben sich verzockt. Dieses Mal haben Sie überzogen. Die alten Rezepte wirken nicht mehr.

Am Anfang meiner Rede sprach ich davon, dass Sie diesen Gesetzentwurf wie ein trotziges Kind eingebracht haben. Jetzt, ein paar Wochen später, nachdem das Desaster angerichtet ist, verharren Sie in dieser Rolle und werfen mit Sand um sich wie ein Kleinkind, dem man die Schaufel weggenommen hat.

Sie sind im Bund eine Partei von etwas mehr als 6 %, das kleinste Licht in dieser Regierungskoalition, und Sie zetteln trotzdem jede Woche einen neuen Streit an.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Bescheidenheit und Kompromissfähigkeit, die angesichts dieser 6 % angemessen wären, gibt es nicht. Stattdessen brüllt der arrogante, blau-weiße bayerische Löwe sein ständiges "Wir wissen es besser!" in die Republik.

Ich gebe Ihnen einen Rat: Kommen Sie zurück auf den Boden der Tatsachen. Beenden Sie die Rechtsunsicherheit für einkommensschwache Familien. Treffen Sie auf Bundesebene eine Regelung für alle Kinder. Schaffen Sie endlich eine Kindergrundsicherung, wie wir GRÜNE und alle Fachverbände sie schon lange fordern. Treffen Sie eine bundesweite Regelung mit einem Sockelbetrag und einem einkommensabhängigen Bonus. Hören Sie den Fachleuten zu, hören Sie den Fachverbänden zu, und setzen Sie endlich einmal gescheiterte Sozialpolitik um, und zwar für alle Kinder.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Celina. – Für die Staatsregierung spricht jetzt Staatsministerin Schreyer. Bitte schön, Frau Schreyer.

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Familie, Arbeit und Soziales): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Einzige, was bis jetzt arrogant war, war der Beitrag von Ihnen, Frau Celina. Er war wirklich unterirdisch.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben jetzt sehr viele Dinge gehört. Die meisten hatten mit dem Gesetz überhaupt nichts zu tun, aber das ist egal. Ich werde versuchen, es noch einmal darzustellen. Vielleicht interessieren irgendwen auch die Fakten an der Stelle.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ha, ha, ha!)

Frau Celina, Sie haben gerade das Landespflegegeld angesprochen. Das Landespflegegeld ist durch einen Fehler von Herrn Heil mittlerweile anrechnungsfrei. Herr Heil hat die Situation so entschieden, dass er gesagt hat, bei Hartz IV ist es anrechnungsfrei. Das sind circa 3 %. Bei der Hilfe zur Pflege hat er gar nicht mitzureden. Das entscheiden ausschließlich die Bezirke. Die Bezirke haben entschieden: anrechnungsfrei. Die Landesebene könnte das, wenn sie anderer Auffassung ist, einkassieren. Wir haben aber bereits mitgeteilt: anrechnungsfrei. Deswegen ist jetzt das Landespflegegeld komplett anrechnungsfrei. Ich freue mich über den Applaus, den Sie für unsere Leistung an dieser Stelle sicherlich gleich abgeben werden.

(Beifall bei der CSU)

Die Kollegin Gottstein hat übersehen, dass das Familiengeld bereits indexiert ist. Das, was wir vom Bundesrat beim Kindergeld fordern, ist also beim Familiengeld bereits umgesetzt, Frau Kollegin. Wenn es ins Ausland gezahlt wird, ist es indexiert und an die Lebenshaltungskosten gebunden. Der Punkt stimmt halt einfach nicht, wie fast alles in Ihrer Rede, die Sie gerade gehalten haben.

(Beifall bei der CSU – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Wahnsinn! Da sieht man mal wieder Ihre Arroganz!)

– Das ist arrogant, das ist ärgerlich, weil Sie alle Fakten komplett ignorieren.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Das ist doch keine sachliche Auseinandersetzung! – Zuruf von der CSU: Sie ignorieren die Fakten! – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sie ignorieren auch die Fakten! – Glocke der Präsidentin)

– Sie ignorieren die Fakten, weil es Ihnen nicht in den Kram passt, und das verstehe ich auch.

Wir zahlen jedem ein- und zweijährigen Kind 250 Euro im Monat aus, dem dritten Kind 300 Euro. Die Alleinerziehenden, die von Frau Gottstein zu Recht angesprochen wurden, sind im Übrigen Gott sei Dank fast immer über die Wirtschaftliche Jugendhilfe abgebildet. Die Finanzschwächeren haben also diese Situation bei der Kita-Beitragsfreiheit überhaupt nicht. Das Thema ist insofern einfach ein Stück weit anders.

(Zuruf der Abgeordneten Eva Gottstein (FREIE WÄHLER))

Mir ist noch wichtig, den Ablauf klarzumachen. Im April hat der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung klar formuliert, was er möchte. Im Mai haben wir es im Kabinett beschlossen. Im Juli hat der Bayerische Landtag beschlossen. Seit dem 1. August ist das Gesetz in Kraft. Die Bescheide gehen seitdem hinaus, und am 10. August wurde mein Ministerium erstmalig von Herrn Heil informiert – erstmalig; das ist wichtig an der Stelle.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist doch Ihr Fehler und nicht seiner!)

– Ich erkläre es Ihnen gleich, Herr Rinderspacher. Warten Sie einfach ab, bevor Sie dagegen sind. Fakten wären jetzt schön; denn es waren viele Fehler darin.

(Markus Rinderspacher (SPD): Aber, Frau Ministerin, es waren Ihre Fehler!)

Es wäre schön, wenn wir uns an den Fakten orientieren könnten. – Ich nenne Ihnen nachher noch zwei Fehler, die ich gemacht habe, aber erst besprechen wir noch kurz die Sachverhalte.

Das ZBFS hat bis jetzt bereits knapp 170.000 Bescheide erlassen. 240.000 Kinder sind berechtigt. Das heißt, 73 % der Fälle haben wir bereits abgearbeitet. Für diese Kinder wird das Geld auch bereits ausbezahlt.

Wir haben zwei Leistungen verschmolzen. Das Landeserziehungsgeld und das Betreuungsgeld befinden sich jetzt in einer Leistung. Wir haben es extra so aufgebaut, dass diese nicht auf Hartz IV anzurechnen ist.

Das Familiengeld ist bewusst so gestrickt worden. Wir haben gesagt, es wird keine Anträge geben. Jeder bekommt es ausbezahlt, ganz gleich, in welcher finanziellen Situation er sich befindet. Es ist nämlich besser, das Geld in die Familien anstatt in die Bürokratie zu investieren.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das hält vor keinem Sozialgericht!)

Insofern haben wir uns strikt an das Bundesrecht gehalten. Das Familiengeld hat einen komplett anderen Zweck als Hartz IV. Dabei geht es eben nicht um die Existenzsicherung, sondern um Bildung, Erziehung, Betreuung, Gesundheitsförderung. Dafür gibt es im Recht die Ausnahme im SGB II. Wer es nachschlagen möchte: Das ist § 11a Absatz 3 SGB II. Dort ist das klar festgelegt.

Um aber sicherzugehen, dass es definitiv anrechnungsfrei ist, haben zunächst alle Juristen bei mir im Haus geprüft und kamen – Sie wissen, mehrere Juristen sind manchmal unterschiedlicher Meinung – zu der einen Auffassung: anrechnungsfrei.

Die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit hat mir schriftlich bestätigt: Das Familiengeld ist anrechnungsfrei. Die Bundesebene wurde also dort eingebunden, wo sie der Ansprechpartner ist:

(Zurufe von den GRÜNEN)

bei der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit.

Ich möchte auch noch sagen: Der Spitzenverband Bund der Krankenkassen hat in Abstimmung mit dem Bundesgesundheitsministerium die gleiche Haltung vertreten.

(Beifall bei der CSU)

Kein Mensch kommt auf die Idee, dass, wenn alle diese Ebenen, die alle zuständig sind, eine Rechtsauffassung haben, irgendwer eine andere haben könnte. Im Übrigen hat sich mittlerweile der erste Rechtsprofessor, den ich persönlich nicht kenne, der aber Sozialrecht unterrichtet, in einer Zeitung geäußert. Das ist Prof. Dr. Kingreen von der Universität Regensburg, der dem Familiengeld zwar kritisch gegenübersteht, aber klar sagt: anrechnungsfrei. Der ehemalige Richter am Bundessozialgericht, Herr Dau, sagt ebenfalls: anrechnungsfrei. Derzeit gibt es keinen einzigen Sozialrechtler, der die Auffassung hätte, wir müssten anrechnen, keinen einzigen.

(Beifall bei der CSU)

Insofern mutet es schon spannend an, dass alle, die nicht Sozialrechtler sind, hier im Raum diskutieren, und die, die vom Fach sind, sind sich einig.

Besonders lustig finde ich an der Stelle – auch das möchte ich schon deutlich sagen –: Alle miteinander sind einer Meinung, und plötzlich, nachdem wir im April mit dem Prozedere angefangen haben, erreicht mich am 10. August das Schreiben von Herrn Heil. Das ist insofern spannend, als er, wenn er eine andere Rechtsauffassung hat – die darf er haben; in einem Rechtsstaat gibt es viele Rechtsauffassungen, nur am Ende muss es geklärt werden –, seit Mai Zeit gehabt hätte, mich darüber zu informieren, dass er eine andere Rechtsauffassung hat.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie hätten ihn doch gar nicht kontaktiert!)

Spannend ist: Die Kollegin Kohnen hat beim VdK klar formuliert und mir gesagt, es gebe dieses Schreiben. Ich habe sie gebeten, es mir zur Verfügung zu stellen. Ich habe es bis heute nicht. Das heißt, es gibt kein Schreiben, in dem er sich dazu geäußert hat. Ich kann Ihnen auch sagen, warum Frau Kollegin Kohnen es nicht haben kann. Sie wird einen Schriftwechsel vom März zitieren. Ende März hat mein Amtschef ein Schreiben an den Bund gerichtet und sich erkundigt, wie man die Frage in Bezug auf das Betreuungsgeld lösen kann. Diese Antwort haben wir einbezogen, damit die Leistung definitiv anrechnungsfrei ist, als wir im April/Mai das Gesetz entwickelt haben. Es kann also keinen Brief vom März zu einem Gesetz geben, das erst im April und Mai entstanden ist. Das geht einfach nicht. Sie sollten das auch einmal verstehen. Sie können im April noch nicht wissen, was wir im Mai entwickeln. Dazu gibt es kein Schreiben.

An dieser Stelle ist es mir wichtig, auf zwei Fehler hinzuweisen, die ich begangen habe. Ich formuliere sie auch. Der erste Fehler war, dass ich davon ausgegangen bin, dass ein Bundessozialminister für Soziales zuständig ist. Ich bin im Leben nicht auf die Idee gekommen, dass in einem Fall, bei dem ein Rechtsrahmen so ausgelegt werden kann, dass alle Juristen einer Meinung sind, jemand so lange sucht, bis er es anders machen kann.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Quatsch! Dass alle Juristen einer Meinung waren, ist eine Schutzbehauptung!)

Nennen Sie mir einen namhaften Sozialrechtler, der eine andere Meinung hat. Bis jetzt hat mir gegenüber keiner so etwas geäußert.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ganze Bundessozialministerium ist dieser Auffassung, einschließlich aller Sozialrechtler!)

Der zweite Fehler war, dass ich davon ausgegangen bin, dass bei einem SPDler das "S" für "Soziales" steht. Es steht aber offensichtlich für "sozialdemokratisch". Wir haben das "S" in unserem Namen und werden uns darum kümmern, dass alle Menschen dieses Geld bekommen. Es geht nur um 8 % der Menschen, aber auch diese 8 % der Menschen werden dieses Geld erhalten. Wir zahlen aus. Sollte Herr Heil so wenig Herz haben, dass er am Ende des Tages diesen Schwächsten das Geld nimmt, müssen wir uns überlegen, wie wir die zwei Rechtsauffassungen zueinander bringen. Ich hoffe immer noch, dass es irgendwo ein Herz gibt, das sich den juristischen Meinungen anschließt und den Menschen am Ende des Tages dieses Geld nicht nimmt. Insofern ist der Dringlichkeitsantrag, den die CSU-Fraktion gestellt hat, völ-

lig richtig. Wir stellen uns hinter die Schwachen. Wir haben das Gesetz so aufgebaut, dass das Geld bei keinem angerechnet wird. Wenn Herr Heil eine andere Rechtsauffassung hat, gibt es zwei Rechtsmeinungen. Dann muss darüber ein Gericht entscheiden.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – In letzter Sekunde hat sich Frau Celina zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben einen Gesetzentwurf eingebracht, von dem Sie wissen, dass er bezüglich der Anrechnung auf Bundesebene strittig ist. Ist es nicht üblich, dem Bundesministerium einen Gesetzentwurf möglichst frühzeitig vorzulegen, und zwar nicht auf dem Umweg über eine untergeordnete Behörde? Sie hätten diesen Gesetzentwurf direkt dem Ministerium, das Bestandteil einer Bundesregierung ist, der Sie angehören, vorlegen müssen. Hier müsste der Weg eigentlich kurz sein.

Die CSU hat in der Bundesregierung immer die Auffassung vertreten, dass Einkommen auf Leistungen angerechnet werden muss. Das gilt für das Betreuungsgeld, das Kindergeld und das Elterngeld. Warum sind Sie jetzt dagegen? Sie sagen in Bayern, dass Sie möchten, dass diese familienpolitische Leistung allen zugutekommt. Warum sind Sie gegen eine rechtliche Regelung auf Bundesebene, die es ermöglichen würde, diese Leistung allen Kindern in Deutschland zugutekommen zu lassen? Das wäre ähnlich der Kindergrundsicherung, die wir GRÜNE schon immer vorgeschlagen haben.

Zu meiner dritten Frage: Pflegeeltern bekommen das Familiengeld unter bestimmten Umständen nicht, es sei denn, die leiblichen Eltern stimmen zu. Auf diese Ausnahmeregelung gehe ich jetzt nicht ein. Im Gesetzestext steht: "... erhalten Eltern ... eine ... gesonderte Anerkennung ihrer Erziehungsleistung ... zugleich den nötigen Gestaltungsspielraum ...". Ich stelle mir eine Pflegefamilie vor, die zwei eigene Kinder und zusätzlich ein Pflegekind hat. Warum darf diese Pflegefamilie dieses Geld nicht bekommen? Das, was die Familie als Pflegefamilie bekommt, deckt die Auslagen und die Lebensführung, aber nicht die gesonderte Erziehungsleistung. Sie wollen alle Kinder gleich behandeln, dann aber auch die Pflegekinder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Celina. – Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Familie, Arbeit und Soziales): Ich beginne mit der dritten Frage. Wegen der Bestimmungen zum Pflegegeld ist eine Gewährung des Familiengeldes für Pflegekinder leider ausgeschlossen. Ich würde dieses Geld jedem gönnen. Das ist aber ausgeschlossen; denn Pflegeeltern erhalten schon das Pflegegeld.

Wir haben das Gesetz dem Bund vorgelegt. Schließlich ist die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit mein Ansprechpartner. Dort wurde mir gesagt, diese Leistung wäre anrechnungsfrei. Deshalb konnte ich nicht davon ausgehen, dass der Bundesminister die Rechtsauffassung seiner Behörde ersetzt, und das auch noch so spät, dass ich nichts mehr tun konnte. Auf diese Idee bin ich, mit Verlaub, wirklich nicht gekommen.

Ich sage es Ihnen noch einmal: Die Juristen in meinem Haus, die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit und der Bund der Krankenkassen waren alle der Auffassung, dass diese Leistung anrechnungsfrei sei. Hätte die Regionaldirektion eine andere Auffassung geäußert, hätte ich natürlich bei der nächsthöheren Ebene nachgefragt. Nachdem sich aber alle einig waren, können Sie doch nicht erwarten, dass ich so lange suche, bis ich jemanden finde, der das, aus welchen Motiven auch immer, anders interpretiert. Ich bin doch froh, dass alle einer Meinung sind. Wir haben eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass wir diese Regelung im Falle eines Rechtsstreits durchkriegen. Freuen wir uns doch, dass alle Kinder diese Leistung bekommen können. Wenn Sie einen Draht nach Berlin haben, dann helfen Sie bitte mit, dass sich Herr Heil der Rechtsauffassung aller anderen anschließt.

Ihre Kritik, dass wir uns bei anderen Leistungen für die Anrechenbarkeit eingesetzt haben, kann ich gut nehmen. Gott sei Dank haben sich alle Fraktionen und die Staatsregierung entschieden, diese Leistung anrechnungsfrei zu gewähren, weil diese Leistung eine besondere Bedeutung hat. Sie soll nicht Bestandteil der Existenzsicherung durch Hartz IV sein. Sollte sie darin enthalten sein, müssten wir neu diskutieren. Sie haben einen Ausnahmetatbestand genannt. Ich bin froh, dass diese Leistung anrechnungsfrei ist, was von allen Juristen so gesehen wird. Sollte der Bundesminister nicht einlenken, müsste diese Frage rechtlich geklärt werden. Ich bin im Grundberuf Sozialpädagogin und glaube immer an das Gute im Menschen. Ich hoffe bis zum Schluss, dass sich der Bundesminister noch ein Stück weit bewegen wird, diese Leistung den Menschen gönnt und sich der Rechtsauffassung aller anderen anschließt.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. – Wir haben eine weitere Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Rauscher.

Doris Rauscher (SPD): Frau Ministerin, ich habe nur eine kurze Frage. Haben Sie Kenntnis davon, dass die erste Einschätzung der Regionaldirektion zurückgenommen und darauf verwiesen wurde, dass dies nur eine vorläufige und keine rechtssichere Einschätzung war?

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Familie, Arbeit und Soziales): Die Einschätzung wurde aufgrund des Briefes vom 10. August revidiert. Herr Heil hat sie ersetzt. Die Einschätzung, die wir vorher hatten, war klar: Beim Landespflegegeld besteht Anrechenbarkeit und beim Familiengeld keine Anrechenbarkeit. Erst nachdem Herr Heil das Schreiben am 10. August geschickt hat, wurde die Meinung der Behörde ersetzt. Herr Heil hat am 10. August entschieden, die Einschätzung der unteren Behörde zu ersetzen. Das liegt in seinem Ermessensspielraum. Ob das im Sinne der Familien gescheit war, muss er bewerten. Wir zahlen das Geld jeder Familie aus. Sollte Herr Heil den Familien das Geld wegnehmen wollen, kann ich ihn daran nicht hindern. Das müssen wir dann eben gerichtlich klären.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/23750, das ist der Antrag der CSU-Fraktion, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie die Kollegen Muthmann (fraktionslos) und Felbinger (fraktionslos). Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/23765, das ist der Antrag der SPD-Fraktion, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Das sind die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die Kollegen Muthmann (fraktionslos) und Felbinger (fraktionslos). Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich komme nun zurück zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag unter Punkt 1 mit den drei nachgezogenen Dringlichkeitsanträgen. Wir haben also insgesamt vier Abstimmungen durchzuführen. Zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion wurde namentliche Abstimmung beantragt.

Ich lasse zunächst in einfacher Form über die anderen Anträge abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/23749 – das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN –, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und die Kollegen Felbinger (fraktionslos) und Muthmann (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/23762 – das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen, bitte. – Die Kollegen Muthmann (fraktionslos) und Felbinger (fraktionslos) und die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/23764 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte. – Die CSU-Fraktion und die Kollegen Felbinger (fraktionslos) und Muthmann (fraktionslos). Enthaltungen? – Die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/23763 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion. – Die Urnen sind bereitgestellt. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 17.41 bis 17.46 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben.

Ich bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen, damit wir mit der Behandlung der nächsten Dringlichkeitsanträge fortfahren können.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Georg Rosenthal, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion (SPD)
Landtag begrüßt das klare Signal des Europaparlaments an Orbán: EU-Grundwerte müssen eingehalten werden! (Drs. 17/23751)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Dr. Franz Rieger u. a. und Fraktion (CSU)
Für ein gemeinsames Europa - Dialog statt Spaltung (Drs. 17/23766)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Europa (Drs. 17/23767)

Ich gebe an dieser Stelle bekannt, dass für den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/23751 namentliche Abstimmung beantragt wurde, und eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Rinderspacher. Bitte schön, Herr Rinderspacher.

Markus Rinderspacher (SPD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! In der vergangenen Woche hat im Europäischen Parlament eine historische Abstimmung stattgefunden. Eine Zweidrittelmehrheit stimmte letzte Woche für ein Rechtsstaatsverfahren gegen Ungarn wegen der Gefährdung von EU-Grundwerten, was im äußersten Fall zum Entzug der Stimmrechte Ungarns im Ministerrat führen könnte. Zwei Drittel der Abgeordneten des Europaparlaments, Sozialisten, Konservative, Liberale und Grüne, haben für demokratische Werte und für Rechtsstaatlichkeit gestimmt. Das hat politisches Gewicht, und das zeigt, dass Europa endlich Zähne gegenüber autoritären Regimen zeigt. Europa zeigt auch auf, dass Viktor Orbán, der beste Freund der Christlich-Sozialen Union in Bayern, ein Mann ist, der sein demokratisches Mandat missbraucht, um eine illiberale Demokratie und einen undemokratischen Staat zu erschaffen. Das Regime von Viktor Orbán stellt eine Bedrohung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in Ungarn dar. So hat es das Europaparlament festgestellt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Umso erstaunlicher ist das Abstimmungsverhalten der bayerischen Europaabgeordneten der CSU mit Ausnahme von Herrn Weber. Die CSU-Abgeordneten sind bei dieser Abstimmung der europäischen Idee und auch dem wertekonservativen Vermächtnis ihrer eigenen Partei in den Rücken gefallen. Herr Ferber, Frau Niebler, Frau Hohlmeier und Herr Deß haben an der Seite von Rechtsradikalen und Europaverächtern für Viktor Orbán und gegen das Sanktionsverfahren gegen Ungarn gestimmt. Ein christsozialer Ausverkauf europäischer Werte ist das, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dabei haben sich die vier christsozialen Europaabgeordneten nicht nur in die Nähe von Rechtsextremisten begeben, sondern sich gezielt an ihre Seite gestellt. Sie haben die Linie der konservativen Partei, der EVP, verlassen und mit den Abgeordneten des Front National, heute Rassemblement National, der PiS, der Lega Nord, der Ukip mit Herrn Farage und mit der rechtsradikalen Partei der Goldenen Morgenröte in Griechenland für Viktor Orbán gestimmt. Sie standen an der Seite des AfD-Chefs, Herrn Meuthen. Und unter jenen, die mit den CSU-Abgeordneten für Viktor Orbán gestimmt haben, war auch der NPD-Europaabgeordnete Udo Voigt, der Vorsitzende der Nationaldemokratischen Partei in Deutschland von 1996 bis 2011.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das darf doch nicht wahr sein! Unglaublich!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Abstimmungsverhalten ist ein Tiefpunkt der politischen Kultur.

Wir fragen Sie: Warum verlassen Sie eigentlich die Linie Ihres möglichen Spitzenkandidaten für die Europawahl 2019, Herrn Weber? Wir fragen Sie und wollen heute wissen: Welche Linie verfolgt die CSU bei der Positionierung der Bundesregierung im Europäischen Rat mit Blick auf diese ungarische Frage? Wir wollen der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag heute die Gelegenheit geben, wenigstens eine kosmetische Korrektur des aus unserer Sicht völlig inakzeptablen, ja skandalösen Abstimmungsverhaltens der Kolleginnen und der Kollegen der CSU im EU-Parlament vorzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist heute der Lackmустest für die CSU. Wie halten Sie es mit Europa? Stehen Sie auf der Seite der Guten oder der Bösen? Stehen Sie auf der Seite der europäischen oder der nationalistischen Idee? Stehen Sie für Rechtsstaat, für Gewaltenteilung und für Pres-

sefreiheit ein, oder stehen Sie für die Unterdrückung europäischer Grundwerte ein? Stehen Sie für das Vermächtnis eines Konrad Adenauer, eines Helmut Kohl oder eines Theo Waigel ein? Oder geben Sie dieses stolze wertkonservative, proeuropäische Erbe endgültig auf?

Uns ist bekannt, dass die CSU-Alleinregierung hier in Bayern mit keinem anderen europäischen Regierungschef häufigere und intensivere Kontakte gepflegt hat als mit Viktor Orbán. Uns ist bekannt, dass die CSU den ungarischen Ministerpräsidenten trotz seiner Verstöße gegen den EU-Vertrag, gegen Presse-, Meinungs- und Demonstrationsfreiheit regelrecht hofiert hat, bei Empfängen im frühklassizistischen Prinz-Carl-Palais, in Wildbad Kreuth, beim CSU-Parteitag, bei Klausurtagungen, beim Geburtstag von Edmund Stoiber und anderen Gelegenheiten mehr.

Wir wissen, Viktor Orbán ist auch Träger des Franz Josef Strauß-Preises, der von der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung an Persönlichkeiten verliehen wird, die – man höre und staune – sich in herausragender Weise für Frieden, Freiheit und Recht, für Demokratie und internationale Verständigung einsetzen. – Meine Damen und Herren, wenn Sie es ein Stück weit ernst meinen mit Ihrer proeuropäischen Grundhaltung, dann sollten Sie Viktor Orbán diesen Franz Josef Strauß-Preis dringend aberkennen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Spätestens jetzt, wenn die CSU die Linie der EVP im Europaparlament verlässt, muss man sich doch wirklich fragen, ob hier nicht dringend eine Kurskorrektur nötig ist, auch mit Blick auf die irrlichternden europäischen Fahrten der CSU in vielen Bereichen. Immer wieder hat sich die CSU-Alleinregierung in Bayern in die geistige Nachbarschaft der autoritären Nationalkonservativen Europas begeben.

Es gehört zu den unrühmlichen Kapiteln der Brexit-Geschichte, dass der britische Premierminister David Cameron für seine europapolitische Geisterfahrt auch noch Applaus aus Bayern erhielt, von der CSU. Die CSU-Alleinregierung und die Landtagsfraktion haben David Cameron noch ein halbes Jahr vor dem Brexit-Referendum bei der CSU-Klausurtagung den roten Teppich ausgerollt. Wir erinnern uns an die Formulierungen: Das sei CSU-Politik pur. Man hofiert einen Europazerstörer und bezeichnet die Politik von Cameron gar als Vorbild für Bayern, als Vorbild für die CSU.

Anstatt diese Zündeleyen zu kritisieren und Cameron ins Gewissen zu reden, hat sich die CSU damals die europakritische Haltung Camerons zu eigen gemacht und ihn für dessen Drohgebärden gegen die EU über den grünen Klee gelobt. Das war ein mehr als zweifel-

haftes Signal. Und es ist geschichtsvergessen, wenn die CSU hier im Bayerischen Landtag und die Bayerische Staatsregierung immer wieder antieuropäische Symbolanleihen bei nationalkonservativen Rechtspopulisten nimmt. Sie betreiben eine Politik der Renationalisierung unseres Kontinents. Das ist schädlich und grundfalsch.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir sagen, es ist falsch, dass die EVP nicht deutlich früher ein Zeichen gegen Viktor Orbán gesetzt hat. Man war offensichtlich der Meinung, man könne ihn eindämmen und einhegen. Aber der Antieuropäer Orbán und seine Gefolgsleute dürfen nicht darauf vertrauen, dass die europäische Wertegemeinschaft weiter beide Augen vor den illiberalen und demokratiefeindlichen Missständen verschließt. Die Einschränkungen der Meinungs-, der Versammlungs- und Forschungsfreiheit in Ungarn sind nicht hinnehmbar, ebenso wenig wie die Schwächung des Verfassungs- und Justizsystems. Das Vorgehen des Orbán-Regimes gegen Nichtregierungsorganisationen ist ebenso kritikwürdig, wie es die Verstöße gegen die Rechte von Minderheiten sind. Die Berichte über die in Ungarn stattfindende Korruption der Herrschaftsclique sind regelrecht besorgniserregend. Es ist an der Zeit, auch hier und heute im Bayerischen Landtag ein Zeichen für die europäischen Grundwerte zu setzen. Wechseln Sie Ihren Kurs, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dabei geht es nicht darum, Ungarn zu bestrafen. Das ist auch nicht Sinn und Zweck des Sanktionsverfahrens, des Rechtsstaatsverfahrens. Der Sinn ist vielmehr, den Dialog mit Ungarn fortzusetzen und sicherzustellen, dass Ungarn Rechtsstaatlichkeit und Demokratie wahrt. Es geht darum, das autoritäre, antidemokratische Abdriften zu stoppen und Ungarn zurück in die europäische Familie zu holen, die eben auf Werten basiert wie Freiheit, Respekt vor Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit. Es gibt in Europa leider keine Mechanismen gegen das autoritäre Abdriften eines Mitgliedlandes. Die Gründer der EU haben dafür kein Szenario entwickelt, weil sie sich nicht haben vorstellen können, dass Mitgliedsländer der Europäischen Union die Grundwerte irgendwann verlassen würden. Aber ich finde, wir bzw. gerade Sie müssen Ihren Freunden in Ungarn doch mal erklären, dass Ungarn die höchste Pro-Kopf-Unterstützung in der gesamten Europäischen Union erhält; etwa 30 Milliarden Euro sind in etwa sieben Jahren aus dem EU-Haushalt nach Ungarn geflossen. Die Förderungen entsprechen jährlich fast viereinhalb Prozent

des ungarischen Bruttoinlandsprodukts. Die Ungarn hätten überhaupt kein Wirtschaftswachstum ohne die Hilfe aus Brüssel. Keines der 27 EU-Mitgliedsländer profitiert in dieser Hinsicht mehr als die Ungarn selbst. Da wäre es Ihre Aufgabe, den Kolleginnen und Kollegen der Fidesz mal deutlich ins Stammbuch zu schreiben, dass es wirklich völlig fehl am Platz ist, immer auf Brüssel zu schimpfen, obwohl kein anderes Land stärker von Brüssel profitiert als Ungarn selbst.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir bringen dies heute im Bayerischen Landtag natürlich auch deshalb zur Aussprache, weil dies ein Zeichen für die Landtagswahl am 14. Oktober ist. Bayern steht vor der Frage: Wie verhalten wir uns gegenüber Europa? Soll sich Bayern rückwärtsgewandt, europafeindlich, europakritisch und autoritär entwickeln, so wie Sie es offensichtlich an der Seite der Orbáns dieser Welt vor Augen haben, oder entwickeln wir uns solidarisch, gerecht und freiheitlich, so wie es eigentlich unser gemeinsames Anliegen sein müsste? – Mit diesen Fragestellungen müssen wir uns dringend auseinandersetzen. Deshalb sagen wir Ihnen: Stimmen Sie heute bitte für den SPD-Antrag, bekennen Sie sich zu Europa, und machen Sie einen klaren Schnitt mit Ihrer verfehlten Politik gegenüber Viktor Orbán im Ungarn der vergangenen Jahre!

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei den GRÜNEN – Volkmar Halbleib (SPD): Bravo! Sehr gute Rede!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Rinderspacher. – Nächster Redner ist der Kollege Dorow. Bitte schön, Herr Dorow.

Alex Dorow (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der vergangenen Woche hat das Europäische Parlament in der Tat über die Einleitung eines Verfahrens nach Artikel 7 des Vertrages über die Europäische Union abgestimmt. Dieses Verfahren richtet sich gegen das EU-Mitglied Ungarn. Der Vorwurf – Kollege Rinderspacher, Sie haben es richtig gesagt –: Verstöße gegen die Grundwerte der Europäischen Union. Die Parlamentsmehrheit kritisiert dabei – wir wollen einmal versuchen, das einzuordnen –, dass die ungarische Regierung unter anderem die Unabhängigkeit des Justizwesens, die Meinungsfreiheit und die Minderheitenrechte gefährden würde und zudem korrupt sei. 448 Abgeordnete stimmten für die Einleitung des Verfahrens; 197 Abgeordnete stimmten gegen die Einleitung des Verfahrens; 48 enthielten sich.

Ergänzen kann man noch, dass dieses Verfahren mehrstufig ist und zuletzt das Resultat haben könnte,

dass Ungarn nicht mehr stimmberechtigt wäre. Ergänzen können wir auch, dass bereits im Dezember 2017 ein Artikel-7-Verfahren gegen Polen eröffnet wurde. Erinnern Sie sich? – Polen wurde vorgeworfen, die Gewaltenteilung abgeschafft zu haben. Das Verfahren läuft noch, und eine Entscheidung des Rates steht noch aus.

Ich kann mich allerdings nicht daran erinnern, Kollege Rinderspacher, dass wir uns im Nachgang der Abstimmung zur Einleitung des Verfahrens gegen Polen hier im Plenum nochmals dazu geäußert hätten. Da frage ich mich schon, warum man nun Ungarn und damit direkt vor dem Wahlkampf die CSU an den Pranger zu stellen versucht und dabei eine Antirechtsstaatlichkeit und einen Rechtsradikalismus behauptet, der nun wahrlich bei uns nicht gegeben ist. Das hat natürlich nichts damit zu tun, dass wir uns im Wahlkampfendspurt befinden; ich unterstelle das jetzt mal nicht. Die europäische Parlamentsmehrheit hat nun mal entschieden: Das Verfahren wird anlaufen.

Ich möchte jetzt nicht weiter auf die Fragen eingehen, wo da noch Zweifel über das Abstimmungsverhalten bestehen; das sind letztlich Zählstreite. Darüber möchte ich jetzt nicht weiter sprechen, weil ich glaube, es ist nicht relevant für das Ergebnis. Der Dissens, Kollege Rinderspacher, den wir haben, dreht sich doch nicht darum, dass gemeinsame Werte nicht anerkannt oder einzuhalten wären. Er besteht vielmehr darin, wie wir in Europa bei Zweifeln miteinander umgehen. Und weil es darüber Zweifel gibt, ist aus gutem Grund die Abstimmung bei der EVP freigegeben worden. Jemandem, der dagegen stimmt, automatisch zu unterstellen, dass er sich an die Seite der Rechtsradikalen stellt, das, so meine ich, ist dem Wahlkampf geschuldet.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

– Nein, es hat auch andere gegeben. Entschuldigung, es waren nicht nur Einzelne der EVP-Fraktion, sondern es gab auch viele andere.

Meine Damen, meine Herren, ich stelle hiermit fest: Sie haben von einem "Lackmustest" gesprochen. Ich gehe einmal darauf ein, obwohl ich meine, dass wir nicht über jedes Stöckchen springen müssen. Wir sind – ja, ich bekenne mich dazu – überzeugte Europäer. Wir schätzen das, was uns der Zusammenschluss in der Europäischen Union gebracht hat, sehr hoch ein: dieses Friedensprojekt. Die ersten Schritte wurden bereits gemacht, als sich die Systeme der unterschiedlichen Staaten noch feindselig gegenüberstanden, also sehr früh, in den Nachwirkungen des Krieges und nachdem viele Deutschstämmige auch

aus unseren Nachbarländern vertrieben wurden. Hier gibt es auf beiden Seiten immer noch offene Wunden.

Trotzdem stehen wir hier – ich bekenne mich ausdrücklich dazu – und setzen uns dafür ein, dass wir an einer gemeinsamen Zukunft mit gemeinsamen Werten arbeiten, dass wir die großen Herausforderungen, die wir zu bewältigen haben, gemeinsam bewältigen. Aber jedes Land, jede Regierung, ist zunächst den eigenen Bürgerinnen und Bürgern gegenüber verantwortlich. Wir müssen die Sorgen und Ängste der jeweiligen Bevölkerung ernst nehmen. Man darf diese nicht schüren, aber man muss sie ernst nehmen und entsprechende Lösungen erarbeiten.

Es gibt Herausforderungen – das wird auch den Ungarn klarzumachen sein, damit bin ich bei Ihnen –, die ein Land allein nicht bewältigen kann. Es gibt einige Verbesserungen, die man nur über die Staatsgrenzen hinweg realisieren kann: Die Asylpolitik ist eine Herausforderung, aber auch der Umweltschutz und die Sicherheitspolitik im Gesamten. Einer allein kann hierbei nur wenig bewirken. Gemeinsam kann man weitere Verbesserungen erzielen. Das steht fest.

Deswegen, Kolleginnen und Kollegen, ist es für uns wichtig, an einem Miteinander festzuhalten und dieses Miteinander noch mehr zu verstärken. Die EU ist doch nicht nur ein einzigartiges Friedensprojekt oder eine Wirtschaftsgemeinschaft, weil das irgendwo gesetzlich festgeschrieben ist, sie ist doch nicht nur eine Wertegemeinschaft, weil wir das hier im Parlament – im bayerischen noch dazu – einfach so mal behaupten, nein, in dieser Wertegemeinschaft müssen wir daran arbeiten, das Vertrauen untereinander zu verbessern, respektvoll miteinander umzugehen und nicht zusätzlich einen Keil hineinzutreiben.

Es ist unsere Pflicht, gegen eine Spaltung anzukämpfen. Wenn wir einzelne Staaten an den Pranger stellen, dann sei dahingestellt, ob diese sich nicht noch weiter von uns entfernen. Die Ankündigung Ungarns, Maßnahmen gegen Polen mit einem Veto zu blockieren, zeigen bereits die ersten Auswirkungen einer solchen Politik. Das betrifft die Visegrád-Staaten ganz allgemein in dieser Tendenz.

Es gab einmal einen Begriff, der hieß "Wandel durch Annäherung". Sie erinnern sich sicherlich. Er stammte von der SPD. Wer hat diese Formel als Erstes verfolgt und vorgetragen? – Einige von uns waren damals dagegen, aber – das gestehe ich gern zu – es hat sich nachträglich als richtig erwiesen. Mit Annäherung, meine ich, kommen wir auch heute weiter.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir kommen weiter als mit einer weiteren Spaltung. Wir wollen keinen unserer europäischen Partner an den Pranger stellen, wenn es nicht nötig ist.

(Zurufe der Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD), Florian von Brunn (SPD) und Katharina Schulze (GRÜNE))

Wir wollen, dass man sich gemeinsam an einen Tisch setzt und die Probleme und Herausforderungen offen anspricht und an Lösungen arbeitet. Es ist wichtig, Herr von Brunn, dass man miteinander redet und nicht übereinander.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir appellieren ganz deutlich – auch heute noch einmal – an alle politisch Verantwortlichen in Europa – natürlich auch an Ungarn –, die Grundwerte der Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, der Demokratie, der Gleichheit, der Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte, auf denen das gemeinsame Europa fußt, zu respektieren. Diese Grundwerte sind nicht nur zu respektieren, sondern es ist wichtig, sich weiterhin aktiv dafür einzusetzen.

Die europäischen Mitgliedstaaten müssen zusammenstehen und gemeinsam Antworten auf diese drängenden Fragen entwickeln und Lösungen umsetzen. Wie sonst soll die EU die Menschen in Europa erreichen? Nur gemeinsam funktionierende Lösungen können die Menschen von der Europäischen Union überzeugen und europafeindlichem Populismus entgegenwirken.

Wir können auch, meine Damen, meine Herren, Egoismen nicht durch nationalen Aktionismus bekämpfen. Mögliche Verletzungen der Werte der EU können wir nicht bekämpfen, indem wir uns von den Ländern weiter entfernen. Ein Beispiel: Der Bund der Vertriebenen hat in diesem Jahr den Leitspruch "Unrechtsdekrete beseitigen – Europa zusammenführen". Wenn diejenigen, die nach dem Zweiten Weltkrieg vertrieben wurden und ihr Eigentum verloren haben, denen Gewalt angetan wurde, davon sprechen, dass wir Europa zusammenführen müssen, dann müssen wir uns das erst recht auf unsere Fahnen schreiben.

(Beifall bei der CSU)

Beratung und Entscheidung über das Verfahren nach Artikel 7 liegen jetzt beim Rat der Mitgliedstaaten. Es ist nun Aufgabe der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft, das Verfahren in beiden Angelegenheiten, also Polen und Ungarn, weiter zu begleiten.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

– Ja, Sie sagen es! Ich bin froh, dass in dieser schwierigen Zeit Österreich den Ratsvorsitz hat. Sebastian Kurz mag der jüngste Regierungschef in der EU sein, doch behält er einen kühlen Kopf, und er ist ein Brückenbauer.

Wir werden den Dringlichkeitsanträgen der SPD und der GRÜNEN nicht zustimmen; denn wir wollen keine weiteren Brücken einreißen, sondern an einem besseren Miteinander arbeiten und nicht gegen, sondern mit den zuständigen Kräften in Polen und in Ungarn den Dialog führen und keine Spaltung bewirken.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Rosenthal.

Georg Rosenthal (SPD): Herr Dorow, Sie haben uns Europa vorgestellt und wärmstens empfohlen. Aber das ist nicht das Thema. Mein Fraktionsvorsitzender hat sehr deutlich herausgearbeitet, dass einer, Herr MdEP Weber, sich um das Spitzenamt in Europa bewirbt und die CSU-Abgeordneten der Fraktion dem EVP-Vorsitzenden Weber, dem Bewerber um das Spitzenamt an dieser Stelle, an einer entscheidenden Stelle in Europa nicht folgen möchte. Es ist nicht das erste Mal, dass wir das von Ihnen, der CSU, lernen. Ich erinnere an den Europa-Wahlkampf, wie die CSU-Fraktion auf beiden Ebenen für und wider argumentiert und strategisch lamentiert hat.

Ich frage mich: Wie möchte einer das Spitzenamt anstreben, bei dem er die Stimmen von Europa-Parlamentariern aus anderen Fraktionen benötigt, wenn er so verstörende Signale seiner eigenen Fraktionskolleginnen und -kollegen in Europa erhält? Das ist das eigentliche Thema, dass wir die Regierung Orbán, die Europa in den zentralen Fakten, in den zentralen Vertragskulturen wesentlich und willentlich beschädigt, nicht gemeinsam zur Rechenschaft ziehen können. Das ist der Kern, über den wir uns unterhalten müssen.

Es hat mich außerordentlich irritiert, dass sich Herr Weber, den ich sehr schätze, weil er ein klarer, bekennender Europäer ist, sich an dieser Stelle noch nicht einmal in seiner eigenen Fraktion hundertprozentige Zustimmung erarbeiten kann. Das ist das, worüber wir hier in diesem Landtag gemeinsam reden müssen. Wie wollen wir gemeinsam einen Wahlkampf für Europa führen – so habe ich Sie eben verstanden

–

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Georg Rosenthal (SPD): – wenn wir noch nicht einmal diese Signale senden?

(Beifall bei der SPD)

Alex Dorow (CSU): Herr Kollege Rosenthal, ich akzeptiere, dass Sie Ihre Ausführungen als das Thema sehen, über das wir hier sprechen müssen. Das ist aber nicht der Gegenstand der Anträge. Gegenstand der Anträge ist, wie wir mit den Entscheidungen des Europäischen Parlaments umgehen – die nicht infrage zu stellen sind – und wie wir diese in ihrer Wirksamkeit bewerten.

Ich habe es bereits in meinem Redebeitrag gesagt: Es ist nicht ohne Grund, dass das Abstimmungsverhalten in der EVP freigegeben worden ist; und zwar nicht, weil es einen Dissens über die Werte gibt, sondern weil es einen Dissens darüber gibt, ob das eine oder das andere hilfreicher ist. Diesem Dissens in demokratischer Art und Weise nachzugehen, das ist weder irrlichternd noch verstörend, zumindest nicht nach meinem Verständnis, sondern es ist Zeichen einer demokratischen Grundhaltung. Ich bin sehr, sehr froh, dass das in der EVP-Fraktion ebenso möglich ist wie hier im Haus.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Schulze.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern liegt im Herzen von Europa. Ganz viele Bayerinnen und Bayern tragen Europa auch in ihrem Herzen. Warum? – Weil Europa ein großartiges Friedensprojekt ist, welches wir gerade in der heutigen Zeit hegen und pflegen müssen. Wir haben eine starke Exportindustrie, und gerade unsere bayerische Wirtschaft profitiert von einem vereinigten Europa. Vor allem aber, weil Bayern schon immer weltoffen und proeuropäisch war. Wir leben doch davon, wir sind doch davon stark geworden, dass wir schon immer Austausch hatten, dass wir miteinander gearbeitet haben, dass wir ein Einwanderungsland sind, dass wir hier in Bayern leben und leben lassen. All das hat Bayern zu einem starken Land gemacht, zu einem lebenswerten Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, es gibt einen schönen Spruch, der heißt: Zeig mir deine Freunde, und ich sage dir, wer du bist.

(Unruhe bei der CSU)

Angesichts dessen muss ich Ihnen zurufen: Sie haben sich Ihre Freunde nicht sonderlich gut ausgesucht. Sie treffen sich immer gerne mit Viktor Orbán, mit Sebastian Kurz oder auch mit Herrn Salvini aus Italien, dem Menschenfänger, der immer gern auf der nationalistischen Blockflöte spielt.

(Unruhe bei der CSU)

Es muss Ihnen doch klar sein, dass Sie mit solchen Treffen immer ein Zeichen setzen. Sie tun es bewusst, wenn Sie Viktor Orbán regelmäßig zu Ihren Klausuren einladen. Damit senden Sie ein Zeichen, und das wollen Sie bewusst machen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU)

Von einer Bayerischen Staatsregierung erwarte ich, dass sie sich mit Europafreunden und -freundinnen umgibt. Ich erwarte von einer Bayerischen Staatsregierung, dass sie die Stärkung Europas vorantreibt, nicht die Spaltung befeuert.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Genau das machen Sie aber als CSU, wenn Ministerpräsident Markus Söder vom Ende des geordneten Multilateralismus spricht. Sie sägen an dem Europa der offenen Binnengrenzen, wenn Sie voller Stolz eine eigene Bayerische Grenzpolizei einsetzen. Sie stehen eben nicht für die europäischen Werte, wenn von Ihrer CSU-Gruppe im EU-Parlament vier von fünf Abgeordneten gegen die Einleitung des Rechtsstaatsverfahrens gegen Ungarn stimmen. Herr Kollege Dorow, ich muss Ihnen eine Frage stellen zu dem, was Sie gerade hier gesagt haben. Sie stehen hier vorn und sprechen groß von Respekt und davon, dass wir uns jetzt Ungarn annähern müssten. Es ist aber doch genau andersherum: Ungarn hat sich vom demokratischen Wertefundament entfernt. Sie sind doch immer die Law-and-Order-Partei und sagen, der Rechtsstaat und die Gesetze, die müssen gelten. In diesem Fall aber sagen Sie: Ach nein, hier soll die EU lieber nichts machen. Reden wir lieber noch fünfmal miteinander. – Obwohl Sie das doch angeblich ständig tun. Sie scheinen es dabei aber nicht zu schaffen, Ungarn zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu bringen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Ich muss feststellen, das zeigt deutlich die Zerrissenheit innerhalb der CSU. Einmal blinken Sie pro Europa, dann blinken Sie wieder gegen Europa. Der eine weiß nicht mehr, was der andere tut. Dann haben wir die Situation, die wir auch heute hier haben. Sie legen einen schön klingenden Antrag vor, in dem Sie davon

reden, wie wichtig Dialog, Solidarität und ein gemeinsames Europa sind. Das zeigt Ihre gesamte Widersprüchlichkeit. Auf der einen Seite hofieren Sie die Orbáns und Co., auf der anderen Seite sagen Sie: Pro Europa ist das, was wir haben möchten. Das ist es doch, was die Menschen heutzutage nicht mehr verstehen. Sie sägen buchstäblich am Stuhlbein von Europa, im nächsten Moment aber legen Sie ein Kissen auf den Stuhl und sagen: Eigentlich finden wir es doch ganz toll. Ich kann Ihnen nur sagen, in der heutigen Zeit brauchen wir eine klare Haltung in der Politik. Vor allem brauchen wir eine klare proeuropäische Haltung.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Im Jahr 2018 müssten doch alle Europäerinnen und Europäer endlich verstanden haben, dass wir die großen Herausforderungen der heutigen Zeit, von der Bekämpfung der Klimakrise über den internationalen Terrorismus bis zu den Herausforderungen in der Frage, wie wir mit Migration und Integration umgehen, nur gemeinsam lösen können.

Ich bin jetzt 33 Jahre alt. Ich kenne Europa nur als Friedensprojekt. Ich kenne das vereinigte Europa nur so, dass ich in andere Länder fahren kann, dort leben, dort arbeiten oder auch eine Ausbildung machen könnte. Ich kann dort studieren, in Urlaub fahren, und das alles ohne Grenzkontrollen und Schlagbäume. Ich glaube, mir geht es so wie ganz vielen anderen Menschen in unserem Land. Sie alle machen sich große Sorgen. Sie machen sich Sorgen darüber, dass diese Errungenschaft, dass dieses Geschenk, das wir von unseren Eltern und Großeltern nach dem schrecklichen Zweiten Weltkrieg bekommen haben, gerade kaputtgemacht wird, und zwar von Menschen außerhalb, aber auch innerhalb Deutschlands. Das ist aber grob fahrlässig!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich weiß genauso gut wie Sie, dass Europa sich derzeit in einer ganz schwierigen Situation befindet. Eine europäische Einigung ist ganz bestimmt nicht leicht. Gerade im Moment streiten sich die Mitgliedstaaten ständig über den richtigen Weg, wie wir in Europa weitergehen wollen. Die Lösung kann aber doch nicht sein, dass ich mich auf die Seite derer schlage, die kein großes Interesse an einem Europe United haben. In der momentanen Situation können wir doch nicht daran glauben, dass ein "Bavaria first" oder ein "Germany first" auch nur irgendetwas hilft. Im Jahr 2018 erwarte ich, dass wir, die Proeuropäerinnen und Proeuropäer, zusammenstehen, dass wir Europa nach vorn bringen, dass wir die Menschen unterstützen, die für Europa sind, und zwar in Deutschland wie

auch in anderen Ländern. Ich erwarte, dass wir den Austausch verstärken. Ich erwarte, dass wir Europa demokratischer machen, und ich erwarte, dass wir Europa gerechter und nachhaltiger machen. Wir müssen doch eine positive Idee davon vermitteln, warum Europa großartig ist, dass Europa unsere Zukunft ist.

Das können aber nicht nur wir GRÜNEN machen, das kann auch nicht die SPD alleine machen oder die FREIEN WÄHLER. Dafür brauchen wir alle Demokratinnen und Demokraten. Solche Entscheidungen wie die, die jetzt im Europaparlament gefallen ist, sind grob fahrlässig. Herr Kollege Dorow, Sie brauchen gar nicht den Kopf schütteln und irgendetwas von Respekt sagen oder davon, dass man sich das einmal anschauen müsste. Die Frage ist doch: Was für ein Symbol senden wir aus? – Dazu kann ich nur klar sagen: Wir GRÜNEN stehen an der Seite aller Proeuropäerinnen und Proeuropäer. Wir laden selbst Sie ein, wieder auf diese Seite zu kommen und gemeinsam mit uns für ein vereinigt Europa zu kämpfen.

(Zurufe von den GRÜNEN: Bravo! – Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Ich glaube, man kann die ganze Debatte auf einen einzigen Satz herunterbrechen: Wir hier in Bayern, wir brauchen Europa, und Europa braucht uns. – Das sollte die Maßgabe sein.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Prof. Dr. Piazzolo.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich setze mich persönlich seit mehr als drei Jahrzehnten für Europa ein. Ich habe das beruflich über mehr als zwei Jahrzehnte gemacht. Es liegt mir sehr am Herzen, dass wir zu Europa stehen und dass wir die Rechtsstaatlichkeit einhalten und uns dafür einsetzen. Das ist auch die Position der FREIEN WÄHLER. Wir halten es deshalb für richtig, dass es diese intensiven Diskussionen seit vielen Jahren im Europäischen Parlament gibt. Ich habe es mir angesehen. Seit 2011 wird über Ungarn, aber auch über Polen und über andere Länder im Europäischen Parlament geredet, und zwar intensiv geredet. Es gab sieben Entschlüsse zu diesem Thema. Es wurde mehrere Hundert Stunden im Europäischen Parlament zu dieser Thematik geredet. Ich sage ganz deutlich: Dieses Europäische Parlament ist demokratisch legitimiert. Ich vertraue dem Europäischen Parlament, dass es solche Dinge regeln kann.

Ich finde es natürlich sinnvoll, dass wir auch im Landtag dieses Thema aufnehmen. Allerdings stellt sich schon die Frage, ob wir als Bayerischer Landtag drei Wochen vor der Landtagswahl dieses Thema an die Spitze der Debatte setzen. Das frage ich auch die SPD. Gibt es nicht noch andere zusätzliche Themen? – Natürlich ist Europa wichtig, und ich begrüße jedes der Bekenntnisse. Ich habe es auch so aufgefasst, dass alle vier Fraktionen in diesem Landtag zu Europa stehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU)

Diese Frage muss ich hier aber schon stellen. Ich möchte es kurz machen: Wir FREIEN WÄHLER wollen jetzt über kostenfreie Kitas reden, über Familien, über Bildung und Verkehr.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Das könnt ihr doch!)

Wir wollen über die Dinge sprechen, über die wir hier im Landtag entscheiden können, meine sehr verehrten Damen und Herren. Für diese Dinge sind wir gewählt, und für diese Dinge werden wir in drei Wochen gewählt.

Deshalb halte ich es bewusst kurz und sage: Wir stehen hinter Europa, und wir stehen hinter dem Europäischen Parlament. Wir glauben, dass das Europäische Parlament gute Debatten geführt hat und dass das Europäische Parlament in der Verantwortung steht, die Rechtsstaatlichkeit in Europa hochzuhalten. Wir FREIE WÄHLER sind überzeugte Europäer. Wir werden für ein einheitliches Europa kämpfen. Das ist das Erbe, das wir seit mehreren Jahrzehnten mit uns tragen und das uns bewegt. Da wird es kein Rütteln und Zaudern geben, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Staatsminister Eisenreich.

Staatsminister Georg Eisenreich (Digitales, Medien und Europa): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit einigen Feststellungen beginnen, damit das keine ewige Debatte zu einem Thema wird, für das wir nicht zuständig sind.

Erstens. Es ist Wahlkampf, und es ist in Ordnung, in Wahlkampfzeiten Wahlkampf zu führen. Das ist okay.

Zweitens. Artikel 2 des EU-Vertrages nennt eine Reihe von Werten, auf denen sich die Europäische Union gründet: die Achtung der Menschenwürde,

Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese europäischen Werte sind verbindlich und für uns nicht verhandelbar. Hier kann es keine Kompromisse geben.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Drittens. Die Bayerische Staatsregierung lehnt eine Renationalisierung ab.

Viertens. Die EU ist ein großartiges Friedens- und Freiheitsprojekt. Wir haben an dieser Stelle schon öfter darüber geredet. Deutschland und der Freistaat Bayern, der tatsächlich auch geografisch der Mittelpunkt der EU ist, im Übrigen auch nach dem Brexit, profitieren in besonderer Weise. Deswegen steht die Bayerische Staatsregierung zur Europäischen Union. Deswegen fand eine der ersten Sitzungen des neuen bayerischen Kabinetts unter Ministerpräsident Markus Söder in Brüssel statt, um dies klarzumachen. Wir wollen Europa mitgestalten, aber wir erlauben uns, auf Fehlentwicklungen und Versäumnisse hinzuweisen, weil wir ein besseres Europa wollen, unter anderem ein Europa der Regionen, in dem der Subsidiaritätsgrundsatz geachtet wird.

(Beifall bei der CSU)

Fünftens, zu der Aussage des Ministerpräsidenten zum Multilateralismus. Dankenswerterweise hat bereits im Juli ein Kollege von der SPD, der Kollege Taşdelen, genau dazu eine Anfrage gestellt, weil er eine Antwort der Bayerischen Staatsregierung wollte. Ich lese die jetzt einfach vor, um die Vorwürfe auszuräumen zu können. Ich lese die Antwort der Bayerischen Staatskanzlei wörtlich vor und stelle den Text dann gerne zur Verfügung. Das war eine Anfrage zum Plenum:

(Markus Rinderspacher (SPD): Ich kenne das! Das war sehr unbefriedigend, Herr Staatsminister!)

Bei der Aussage handelte [es] sich um eine Tatsachenfeststellung und Bestandsaufnahme der aktuellen Realität. Bereits seit längerem ist zu beobachten, dass die Kraft internationaler Gremien und Institutionen zur Bewältigung dringender internationaler Herausforderungen nachlässt. Dies hat sich etwa beim Dissens über die Abschlussklärung des jüngsten G7-Gipfels in Kanada gezeigt.

Jetzt der Satz:

Multilateralismus ist und bleibt daher Wunsch und Ziel der Staatsregierung, entspricht derzeit leider aber nicht immer der Realität.

Es war eine Bestandsaufnahme, keine politische Zielbestimmung. Ich hoffe, dass mit dieser Erklärung, die schon im Juli schriftlich abgegeben worden ist, diese Vorwürfe entkräftet sind.

Sechstens. Die Abstimmung in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments war freigegeben, wie der Kollege Dorow richtig angemerkt hat.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wegen Fidesz!)

Wenn ich ganz am Rande darauf hinweisen darf: Auch zwei Sozialdemokraten haben dieser Einleitung des Verfahrens nicht zugestimmt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sozialisten aus Rumänien! Bei denen sind wir genauso kritisch!)

Das nur mal am Rande. Es ist nur eine Feststellung. Damit kann jetzt jeder machen, was er möchte. Ich sage das nur, damit man diesem Thema etwas breiteren Raum gibt.

Jetzt komme ich zu der Bewertung. Wenn das Europäische Parlament der Auffassung ist, dass in einem Mitgliedstaat die Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung dieser Werte besteht, die ich vorher genannt habe, dann gilt es selbstverständlich, diese Bedenken zu prüfen und auszuräumen. Das ist übrigens auch im Interesse des betroffenen Mitgliedstaats bzw., nachdem es zwei sind, der betreffenden Mitgliedstaaten. Ob die Vorwürfe des Berichts an das Europäische Parlament im Falle Ungarns zutreffen oder nicht, kann und sollte vom Bayerischen Landtag zum jetzigen Zeitpunkt nicht beurteilt werden. Es ist – ich möchte das klarstellen – ein Antrag auf Feststellung. Es ist nicht die Feststellung. Es ist ein Antrag.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wie verhält sich die CSU in der Bundesregierung, Herr Minister? – Thomas Kreuzer (CSU): Erst mal prüfen, Herr Rinderspacher!)

Es ist daher zu prüfen. Es ist die Aufgabe des Verfahrens nach Artikel 7, die Sachlage entsprechend zu prüfen. In diesem Rahmen wird auch mit Ungarn gesprochen, nicht über Ungarn. Das ist auch richtig so. Wir sollten uns als Parlament hüten, hier über andere Staaten zu Gericht zu sitzen, wenn ich das anmerken darf.

(Markus Rinderspacher (SPD): Aber bei der Türkei fällt Ihnen das nicht so schwer!)

Ein respektvoller Umgang miteinander, ein respektvoller Umgang mit Nachbarn, ein respektvoller Umgang mit Partnern in der Europäischen Union ohne politische Belehrungen sollte gerade für Bayern und Deutschland eine Selbstverständlichkeit sein. Das würde ich dringend erbitten. Auch mit Blick auf das bevorstehende Europäische Jahr – nächstes Jahr sind Europawahlen – kann ich nur davor warnen, die Welt in gute Europäer und in schlechte Europäer einzuteilen. Wer das macht, betreibt die Spaltung Europas. Genau das brauchen wir nicht, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Die Nationalisten betreiben die Spaltung Europas!)

Im Gegenteil – und darin sehen auch wir als Bayerische Staatsregierung für den Freistaat Bayern unsere besondere Pflicht – ist es gerade jetzt unsere Aufgabe, Brücken zu bauen, und genau das möchten wir tun.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung der Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Um Europa gut nach vorne zu bringen, müssen wir auch Minderheitenrechte achten.

Staatsminister Georg Eisenreich (Digitales, Medien und Europa): Das habe ich gemacht.

Christine Kamm (GRÜNE): Da würde mich interessieren: Was haben Sie, nachdem Sie in so engen Beziehungen zu Orbán und zur ungarischen Regierung stehen, in den letzten Jahren in Bezug auf die Achtung von Minderheitenrechten und Menschenrechten getan? Ungarn steht wie kein anderes Land in Europa für massiven Antisemitismus und für massiven Antiziganismus. Es ist wirklich schlimm, was mit den Menschen dort passiert, deren Rechte immer weiter abgebaut werden.

(Zuruf von der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Natürlich stimmt das! Schaut euch die Soros-Kampagne an!)

Es gehört zur Einigung Europas, dass man alle Menschen in Europa eint und nicht zulässt, dass ein Land Minderheiten derart ausgrenzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Georg Eisenreich (Digitales, Medien und Europa): Wir haben zu dem Thema eine glasklare Haltung. Die Bayerische Staatsregierung lehnt Antisemitismus und Antiziganismus klar ab. Es gibt viele, die sich hier einsetzen, zum Beispiel der Kollege Charly Freller als Vorsitzender der Stiftung Bayerische Gedenkstätten. Unsere Haltung ist auch dadurch dokumentiert, dass es einen Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung gibt, nämlich unseren langjährigen Kultusminister, um dieser Aufgabe besonderen Nachdruck zu verleihen. Wir haben hier wirklich eine ganz klare Haltung. Ich habe es vorher gesagt: Die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören, gehört zu den Werten Europas. Es ist Aufgabe, im Rahmen dieses Verfahrens zu prüfen, ob hier Verletzungen vorliegen.

(Beifall bei der CSU – Thomas Gehring (GRÜNE): Was haben Sie zu Orbán zu sagen?)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Bevor ich aber in die Abstimmung eintrete und die Anträge dazu wieder trenne, hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemäß § 133 Absatz 1 eine Erklärung zur Abstimmung angekündigt. Ich bitte Frau Gote zum Rednerpult. Fünf Minuten.

Ulrike Gote (GRÜNE): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte kurz begründen, warum wir als Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag der CSU gleich ablehnen werden. Der Antrag trägt die Überschrift "Für ein gemeinsames Europa – Dialog statt Spaltung" und suggeriert damit, dass das, was das Europaparlament beschlossen hat, die Spaltung bedeutet und der Dialog aufseiten derer ist, die das Verfahren abgelehnt haben. Das ist natürlich genau das Gegenteil von dem, was passiert ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Der Antrag verschleiert in seiner Wortwahl ganz bewusst die eben hier vorgeführte und auch mehrfach von Rednern der CSU gehörte Haltung der CSU. Er verschleiert diese Haltung durch die Wortwahl.

Der respektvolle Umgang mit den Mitgliedern der Europäischen Union, den der Minister eben eingefordert hat, kann nur auf der Basis des gemeinsamen Wertekanons und auf der Basis des gemeinsamen europäischen Rechts erfolgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Genau das, haben wir eben gehört, lehnen Sie ab. Sie lehnen es ab, und das haben Ihre Abgeordneten im Europäischen Parlament mit vier von fünf Abgeordneten abgelehnt. Deshalb halten wir den Antrag für eine Verschleierung Ihrer eigentlichen Haltung und eine Irreführung der Wählerinnen und Wähler und lehnen ihn ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Wir treten nun in die Abstimmung ein. Ich lasse zunächst über die Dringlichkeitsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in einfacher Form abstimmen. Danach folgt die namentliche Abstimmung über den SPD-Antrag.

Ich rufe jetzt die Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/23766 auf. Das ist der Antrag der CSU-Fraktion. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie die Kollegen Felbinger (fraktionslos) und Muthmann (fraktionslos). Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? – Stimmenthaltung der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Damit ist der Antrag angenommen.

Ich rufe jetzt die Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/23767 auf. Das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer hier seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie die Kollegen Felbinger (fraktionslos) und Muthmann (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Der Dringlichkeitsantrag ist bei Stimmenthaltung der FREIEN WÄHLER abgelehnt.

Nun komme ich zum Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/23751. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Fünf Minuten Abstimmungszeit.

(Namentliche Abstimmung von 18.32 bis 18.37 Uhr)

Die Zeit ist um. Wir schließen die Abstimmung und zählen außerhalb des Sitzungssaales aus.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Automobilland Bayern in die Zukunft führen", Drucksache 17/23763 bekannt:

Mit Ja haben 77 und mit Nein 58 gestimmt; Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Nun rufe ich zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayerns Eltern nachhaltig entlasten - Kostenfreie Kinderbetreuung endlich auch in Bayern!
(Drs. 17/23752)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u. a. und Fraktion (SPD)
Faire Bildungschancen für alle Kinder: Gebührenfreie Kitas jetzt! (Drs. 17/23768)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. – Erster Redner ist der Kollege Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir starten jetzt in die heiße Wahlkampfphase und haben heute die Gelegenheit, den Bürgern noch einmal zu sagen, wie wir uns die Familienpolitik vorstellen. Wir haben dazu heute zwei Modelle diskutiert. Jetzt diskutieren wir über unser Modell der Kostenfreiheit der Kinderbetreuung. Sie als CSU wollen den Eltern Familiengeld mit der Aussage geben, die Eltern sollen selbst entscheiden können. Sie hatten in der Vergangenheit noch das Modell, Eltern nur dann Geld zu geben, wenn sie keine Kita nutzen.

Ich glaube, dass die Debatten darüber nötig und wichtig sind, dass sie aber auch den gesellschaftlichen Wertewandel und die Änderung der gesellschaftlichen Situation in den Familien draußen auf dem Land widerspiegeln. Was vor 10, vor 20 und vor 30 Jahren unstrittig gewesen ist, ist es heute teilweise nicht mehr. Heute sind wir eben an der Stelle angekommen, dass viele Eltern nicht mehr eine Oma, eine Tante oder eine Nachbarin in der Hinterhand haben, um ihr Kind dort "zwischenzuparken", wenn Mama und Papa in der Arbeit sind. Wir sind auf Strukturen angewiesen, ob wir wollen oder nicht. Diese Strukturen müssen die Kinderbetreuung begleiten und den Eltern helfen, Familie und Arbeit unter einen Hut zu bringen. Keiner wird heutzutage anzweifeln, dass es für Eltern wichtig ist, auf Strukturen zurückgreifen zu können. Jetzt geht es darum, wie wir mit diesen Strukturen umgehen. Entweder sollen Eltern die Kinderbe-

treuung selber übernehmen und die bestehenden Strukturen eher ungenutzt lassen, oder man geht offen damit um, dass es für manche Kinder von Vorteil sein kann, wenn sie in Strukturen kommen.

Ich hatte vorhin mit einer jungen Dame ein Gespräch zu dieser Thematik. Ich hatte den Eindruck, dass sie sich sehr gut auskennt. Demnach ist es für Kinder äußerst wichtig, dass sie Wertschätzung von einer Bezugsperson erfahren. Das können, müssen aber nicht die eigenen Eltern sein. Wir brauchen gut geschulte Erzieherinnen, meistens sind es Erzieherinnen, die den Kindern im Alter von ein, zwei oder drei Jahren die Wertschätzung geben. Hier kann man natürlich diskutieren, mit wie vielen Jahren ein Kind in Betreuung gegeben werden soll. Jedoch entscheidet häufig die berufliche Situation darüber, ab wann Eltern ihr Kind in die Kinderbetreuung geben müssen. Es ist wichtig, dass Kinder Wertschätzung erfahren. Im Zweifel ist es besser, wenn Kinder in einer Betreuungseinrichtung Erfolgserlebnisse haben und die nötige Wertschätzung bekommen. Eine Bezugsperson kann dem Kind sagen: Das Bild, das du gemalt hast, oder das Flugzeug, das du gebastelt hast, ist gut. Du bist ein tolles Kind. Das ist besser, als wenn ein Kind zu Hause aufgrund überlasteter Eltern oder anderer Probleme nur eine schlechte Stimmung mitbekommt und keine Wertschätzung erfährt. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass eine betreuende Oma und ein betreuender Opa froh sind, wenn sie für ein paar Stunden zum Arzt, zum Friseur oder zum Einkaufen gehen können oder sich auch nur erholen können. Wer tagsüber ein oder zwei kleine Kinder betreuen muss, der ist abends, ich will nicht sagen durchgeschwitzt, aber durchaus gefordert. Ordentliche, verlässliche und perfekt ausgestattete Betreuungsstrukturen sind gut. Aber häufig sind diese zu teuer.

Ich beginne mit der Stadt München. Kinderkrippenplätze kosten hier von etwa 400 bis 1.500 Euro pro Kind und Monat. Meine Damen und Herren, es ist eine soziale Frage, wer sich in einer Stadt wie München überhaupt noch ein Kind leisten kann. Eltern können natürlich auch den sozialen Offenbarungseid leisten und zugeben, dass sie es nicht schaffen, und auf das Amt gehen, um die Kostenübernahme für die Kinderbetreuung zu beantragen. Mittlerweile ist dies bei 50 % der Kinder in Nürnberg der Fall. In vielen Städten wird für immer mehr Kinder die Kostenfreiheit der Kinderbetreuung gewährt, weil die Eltern sozial schwach sind. Was passiert aber mit der unteren Mittelschicht? Was passiert mit Eltern, die beide arbeiten müssen? – Diese müssen die Wohnung, die 1.500 Euro aufwärts kostet, bezahlen. Diese Eltern müssen auch noch 1.000 Euro für die Krippe hinlegen. Die schaffen das schlichtweg nicht. Diese Eltern stehen jetzt vor dem Problem, entweder zuzugeben,

dass sie sich ein zweites Kind nicht mehr leisten können, oder sich beim Amt zu melden und die Übernahme der Kita-Kosten zu beantragen. Einige Eltern haben kein Problem damit, beim Amt die Kostenübernahme zu beantragen, egal, was die Nachbarn sagen. Vielleicht ist die soziale Ächtung usw. in der Stadt nicht so ausgeprägt wie auf dem Land. Auf dem Land macht es schnell die Runde, wenn das Amt den Eltern den Kindergartenplatz zahlt.

Unterm Strich kommen wir zur Erkenntnis und zum logischen Schluss, dass kein Weg daran vorbeiführt, eine gewisse Kernbetreuungszeit von bis zu fünf Stunden täglich für Kinder ab einem Jahr in den Kitas kostenfrei zu garantieren. Es widerstrebt uns zu sagen, entweder Qualität oder Kostenfreiheit. Wir nehmen für uns in Anspruch, dass die bayerischen Grundschulen Qualität liefern und trotzdem kein Schulgeld kosten. Wir, die FREIEN WÄHLER, argumentieren, dass frühkindliche Betreuung auch Bildung ist. Bildung ist kostenfrei. Es ist somit egal, ob ein Kind von Eltern kommt, die Hartz IV beziehen. Es ist somit egal, ob es Eltern aus der unteren Mittelschicht sind, die beide "rödeln" müssen, um sich alles leisten zu können. Es ist somit egal, ob es das Millionärskind ist, bei dem die Eltern jeden Betrag zahlen, egal, was die Betreuung kostet.

Wir, die FREIEN WÄHLER, sind der Meinung, dass der Freistaat jetzt den Weg gehen soll, den viele andere Bundesländer bereits vorausgehen. Diese müssen natürlich nicht immer Vorbilder für uns sein. Berlin, Hamburg, Niedersachsen, Hessen und Rheinland-Pfalz – ich könnte die Liste verlängern – gewähren den Eltern eine gewisse Kostenfreiheit für ein gewisses Stundenbudget. Sie, die CSU-Fraktion, werden an diesem Thema nicht vorbeikommen. Spätestens nach der Landtagswahl müssen Sie diesem Thema entsprechen. Bitte kommen Sie zur Einsicht. Denken Sie jetzt nach, und bieten Sie diesen Weg an. Immer mehr Eltern können nicht verstehen, warum sie bezahlen müssen und andere nicht. Sie verstehen nicht, warum der Staat nicht stärker hilft. Ihre 250 Euro im Monat sind nicht zielgenau genug. Den Eltern in der Stadt, bei denen der Krippenplatz 500 bis 1.000 Euro pro Kind und Monat kostet, ist mit 250 Euro Familiengeld nicht ausreichend geholfen. Andere nehmen das Geld vielleicht einfach so mit.

Sie haben vorher erwähnt, dass das Familiengeld für andere Staaten indexiert sei. Indexiert heißt nicht null. Sagen Sie mir: Wie ist der Index für Tschechien? Wie ist der Index für Eltern, bei denen ein Elternteil in Deutschland arbeitet? Diese Eltern werden beim Amt wohl angeben, dass das eineinhalbjährige Kind in Deutschland ist. Vielleicht ist dieses Kind auch zwei Tage die Woche in Deutschland. Aber anschließend

ist es fünf Tage bei der Oma in Tschechien. Auch diese Eltern werden das Familiengeld beantragen. Wir müssen diesen Eltern dann nachweisen, dass das Kind nicht im deutschen Haushalt lebt, sondern in Tschechien. Wir werden da Gerichtsurteile erleben. Wir können das Vorgehen auch dulden und akzeptieren, dass uns diese Menschen bescheißen.

Besser ist es doch, wenn Kindern, die hier in die Krippe oder den Kindergarten gehen, Kostenfreiheit gewährt wird. Damit sparen Sie sich all die anderen juristischen Manöver. Sie sparen sich die Zahlung von Geld ins Ausland. Dasselbe Thema haben wir mit dem Kindergeld. Früher dachte man, dass den Eltern mit deutlich mehr Kindergeld geholfen sei. Jedoch stellen wir nun fest, dass immer mehr, Hunderte Millionen Euro, in andere europäische Länder überwiesen werden. Wir können das Thema von allen Seiten beleuchten.

Wir, die FREIEN WÄHLER, sind zu dem Entschluss gekommen, dass der richtige Weg ist, jetzt als Freistaat folgenden Weg zu gehen: Für Eltern soll die Kernbetreuungszeit von bis zu fünf Stunden täglich für Kinder ab einem Jahr in den Einrichtungen kostenfrei sein. Die Eltern müssen das natürlich nicht in Anspruch nehmen.

Wir verbessern auch die Qualität der Kinderbetreuung. Euer Familiengeld kostet jährlich etwa 750 Millionen Euro. Die von den FREIEN WÄHLERN vorgeschlagene Kostenfreiheit liegt dagegen bei knapp 500 Millionen Euro. Hier können wir noch sehr viel zur Qualitätsverbesserung tun. Dahinter stehen wir. Somit können wir noch mehr für die bessere Bezahlung der Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen tun. Wir können die Qualität anheben, indem wir den Betreuungsschlüssel verbessern. Kinder von Flüchtlingsfamilien müssen höher eingestuft werden, damit nicht so viele in einer Gruppe der Kinderkrippe sind und damit vielleicht den Lernfortschritt behindern.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Kommen Sie bitte zum Ende.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Stimmen Sie der Kostenfreiheit zu, ab Herbst müssen Sie das sowieso tun. Das ist der richtige Weg.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Die Kollegin Heckner hat eine Zwischenbemerkung.

Ingrid Heckner (CSU): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Lieber Kollege Aiwanger! Habe ich Sie richtig verstanden? Sie wollen die Kostenfreiheit für die Kita anstelle des Familiengeldes? – So habe ich Sie ver-

standen. Dies bedeutet aber, dass Eltern, die die Betreuung mit Oma, Opa usw. zu Hause übernehmen wollen, nichts bekommen. Dafür ist dann der Kindergarten kostenfrei. So habe ich Sie verstanden.

Zweite Frage: Wissen Sie denn, wie viele ohnehin schon nichts für den Kindergarten bezahlen, weil sie unter eine gewisse Einkommensgrenze fallen? Damit wäre eine kostenfreie Kita ein Programm für Mittel- bis Besserverdienende.

(Beifall bei der CSU)

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Wir gehen jetzt einmal den Weg der Kostenfreiheit und werden dann einen Kassensturz machen. Sie sagen, die Milliarden säßen so locker, dass Sie die Kostenfreiheit und die bessere Bezahlung hinbekommen. Wenn noch 300 Millionen Euro übrigbleiben und man nicht weiß, wohin damit, können wir Eltern mit Kindern im Alter von 12 bis 18 oder 24 Monaten noch das Familiengeld obendrauf legen. Aber ich glaube, diese Finanzspanne wird am Ende bei genauem Hinsehen nicht vorhanden sein. Damit sage ich ganz klar: Unsere Priorität ist die Kostenfreiheit. Wenn wir weitere Modelle finden, um Eltern zusätzlich zu entlasten, dann sei das so. Bei einem Kind von 12 Monaten, das noch nicht gehen kann, werden viele sagen: Lasst es noch zu Hause. Spätestens ab 18 Monaten oder 2 Jahren kippt die Argumentation des Familiengelds, das Kind zu Hause zu lassen, deutlich in Richtung Kostenfreiheit und Betreuungsstruktur. Wenn Sie für diesen Schnittbereich genügend Geld gehortet haben – das wissen wir heute nicht –, dann gönnen wir den Eltern dieses Geld. Die Kostenfreiheit hat für uns jedoch die erste Priorität.

An dieser Stelle – das möchte ich erwähnen – verstehe ich auch die GRÜNEN nicht. Sie wollen nicht die Kostenfreiheit, sondern die Qualität nach vorne stellen. Sie sagen, Qualität und Kostenfreiheit würden sich ausschließen. Ich bin der Überzeugung, dass beides nötig ist. Sie sagen, dass schon viele Familien einen kostenfreien Krippen- oder Kindergartenplatz erhalten. Ich kenne die Zahlen aus Nürnberg. Dort sind es 52 %. Ich kenne die Zahlen aus ganz Bayern nicht auswendig. Das bestärkt jedoch mein Argument. Die untere Mittelschicht fühlt sich doch veräppelt, wenn beide Elternteile arbeiten und sich bemühen, sparsam zu leben, um mit ihrem Verdienst die Kita-Gebühren zu bezahlen. Wenn ein Elternteil keinen Arbeitsplatz findet, es nervlich nicht aushält und zu Hause bleiben will, besteht Kostenfreiheit. Ihr Modell ist eigentlich leistungsfeindlich. Diejenigen, die arbeiten, werden bestraft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Ingrid Heckner (CSU): Das ist ein Schmarrn!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Dr. Strohmayer.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deswegen fordern wir Sozialdemokraten seit Jahren und Jahrzehnten: Bildung muss kostenfrei sein.

(Beifall bei der SPD – Ingrid Heckner (CSU): Schrei doch nicht so!)

– Ich glaube, das Mikro ist heute so laut.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Gehen Sie nicht so nah ran.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Bildung muss kostenfrei sein. Das gilt natürlich auch ganz besonders für die Kitas. Kitas sind Bildungseinrichtungen, und sie müssen kostenfrei sein. Das ist unsere tiefe sozialdemokratische Überzeugung.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit stehen wir nicht alleine. 69 % der Eltern in Bayern haben Probleme, die Gebühren für die Kita aufzubringen. Diese Zahl ist nicht erfunden, sondern findet sich im Sozialbericht der Staatsregierung wieder. Das ist auch nicht verwunderlich; denn die Kita-Gebühren hier in Bayern sind hoch, durchschnittlich 117 Euro für den Kindergarten und 175 Euro für eine Kinderkrippe. In Ballungsräumen fallen weitaus höhere Beiträge an; 500 bis 1.000 Euro sind dort Normalität. Viele Familien haben mehrere Kinder im Kindergartenalter. Sie sind zwei- oder mehrfach betroffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines ist mir ganz besonders wichtig: Kostenfreiheit und Qualitätssteigerung, beides ist möglich.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

An dieser Stelle gibt es kein Entweder-oder, sondern es muss ein Und geben. Der Freistaat Bayern ist eines der reichsten Bundesländer. Es kann nicht sein, dass wir bei den Kitas ganz hinten stehen. Andere Bundesländer machen es uns schon lange vor. Niedersachsen hat zum 1. August mit der Gebührenfreiheit angefangen. Hessen und Berlin haben die Kita-Gebühren weitgehend gestrichen. Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern visieren die Kostenfreiheit an. Ich habe das einmal hochgerechnet: Für die kos-

tenfreie Kita für zwei- bis sechsjährige Kinder für circa sechs bis sieben Stunden – das ist die durchschnittliche Buchungszeit – würden im Endausbau 535 Millionen Euro anfallen. Das ist vom Freistaat Bayern als einem der reichsten Bundesländer durchaus leistbar. Die Kommunen müssen nicht belastet werden.

(Beifall bei der SPD)

Liebe CSU, was Sie in Bayern machen, ist wirklich kontraproduktiv. Im Nachtragshaushalt wurde kein Cent für die frühkindliche Bildung bereitgestellt. Das ist eine Schande.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen konnte die Qualität in den Kitas in den letzten Jahren auch kaum gesteigert werden. Die Gruppen sind in vielen Kitas immer noch viel zu groß.

(Beifall bei der SPD)

Es kommt noch schlimmer. Bayern spart seit Jahren bei der frühkindlichen Bildung. Pro Jahr und Kind werden in Bayern hierfür 4.462 Euro ausgegeben – so die Bertelsmann-Studie. Im Bundesdurchschnitt sind es 4.778 Euro pro Kind. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, das sind 300 Euro mehr als bei uns in Bayern. Sehr geehrte Frau Ministerin, so sieht nämlich die Realität aus. Darauf möchte ich Sie noch einmal ausdrücklich hinweisen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin jetzt 15 Jahre Mitglied des Bayerischen Landtags. In dieser Zeit haben wir unzählige Anträge zur Kostenfreiheit der Kita gestellt. Ich sehe meine Kollegin Johanna Werner-Muggendorfer. Sie hat viele Jahre vor mir diesen Bereich betreut. Sie hat die kostenfreie Kita bereits in den Neunzigerjahren gefordert. Im Jahr 2016 hat meine Kollegin Doris Rauscher einen Stufenplan für Bayern erarbeitet, der zeigt, wie es möglich ist, die kostenfreie Kita in Bayern umzusetzen. Ich freue mich, dass die FREIEN WÄHLER jetzt auch darauf gekommen sind, dass die Kita kostenfrei sein muss.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Kollegin, bitte beachten Sie die Uhr.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Das ist gut. Liebe CSU, besser wäre es, wenn ihr es auch endlich kapiert würdet und wir es einfach gemeinsam umsetzen würden.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Huber.

Thomas Huber (CSU): Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Aiwanger, wenn dieser Überbietungsprozess nur nicht so traurig wäre.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr habt uns überboten!)

Lieber Herr Kollege Aiwanger, in der Begründung Ihres Antrags haben Sie uns Wahlkampfmanöver und Wahlgeschenke unterstellt. Ich richte eine ganz ehrliche Frage an Sie: Die Staatsregierung ist im März ins Amt gekommen und hat im April ihre Arbeit aufgenommen. Die Mitglieder der Staatsregierung wurden vor sechs Monaten berufen. Soll die Staatsregierung ab dem Zeitpunkt, an dem der Wahlkampf beginnt, aufhören zu arbeiten? – Sie unterstellen uns, dass alle Entscheidungen, die wir für die Familien treffen, Wahlgeschenke seien.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Natürlich, ihr hättet jahrelang Zeit gehabt!)

Herr Aiwanger, bei allem Verständnis, das ist unredlich.

(Beifall bei der CSU)

Stattdessen schlagen Sie uns ein neues Kapitel in der Wahlkampf-Episode "Freibier für alle" auf.

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben es ja selber erwähnt. Was kommt als Nächstes? – Ich bin schon gespannt auf den Antrag "Abschaffung der Steuern". Der Staat nimmt dann nur noch Kredite auf, um die Leistungen für den Bürger zu erbringen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Erbschaftsteuer weg! Das haben wir schon lange gefordert! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Herr Aiwanger, ganz ehrlich, Ihre Beschreibung und auch die Wortwahl in dem Antrag lassen Rückschlüsse zu. Sie sprechen von irgendeinem Bundesland, aber nicht von Bayern. Da lese ich "familienpolitisches Desaster"; das passt besser nach Berlin. Möglicherweise bringen Sie Ihre Rollen als Bundes- und Landesvorsitzender der FREIEN WÄHLER etwas durcheinander.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich nicht!)

Vielleicht konzentrieren Sie sich wieder ein bisschen auf Ihre Aufgaben hier drinnen und nehmen nicht Berliner Verhältnisse in Bayern an.

Herr Kollege Aiwanger, in einem haben Sie aber recht. Das Einzige, was stimmt, ist die Formulierung vom Eiertanz um das Bayerische Familiengeld, den die SPD in Berlin und hier veranstaltet. Hier in Bayern jammern und in Berlin verhindern – das ist an Doppelzüngigkeit nicht zu überbieten. Meine Damen und Herren, das ist ein Schmierentheater auf Kosten der Schwächsten in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt reden wir wieder von Bayern. In Bayern haben wir Leistungen für Familien entwickelt, wie sie kein anderes Bundesland hat. Herr Kollege Aiwanger, im Doppelhaushalt 2017/2018 investieren wir rund 5 Milliarden Euro für Familien. Dafür haben wir gesorgt, die CSU-geführte Staatsregierung. Da möchte ich ein herzliches Dankeschön sowohl an die Familienministerin Schreyer als auch an ihre Vorgängerin Emilia Müller und an den Finanzminister aussprechen, die letztendlich dafür auch die Grundlagen gelegt haben. Ein herzliches Vergelt's Gott.

(Beifall bei der CSU)

Der Freistaat unterstützt die Familien insbesondere durch den immensen Ausbau unserer Kitas und beschreitet erfolgreiche Wege der Qualitätssicherung. Sie haben die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten gehört. Wir wollen in Bayern 2.000 neue Tagespflegepersonen und pädagogische Qualitätsbegleiter. Wir haben insgesamt fast 550.000 Kinder in 9.359 Kindertageseinrichtungen. Kein Land in Deutschland hat so viele Landesmittel in den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren investiert. Von 2008 bis 2024 erreichen die Bewilligungsmittel für den Kita-Ausbau in Bayern insgesamt bis zu 1,62 Milliarden Euro. Davon sind 922 Millionen reine Landesmittel.

Herr Kollege Aiwanger, wir unterstützen die Kommunen und lassen sie bei der Erfüllung dieser Aufgabe nicht im Stich. Bayerns Kommunen haben hervorragende Förderkonditionen für die Kinderbetreuung. Die Landesmittel für die Betriebskosten erreichen allein im Jahr 2018 fast 1,7 Milliarden Euro, darunter fast 500 Millionen im U-3-Bereich.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

Wir investieren weiter. Lesen Sie die Regierungserklärung durch. Stichpunktartig sage ich: Statt nur auf Ge-

bührenfreiheit zu setzen, steigern wir lieber die Qualität der Betreuung.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

Meine Damen und Herren, wir starten eine Qualitäts-offensive, und auch ihre Finanzierung muss gesichert werden.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wir schaffen bis zu 30.000 Plätze bis 2020, und wir setzen uns für eine Abdeckung der Ferien- und Randzeiten ein. Das ist auch wichtig für die Familien, die Sie angesprochen haben. – Herr Aiwanger, vielleicht hören Sie mir zu. Sie haben das vorher kritisiert. Wir schaffen die Grundlagen zur Abdeckung dieser Zeiten. Wichtig ist auch die dazu gehörende Finanzierung. Ganz ehrlich: Was bringt Ihnen die Gebührenfreiheit, wenn Sie keine Plätze haben? – Deswegen müssen wir vorher die Plätze schaffen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Beides!)

– Ja, beides, am besten gleichzeitig, logisch. Zusätzlich werden wir in den nächsten fünf Jahren entsprechend dem Regierungsprogramm unseres Ministerpräsidenten 2.000 Tagespflegepersonen finanzieren, damit den Erzieherinnen mehr Zeit für die individuelle Betreuung bleibt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Werden, werden!)

– Ja, richtig, werden. Wir haben neben dem, was wir bereits getan haben, auch noch etwas vor. Die Regierung ist erst seit sechs Monaten im Amt, Herr Kollege, aber sie arbeitet bereits jetzt an der Zukunft.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wir bauen die Betreuung sukzessive aus. Schließlich werden wir auch mit dem Bund zusammen den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter umsetzen. Wir hoffen, dass dann hier auch die Sozialdemokraten dabei sind. Bis 2025 sollen 10.000 Hortplätze geschaffen werden.

Herr Kollege, die volle Kostenfreiheit lehnen wir ab, weil sie qualitativ nichts bringt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Fünf Stunden!)

Sie fordern fünf Stunden, die SPD fordert sieben Stunden. Wer fordert mehr? Das bringt qualitativ auch

nichts. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Was nichts kostet, ist auch nichts wert. Das ist ein alter bayerischer Spruch.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann müssen wir wieder Schulgeld einführen!)

Schon jetzt weiß man aus den Bundesländern, die eine volle oder weitgehende Kostenfreiheit haben, dass dort massive Qualitätsprobleme entstehen und viele Fachkräfte fehlen. Ich habe die Bertelsmann-Studie gelesen. Frau Strohmayr, Beispiel Berlin: Hier zahlen die Eltern am wenigsten, aber dafür ist die Betreuungsqualität mit am schlechtesten. Das steht auch in dieser Studie.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Der Vorstand der Bertelsmann Stiftung, Jörg Dräger, hat gesagt, dem politischen Versprechen der Beitragsfreiheit fehle die finanzielle Substanz. Aktuell sei zu befürchten, dass die Qualität auf der Strecke bleibt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das wollen wir nicht.

(Doris Rauscher (SPD): Das haben wir in der Hand!)

Wir wollen in Bayern in die Qualität und in unsere Fachkräfte investieren.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Warum haben Sie das dann nicht schon getan?)

Dazu gehören auch eine attraktive Bezahlung und eine attraktive Ausbildung. Eines ist doch klar: Mehr Plätze und mehr Qualität gehen nur mit gut geschulten Fachkräften; die müssen wir aber erst gewinnen. Herr Kollege, Sie haben vorher angesprochen, wie schwierig es ist, diese Fachkräfte zu bekommen.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Herr Aiwanger, der Freibier-Ansatz der FREIEN WÄHLER sendet völlig falsche Signale aus, und zwar an die heutigen Fachkräfte und an die von morgen.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Früher hat die CSU mit Freibier Wahlen gewonnen!)

Die Bertelsmann Stiftung beziffert die jährlichen Kosten deutschlandweit – um auch diese Zahl zu nennen – auf 15,3 Milliarden Euro, wenn die Kitas kostenlos werden und gleichzeitig die Qualität gewährleistet bleiben soll. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch unseren Eltern in Bayern ist es wichtig, dass ihre Kin-

der gut betreut sind. Herr Aiwanger, Ihr Ansatz zielt auf eine billige Betreuung, nicht auf eine hoch qualitative Betreuung.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Demnach wäre das letzte Kindergartenjahr auch eine billige Betreuung!)

– Dann ist das vielleicht eine Effekthascherei von Ihnen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Aiwanger, ich bitte um etwas Ruhe.

Thomas Huber (CSU): Seien Sie halt einmal still; das ist ja furchtbar.

(Beifall bei der CSU)

Der Vorstand der Bertelsmann Stiftung hat auch dazu etwas gesagt: Gute Qualität in den Kitas ist Eltern wichtig und dafür sind sie auch bereit zu zahlen. Das Ergebnis dieser Umfrage von 2018 – ich zitiere –:

Trotz der Belastung durch Kita-Beiträge und Zusatzgebühren wäre – unabhängig vom Einkommen – die Mehrheit der Eltern bereit, für eine bessere Qualität noch höhere Kita-Beiträge zu bezahlen: 59 % der Eltern oberhalb, aber auch 53 % der Eltern unterhalb der Armutsrisikogrenze würden für mehr Personal und bessere Ausstattung auch höhere Beiträge akzeptieren.

Deswegen erkläre ich Ihnen noch einmal ganz kurz unseren Ansatz: Der Freistaat Bayern leistet im letzten Kindergartenjahr einen Beitragszuschuss von 100 Euro monatlich. Das bedeutet für viele, gerade in den ländlichen Regionen, fast Beitragsfreiheit. Seit September 2018 – das haben wir heute schon mehrfach gehört – können die Familien auch das Familiengeld für die Finanzierung der Kita-Beiträge einsetzen. Diese Dinge zusammen sind uns wichtig. Sie ergeben auch ein Stück weit Wahlfreiheit. Gerade weil wir auch die Familien, die Verantwortung und das Engagement der Eltern wertschätzen und ihren Entscheidungsspielraum respektieren, geben wir Geld nicht nur für die Kinderbetreuung und Beitragsentlastung aus, sondern eröffnen den Familien auch die Möglichkeit, selbst zu entscheiden.

Der Personenkreis, der immer wieder vergessen wird, der tatsächlich auf Beitragsfreiheit angewiesen ist, wird entlastet. Schauen Sie sich die Wirtschaftliche Jugendhilfe an; die dürfen wir doch bei der ganzen Diskussion nicht vergessen: Von der Wirtschaftlichen Jugendhilfe werden die Kita-Beiträge derer übernommen, die ein geringeres Einkommen haben. Liebe FREIE WÄHLER, liebe SPD, Kitas kostenlos zu stel-

len, hilft – die Kollegin hat es vorhin in ihrem Wortbeitrag auch angesprochen – meines Erachtens den besserverdienenden Familien.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Auch das sind Menschen!)

Ich leite daraus ab, dass Sie nur den besserverdienenden Familien helfen wollen. Das Familiengeld bekommen alle – hoffentlich –, wenn wir das durchsetzen, was momentan ein Bundesminister in Berlin verhindert.

Abschließend noch ein Berechnungsbeispiel: Das vielgelobte und vielzitierte Hessen – dort gilt Beitragsfreiheit – zahlt bis zur Einschulung eines Kindes 4.900 Euro. 137 Euro monatlich mal zwölf Monate mal drei Jahre ergeben gerundet 4.900 Euro. In Bayern zahlen wir mit dem Familiengeld und mit dem bezuschussten letzten Kindergartenjahr je Kind 7.200 Euro bei ein und zwei Kindern und rund 7.800 Euro ab dem dritten Kind.

Jetzt können Sie an dem Beispiel von Hessen und Bayern selbst errechnen, in welchem Bundesland die Familien besser fahren. Ich gebe Ihnen die Antwort: die Familien in Bayern. Wir haben ein Gesamtkonzept; das sind ja nicht nur einzelne Bausteine. Wenn man sich dieses Gesamtkonzept anschaut, so sieht man: Kein anderes Land unterstützt seine Familien in dieser Art und Weise. Angesichts der Gesamtleistungen – Ausbau, Kinderbetreuung, Investitionskostenzuschüsse, Kindergartenbeitragszuschuss im letzten Jahr und jetzt auch das Bayerische Familiengeld – fahren die Familien in Bayern besser.

Liebe Kollegen von der SPD, in Ihrem Antrag steht, Bayern solle Familienland Nummer eins werden. Ich sage: Wir wollen, dass Bayern Familienland Nummer eins bleibt.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Die Kollegin Gottstein erhält das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Huber, fangen wir bei Ihrem Beispiel, bei den 7.200 Euro in Bayern im Vergleich zu den 4.900 Euro in Hessen, an. Die Praxis zeigt halt, dass ich, wenn ich dieses Geld für mein zwei- oder dreijähriges Kind bekomme, es nicht aufhebe, bis das Kind in den Kindergarten kommt.

Zum anderen bitte ich Sie um gewisse Vorsicht im Umgang mit Zahlen. Sie sagen, die anderen Bundesländer gäben viel weniger aus. Das muss man dann

einfach grundsätzlich auf ein Kind herunterrechnen; denn man kann nicht Äpfel mit Birnen vergleichen.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Heckner (CSU))

Sie argumentieren, Sie wollten Qualität und wir würden ohnehin keine Fachkräfte bekommen. Da frage ich mich, warum Sie nicht unser Schulsystem kostenpflichtig machen; denn wir haben momentan auch nicht genügend Grundschullehrer. Die würden wir dann ja auch anderweitig bekommen.

Auch argumentieren Sie, wir wollten nur die Besserverdienenden unterstützen. Somit unterstützen Sie mit dem jetzigen Schulsystem auch nur die Besserverdienenden; denn ab der Grundschule kostet die Bildung nichts.

Wenn ich sage, Bildung ist wichtig, dann ist sie ab dem Moment, ab dem Bildung erforderlich ist, bereitzustellen.

(Lachen der Abgeordneten Ingrid Heckner (CSU))

Immer wenn Sie sagen, Sie täten in der letzten Zeit so viel, vergessen Sie, dass Sie bis vor 20 Jahren neigiert haben, dass man in Bayern überhaupt frühkindliche Bildung braucht. Sie und ich waren nicht allein in einem Kreistag. Die CSU-Meinung war ganz klar: In unserem anständigen Bayern bleibt die anständige Mutter zu Hause. Wir brauchen keine Kinderkrippen und keine Kindergärten.

(Zurufe von der CSU)

– Ich zeige Ihnen die Protokolle von Sitzungen in Kreistagen vor 20 Jahren. Das war so.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU – Glocke der Präsidentin)

Ich warte darauf, dass Sie letztendlich auch hier Einsicht zeigen, ähnlich wie beim G 9. Als Sie noch gar nicht im Landtag waren, wurde auch darüber diskutiert.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Kommen Sie bitte zum Ende, Frau Kollegin.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Dann habe ich noch die Schlussfrage, ob Sie es richtig finden, dass, weil man es hier relativ willkürlich und nicht wie im Schulbereich zentral macht, bei Ihnen im südlichen Oberbayern der Anstellungsschlüssel 1 : 7,5 und in Oberfranken 1 : 10,7 beträgt, und ob es eine Begründung hierfür gibt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Thomas Huber (CSU): Frau Kollegin Gottstein, ich glaube, auf die Zeit vor 20 Jahren brauche ich nicht einzugehen.

(Zuruf der Abgeordneten Eva Gottstein (FREIE WÄHLER))

– Frau Kollegin Gottstein, vor 20 Jahren war die Situation wohl noch eine ganz andere. Das können Sie wahrscheinlich aus Ihrer Erfahrung, aus Ihrer damaligen Zeit im Schuldienst, viel besser bewerten. Aber dies heute in Verbindung mit unserer Zielsetzung als Argument zu erwähnen? – Wir sind doch diejenigen, die die Wahlfreiheit für unsere Familien schaffen, selbst zu entscheiden, ob sie das Geld für die Betreuung zu Hause oder für die Betreuung in einer Kita verwenden wollen. Das habe ich im Zusammenhang mit dem Antrag ausführlich dargestellt.

Nun zum Thema Lehrer. Ganz ehrlich: Woher nehmen, wenn nicht stehlen? – Sie haben das südliche Oberbayern genannt. Ich glaube, ich brauche Ihnen nicht zu erklären, dass hier im Ballungsraum München wirklich die größte Herausforderung besteht, entsprechende Fachkräfte zu bekommen. Das ist nicht nur im Schulbereich und im öffentlichen Dienst so, sondern auch in vielen anderen Bereichen.

Beim Anstellungsschlüssel sind wir meiner Ansicht nach auf einem guten Weg. Wir haben hier schon einiges gemacht. Den Rest entscheiden die Träger!

Zu den anderen Fragen verweise ich auf das Regierungsprogramm; hier steht, dass wir viele Verbesserungen durchführen wollen.

(Beifall bei der CSU – Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Das ist keine Antwort! Warum 7,5 und 10,7?)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Kinder und insbesondere unsere Kleinsten gehören in den Mittelpunkt unserer Politik. Der Zugang zu frühkindlicher Bildung ist von grundlegender Bedeutung für die Entwicklung unserer Kleinsten, und die Kindertagesstätten sind unverzichtbare, wichtige Lern- und Erfahrungsorte. Eine gute Ausstattung unserer Kindertagesstätten und -krippen ist eine wichtige Voraussetzung für eine chancengerechte Gesellschaft, in der die soziale Herkunft der Eltern eben nicht mehr über die späteren Bildungschancen der Kinder bestimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie ist auch der Schlüssel für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für die Unterstützung von Alleinerziehenden und für die Bekämpfung von Familien-, Alters- und Kinderarmut.

Wir brauchen hier in Bayern als Erstes einen schnellen, bedarfsgerechten und flächendeckenden Ausbau der entsprechenden Angebote. Gebührenfreiheit, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, nützt denen nicht, die kein Angebot haben.

In Bayern liegt der tatsächliche Ausbaubedarf nach wie vor deutlich über den Ausbauplanungen von Bund und Ländern. Das Deutsche Jugendinstitut hat bereits 2015 errechnet, dass 43 % der Eltern von Kindern unter drei Jahren einen Betreuungsplatz suchen, dass aber derzeit in Bayern leider nur 27 % einen solchen Platz finden. Bayern ist beim Ausbau vom Bedarf meilenweit entfernt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hinzu kommt, dass der Ausbau regional extrem unterschiedlich ist. Vielleicht noch eine Zahl, um zu zeigen, wie weit wir hier in Bayern sind: Von den zehn Landkreisen mit den niedrigsten Betreuungsquoten in Deutschland befinden sich neun in Bayern.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Hört, hört!)

In Bayern fehlen mindestens 30.000 Betreuungsplätze im U-3-Bereich. Hinzu kommt, dass viele Eltern auf Ganztagsplätze oder ausreichende Betreuung in den Randzeiten angewiesen sind. Das gilt insbesondere für Alleinerziehende, die mit einem Fünf-Stunden-Angebot in der Regel nicht berufstätig sein können. Ein ausreichendes Angebot fehlt in vielen Regionen Bayerns bei Weitem. Das Bayerische Sonderausbauprogramm für den Krippenausbau ist im Jahr 2014 ausgelaufen. Seither stagniert der Ausbau. Es geht nicht viel voran. Bayern hat seine Kommunen und seine jungen Eltern bei der Schaffung eines bedarfsgerechten Angebots in den letzten Jahren im Regen stehen lassen.

Wir sagen: Der Freistaat muss seine Kommunen und seine jungen Eltern durch den Ausbau und durch den Betrieb der Kindertagesstätten besser unterstützen. Er muss zudem die Betriebskostenförderung erhöhen. Er muss die Kommunen weiterhin entlasten, und zwar durch eine entsprechende Förderung des Kostensatzes für Bedürftige. Wir haben von Herrn Aiwanger gehört, wie viele davon betroffen sind. Der Freistaat muss auch bei den Betreuungskosten Entlastungen durch entsprechende Berechnungen bei den Schlüsselzuweisungen vornehmen. Er muss ein Sonderin-

vestitionsprogramm und ein bedarfsgerechtes Förderprogramm für die Öffnung von Randzeiten auflegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zudem müssen wir dringend die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen unserer Erzieherinnen verbessern. Außerdem müssen wir die Fachkraft-Kind-Relation, also den Stellenschlüssel in unseren Einrichtungen, anheben. Im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern hat sich in Bayern die Fachkraft-Kind-Relation in den letzten Jahren kaum verbessert. Auf eine vollzeitbeschäftigte Fachkraft in einer Kindertagesstätte kommen in Bayern 8,8 Kindergartenkinder und 3,8 Krippenkinder. Damit liegt Bayern deutlich unter dem Durchschnitt der alten Bundesländer.

Für eine hochwertige Betreuung müssen nach der Berechnung der Bertelsmann Stiftung 8.800 zusätzliche Vollzeitarbeitsplätze geschaffen werden. Auch die nötigen Erzieherinnen müssen gewonnen werden. Diese können wir nur gewinnen, wenn deren Arbeitsbedingungen verbessert werden, sodass sie das Gefühl haben, sie könnten diesen Job stemmen, ohne sich nach sieben Jahren ausgebrannt zu fühlen.

Unsere Erzieherinnen brauchen ausreichend Zeit für Sonderaufgaben. Das ist in unserem BayKiBiG überhaupt nicht geregelt. Die Erzieherinnen brauchen mehr Zeit für Weiterbildung und Elternarbeit, und die Leiterinnen brauchen mehr Zeit für ihre Leitungsaufgaben; denn die Zeit für Leitungsaufgaben spielt eine entscheidende Rolle für die Weiterentwicklung der Qualität unserer Einrichtungen.

Wir müssen diese Aufgaben stemmen und lösen. Erst dann haben die Eltern etwas von der Beitragsfreiheit. Wir sagen: Der Ausbau des Angebots und der Qualität der Betreuung sowie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Erzieherinnen müssen jetzt kommen. Diese Punkte dürfen nicht länger aufgeschoben werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/23752 – das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER sowie Herr Kollege Felbinger (fraktionslos) und Herr Kollege Muthmann (fraktionslos). Danke schön. Ich bitte, die Gegenstimmen anzu-

zeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/23768 abstimmen. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, Herr Kollege Felbinger (fraktionslos) und Herr Kollege Muthmann (fraktionslos). Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt, und der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Rosenthal, Kohlen und anderer und Fraktion (SPD), "Landtag begrüßt das klare Signal des Europaparlaments an Orbán: EU-Grundwerte müssen eingehalten werden!", auf Drucksache 17/23751 bekannt. Mit Ja haben 42, mit Nein 66 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 9 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u. a. (SPD)
Wohnraum im ländlichen Raum: Förderoffensive Nordostbayern ausweiten (Drs. 17/22241)

Ich eröffne die Aussprache und gebe bekannt, dass die Redezeit 24 Minuten beträgt. Der erste Redner ist Herr Kollege Adelt.

Klaus Adelt (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin hinter mir, sehr geehrte Frau Präsidentin vor mir, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits im November 2016 haben Christoph Rabenstein und ich in den Landtag einen Antrag mit dem Ziel eingebracht, die Gemeinden des Fichtelgebirges, die nicht in das Sonderprogramm Nordbayern-Initiative aufgenommen worden sind, in dieses Programm aufzunehmen. Diesen Gemeinden war eine Aufnahme nicht möglich, obwohl ihre Nachbargemeinden jederzeit diese Möglichkeit hatten. Der Antrag wurde von der CSU-Fraktion abgelehnt. Im Jahr 2017 haben wir mehrere Schriftliche Anfragen an die Staatsregierung gerichtet. Wir wollten wissen, ob die Gemeinden und Städte in das Sonder-

programm aufgenommen werden könnten. Die Antwort: Die Staatsregierung sieht keinen Handlungsbedarf. Überhaupt sei das Förderprogramm nur zeitlich begrenzt.

Im Juni 2017 haben Inge Aures, Susann Biedefeld und Christoph Rabenstein ein Schreiben an Ministerpräsident Horst Seehofer gerichtet. – Kein Erfolg. Im Dezember 2017 haben wir, nachdem die Landtagsabgeordnete Gudrun Brendel-Fischer von einer Einbindung der demographiegeplagten Fichtelgebirgsgemeinden in die Förderoffensive gesprochen hat, erneut einen Antrag gestellt. Auch dieser wurde abgelehnt.

Mittlerweile hat die Staatsregierung angekündigt, mit der Initiative "Innen statt Außen" Gemeinden beim Flächensparen im Rahmen der Städtebauförderung und Dorferneuerung mit zu 90 Prozent zu unterstützen. Damit sollten leer stehende Gebäude revitalisiert werden. Meine Damen und Herren, was hier umgesetzt wird, ist nichts anderes als das, was wir seit zwei Jahren fordern, nämlich die Ausweitung der Förderoffensive Nordostbayern. Damit die Abkupferei nicht ganz so sehr auffällt, heißt das Ganze jetzt "Flächensparen". Das ist ein guter Schachzug. Sie "klauen" einen roten Inhalt, streichen ihn leicht grün an und verkaufen ihn dann als schwarz. So kenne ich das aus den letzten fünf Jahren.

An dieser Stelle möchte ich auf die Finanzierung eingehen. Aus unserer Sicht ist das Programm unterfinanziert. Für das Programm stehen 75 Millionen Euro zur Verfügung. Genauso viel stand für das Sonderprogramm der Förderoffensive zur Verfügung. Zusammen mit dem Programm für die Dorferneuerung sind das 90 Millionen Euro für fünf Landkreise und eine kreisfreie Stadt, unabhängig vom Personal in den Regierungen und den Baukapazitäten. Das Programm ist massiv überzeichnet. Mit Stand Mai 2018 hatten die Kommunen Projekte für rund 300 Millionen Euro angemeldet. Jetzt erhalten sie 75 Millionen Euro.

Statt einem neuen Papiertiger wollen wir die Einbeziehung privater Eigentümer in die Förderoffensive. Denn es bringt nichts, wenn eine Stadt oder eine Gemeinde zwei Häuser in einer Straße saniert, solange sich die Schlüsselimmobilie am Anfang der Straße in einem erbärmlichen Zustand befindet.

Wir wollen eine Förderung des Wohnraums in den ländlichen Gemeinden. Diese soll nicht nur auf Oberfranken beschränkt sein. Bei einem Mietspiegel von fünf Euro pro Quadratmeter in unserer Heimat wird kaum jemand investieren, der mindestens 8 Euro pro Quadratmeter verlangen müsste. Bei uns sind die Einkommen eben wesentlich niedriger. In Hof kann nie-

mand 8 Euro für den Quadratmeter bezahlen. Hof ist dabei kein Einzelfall. Wir haben wenige bezahlbare und bewohnbare Wohnungen, aber trotzdem jede Menge Leerstand. Wir müssen hier Abhilfe schaffen und Wohnungen mit besserem Zuschnitt und besserer Qualität erstellen.

Wir sind der Ansicht, dass die Innenstadtbelebung nur dann funktioniert, wenn künftig über die normalen Mittel hinaus ein Teil der unrentablen Kosten bei Ersatzneubauten gefördert wird. Gerade die Wohnungsbau-gesellschaften und die Baugenossenschaften könnten hiervon profitieren; denn die bisherigen Förderinstrumente sind darauf nicht zugeschnitten. Bei ihnen macht die Förderung keinen Sinn.

Zwei Zahlen: 2016 und 2017 sind 1,9 % der Mietwohnraumförderung nach Oberfranken geflossen, während 43 % allein nach Oberbayern gingen. So funktioniert die Förderung des ländlichen Raums nicht. Gerade mit der Förderung des Ersatzneubaus könnten wir Abhilfe schaffen und die Metropolregionen entlasten. Wenn nur in Ballungsräumen die Schaffung von Wohnraum gefördert wird, während auf dem Land manche Wohnungen vor sich hin gammeln, verstärken wir die Sogwirkung der Stadt. Nur ein starkes Land, ein starker ländlicher Raum kann die Städte entlasten. Mit der Förderung von Ersatzneubauten und Wohnraummodernisierung können wir dies leisten.

Ich bitte heute um Ihre Zustimmung, wenngleich die CSU bei den vorausgegangenen Beratungen den Antrag abgelehnt hat. Die Bevölkerung, die Städte und Gemeinden, alle Bayerinnen und Bayern würden es Ihnen danken. Gebt euch einen Ruck und stimmt dem Antrag zu. Wenn Einstimmigkeit herrschen würde, würde es mich tüchtig freuen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Ländner.

Manfred Ländner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Adelt, ich weiß nicht genau, ob wir über das richtige Thema reden. Auf den Tafeln links und rechts steht der Antrag auf der Drucksache 17/22241. Ich habe ihn auf meinem Computer aufgerufen. Vielleicht können Sie ihn auch noch einmal nachlesen. Dieser Antrag lautet:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Voraussetzungen zu schaffen, dass im Rahmen des Sonderförderprogramms Förderoffensive Nordostbayern nicht nur die Beseitigung von Leerstän-

den, sondern auch Ersatzneubauten gefördert werden können.

Das ist der Antrag. Du hast zu Recht davon gesprochen, dass es vielleicht sinnvoll wäre, die Gebietskulisse auszuweiten. Ich habe kein Problem damit, wenn wir darüber diskutieren. Das steht aber nicht in diesem Antrag. Ich habe auch kein Problem damit, wenn wir darüber diskutieren, mehr Geld nach Nordostbayern und ins Fichtelgebirge zu geben. Das ist wunderbar. Das alles ist toll. Über alles das können wir bei den Haushaltsberatungen sprechen. Wenn wir aber heute den Antrag auf Drucksache 17/22241 beraten, mit dem die Staatsregierung aufgefordert wird, die Voraussetzungen zu schaffen, dass nicht nur die Beseitigung von Leerständen, sondern auch Ersatzneubauten gefördert werden können, dann bitte ich um Verständnis dafür, dass ich nur hierzu Ausführungen machen kann. Das ist der Antrag, lieber Klaus Adelt. Wir können auch nicht sagen, dass das KULAP für die Förderung der Begrünung von Dachterrassen und Garagendächern in Städten eingesetzt werden soll. Das funktioniert auch nicht.

Wir können einen neuen Antrag stellen, aber wir müssen uns an die Anträge halten. Die Förderoffensive Nordostbayern ist ein Teil der Städtebauförderung, nach der es eine besonders hohe Förderung für die Beseitigung von Leerständen gibt. Das macht auch Sinn. Da geht es nicht um Wohnraumförderung. Es geht nicht um Wertsteigerung, und es geht auch nicht um Mieten, sondern es geht schlichtweg darum, mit der Städtebauförderung Stadt- und Dorfbilder und Bausubstanz zu erhalten. Wir diskutieren oft darüber, dass wir seelenlose Gemeinden haben. Im Landkreis Tirschenreuth, der auch zu Nordostbayern gehört, und auch bei mir im Landkreis Würzburg haben wir viele Dörfer mit Gesichtern. Ziel des Bayerischen Landtags ist es quer durch alle Parteien, diese Gesichter von Ortschaften zu erhalten.

Das ist auch Ziel dieser Förderoffensive. Ziel dieser besonderen Fördergestaltung im Städtebauförderungsprogramm ist es, dass in diesen Landkreisen nicht abgerissen, sondern wertvolle Bausubstanz erhalten wird. Das ist gerade in ländlichen Räumen mit niedrigen Mieten schwierig, wo es auch darum geht, dass das Alte stehen bleibt. Darüber wird viel diskutiert.

Lieber Klaus Adelt, wir sind lange genug in der Kommunalpolitik, sodass wir wissen, dass bei Sanierungsdiskussionen ein Wort besonders häufig fällt, nämlich das Wort "Bagger". Ich darf es auf Fränkisch formulieren: Nämnd doch an Bagga und haud des Gerüdsch weg. Im altbayerischen oder im schwäbischen Dialekt wird es zwar anders ausgesprochen, ergibt aber nach

wie vor denselben Sinn. Die Bürgermeister und die Gemeinderäte werden bei den Bürgerversammlungen mit der Forderung, haud des alte Gerüdsch weg, konfrontiert. Um die Seele dieser Ortschaften zu erhalten, gibt es innerhalb der Städtebauförderung dieses besondere Programm für Gebiete, die in den letzten Jahren nachweislich von der Abwanderung von Bevölkerung besonders stark betroffen sind. Um diese Gebäude zu erhalten und um Leerstände zu beseitigen, gibt es besonders hohe Förderungen für die Sanierung dieser Gebäude.

Kolleginnen und Kollegen, wenn wir Wohnraum schaffen wollen, wenn wir Attraktivität erhalten wollen, wenn wir dem nordostbayerischen Raum Hilfe leisten wollen, dann tun wir das mit einer Menge von Maßnahmen, die wir in den letzten Jahren beschlossen haben. Aktuell haben wir im Nachtragshaushalt einen Bewilligungsrahmen von 440,4 Millionen Euro für die Städtebauförderung beschlossen. Allein das Bayerische Städtebauförderungsprogramm hat einen Anteil von 220 Millionen. Bei der Dorferneuerung haben wir zwei neue Förderinitiativen auf der Grundlage der Dorferneuerungsrichtlinie zum Vollzug des Bayerischen Dorfentwicklungsprogramms umgesetzt. Die Mittel der Dorferneuerung sind auf Rekordniveau. Die Förderoffensive Nordostbayern kommt vielen Bereichen zugute, dem universitären Bereich und der Initiative Innenstadt. Es gibt die Entsedelungsprämie und viele Maßnahmen mehr. Alles das ist richtig, über alles das muss parlamentarisch diskutiert werden. Vor allem müssen diese Maßnahmen auch in den Haushaltsberatungen voneinander abgegrenzt werden.

Wenn wir heute den ÖPNV in Bayern kostenfrei machen würden, weiß ich nicht, ob dann aufgrund der Anforderungen in den Ballungsräumen noch recht viel Geld für Nordostbayern übrigbleibt. Daran habe ich meine Zweifel. Diese Forderungen werden aber bei den Haushaltsberatungen abgedeckt. Bei den Haushaltsberatungen können wir neue Programme aufstellen. Wir können darüber diskutieren, wo wir Hilfe brauchen. In diesem Antrag – ich wiederhole mich – geht es aber nur darum, statt Sanierung Abriss und Neubau zu fördern. So sehr ich in manchen Teilen auch ein Freund davon bin, muss es doch bei bis zu 90 % Förderung das Ziel sein, alte Bausubstanz und den Charme von Ortschaften zu erhalten. Mit einer hohen Förderung soll ein Anreiz dafür geschaffen werden, auch in strukturschwachen Gebieten nicht abzureißen und neu zu bauen, sondern das Bestehende für die Nachkommen zu erhalten und attraktiv zu machen. Daher müssen wir diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Adelt.

Klaus Adelt (SPD): Geschätzter Kollege Ländner, der Tagesordnungspunkt, wie er derzeit im Internet zu lesen ist, der Antrag auf Drucksache 17/22241 mit Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/23185 besagt, die Förderoffensive Nordostbayern auf den Wohnraum im ländlichen Raum auszuweiten. Das umfasst auch die Einbeziehung von Gemeinden in das Förderprogramm.

Manfred Ländner (CSU): Das steht aber nicht drin.

Klaus Adelt (SPD): Dann hat es irgendeiner unterschlagen.

Manfred Ländner (CSU): Das ist schlecht. – Lieber Kollege Adelt, wir hatten in der letzten Innenausschusssitzung auch die Petition betroffener Bürgermeister behandelt, die um eine Ausweitung gebeten haben. Darüber haben wir recht ordentlich diskutiert. In diesem Antrag steht es aber leider nicht drin. Die zweite vorgelesene Drucksachenummer ist die Beschlussempfehlung, die nach der Beratung im Innenausschuss verfasst wurde. Wenn wir nach dem 14. Oktober wieder dabei sind, lieber Klaus, kämpfen wir weiter in dieser Sache.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Glauber.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Lieber Klaus Adelt, zum Antrag ist, glaube ich, alles gesagt: In dem Antrag steht tatsächlich nichts zu einer Ausweitung der Förderoffensive. Also möchte ich auch zu dem hochgezogenen Antrag sprechen. Darin geht es um die Frage, wie man mit Ersatzneubauten umgeht. Kollege Ländner hat angesprochen, dass wir Parlamentarier mit einer gewissen Sorgfaltspflicht mit Bausubstanz, mit Bestand umgehen müssen. Da gebe ich Ihnen vollkommen recht. Es gibt verschiedene Behörden, verschiedene Abteilungen, die darauf achten, dass all das Erhaltenswerte an Gebäulichkeiten und an historischer Bausubstanz auch in unseren Ortskernen erhalten bleibt.

Aber völlig teilen möchte ich die Ausführungen nicht. Denn bei all dem, was in der Nachkriegszeit und in den Fünfziger- und Sechzigerjahren gebaut worden ist, fehlt mir ein bisschen die Fantasie, was daran erhaltenswert ist. Das sind auch nicht die Gebäude, die den Ortskernen das Leben einhauchen. Da bin ich völlig der Meinung: Bei diesen Gebäuden ist gegen-

über einer Sanierung der Ersatzneubau deutlich wirtschaftlicher; da ist der Ersatzneubau auch deutlich passgenauer, weil sich genau in diesen alten Gebäuden oft Wohnungen und Stockwerke befinden, die 100 m² groß und größer sind, die nicht gebraucht werden. Heute wird etwas vor Ort für die Jungen gebraucht. Wenn du willst, dass deine Jungen im Ort bleiben, dann brauchst du für sie mal eine 50- oder 60-m²-Wohnung. Da kannst du dir zu einem Altbau zwar mit Fantasie vieles überlegen; aber da müssen wir halt auch mal mit einer gewissen Idee herangehen und einen Ersatzneubau zulassen.

Von daher würde ich grundsätzlich sagen: Ja, man muss mit Respekt an Bausubstanz herangehen. Man muss aber nicht mit Respekt an jedes alte Gebäude der Fünfziger- und Sechzigerjahre herangehen, weil bei vielen dieser Gebäude die Sanierung teurer ist als der Neubau. Der Neubau wäre zudem passgenauer, der Neubau wäre barrierefreier, der Neubau wäre energetisch sinnvoller, der Neubau wäre auch modern für die Jungen im Ort. Er wäre auch von der Struktur her passend. Er wäre vielleicht auch generationsübergreifend bewohnbar. Hier gäbe es also viele Gründe, warum der Ersatzneubau doch die bessere Idee ist, als an dem Fünfzigerjahregebäude festzuhalten. Damit signalisiere ich auch Zustimmung von unserer Fraktion, weil das Programm so angelegt ist, dass der Ersatzneubau momentan nicht möglich ist.

Die Debatte ist dann noch über die Frage geführt worden, ob es sinnvoll ist, die Förderoffensive auszuweiten. Ja, man muss schon sagen, dass die Förderoffensive sich auf genau vier Landkreise beschränkt. Für vier Landkreise werden rund 100 Millionen Euro investiert: 70 Millionen bei der Städtebauförderung und 32 Millionen für die Dorferneuerung. Darüber können wir völlig berechtigt diskutieren. Denn warum sind Neustadt an der Waldnaab und Tirschenreuth nicht inbegriffen?

(Tobias Reiß (CSU): Tirschenreuth ist dabei!)

– Seid ihr dabei? – Also gut, ihr seid dabei. Dann könnt ihr euch glücklich schätzen. – Warum sind Regionen aus dem Fichtelgebirge nicht dabei? Warum sind Regionen aus der Fränkischen Schweiz nicht dabei?

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

Ja, genau, da muss man eben passgenau hinschauen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Schöffel (CSU))

– Das Fichtelgebirge ist nicht dabei, Kollege Schöffel. Wenn Sie jetzt schon wieder damit um die Ecke kom-

men, dann lesen Sie das Förderprogramm. Das ist eben nicht dabei.

Ihre Kollegin Brendel-Fischer hat in Pressemitteilungen immer wieder verlautbaren lassen: Die Staatsregierung legt jetzt die Initiative "Innen statt Außen" auf. – Aber "Innen statt Außen" bietet auch nur 100 Millionen an Förderung. Und der Nachteil dabei ist: Daran nehmen 2.056 Gebietskörperschaften teil. Wer sagt, das ist das Gleiche, wie wenn ein ganz kleiner, beschränkter Kreis 100 Millionen bekommt, der hat immer noch nicht verstanden, wie Förderoffensiven oder Förderprogramme angelegt sind. Von daher hat das eine mit dem anderen überhaupt nichts zu tun. Man hat nur schnell noch was aufgelegt, um letztendlich da draußen den Druck wegzunehmen. Das hilft dem Fichtelgebirge und auch vielen Regionen in der Fränkischen Schweiz leider nicht.

Aber wie gesagt: Im Antrag geht es um Wohnbau, darum, auch Ersatzneubauten in das Programm aufzunehmen. Wir stimmen zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Mistol.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir von Wohnungsnot sprechen – –

(Ingrid Heckner (CSU): Muss ich auch noch reden?)

– Pardon?

(Ingrid Heckner (CSU): Entschuldigung, ich habe nicht Sie gemeint!)

– Ich habe es auch nicht genau gehört; insofern kann ich jetzt nichts darauf sagen. Aber ich werde dann im Protokoll nachschauen, was Sie zu mir nicht gesagt haben, Frau Kollegin Heckner.

Aber ich fange jetzt einfach noch mal an. Wenn wir von Wohnungsnot reden, sprechen wir oft über Ballungsräume, über die großen Städte. Es ist auch wichtig, dass wir darüber sprechen. Ich erinnere nur an die Demo "#ausspekuliert", die am Wochenende in München stattgefunden hat und an der über 10.000 Menschen teilgenommen haben. Aber auch jenseits der großen Metropolen befindet sich der Wohnungsmarkt in der Schieflage, vielleicht auf eine ganz andere Art und Weise. Deswegen sagen wir GRÜNE: Genauso wie stärkere Anstrengungen notwendig sind, damit das Wohnen in Städten bezahlbar bleibt, muss auch das Wohnen im ländlichen Raum

attraktiv und lebendig gestaltet werden. Darum bin ich eigentlich ganz dankbar, dass wir heute darüber diskutieren. Wir sagen schon: Ein lebendiger Kern macht einen Ort attraktiv und erhöht die Lebensqualität. Gerade in Regionen, die von Bevölkerungsrückgang geprägt sind, braucht es deshalb Maßnahmen zur baulichen und sozialen Innenentwicklung. Und den betroffenen Gemeinden – das wissen wir – fehlt halt oft einmal das Geld; ihnen fehlen die finanziellen Möglichkeiten, dem Ausbluten der Ortszentren und den damit verbundenen Folgen etwas entgegenzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gleichzeitig ist festzustellen, dass im ländlichen Raum einerseits durchaus eine hohe Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Mietwohnungen besteht und andererseits die Wirtschaftlichkeit beim Wohnungsbau oftmals nicht gegeben ist. Deswegen sollten wir uns wirklich Gedanken machen, bei der Wohnraumförderung endlich entsprechend nachzujustieren und die Wohnraumförderung den Bedürfnissen des ländlichen Raums anzupassen. Denn gerade junge Menschen benötigen ein Angebot an attraktivem Mietwohnraum, um während der Ausbildung oder während des Studiums flexibel zu sein. Das Fehlen eines differenzierten Angebots an Mietwohnungen ist sowohl preislich als auch hinsichtlich eines qualitativ attraktiven Angebots ein großes Problem, das die Abwanderungstendenzen in große Zentren verstärkt, wo ein entsprechendes Angebot vorhanden ist. Das setzt einen Teufelskreis in Gang, den es zu durchbrechen gilt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit der Förderoffensive Nordostbayern wurde aus unserer Sicht ein durchaus sinnvolles Instrument geschaffen, um diese Spirale zu durchbrechen. Ziel dieser Förderoffensive ist die Revitalisierung von Stadt- und Ortskernen in Nordostbayern und die damit verbundene Verbesserung der Standortbedingungen für Wohnen und Wirtschaft sowie die Aufwertung der gesamten Region. Das ist ein wichtiger Impuls für das Innenentwicklungsmanagement und auch für das Flächensparen. Insofern wollen wir das durchaus stärken.

Nachdem der Kollege Adelt gesprochen hat, bin ich auch davon ausgegangen, dass das eigentlich ein anderer Antrag ist. Dem Antrag zur Ausweitung der Gebietskulisse hätten wir GRÜNE zugestimmt, weil wir es auch nicht für sinnvoll halten, dass manche Landkreise, Kommunen und Gemeinden dabei sind und andere nicht, obwohl sie im Grunde gleich zu behandeln wären. Aber es geht jetzt tatsächlich um den Antrag, der vorliegt. Für uns bedeutet nachhaltiges

Bauen schon zunächst einmal die Modernisierung, auch den Umbau und die Erweiterung von Gebäuden. Dem ist der Vorzug zu gewähren: Man soll es schaffen, Gebäude zu erhalten, weil alte Gebäude in den Ortszentren oft identitätsstiftend sind. Aber es gibt natürlich auch Gebäude – das wissen wir auch, die sehen wir überall –, die zwar alt, aber nicht unbedingt erhaltungswürdig sind. Ob man das unbedingt in die Förderkriterien aufnehmen muss, lasse ich aber einmal dahingestellt. Wir GRÜNE werden uns enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Als Nächster hat Herr Staatssekretär Zellmeier ums Wort gebeten.

Staatssekretär Josef Zellmeier (Wohnen, Bau und Verkehr): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Tatsächlich ist es sinnvoll, den Antrag zu lesen, bevor man darüber redet; denn der Inhalt der Wortmeldungen und der Antragstext waren durchaus unterschiedlich. Aber ich kann Ihnen eines sagen: Insgesamt ist der Antrag nicht notwendig, weil die Zielsetzung aufgrund der bestehenden Förderinstrumente erfüllt ist. Die Förderoffensive Nordostbayern, die wir vor zwei Jahren geschaffen haben, ist eine zeitlich befristete Sonderförderung, um die am stärksten von möglichen Bevölkerungsverlusten betroffenen Gebiete in Bayern zu stärken. Sie kennen die Kulisse: Hof, Kronach, Kulmbach, Tirschenreuth, Wunsiedel und die kreisfreie Stadt Hof. Wir wollen innerörtliche Leerstände beseitigen und die Stadt- und Ortskerne aufwerten, also genau das, was Sie auch gefordert haben.

Allein in diesem Jahr sind es 74 Millionen Euro an Fördermitteln, im vergangenen Jahr waren es 20 Millionen Euro. Die Dorferneuerung wirkt in ähnlicher Art und Weise.

Die Mittelausstattung ist gut und bedarfsgerecht. 116 Gemeinden haben sich beworben. 90 % Förderung erhalten alle. In den anstehenden Verhandlungen zum Doppelhaushalt werden wir darauf achten, dass wir auch in den nächsten beiden Jahren ausreichend Mittel zur Verfügung haben. Es ist ein Erfolgsmodell – so kann man es sagen.

Im Übrigen sind die Sanierung und die Modernisierung von leer stehenden Gebäuden natürlich der Sinn und Zweck unserer Förderinstrumente im Rahmen der Städtebauförderung, vor allen Dingen, wenn die Gebäude ortsbildprägend sind. Aber das bedeutet nicht, dass nicht immer wieder Gebäude abgebrochen werden müssen, weil sie nicht mehr saniert werden können oder weil es nicht sinnvoll wäre, sie zu sanieren. In diesem Fall ist auch ein Ersatzneubau möglich.

Das wird – so ist meine Erfahrung – durchaus sehr flexibel gehandhabt.

Man muss gut argumentieren – das ist richtig –, aber es gibt viele Möglichkeiten, bei denen die Förderung bei Ersatzneubauten zieht. Deshalb brauchen wir hier keine Änderung, weil es in der Praxis klappt. Wir wollen auch keine eierlegende Wollmilchsau, die sozusagen für alles da ist, sondern wir wollen schon, dass der Schwerpunkt auf der Reaktivierung von bestehenden Gebäuden liegt, aber eben nicht nur dort.

Wir sind uns darüber einig – wenn ich die Wortmeldungen der Vorredner richtig gedeutet habe –, dass jeder den Schwerpunkt in der Reaktivierung bestehender Gebäude sieht. Darüber hinaus haben wir auch die Möglichkeit des Ersatzneubaus.

Wir haben – weil auch die Wohnraumförderung in der Begründung des Antrages angesprochen worden ist – auch hier ein Rekordhoch mit 886 Millionen Euro. Wir haben die Einkommensgrenzen zum 1. Mai erhöht. Damit profitieren mehr Menschen von gefördertem Wohnraum.

Mit dem kommunalen Wohnraumförderungsprogramm unterstützen wir Städte und Gemeinden, um auch Ersatzneubauten zu schaffen. Wir haben mit der Initiative "Innen statt Außen" der Städtebauförderung, die im Übrigen für ganz Bayern gilt, eine Förderung von 80 %, für besonders finanzschwache Kommunen sind es 90 %. Es wird also bereits das gefördert, was im Antrag nicht gefordert wurde, lieber Kollege Adelt. Das haben wir schon vorweg berücksichtigt. Deshalb haben Sie es wahrscheinlich auch nicht hineingeschrieben. Wir haben das Programm bayernweit ausgedehnt, auch wenn es nicht so heißt, aber es wirkt in ähnlicher Art und Weise.

Wir tun alles, damit die Menschen günstig und bezahlbar wohnen können, und wir tun alles, damit innerstädtisch alles belebt und aktiviert wird. Das alles geschieht mit einer hervorragenden Förderung, die wir mit einer guten Mittelausstattung gewährleisten können.

Insofern bitte ich, den Antrag abzulehnen, weil die Forderungen im Wesentlichen erfüllt sind und im Übrigen, wie wir in der Debatte festgestellt haben, zum Teil auch anders begründet wurden, als es im Text dargestellt ist.

(Beifall bei der CSU – Abg. Martin Schöffel (CSU) steht am Mikrofon)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Du musst schon drücken, damit ich ein rotes Licht sehe!

(Zuruf des Abgeordneten Martin Schöffel (CSU))

Entschuldigung, aber wenn man nicht drückt, kann ich nicht sehen, wer wo steht. Herr Zellmeier geht jetzt bitte wieder zum Rednerpult.

(Heiterkeit)

Mit Verlaub, ich kann es nur sehen, wenn die Lampe bei mir hier oben blinkt. Herr Zellmeier, der Kollege hat noch eine Zwischenbemerkung.

Martin Schöffel (CSU): Frau Präsidentin, ich entschuldige mich, dass ich nicht richtig gedrückt habe, ich stand aber trotzdem schon parat. Ich wollte noch einmal Sie, lieber Herr Staatssekretär, bitten, zu Folgendem Stellung zu nehmen: Kollege Glauber versucht immer wieder, hier eine Spaltung bzw. eine Benachteiligung bei den Gemeinden in Oberfranken und an den Landkreisgrenzen geltend zu machen.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Das ist so!)

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen: Wir haben die Förderoffensive in den fünf genannten Landkreisen. Von dort ging auch die Initiative der Kommunalpolitiker und der Wirtschaft aus. Dort ist in den Ortskernen aufgrund der Demografie die Herausforderung am größten. Wir haben aber jetzt auch das Programm "Innen statt Außen", bei dem die Gemeinden, die sich auf die Innenentwicklung konzentrieren – gerade finanzschwache Gemeinden –, bei der Sanierung von Gebäuden bis zu 90 % Förderung bekommen können. Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie darzustellen, dass es hierbei keine Benachteiligung von Gemeinden gibt, sondern es eine hervorragende Leistung der Staatsregierung ist, dass diese Programme eingeführt worden sind.

Wenn Kollege Glauber von 50 Millionen Euro oder 100 Millionen Euro spricht, dann ist es logisch, dass in den nächsten Doppelhaushalten für beide Programme weitere Gelder eingestellt werden müssen. Ich bitte auch darauf hinzuweisen, dass es hierbei keine zeitliche Begrenzung geben wird, zumindest wenn wir weiterhin Verantwortung tragen. Auch dann werden wir weiterhin für die Ortskerne etwas tun.

Man kann nicht sagen, dass die einen mehr und die anderen weniger bekommen werden, sondern es sind Förderprogramme, die vergleichbar sind und die den Ortskernen sowohl in dem einen als auch in dem anderen Landkreis helfen. Das bitte ich noch einmal deutlich zu machen; denn die FREIEN WÄHLER versuchen jedes Mal, wieder Stimmung zu machen, die so nicht zutreffend ist.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Staatssekretär Josef Zellmeier (Wohnen, Bau und Verkehr): Kollege Schöffel hat recht, der Gegensatz ist nicht vorhanden. Wir haben die erfolgreiche Initiative bayernweit ausgedehnt, das heißt, alle profitieren davon. Das Programm heißt "Innen statt Außen". Wir brauchen einen Grundsatzbeschluss des Gemeinderates bzw. des Stadtrates, dass vorrangig, aber nicht nur Innenentwicklung stattfinden soll. Das ist der richtige Weg; denn im Wesentlichen ist das der Kern der Städtebauförderung, innen zu entwickeln, und zwar vorrangig innen statt außen. Damit tun wir genau das. Wir dehnen es auf ganz Bayern aus. Das ist eine hervorragende Kondition. Deshalb sollten wir die Gemeinden nicht spalten, sondern zusammenführen, wobei ich zugunsten des Kollegen Glauber davon ausgehe, dass er das Prinzip nicht verstanden hat und nicht spalten wollte.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Wir haben eine weitere Zwischenbemerkung vom Kollegen Glauber.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, ich wollte natürlich in keiner Weise spalten. Ich habe das Programm sehr wohl verstanden. Der Kollege Schöffel zeigt wieder einmal, dass er zwar im Bayerischen Landtag sitzt und als Abgeordneter Beschlüsse fasst, um Förderprogramme aufzustellen, aber wie diese dann in der Praxis ausgerollt werden, da ist er anscheinend nicht mehr dabei.

(Widerspruch bei der CSU)

Bei der Ausrollung des Programms – –

(Zuruf des Abgeordneten Martin Schöffel (CSU))

– Kollege Schöffel, das musst du dir schon gefallen lassen und zuhören. – Das Programm war so angelegt, dass die Gemeinden "Innen statt Außen" innerhalb von sechs Wochen bearbeiten mussten, und zwar auch noch in der Ferienzeit, Kolleginnen und Kollegen. Das hat nichts mit der Nordostbayernoffensive zu tun, sondern mit dem Programm "Innen statt Außen". Dazu mussten die Gemeinden innerhalb von sechs Wochen fertige Programme vorlegen. Wer so etwas Kommunalpolitikern zumutet, der will, dass am Ende niemand zugreift.

Dazu muss ich ganz klar sagen: Ich bin gern bereit zu sagen, wir machen Gleichwertigkeit. Ich bin gern bereit zu sagen, dass die Kommunen zugreifen. Aber wer mit solchen Programmen um die Ecke kommt,

der weiß von vornherein, dass er letztendlich erstens sie nicht trifft, zweitens sie es nicht beantworten können, und drittens ist es so: Wenn an einem Programm 100 Kommunen teilnehmen und an einem anderen Programm 2.056 Kommunen, dann muss man kein großer Mathematiker sein, um festzustellen, wie die Förderquoten am Ende sind.

(Zuruf von der CSU: 90 %!)

Staatssekretär Josef Zellmeier (Wohnen, Bau und Verkehr): Werter Kollege Glauber, die eine Spaltung haben Sie gerade überwunden und die nächste herbeigeführt. Es geht um die Frage, ob Gemeinden durch diese Frist in ihrer Förderung behindert wurden. Sie wissen es vermutlich und haben es aus wahltaktischen Gründen heute hier gebracht. Diese Frist war keine Ausschlussfrist.

(Zuruf von der CSU: Eben!)

Das heißt, man kann die Mittel auch nach den sechs Wochen noch beantragen. Die Regierungen wollten einen Überblick, wie viele Kommunen Interesse daran haben und wie viel Mittel bereitgestellt werden müssen. Es gibt keine Ausschlussfrist. Manche haben es so gelesen, aber es hat sich mittlerweile aufgeklärt und ist hoffentlich jetzt auch in den Reihen der FREIEN WÄHLER angekommen, dass auch künftig Anträge gestellt werden können.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, der Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Antrag abgelehnt worden.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u. a. (SPD) Alpenschutz statt Ausverkauf: Bergnatur und Kulturlandschaft durch bayerische Biosphären-

Initiative schützen - Alpenkonvention endlich umsetzen! (Drs. 17/22422)

Ich eröffne die Aussprache. Kollege von Brunn steht schon am Rednerpult.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Bayerischen Alpen mit ihrer einzigartigen Natur und ihrer Kulturlandschaft sind das Paradebeispiel für schöne Landschaften schlechthin. Sie sind zugleich eine Schwerpunktregion, ein Hotspot der Natur und Artenvielfalt in Bayern. Diesen Reichtum an großartiger Landschaft, an Natur, an Tier- und Pflanzenarten wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besser schützen. Zugleich wollen wir eine echte nachhaltige Entwicklung, auch im Interesse zukünftiger Generationen, durch eine bayerische Biosphären-Initiative fördern. Wir beantragen deshalb heute, dass mindestens ein weiteres Biosphärenreservat neben dem bereits bestehenden im Berchtesgadener Land in den bayerischen Alpen geschaffen wird. Das soll der Region aber nicht einfach übergestülpt werden. Wir wollen einen soliden, transparenten, demokratischen Weg dahin. Für die infrage kommenden Gebiete, beispielsweise die Ammergauer Alpen mit den Isar-, Loisach-, Kochelseemooren, das Murnauer Moos sowie die Buckelwiesenlandschaften bei Mittenwald und Klais, müssen qualifizierte Machbarkeitsstudien erstellt werden, die ganz offen etwaige Probleme benennen. Auf so einer soliden Basis soll dann ein transparenter Dialog mit der Bevölkerung, mit betroffenen Interessengruppen, mit Naturschutz- und Tourismusverbänden geführt werden.

Die Umsetzung folgt den Ergebnissen dieses Dialogs und findet unter offener demokratischer Beteiligung von Bürgern und Verbänden statt. Das ist ein Prozess, der sich in anderen Bundesländern bei der Ausweisung von Schutzgebieten bereits bewährt hat.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Idee eines Biosphärenparks eignet sich besonders gut, um den Schutz der Natur mit einer nachhaltigen und an einer Tradition orientierten Bewirtschaftung der gewachsenen Kulturlandschaft zu verbinden, aber auch mit wirtschaftlicher und touristischer Nutzung. Solche Maßnahmen sind wichtig; denn die Alpen sind besonders gefährdet. Nirgendwo sonst schreitet die Klimaerhitzung so schnell voran wie in den Alpen. In den letzten 100 Jahren ist die Durchschnittstemperatur bereits um über 1,5 Grad Celsius gestiegen. Diese Entwicklung setzt sich fort, sie beschleunigt sich sogar noch. Die Klimaüberhitzung bringt eine erhebliche Gefahr für die Natur und die Artenvielfalt mit sich. Gerade spezialisierte Tier- und Pflanzenarten haben kaum Möglichkeiten, sich an neue klimatische Bedingungen anzu-

passen oder auf andere Lebensräume auszuweichen. Deswegen brauchen wir eine bessere Vernetzung von Schutzgebieten und auch neue Schutzgebiete.

Die Alpen sind Urlaubsort, Sportarena und vermarktete Wildnis für Touristen aus ganz Deutschland, sogar aus der ganzen Welt. Sie sind ein wichtiges Ziel für Naherholungssuchende aus München, aus Augsburg und aus vielen anderen alpennahen Städten. Das ist gut und bringt Wertschöpfung in den bayerischen Alpenraum. Es bringt aber auch viele Probleme mit sich. Tourismus und Naherholung sind oft nicht nachhaltig und umweltfreundlich. Deswegen ist es wichtig, dass die Politik eine klare Richtung zum Schutz der Alpen, ihrer Natur und ihrer Landschaften vorgibt.

(Beifall bei der SPD)

Schließlich sind die Alpen auch die Lebensgrundlage und das Kapital für den Tourismus. Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den Unterzeichnern der internationalen Alpenkonvention. Diese gilt dementsprechend auch für den Freistaat Bayern. In dieser Alpenkonvention haben wir uns zu einer nachhaltigen Entwicklung in den Alpen verpflichtet. Leider hat die Bayerische Staatsregierung dieses Ziel in den letzten Jahren aus den Augen verloren oder es nie richtig verfolgt. Die Debatte um das Riedberger Horn hat eines gezeigt: Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ist die Alpenkonvention – und dabei handelte es sich immerhin um einen völkerrechtlichen Vertrag – genauso egal wie der bayerische Alpenplan. Viele von Ihnen würden die Bayerischen Alpen am liebsten in ein Profitcenter für Investoren und Geschäftemacher umwandeln, wobei der Ministerpräsident und Ihr Fraktionsvorsitzender an erster Stelle stehen. Genau das hat die Diskussion über die Schaufel im Oberallgäu gezeigt.

Wir wollen das nicht. Wir wollen eine nachhaltige Entwicklung in den Bayerischen Alpen.

(Beifall bei der SPD)

Eine bayerische Biosphären-Initiative im Alpenraum ist ein wichtiger Schritt, um eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Alpenkonvention zu befördern. Das Beispiel des österreichischen Biosphärenreservats Großes Walsertal im Bundesland Vorarlberg zeigt, dass sich dieses Modell nicht nur sehr gut in den Alpen verwirklichen lässt, es zeigt auch, dass Biosphärenparks allen gemeinwohlorientierten Interessen Rechnung tragen. Im Großen Walsertal verbindet sich in den unterschiedlichen Zonen der Schutz der Bergnatur mit bergbäuerlicher, forstwirtschaftlicher und gewerblicher Nutzung in fast vorbildhafter Weise. Auch die Pflege und Vermittlung der örtlichen Kultur und

Geschichte sowie Umweltbildung sind dort ein wichtiger Bestandteil des Biosphärenkonzeptes.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Bayern besitzt mit der Rhön und dem Berchtesgadener Land nur zwei Biosphärenreservate. Nur eines davon ist in den Alpen, seine Einrichtung liegt fast 30 Jahre zurück. Es ist an der Zeit, dem Alpenschutz in Bayern durch eine bayerische Biosphären-Initiative neuen Schwung zu verleihen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Beißwenger.

Eric Beißwenger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen! Nach dem Grundgedanken eines Biosphärenreservats geht es nicht allein um klassischen Naturschutz, sondern es soll insbesondere der Mensch, auch mit seinen wirtschaftlichen Tätigkeiten, selbst als Bestandteil der Biosphäre im Vordergrund stehen. Für Naturschutz, Tourismus, Wirtschaft, Landwirtschaft soll eine sogenannte Win-win-Situation entstehen. Das heißt, alle sollen im Biosphärenreservat Gewinner sein.

Biosphärenreservate müssen jedoch von den Menschen vor Ort getragen und mit Leben erfüllt werden. Hier ist eine breite Akzeptanz der Bevölkerung, aber auch der Kommunalpolitik erforderlich. Eine Initiative für ein Biosphärenreservat muss daher von der Region ausgehen. Eine Entscheidung der Staatsregierung im Hauruckverfahren über die Köpfe der Bürger hinweg ist nicht zielführend und daher kontraproduktiv.

(Beifall bei der CSU)

Bevor etwaige Machbarkeitsstudien in Auftrag gegeben werden, muss man erst einmal klären, ob ein Biosphärenreservat in den betroffenen Gemeinden und Landkreisen unterstützt würde. Selbstverständlich wollen wir Bayern mit all seinen natürlichen Lebensgrundlagen für künftige Generationen bewahren. Der Schutz der Natur, auch der Schutz der Artenvielfalt ist dabei von besonderer Bedeutung. Genau aus diesem Grund hat die Bayerische Staatsregierung die Naturoffensive Bayern gestartet.

Bayern ist im bundesweiten Vergleich das Land mit den meisten Naturparks und mit dem prozentual höchsten Flächenanteil an Naturparks. 19 bayerische Naturparks umfassen eine Gesamtfläche von knapp 2,1 Millionen Hektar, das entspricht etwa 30 % der Landesfläche. In diesen bayerischen Naturparks werden moderne Naturparkzentren, ausgestattet mit Ran-

gern, eingerichtet. Damit sollen Touristen und Einheimische das Angebot erhalten, Natur und Landschaft kompetent unterstützt zu erfahren. Mit einem neuen Biodiversitätszentrum in der Rhön, einem Walderlebnis- und Eichenzentrum im Spessart, dem "Zentrum Naturerlebnis Alpin" am Riedberger Horn sowie dem begehbaren Donauaquarium zusammen mit dem Haus im Moos an der Donau wird die Umweltbildung nicht nur verbessert, sondern auch das Erlebnis Natur noch attraktiver gestaltet.

(Beifall bei der CSU)

Der kooperative Naturschutz in Bayern ist ein bewährtes Erfolgsmodell. Die Bayerische Staatsregierung verfolgt dabei das Ziel, Naturschutz im gesellschaftlichen Konsens zu verwirklichen. Wir wollen anderen nicht alles vorschreiben, sondern wir wollen Angebote machen. Das Bayerische Vertragsnaturschutzprogramm ist dabei ein wichtiges Werkzeug. Es wird mit zusätzlich 10 Millionen Euro gestärkt. So können noch mehr Naturflächen und damit Lebensraum für die Artenvielfalt geschaffen werden.

Eine von den Menschen in den jeweiligen Regionen mehrheitlich getragene Initiative für ein weiteres Biosphärenzentrum im bayerischen Alpenraum ist derzeit für mich nicht erkennbar. Natur- und Artenschutz wird bei uns nämlich nicht nur durch die rechtliche Einordnung eines Gebietes definiert. Wir wollen keine Käseglocke über das Land stülpen in der Erwartung, damit würde alles gut.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir unterstützen dies mit flankierenden Maßnahmen wie dem Kulturlandschaftsprogramm und dem Vertragsnaturschutz sowie vielem mehr. Wir danken insbesondere unseren Landwirten und all denjenigen, die in und von der Natur leben und unsere Kulturlandschaft mit ihrer einzigartigen Artenvielfalt erhalten.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe es bereits gesagt, wir sind keine Bevormundungspartei. Wir wollen unseren Willen anderen nicht überstülpen. Wir lehnen den Antrag der SPD deshalb ab.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Zierer.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ein interessantes Thema nach dem Thema Steigerwald und anderen Versu-

chen, Naturparke bzw. Nationalparke einzuführen, ist das Thema Biosphärenreservate. Biosphärenreservate sind grundsätzlich eine gute Einrichtung, die Naturschutz und Nutzung miteinander vereinen. Die Rhön – das ist bereits ausgeführt worden – ist hier als positives Beispiel zu sehen.

(Sandro Kirchner (CSU): Waren Sie schon einmal in der Rhön?)

Aber die Erfahrung aus der Nationalparkdebatte hat gezeigt: Es hat überhaupt keinen Sinn, den Regionen etwas von oben überzustülpen. Das gibt nur Ärger und Widersprüche. Diese Erfahrung hat die Staatsregierung mit ihrer Irrfahrt auf der Suche nach einem Nationalparkgebiet bereits gemacht. Das wurde jetzt ausführlich dargestellt. Es ist erfreulich, dass die CSU jetzt zu der Einsicht gekommen ist, dass man zuerst die Bürger fragen sollte und einen Dialog vorher beginnen sollte, anstatt dieselben Fehler zweimal oder dreimal zu machen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Es gibt keinen Grund, hier einen Beschluss zu fassen, in dem eine Gebietskulisse aufgezeigt wird, und dann einen Dialog zu beginnen. Das ist aus Sicht der FREIEN WÄHLER der völlig falsche Weg. Die Forderung nach einer solchen Schutzkategorie muss aus der Region selber kommen, um dort die notwendige Akzeptanz zu erzeugen. Wenn einer oder mehrere Landkreise zusammen Biosphärenreservat werden wollen und entsprechende Beschlüsse fassen, dann sollten wir sie unterstützen und auf diesem Weg mit ihnen gehen. Das ist seit vielen Jahren die Meinung der FREIEN WÄHLER. Wenn, dann muss man an der Basis ansetzen. Wir werden diesen Antrag deshalb ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Horst Arnold (SPD): Wozu dann Klimaschutz in der Verfassung? Wozu?)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden dem Antrag der SPD zustimmen; denn in der Tat sind Biosphärenreservate ein wichtiger Teil einer nachhaltigen Alpenstrategie zum Schutz der Bayerischen Alpen, aber auch zur nachhaltigen Entwicklung der Lebensbedingungen der Menschen in den Alpen. Herr Beißwenger hat sich zu dem Thema eigentlich nicht verhalten. Es ist Tatsache, dass die Glaubwürdigkeit der CSU, was die Alpenstrategie betrifft, mit dem Riedberger Horn verspielt worden ist. Sie sind noch nicht in

der Lage, bei diesem Thema neue Glaubwürdigkeit zu gewinnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch dieses "Zentrum Naturerlebnis Alpin", das jetzt kommen soll, kann diese verlorene Glaubwürdigkeit nicht wiederherstellen. Nein, Sie haben gemeint, mit dem Abräumen der Skischaukel am Riedberger Horn hätten Sie vielleicht Boden gutgemacht. Aber kein Mensch nimmt Ihnen ab, dass das aus inhaltlichen Gründen, aus Naturschutzgründen oder aus Alpenschutzgründen, passiert ist. Deswegen brauchen Sie sich über Ihren Verlust der Glaubwürdigkeit in vielen Punkten und Ihre Umfrageergebnisse nicht zu wundern. Tatsächlich geht es darum, dass wir einen neuen Weg gehen und Glaubwürdigkeit der CSU bei der Alpenstrategie einfordern.

Aber angesichts der Ereignisse am Riedberger Horn sehen wir: Sie verfallen zurück in Ihre alten Positionen. Der Landrat hat im Sofortvollzug einen Schneiteich in einem Hochlagenmoor genehmigt, in einem Biotop von landesweiter Bedeutung. Es gab einen Dialog mit den Umweltschutzverbänden über eine Kompromisslösung. Ich unterstütze eine solche Kompromisslösung. Aber der Dialog wurde abgebrochen und der Sofortvollzug für diesen Schneiteich angeordnet. Das heißt, es gibt keinen Kompromiss. Die Bagger werden anrollen und Hochmoorlagen ausbaggern, die über Jahrtausende aufgebaut worden sind. Es passt auch nicht, dass in dieser Region jetzt angedacht wird, Deutschlands oder Europas größte Mountainbike-Arena zu bauen. Störungen in den neu ausgeweiteten Ruhezeiten sind programmiert. Das alles passt nicht. Deswegen kann man nicht sagen, in der CSU gebe es eine neue Nachhaltigkeitsstrategie oder eine Alpenstrategie. Nein, Sie haben eigentlich nichts gelernt.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen nicht mehr Rummel in den Alpen und nicht noch längere Autokolonnen in unseren Alpentälern. Wir brauchen keinen "Over-Tourismus", sondern wir müssen den Tourismus bei uns jetzt wertvoll machen: wertvoll für die Gäste, für die Natur, für unsere Landschaft und für die Einheimischen. Es geht darum, die Aufenthaltsqualität zu verbessern und Besucherlenkung zu betreiben, damit das Nebeneinander von Tourismus, Alpwirtschaft und Naturschutz möglich ist. Natur muss erlebbar gemacht werden, ohne sie zu verbrauchen, und den Menschen müssen Informationen in Form von naturkundlicher Bildung angeboten werden. All dies ist in einem Biosphärenreservat möglich, indem Umwelt- und Naturschutz als Entwick-

lungschance für eine Region verstanden werden, indem eine unverwechselbare Kulturlandschaft erhalten wird sowie Einkommen und Arbeitsplätze für Menschen geschaffen werden.

Das Beispiel Großes Walsertal ist schon angesprochen worden. Man sieht hier, wie eine Region im guten Einvernehmen zwischen Mensch, Natur und Ökonomie entwickelt wird. Deswegen wäre die Einrichtung von Biosphärenreservaten und die Dialogaufnahme mit den Menschen der richtige Weg. Sie können nicht sagen, die Menschen wollen das nicht, also machen wir es nicht. Sie müssen den Dialog beginnen. Sie müssen das Thema setzen. Sie müssen die Möglichkeiten aufzeigen, um dann mit den Menschen zusammen ein solches Reservat zu entwickeln. Das ist ein wichtiger Bestandteil einer neuen, nachhaltigen Alpenstrategie. Das ist bei der CSU-Fraktion leider nicht zu sehen. Ihre Glaubwürdigkeit werden Sie erst wiedergewinnen, wenn Sie tatsächlich die Schutzzone C am Riedberger Horn wiederherstellen. Das ist ein entscheidender Baustein, um wieder Glaubwürdigkeit in Richtung nachhaltiger Alpenstrategie zu gewinnen. – Wir werden diesem Antrag der SPD zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Staatsminister Dr. Huber.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umwelt und Verbraucherschutz): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Anders als gerade dargestellt ist der Schutz der Alpen für uns ein ganz hohes Gut. Das ist ein einmaliger Natur- und auch Kulturraum. Das ist etwas, was man nicht bloß tagespolitisch mit einer einzelnen Entscheidung betrachten sollte, sondern es ist eine langfristige Betrachtung erforderlich. Hier geht es um die Lebensgrundlagen kommender Generationen. Wir stehen heute in Verantwortung für die Lebensqualität von morgen, nicht nur bei 200 Hektar an einer Stelle. Bayern nimmt diese Verantwortung – anders, als Sie es gerade dargestellt haben – wahr; denn für uns ist die Alpenkonvention ein ganz wichtiges Instrument. Sie haben es schon gesagt: Der Staatsvertrag ist ein völkerrechtlich verbindliches Übereinkommen zum Schutz der Alpen, aber vor allem auch für eine nachhaltige Entwicklung. Es stimmt ganz einfach nicht, dass wir die Alpenkonvention in ihren Zielen nicht umsetzen oder ignorieren würden.

Ich will es gerne ausführen. Das gilt ganz besonders für das Protokoll "Naturschutz" und die "Plattform Ökologischer Verbund". Dazu möchte ich gerne etwas sagen. Das Protokoll "Naturschutz und Landschafts-

pflge" wurde bereits im März 2007 gegründet. Damals hatten wir übrigens in Deutschland den Vorsitz. Das Umweltministerium hat sich damals schon ganz wesentlich daran beteiligt, diese "Plattform Ökologischer Verbund" zu gründen. Ziel war die Schaffung eines grenzüberschreitenden ökologischen Netzwerks, mit dem alle Beteiligten in den Alpenländern zusammengeführt werden. Diese "Plattform Ökologischer Verbund" baut auf einzelnen Bestandteilen auf, die gerade in Bayern zu diesem Zweck systematisch vorangetrieben worden sind. Ich spreche vom Biotopverbund BayernNetzNatur. Ich spreche von der Bayerischen Biodiversitätsstrategie, die auch aus dieser Zeit stammt. Sie dient auch den Zielen des "Biodiversitätsprogramms Bayern 2030". Das haben wir übrigens im Juli 2014 im Ministerrat noch beschlossen. Seit dieser Zeit hat es viele Projekte gegeben – Vernetzungsprojekte, Großprojekte –, an denen Bayern nicht bloß beteiligt war, sondern bei denen wir auch die Federführung hatten. In diesem Netzwerk sind auch die Großschutzgebiete wie Nationalparke und Biosphärenreservate ganz wesentliche Elemente. Beispielgebend sind der Nationalpark Berchtesgaden und die Biosphärenregion.

Herr von Brunn, wir sind uns nicht immer einig. Aber an dieser Stelle sind wir uns absolut einig. Die Biosphärenreservate können hier eine ganz wesentliche Rolle spielen. Wir brauchen die Biosphärenreservate, um die Ziele der Alpenkonvention effektiv umzusetzen. Damals hat man den Terminus "Biosphärenregion" gewählt, weil die Leute mit "Reservat" nichts anfangen konnten.

Diese Biosphärenregion Berchtesgaden zusammen mit dem Nationalpark ist ein Musterbeispiel, quasi ein Leuchtturmprojekt für den europaweiten ökologischen Verbund. Ich habe – ab 2007 war ich Staatssekretär bei Otmar Bernhard im Umwelt- und Verbraucherschutzministerium – viel Erfahrung gesammelt, wie man Biosphärenreservate in der Bevölkerung verankert. Glauben Sie mir, das ist richtig mühsam. Das macht man, weil man Überzeugungsarbeit leisten muss und weil es notwendig ist, dass die Leute da mitgehen. Das kann man nicht anordnen, das kann man nicht einfach irgendwie als Rechtsform definieren, sondern die Leute müssen das leben und müssen es, damit sie es leben, auch vorher wollen. Das ist die Grundregel.

Die Geschichte der Biosphärenregion Berchtesgadener Land, aber auch des Biosphärenreservats Rhön zeigt, dass eine Biosphärenregion einen Gewinn für alle Beteiligten bringen kann, für die Natur, für die Menschen, aber auch für die Wirtschaft, wenn sie von den Menschen vor Ort getragen und mit Leben erfüllt wird, wenn diese Biosphärenregion quasi eine ge-

meinsame Idee ist, die auch gemeinsam gelebt wird. Das alles voranzubringen, ist, wie gesagt, ein ganz schönes Stück Arbeit. Ich habe das mehrfach erleben dürfen.

Aus diesem Grund brauchen wir die Akzeptanz und die Unterstützung der Kommunalpolitik, der örtlichen Bevölkerung, aber auch der Betriebe vor Ort, die sich in diese Idee einfügen wollen. Wenn das nicht stattfindet, hat das Biosphärenreservat, auch das von Ihnen erwähnte, keine Chance, die Querschnittsfunktion, die Ökologie, die Ökonomie und die soziokulturellen Aspekte zusammenzuführen.

Aus diesem Grund habe ich ein Problem mit Ihrem Antrag; denn wenn ich einen Dialog mit Leuten führen sollte, die das gar nicht wollen, käme ich mir vor, als wollte ich jemandem etwas verkaufen, was er gar nicht haben will. Ich sage Ihnen ausdrücklich: Wenn die Idee aus einer dieser Regionen kommt, bin ich der Erste, der hilft, dass das umgesetzt wird. Ich bin auch der Meinung, dass Ihr Vorschlag, dann – dann! – eine Machbarkeitsstudie zu machen, sinnvoll ist. Aber es sollten jetzt nicht flächendeckend Machbarkeitsstudien gefertigt werden und wir dann sagen: Okay, dahin kommt es. Ich sage Ihnen, wenn man mit einer solchen Sache auf die Leute zukommt, ohne dass es von ihnen ausgegangen ist, entsteht als Erstes eine Abwehrhaltung.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Weil ich erlebt habe, dass das sinnvoll ist, würde ich mich ehrlich freuen, wenn es zu mehreren Vorschlägen käme, wenn ich Initiativen hätte, die es von sich heraus von uns einfordern.

Die Naturoffensive, die Herr Reißwenger gerade beschrieben hat, hat das Ziel, den Menschen die Bedeutung und den Wert unseres Naturschatzes hier in Bayern nahezubringen. Vielleicht helfen die Erlebniszentren und die Artenschutzzentren, in den Menschen, vor allem in den jungen Menschen, den Wunsch zu befördern, diese Dinge noch weiter in Übereinstimmung mit Ökonomie und Ökologie zu leben. Vielleicht schaffen wir das einmal später. Aber den Weg, den Sie heute vorschlagen, halte ich derzeit nicht für angebracht. Ich empfehle aus diesem Grunde, den Antrag abzulehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult; wir haben noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Herr Staatsminister, können Sie mir sagen, warum der Staatsregierung und

der CSU heute eigentlich der Mut und die Weitsicht eines Hans Eisenmann fehlen, der 1970 den Nationalpark Bayerischer Wald eingerichtet hat? Auch wenn Sie jetzt verbindlich reden, irritiert mich, dass Sie und das Kabinett den dritten Nationalpark in Bayern beerdigen und am nächsten Tag mit Frau Kaniber nach Berchtesgaden fahren und Lobreden auf den Nationalpark Berchtesgadener Land halten. Wissen Sie, das passt irgendwie nicht zusammen.

Was auch nicht zusammenpasst, ist, dass Sie sagen, das muss aus der Region kommen. Abgeordnete der CSU im Bayerischen Landtag sind in ihren Regionen aufgetreten und haben Demonstrationen und Protest gegen den dritten Nationalpark, den Ihre Vorgängerin einrichten wollte, angestachelt und angeheizt. Wenn andere Leute durch das Land fahren, Leute aufstacheln und Demonstrationen provozieren, reden Sie von der CSU von Krawalltouristen. Einen solchen Ausdruck möchte ich gegenüber den geschätzten Kollegen natürlich nicht verwenden. Aber irgendwie ist das, was Sie gerade sagen, widersprüchlich. Fassen Sie doch einmal Mut und gehen Sie mit solchen Vorschlägen, die Sie offensichtlich gut finden, auf die Leute zu.

Gestatten Sie mir abschließend noch ein Wort zur Naturoffensive. Was Sie fördern, sind rein touristische Maßnahmen. Da ist für den Naturschutz noch gar nichts gewonnen.

(Zuruf von der CSU: So ein Quatsch!)

Im Gegenteil ist das höchst fragwürdig. Ich nenne ein konkretes Beispiel. Die Bergsteigerdörfer, die eine nachhaltige Entwicklung vorantreiben wollen, werden mit einigen Zehntausend Euro gefördert. Balderschwang und Obermaiselstein aber bekommen für den Verzicht auf eine rechtswidrige Skischaukel 20 Millionen Euro. Das müssen Sie den Menschen draußen erst einmal erklären.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umwelt und Verbraucherschutz): Das ist Ihre Sichtweise, Herr von Brunn. Sie wollen den Menschen etwas überstülpen, was nicht von ihnen selber kommt. Ich darf die Widersprüche, die Sie vermeintlich sehen, gerne aufklären. Ich bin ein erklärter Nationalpark-Fan. Ich bin begeistert von dem, was wir in Berchtesgaden und im Bayerischen Wald haben, und sehe auch, welche besonderen Schätze es dort gibt, die man nur auf diese Weise bewahren kann.

Aber ich bin eben auch Realist, und die Ansage, dass wir keinen Nationalpark an einer Stelle machen, wo er von der Bevölkerung nicht mitgetragen wird, gilt. Sie

haben gesagt: auf immer und ewig eingestampft. Das stimmt überhaupt nicht. Wir haben gesagt: Die Tür ist zu, momentan geht es nicht. Wir können das gerne ein anderes Mal aufgreifen; aber die nächsten fünf bis zehn Jahre wird man es bei einer solchen Situation vor Ort wahrscheinlich nicht schaffen. Ganz ehrlich: Ich freue mich über jeden zusätzlichen Nationalpark; aber man muss ihn realisieren können, und wenn das gerade nicht geht, ist die Tür halt zu.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Zum Zweiten. Ich weiß, was ein Biosphärengebiet oder -reservat ist.

(Florian von Brunn (SPD): Haben Sie mal Mut!)

Ich weiß, wie es aussieht, wenn es in einer Region von der Bevölkerung verstanden und mitgetragen wird. Das ist eine Philosophie, die man leben muss und die von innen herauskommen muss. Man kann nicht ein Schild irgendwo an eine Haustür schrauben und sagen: So, jetzt sind wir Biosphärenreservat. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das ist auch der Grund, warum ein Nationalpark eine schöne Sache ist und ich mich über jeden freue, der funktioniert oder der neu dazukommt. Aber er muss von den Menschen gewollt, eingefordert und getragen werden. Ich tue alles dafür, das zu ermöglichen und umzusetzen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Eine weitere Zwischenbemerkung, Herr Minister: die Kollegin Schorer-Dremel.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Herr Minister, ich frage die Staatsregierung, ob es richtig ist, dass die Unterstützung der 19 Naturparke und der 61 Landschaftspflegeverbände, die es in Bayern gibt, über 80 % der Fläche in Bayern, konkret mit den Menschen und für die Menschen Naturschutz und Biodiversität stärkt. Ist das richtig?

(Volkmar Halbleib (SPD): Was ist das für eine Frage?)

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umwelt und Verbraucherschutz): Das ist korrekt; die Dame hat es verstanden. Die Naturoffensive soll die Menschen in der Fläche dazu bringen, Begeisterung für die Umwelt und die Naturschätze aufzubringen, indem man sie informiert, indem man sie heranzuführt und indem man Besucherlenkung betreibt und auf die Besonderheiten eines sanften Tourismus hinarbeitet. Das geht auch in

der Fläche sehr gut, und genau auf diesem Wege sind wir. Das hat die Kollegin haarscharf erkannt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer dem Antrag entgegen dem Ausschussvotum zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein

Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Die Sitzung ist damit beendet. Ich wünsche einen schönen Abend.

(Schluss: 20.28 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 18.09.2018 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u. a. und Fraktion CSU; Automobilland Bayern in die Zukunft führen (Drucksache 17/23763)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Gerlach Judith	X		
Aigner Ilse				Gibis Max	X		
Aiwanger Hubert		X		Glauber Thorsten		X	
Arnold Horst		X		Dr. Goppel Thomas	X		
Aures Inge		X		Gote Ulrike		X	
Bachhuber Martin				Gottstein Eva		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Güll Martin		X	
Bauer Volker	X			Güller Harald		X	
Baumgärtner Jürgen	X			Guttenberger Petra	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X			Haderthauer Christine	X		
Beißwenger Eric	X			Häusler Johann		X	
Dr. Bernhard Otmar	X			Halbleib Volkmar		X	
Biedefeld Susann		X		Hanisch Joachim		X	
Blume Markus	X			Hartmann Ludwig		X	
Bocklet Reinhold				Heckner Ingrid	X		
Brannekämper Robert	X			Heike Jürgen W.	X		
Brendel-Fischer Gudrun				Herold Hans			
von Brunn Florian		X		Dr. Herrmann Florian	X		
Brunner Helmut	X			Herrmann Joachim	X		
Celina Kerstin		X		Dr. Herz Leopold		X	
Deckwerth Ilona		X		Hiersemann Alexandra		X	
Dettenhöfer Petra	X			Hintersberger Johannes	X		
Dorow Alex	X			Hözl Florian	X		
Dünkel Norbert	X			Hofmann Michael	X		
Dr. Dürr Sepp		X		Holetschek Klaus	X		
Eck Gerhard	X			Dr. Hopp Gerhard	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X			Huber Erwin	X		
Eisenreich Georg	X			Dr. Huber Marcel	X		
Fackler Wolfgang	X			Dr. Huber Martin	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X		Huber Thomas	X		
Fehlner Martina				Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Felbinger Günther		X		Huml Melanie	X		
Flierl Alexander	X			Imhof Hermann	X		
Freller Karl	X			Jörg Oliver	X		
Fröschl Markus				Kamm Christine		X	
Füracker Albert				Kaniber Michaela			
Ganserer Markus				Karl Annette		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		Kirchner Sandro	X		
Gehring Thomas		X		Knoblauch Günther			
				König Alexander	X		
				Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus			
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Peter			
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth			
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena			
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian			
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin		X	
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika	X		
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard			
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina			
Untertländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel			
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef			
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	77	58	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 18.09.2018 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Georg Rosenthal, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion SPD; Landtag begrüßt das klare Signal des Europaparlaments an Orbán: EU-Grundwerte müssen eingehalten werden! (Drucksache 17/23751)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gerlach Judith		X	
Aigner Ilse				Gibis Max		X	
Aiwanger Hubert			X	Glauber Thorsten			
Arnold Horst	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Aures Inge	X			Gote Ulrike	X		
				Gottstein Eva			X
Bachhuber Martin				Güll Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X	Güller Harald	X		
Bauer Volker				Guttenberger Petra		X	
Baumgärtner Jürgen		X					
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann			X
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar			
Biedefeld Susann	X			Hanisch Joachim			X
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig			
Bocklet Reinhold				Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert		X		Heike Jürgen W.		X	
Brendel-Fischer Gudrun				Herold Hans		X	
von Brunn Florian	X			Dr. Herrmann Florian		X	
Brunner Helmut		X		Herrmann Joachim			
				Dr. Herz Leopold			X
Celina Kerstin	X			Hiersemann Alexandra	X		
				Hintersberger Johannes			
Deckwerth Ilona	X			Hözl Florian		X	
Dettenhöfer Petra		X		Hofmann Michael		X	
Dorow Alex		X		Holetschek Klaus		X	
Dünkel Norbert		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Dürr Sepp	X			Huber Erwin			
				Dr. Huber Marcel			
Eck Gerhard		X		Dr. Huber Martin			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Huber Thomas		X	
Eisenreich Georg		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
				Huml Melanie		X	
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen			X	Imhof Hermann		X	
Fehlner Martina							
Felbinger Günther	X			Jörg Oliver		X	
Flierl Alexander							
Freller Karl		X		Kamm Christine	X		
Fröschl Markus				Kaniber Michaela			
Füracker Albert				Karl Annette	X		
				Kirchner Sandro		X	
Ganserer Markus				Knoblauch Günther			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			König Alexander		X	
Gehring Thomas	X			Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd			
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth			
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter			
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans			
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard			
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl			
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel			
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	42	66	9